



Plenarprotokoll

26. Sitzung

Mittwoch, 8. September 2010

Gemeinsame Beratung

- a) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer.....**

2031

Gesetzentwurf der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/590

Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses
Drucksache 17/825

- b) **Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012.....**

2031

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/740

- c) **Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012.....**

2031

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/741

- d) **Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern.....**

2031

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/588 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/647		Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 17/740	
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 17/826		c) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012.....	2076
e) Finanzplan des Landes Schles- wig-Holstein 2010 bis 2014.....	2031	Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 17/741	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/803		d) Zukunft finanzieren - Steuerein- nahmen steigern.....	2076
Peter Sönnichsen [CDU], Bericht- ersteller.....	2031	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/588 (neu)	
Rainer Wiegard, Finanzminister....	2031	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/647	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2039	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 17/826	
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	2049	e) Finanzplan des Landes Schles- wig-Holstein 2010 bis 2014.....	2076
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2054	Bericht der Landesregierung Drucksache 17/803	
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2062, 2063	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	2076
Schnellstmögliche Neuwahlen.....	2075	Anke Spoorendonk [SSW].....	2086
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen des SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/843 (neu)		Lars Harms [SSW].....	2089, 2112
Wahlgesetz zügig und gründlich beraten.....	2075	Peter Harry Carstensen, Minister- präsident.....	2093
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/850		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2099
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	2075	Tobias Koch [CDU].....	2102
Gemeinsame Beratung		Katharina Loedige [FDP].....	2107
a) Zweite Lesung des Entwurfs ei- nes Gesetzes über die Festset- zung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer.....	2076	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2110
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/590		Peter Sönnichsen [CDU].....	2115
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 17/825		Wolfgang Kubicki [FDP].....	2116
b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haus- haltsplan 2011/2012.....	2076		

Beschluss: 1. Ablehnung des Gesetz-
entwurfs Drucksache 17/590

2. Überweisung der Ge-
setzentwürfe Drucksachen 17/740
und 17/741 an den Finanzaus-
schuss und an alle weiteren Aus-
schüsse

3. Ablehnung der Anträge
Drucksachen 17/588 (neu) und
17/647

4. Überweisung des Be-
richts Drucksache 17/803 an den
Finanzausschuss zur abschließen-
den Beratung.....

2119

**Entwurf eines Gesetzes zum Bil-
genentwässerungsverband-Staats-
vertrag**

2119

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/795

Beschluss: Überweisung an den Um-
welt- und Agrarausschuss.....

2119

**Entwurf eines Gesetzes zum Vier-
zehnten Rundfunkänderungs-
staatsvertrag**.....

2120

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/744

Peter Harry Carstensen, Minister-
präsident.....

2120

Dr. Christian von Boetticher
[CDU].....

2121

Peter Eichstädt [SPD].....

2122

Ingrid Brand-Hückstädt [FDP].....

2123

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN].....

2125

Heinz-Werner Jezewski [DIE
LINKE].....

2126

Silke Hinrichsen [SSW].....

2127

Beschluss: Überweisung an den In-
nen- und Rechtsausschuss.....

2128

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä-
sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge-
sundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel-
lung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und
Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt-
schaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt-
schaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt sind die Kollegin Marion Herdan und der Kollege Hartmut Hamerich. Wir wünschen beiden von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir an dieser Stelle einige wenige Anmerkungen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag - wir alle - stehen vor einer großen Herausforderung, die uns über alle Fraktionsgrenzen hinweg in die Pflicht nimmt, die uns alle miteinander verbindet. Das Landesverfassungsgericht hat am 30. August 2010 sein Urteil gesprochen und den Landtag dazu aufgefordert, bis zum 31. Mai 2011 ein neues Wahlgesetz auf den Weg zu bringen; bis zum 30. September 2012 sind Neuwahlen durchzuführen. Diese Entscheidung ist eine unmissverständliche Verpflichtung zur Tat. Wir müssen in den kommenden Wochen dieser besonderen Verantwortung gerecht werden. Es geht dabei um nicht weniger als um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins in eine handlungsfähige Demokratie. Dieses Vertrauen werden wir durch Anstand und Aufrichtigkeit in der Debatte gewinnen. Durchsichtiges Taktieren ist fehl am Platz, denn das Ergebnis unserer Arbeit muss auf festen Füßen stehen.

Das Urteil des Landesverfassungsgerichts ist ein Novum in der Geschichte Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik Deutschland. Ich fordere uns alle auf, diese Herausforderung mit Besonnenheit, Zielstrebigkeit und vor allem in einem vertrauensvollen Miteinander über alle Fraktionsgrenzen hinweg anzunehmen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die von unserem Landesverfassungsgericht gegebenen Änderungen gewissenhaft und ergebnisorientiert umzusetzen.

Wir befinden uns bereits in diesem für das Land so wichtigen Prozess. Einige Vorarbeiten sind bereits getan, es herrscht Einvernehmen über die Bedeutung der uns gestellten Aufgabe. Ich bin deshalb optimistisch, dass der Landtag die ihm aufgetragenen Aufgaben erfolgreich lösen wird und dass das Urteil des Landesverfassungsgerichts letztlich zur Stärkung des Landtags, zur Stärkung der Demokratie und zur Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Politik beitragen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen wir gemeinsam an die Arbeit, zeigen wir, dass die Legislative ihrer zentralen Bedeutung in der Verfassungspflichtbewusst und verantwortungsvoll nachkommen wird.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit an dieser Stelle, ich glaube, es war wichtig, dies einleitend zu betonen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es liegt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag vor. Es ist darum gebeten worden, über diesen Dringlichkeitsantrag heute um 14 Uhr abstimmen zu lassen. Ich gehe davon aus, dass in dieser Frage Einvernehmen herrscht.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 9, 10, 13, 36, 39, 40, 47, 50 und 52 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 3, 5, 38 und 49. Der Antrag zum Tagesordnungspunkt 37, Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wurde von den Antragstellern zurückgezogen. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 4, 6, 7, 41 und 48, Gesetzentwurf über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer, erste Lesung des Haushalts 2011/2012 mit dem Finanzplan 2010 bis 2014 sowie die Anträge zum Thema Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern. Ebenfalls zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 14 und 51, Ladenöffnungszeitengesetz und Bericht zur Bäderverordnung, und die Tagesordnungspunkte 32 und 33, Anträge zur Abschiebehaft.

Anträge zur Fragestunde liegen nicht vor. Die Aktuelle Stunde zu den Auswirkungen der geplanten Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken wird mit Zustimmung der Antragsteller Freitagmorgen um 10 Uhr aufgerufen werden. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 10. Tagung.

Wir werden heute und morgen längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist vorgesehen, die Tagung dann zu beenden, wenn die Tagesordnungspunkte erledigt sind. An allen drei Sitzungstagen ist jeweils eine einstündige Mittagspause von 13 bis 14 Uhr vor-

(Präsident Torsten Geerds)

gesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte von der Wilhelm-Wisser-Gemeinschaftsschule aus Eutin sowie Gäste vom Instandsetzungsbataillon 166 aus Boostedt. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4, 6, 7, 41 und 48 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/590

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 17/825

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/740

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/741

d) Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/588 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/647

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 17/826

e) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2010 bis 2014

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/803

Zu den Tagesordnungspunkten „Gesetzentwurf über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer“ und zum Antrag „Steuereinnahmen steigern“ erteile ich zunächst dem Berichtserstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Peter Sönnichsen, das Wort.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Vorlagen in den Drucksachen 17/825 und 17/826.

Präsident Torsten Geerds:

Ich danke dem Berichtserstatter. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Ich eröffne dann die Grundsatzberatung zum Haushalt und erteile dem Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

(Beifall bei CDU und FDP)

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

(Unruhe)

Ich hoffe, dass die Freude bei der Beratung am heutigen Tage noch weiter so anhält und dazu führt, dass wir zu positiven Entscheidungen und Entwicklungen kommen werden.

Meine Damen und Herren, die Vergangenheit hat die Zukunft unerbittlich eingeholt. Mit dem Finanzplan, dem Entwurf für die Haushalte 2011 und 2012 und dem Haushaltsbegleitgesetz haben wir Ihnen den finanzpolitischen Fahrplan in diese Zukunft vorgelegt, den Fahrplan in eine Zukunft, in der auch unsere Kinder und deren Kinder und wieder deren Kinder noch ein lebenswertes Schleswig-Holstein vorfinden sollen.

Unserem Haushaltsentwurf liegt erstmals eine langfristige, über den gesamten Konsolidierungspfad reichende Finanzplanung zugrunde. Für unser Land beginnt mit dieser langfristigen Finanzplanung und dem daraus abgeleiteten Doppelhaushalt eine neue Zeitrechnung. Der Blick ist fest auf das Jahr 2020 gerichtet. Wir richten die schleswig-holsteinische **Haushaltspolitik** darauf aus, in spätestens zehn

(Minister Rainer Wiegard)

Jahren nur noch so viel Geld auszugeben, wie zugleich auch erwirtschaftet wird.

Dies geschieht nach dem Grundsatz: Niemand hat das Recht, heute noch nicht geborene Generationen mit Schulden zu belasten, um sich jetzt einen besseren Lebensstandard leisten zu können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb machen wir endgültig Schluss mit immer mehr, immer weiteren Vorbelastungen für die Zukunft. Ende dieses Jahres wird Schleswig-Holstein 27 Milliarden € Schulden am Kapitalmarkt haben, 23 Milliarden € davon waren bis 2005 aufgelaufen, 1,6 Milliarden € davon waren außerhalb des Landeshaushalts verborgen. Hier stellen wir Transparenz her, denn die jährliche Belastung aus diesen **Schulden** beträgt derzeit rund 1 Milliarde € **Zinsen** mit stetig steigender Tendenz. 2020, in zehn Jahren, werden diese Schulden voraussichtlich 33 Milliarden € übersteigen - ohne diese Konsolidierung aber mindestens 10 Milliarden € mehr. Über **Handlungsfähigkeit** muss dann niemand mehr nachdenken. Wer jetzt nicht handelt, treibt unser Land in den sicheren Bankrott.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dabei tröstet es überhaupt nicht, dass die **Finanzlage Schleswig-Holsteins** objektiv vor fünf Jahren deutlich schlechter war als heute. Damals hatte der Landeshaushalt eine Kreditfinanzierungsquote von 21 %, heute von 17 %. Aber es ist ziemlich gleichgültig, ob man 21 m oder 17 m unter Wasser ist. Das ist lediglich der zur Wahrhaftigkeit notwendige Hinweis an diejenigen unter uns, die heute das Hohelied der Konsolidierung singen, eine Konsolidierung, die allerdings ohne Ihr eigenes verantwortungsloses Handeln in den vergangenen 20 Jahren gar nicht erforderlich wäre.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben 2006 diese charakterlose Schuldenmacherei beendet. Wir haben bis 2008 jeden zusätzlich eingenommenen Steuereuro für die Senkung des übernommenen Fehlbetrages im Haushalt verwendet. Jetzt hat uns die **Rezession** 2009 vorübergehend einen Strich durch die Fortsetzung dieses **Konsolidierungspfades** gemacht. Aufhalten wird sie uns nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt erste Aufwärtstendenzen.

Während die **Schulden** in den letzten 20 Jahren um das 2,6-Fache gestiegen sind, wuchs die Zinslast „nur“ um das 1,5-Fache. Hätte sich der **Zinsmarkt** in ähnlicher Form entwickelt, wie die Schulden aufgetürmt worden sind, dann hätten wir heute bereits

600 Millionen € mehr an **Zinsen** zu zahlen, also nicht 1 Milliarde €, sondern 1,6 Milliarden €. Nach unseren Prognoserechnungen steigen die Zinslasten in den kommenden zehn Jahren um gut 700 Millionen € an, aber nur, wenn der Konsolidierungskurs konsequent umgesetzt wird. Geschieht das nicht, werden die Ausgaben weiterhin in dem Maße wie bisher entwickelt, wird die Steigerung mindestens doppelt so hoch ausfallen. So werden **künftige Generationen** auch nach 2020 noch jedes Jahr mehr als 1,7 Milliarden € Zinsen für alte Schulden zu bezahlen haben, obwohl und wenn - das ist die Voraussetzung - ab dann keine neuen Schulden mehr hinzukommen.

Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit über die **Vorbelastungen** aus der Vergangenheit, die die Zukunft auch hier unerbittlich einholt. Denn ist die Zahl der Versorgungsempfänger in den letzten 20 Jahren um etwa 10.000 Versorgungsberechtigte gestiegen, wird sich diese Zahl jetzt bereits in den nächsten zehn Jahren um weitere 10.000 **Versorgungsempfänger** erhöhen. Aus heute 28.000 Empfängern für Versorgungsleistungen werden dann 38.000 Versorgungsberechtigte werden. Die finanziellen Leistungen, die für Versorgung und Beihilfe für diesen Personenkreis aufzubringen sind, werden von heute mit etwa 1 Milliarde € in zehn Jahren auf gut 1,5 Milliarden € ansteigen, weil hierfür in der aktiven Beschäftigungszeit der Beamten **keine entsprechende Vorsorge** getroffen wurde. Die Hypotheken der Vergangenheit lassen kräftig grüßen.

Derzeit wenden wir jeden dritten Steuereuro nur für die Bezahlung der Vergangenheit auf. Dieses Geld steht für Zukunftsaufgaben nicht mehr zur Verfügung. Schleswig-Holstein ist mit diesen Hypotheken schwer belastet und hat darüber hinaus noch einen gewaltigen Renovierungsstau. So beträgt das **strukturelle Defizit** im Haushalt etwa 1,25 Milliarden €, die Differenz also zwischen den konjunkturbereinigten regelmäßigen Einnahmen und den regelmäßigen Ausgaben. Über die **Methode**, wie dies für alle Länder und für den Bund einheitlich zu berechnen ist, wird zwar noch verhandelt, insofern besteht da noch eine Bandbreite der Möglichkeiten, aber in dieser genannten Region wird es sich bewegen.

Das bedeutet bis 2020 1,25 Milliarden € strukturelles Defizit abbauen, nahezu 700 Millionen € zusätzliche Zinsen bewältigen und weitere 500 Millionen € zusätzliche Versorgungsleistungen aufbringen. Das sind vergangenheitsbezogene Lasten von rund 2,4 Milliarden €.

(Minister Rainer Wiegard)

Darüber hinaus werden die **Tarifsteigerungen** für die aktiv Beschäftigten trotz erheblicher Personalstellenreduzierungen mindestens 400 Millionen € betragen. Auch der Anteil, der den **Kommunen** von unseren - in der Zukunft hoffentlich wachsenden - Steuereinnahmen zusteht, wird etwa um die gleiche Summe, um 400 Millionen €, ansteigen. So summieren sich die nicht mehr vermeidbaren Vorbelastungen aus der Vergangenheit und die aus heutiger Sicht bereits berechenbaren künftigen Belastungen auf insgesamt etwa 3,2 Milliarden €, die im Jahr 2020 zusätzlich erwirtschaftet werden müssen.

Dem steht gegenüber, dass die **konjunkturbereinigte Steuerentwicklung** nach unserer Finanzplanung, einschließlich Länderfinanzausgleich, einschließlich Bundesergänzungszuweisungen, einschließlich Ausgleich für die weggefallene Kfz-Steuer in zehn Jahren, um etwa 2,3 Milliarden € gestiegen sein wird. Das heißt, aus den zusätzlich zu leistenden Ausgaben abzüglich der zusätzlich herinkommenden Einnahmen entsteht eine Lücke von etwa 900 Millionen bis 1 Milliarde €, die durch **Ausgabenkürzungen** reduziert werden muss oder aber über das berechnete Volumen der Einnahmen hinaus gesteigert wird.

In den vergangenen Monaten haben wir in Deutschland und in anderen Teilen Europas über die **Finanzlage Griechenlands** und auch über manche andere Länder viel gehört. Manche haben sich darüber ziemlich ereifert. Wir sollten da zurückhaltend sein, denn die Summe der Kapitalmarktschulden des Landes und seiner Kommunen und die anteiligen Bundesschulden, die mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaftskraft zu erwirtschaften sind, betragen am Ende des letzten Jahres über 63 Milliarden € und damit 87 % unseres **Bruttoinlandsprodukts**. Darin sind die impliziten Verpflichtungen aus Versorgungszusagen, die ich eben aufgezeigt habe, noch nicht enthalten. Sie betragen kapitalisiert etwa 36 Milliarden €, also deutlich mehr als die Kapitalmarktschulden. Dann wären wir bereits insgesamt bei einem Volumen von 100 Milliarden € Verpflichtung und Verschuldung, und das wären dann 130 % unseres Bruttoinlandsprodukts. Nicht nur die Vergangenheit, auch Griechenland lässt herzlich grüßen.

Das ist die ungeschminkte Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein heute und ihre voraussehbare Fortschreibung auf das Jahr 2020, wenn, aber nur wenn Parlament und Regierung sich in der Zwischenzeit nicht wegducken, sondern ihre Aufgaben erfüllen und mit ihren Entscheidungen dafür sorgen, dass in spätestens zehn Jahren mit dem Rück-

bau der aufgetürmten Schulden begonnen werden kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Unser Ziel ist es, meine Damen und Herren, ab 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen und zu vollziehen. Strukturelle Defizite abzubauen ist dabei nicht Selbstzweck, aber ohne das ist alles andere zwecklos. Um die **Handlungsfähigkeit Schleswig-Holsteins** wiederherzustellen, dürfen die regelmäßigen Ausgaben Schleswig-Holsteins dauerhaft nicht die regelmäßigen Einnahmen übersteigen, im Gegenteil. Entscheidend ist die Entwicklung der um konjunkturelle Effekte bereinigten strukturellen Einnahmen. Die **Ergebnisse der Steuerschätzung** verlieren so für die Aufstellung der Haushalte künftig ihre bisherige, über 40 Jahre währende zentrale Bedeutung. Aber die darin enthaltenen Konjunkturprognosen und deren Auswirkungen zeigen, ob wir unsere konjunkturell bedingte Kreditaufnahme nachjustieren müssen oder nicht.

Unser zweites **finanzpolitisches Ziel** ist, das strukturelle Defizit in zehn Jahren in gleichen Schritten abzubauen, also jährlich um geschätzt etwa 125 Millionen €. Für diesen Part haben wir die **Ausgabengrenze** festgelegt. Sie ergibt sich aus allen zur Verfügung stehenden strukturellen Einnahmen und dem maximal zulässigen strukturellen Defizit. Diese Ausgabengrenze ist in unserer Planung ein maximaler Wert. Er kann nach unten, nicht aber nach oben verändert werden. Das jahresdurchschnittliche Wachstum unserer allgemeinen strukturellen Deckungsmittel beträgt voraussichtlich etwa 3,4 % pro Jahr, unsere Ausgabengrenze wächst aber nur um 1,5 %. Die Differenz wird dringend benötigt, um das strukturelle Defizit zu reduzieren.

Unser drittes Ziel ist, meine Damen und Herren, die **Konsolidierungshilfe des Bundes** in Höhe von 80 Millionen € jährlich zu erhalten. Der Bund und alle Länder bezahlen diese Konsolidierungshilfe durch Umsatzsteuerabzug, so auch Schleswig-Holstein. Der Bericht an den Stabilitätsrat - den ersten werden wir für die kommende Sitzung im Oktober vorlegen - wird den Nachweis erbringen, dass unsere Konsolidierung gelingt.

Und viertens wollen wir den **Kommunen** im Rahmen des **kommunalen Finanzausgleichs** Planungssicherheit geben. So wollen wir den kommunalen Finanzausgleich verstetigen, ihn also im Zuge der eigenen Steuerplanung von konjunkturellen Schwankungen möglichst freimachen sowie bei den Landeseinnahmen auch. Voraussetzung ist natürlich

(Minister Rainer Wiegard)

eine Einigung mit den Kommunen. Darüber wir derzeit verhandelt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die genannten vier finanzpolitischen Ziele können nur erreicht werden, wenn die derzeitigen regelmäßigen Ausgaben begrenzt, teilweise reduziert und die regelmäßigen Einnahmen auf einem höheren Niveau als heute verstetigt werden. Ohne diese Kombination aus **Ausgabendisziplin** und **Einnahmestabilität** wird ein ausgeglichener Haushalt nicht zu erreichen sein.

Da insbesondere die Vorbelastungen aus der Vergangenheit, neben dem strukturellen Defizit vor allem die unvermeidbaren Ausgaben für Zinsen und Versorgung, einen immer größer werdenden Teil beanspruchen, bleibt für die übrigen Ausgaben für Personal und Verwaltung, Zuweisungen und Investitionen kein wachsender Ausgaberahmen insgesamt mehr übrig. Das dafür zur Verfügung stehende **Gesamtbudget** wird also über den gesamten Konsolidierungszeitraum mit jeweils rund 7 Milliarden € konstant auf einem Niveau gehalten werden müssen. Das ist eine gewaltige Herausforderung.

Dabei steigen die darin enthaltenen **Ausgaben für Personal und Verwaltung** von derzeit knapp 3,8 Milliarden € allein bereits um 700 Millionen € aus etwa 4,5 Milliarden € im Jahr 2020. Darin ist schon enthalten, dass wir die Zahl der **Stellen** um 5.300 reduzieren und eine Vielzahl **personalwirtschaftlicher Maßnahmen** vornehmen, die ebenfalls die Ausgaben begrenzen werden. So erhöhen wir das Pensionseintrittsalter für Regierungsmitglieder um sieben Jahre, die Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte um zwei Jahre, und Beamte müssen künftig eine höhere Eigenleistung bei der Beihilfe erbringen, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Dies alles, meine Damen und Herren, begrenzt nur den **Anstieg der Ausgaben im Personalbereich**, verhindern kann es ihn nicht. Allein in den nächsten beiden Haushaltsjahren steigen Personal- und Verwaltungskosten von 3,77 Milliarden € um 165 Millionen €. Im selben Zeitraum bauen wir aber bereits über 800 Stellen ab. Wenn in einem festen Ausgaberahmen ein Teil der Ausgaben steigt, dann reduziert sich, weil die Summe sich nicht erhöht, zwangsläufig der verbleibende Teil. Hier kommen ganz simpel die vier Grundrechenarten zum Tragen, die in den vergangenen 20 Jahren zeitweise sträflich ignoriert worden sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Man hat, weil die Ausgaben für Personal und Verwaltung steigen, das verbleibende **Budget für Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen** von heute 3,4 Milliarden € um über 700 Millionen € auf etwa 2,7 Milliarden € im Jahr 2020 gesenkt. Davon entfallen allein auf die nächsten beiden Haushaltsjahre über 300 Millionen €, rund 40 %.

Neben der Kürzung von Ausgaben im Zuge des Auslaufens der Konjunkturprogramme haben wir uns bei den vorgenommenen **Ausgabenkürzungen** wesentlich an **drei Kriterien** orientiert: dem Ausgabenniveau der vergleichbaren Flächenländer, der Reduzierung einkommensunabhängiger Förderung und der Beseitigung möglicher Doppelstrukturen. Begrenzung und Kürzung von Ausgaben stößt dabei natürlich regelmäßig nicht auf die ausgeprägte Zustimmung der jeweils Betroffenen. Ich habe zum Teil durchaus Verständnis, wenn die Betroffenen die Frage stellen, ob denn diese Kürzung im Gesamtkontext ausgewogen ist. Meine Damen und Herren, die von uns vorgenommenen Kürzungen und Ausgabenbegrenzungen betreffen alle öffentlichen Ausgabenbereiche.

So schaffen wir die unabhängig vom Einkommen gewährte **Beitragsbefreiung** von Kindern in **Kindertagesstätten** wieder ab. Stattdessen bauen wir die Infrastruktur aus und helfen den Kommunen, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge in der Kinderbetreuung besser erfüllen zu können. Wir senken das ebenfalls einkommensunabhängig gewährte **Landesblindengeld** für Erwachsene auf den Satz, der für blinde Kinder gilt, nämlich 200 € im Monat. Das Blindengeld für Kinder wird nicht gekürzt. Einkommensschwache blinde Menschen erhalten angemessene Blindenhilfe. Wir streichen die Landeszuschüsse zu den **Schülerbeförderungskosten**. Wir senken die Ausgaben im Rahmen der **Sozialverträge** und begrenzen das Wachstum der Ausgaben im Sozialhaushalt. Wir senken insbesondere die Ausgaben für die **einzelbetriebliche Förderung** im Zuge der Wirtschaftsförderung und konzentrieren uns auch hier auf den Ausbau der Infrastruktur. Wir kürzen den Zuschuss zum **Schleswig-Holstein Musik Festival**, ohne die Aufgabe an sich damit zu gefährden.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Ausgaben im Rahmen der verfügbaren Mittel neu ordnen, geht es vor allem darum, das, so weit möglich, gerecht zu gestalten, dabei die für unsere Gesellschaft notwendigen **ehrenamtlichen Strukturen** zu erhalten und die **soziale Ausgewogenheit** zu wahren.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Minister Rainer Wiegard)

Ich sage auch sehr deutlich: Für die Haushaltskonsolidierung, die wir uns vorgenommen haben und die wir leisten müssen, reichen Ausgabenkürzungen und wirtschaftliches Wachstum allein nicht aus. Wir brauchen neben einem stetigen und verlässlichen Einnahmewachstum auch strukturelle Einnahmeverbesserungen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt denn das? Steuererhöhungen? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] – Weitere Zurufe)

- Frau Kollegin Heinold, wenn ich mich recht entsinne, gehören Sie diesem Landtag jetzt 15 Jahre an. Die besten Jahre für Schleswig-Holstein davon waren die letzten fünf Jahre.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der Zeit hatten Sie keine Mehrheit, den Blödsinn zu beschließen und umzusetzen, den Sie uns in den letzten Wochen vorgelegt haben.

(Beifall bei CDU und FDP – Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere **Finanzplanung** sieht deshalb zusätzlich zu der langfristigen Steuereinnahmeverbesserung um jährlich 2,5 % - Frau Heinold, hören Sie einmal genau zu - für die Jahre 2013 bis 2016 zusätzliche strukturelle Einnahmeverbesserungen von jeweils 100 Millionen € vor, um die strukturelle Delle wieder auszugleichen, die wir mit den Steueränderungsgesetzen der letzten 18 Monate ab 2010 in der Größenordnung von rechnerisch etwa 400 Millionen € zu verkraften hatten.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie denn?)

- Herr Habeck, Sie geben mir immer das Stichwort; ich finde es ganz exzellent.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er ist ja auch Schriftsteller!)

Da Sie selbst keine Vorschläge haben, die zum Ziel führen, ist es gut, wenn Sie die Stichworte geben, auf die man dann sofort antworten kann.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Diese **Einnahmeverbesserungen** müssen vorrangig durch die Beseitigung von Ausnahmen und Vergünstigungen – insbesondere bei der Einkommen- und Umsatzsteuer, zum Teil auch bei der Körperschaftsteuer – erzielt werden und müssen gleich-

zeitig das Ziel verfolgen, die Bürokratiekosten für Unternehmen, für Steuerbürger, aber auch für unsere Steuerverwaltung deutlich zu senken.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war nicht mein Stichwort! – Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie heißt dann das Zauberwort? Steuererhöhungen?)

Darüber hinaus werden wir die **Grunderwerbsteuer** ab 2013 von heute 3,5 % auf 5 % anheben. Das ist eine klare Ansage.

(Zurufe)

Eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu einem früheren Zeitpunkt halten wir nicht für sinnvoll. Sie müssen das etwas aufmerksamer verfolgen, in Ihrer Zeit hat es ja nicht so viel wirtschaftliches Wachstum in Schleswig-Holstein gegeben, aber deshalb arbeiten wir daran, dass das besser wird.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Sie müssen sich einmal mit den Zahlen befassen, Herr Kollege Stegner, nicht mit Ihrem Wolkenkuckucksheim!

(Christopher Vogt [FDP]: Damit hat er es nicht so!)

Wir befinden uns derzeit noch auf der unteren Sohle der größten wirtschaftlichen Rezession in Deutschland nach dem Kriege mit einer deutlich erkennbaren Aufwärtstendenz. Es wäre unverantwortlich, durch plumpe **Steuererhöhungen** diese positive Entwicklung zu gefährden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Katharina Loedige [FDP])

Wenn wir in diesem Jahr im Dezember die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab 2013 beschließen, gibt das ein erhebliches Maß an Planungssicherheit in diesem Bereich für Unternehmen und für Familien, die gerade damit befasst sind, ihre Immobilienentscheidungen zu treffen.

Darüber hinaus müssen wir zur Sicherung der **Gemeindefinanzen** neben der Verstetigung der Steuereinnahmen durch eine Reform der Gewerbesteuer vor allem auch endlich zu einer wirklichen Reform der Grundsteuer kommen. Hier gibt es jetzt ein paar Vorschläge, die zusätzlich zu den bereits bekannten auf dem Tisch liegen. Ich hoffe, dass es gelingt, im Kreise der Finanzminister alsbald zu einer Entscheidung zu kommen. Unsere **Kommunen**

(Minister Rainer Wiegard)

brauchen eine verlässliche, stabile Einnahmeentwicklung.

Darüber hinaus werden wir jeden zusätzlichen **Steuereuro**, der über dem langfristigen Durchschnitt und der hier genannten Entwicklung liegt, zur **Tilgung der zusätzlichen Schulden** einsetzen, die wir im Zuge der konjunkturellen Entwicklung der letzten zwei Jahre zusätzlich haben aufnehmen müssen. Er dient nicht mehr wie in der Vergangenheit zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben - genauso wenig wie konjunkturelle zusätzlich entstehende Steuereinnahmen dazu benutzt werden können, strukturelle Steuermindereinnahmen zu generieren, indem man jetzt Steuersenkungen daraus macht, weil die konjunkturellen Entwicklungen sich wieder ändern, die strukturellen Ausgaben dann aber erhalten bleiben.

Das alles bedeutet für uns, dass es für eine Senkung des **Steuerniveaus** keinen Spielraum gibt. Das heißt nicht, dass nicht in einzelnen Fällen Steuersenkungen in einigen Bereichen erforderlich sein können. Dazu haben übrigens sogar die Grünen Vorschläge gemacht. Beispiele habe ich hierzu auch in der Vergangenheit bereits aufgezeigt. Aber sie dürfen insgesamt nicht zu einer Reduzierung des Steueraufkommens führen, wenn nicht zugleich die Aufgaben in entsprechendem Maße reduziert werden. Anders ist der **Ausgleich** zwischen **Einnahmen und Ausgaben** nicht herzustellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Länder in Deutschland verloren. Man hat damals häufiger die Sektkorken knallen lassen, wenn es gelungen war, ein paar Infrastrukturprojekte zu verhindern, statt sie auf den Weg zu bringen. Darunter werden noch künftige Generationen lange leiden müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zwar sind wir in den letzten drei Jahren bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im Trend erkennbar deutlich besser als der Bundesdurchschnitt, aber wir werden in den nächsten zehn Jahren regelmäßig eine überdurchschnittliche **wirtschaftliche Entwicklung** haben müssen, um den Anschluss an die anderen Länder in Deutschland wiederzufinden.

Deshalb gilt es, sehr konzentriert und zielstrebig sich auf einige **Schwerpunkte** zu konzentrieren, die da heißen: die wirtschaftliche und wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen, Forschung und Ent-

wicklung fördern, die Bildungschancen verbessern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, unsere Verwaltung modernisieren und die Zusammenarbeit in Norddeutschland auch dafür zu intensivieren.

Der Ausbau unserer wirtschaftsnahen **Infrastruktur** ist Voraussetzung dafür, dass Schleswig-Holstein die strukturelle Schwäche überwindet und den in den 90er-Jahren verlorenen Anschluss an die Entwicklung in anderen Ländern aufholt. Dieser Ausbau unserer Infrastruktur stellt in allen Bereichen die Basis für Wachstum und für Arbeitsplätze dar. Besonderer Schwerpunkt ist der Ausbau der touristisch bedeutsamen Infrastruktur. Er gewährleistet, dass Schleswig-Holstein auch in Zukunft in dieser für unser Land wichtigen Branche ein attraktiver Standort ist.

Die **Wettbewerbsfähigkeit** der schleswig-holsteinischen Unternehmen und Arbeitsplätze ist abhängig von deren Innovationskraft. Vernetzung von Wirtschaft mit Wissenschaft und Forschung ist deshalb für beide Seiten von existenzieller Bedeutung. Einerseits sorgen die Hochschulen für die Deckung des Arbeitskräftebedarfs der Unternehmen, andererseits sorgen sie als Einrichtung sowohl der **Grundlagen-** als auch der **angewandten Forschung** für Innovationen, die in unseren schleswig-holsteinischen Unternehmen angewandt und genutzt werden können. Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wird dadurch verbessert.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie in Lübeck auch gesagt!)

Deshalb steigern wir die Ausgaben für die **Fachhochschulen** und die **Universitäten** von knapp 255 Millionen € um 2,8 % 2011 und um 4,2 % 2012.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das sind konkrete Konsequenzen, um unser Land voranzubringen und die wenigen Mittel, die wir haben, konzentriert für eine bessere Zukunft einzusetzen.

Wir fördern die frühkindliche Bildung und Betreuung bis zum Jahr 2013 mit insgesamt 490 Millionen €. Bis dahin sollen 17.000 neue **Betreuungsplätze für Kinder** unter drei Jahren entstehen. Ich empfehle dringend, sich die demografische Entwicklung in Schleswig-Holstein sehr genau zu Gemüte zu führen, um zu sehen, welche Notwendigkeiten sich hieraus insbesondere zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ergeben. Wir beenden die

(Minister Rainer Wiegard)

rot-grüne Deckelung des **Landeszuschusses für den laufenden Betrieb der Kindertagesstätten** und erhöhen den Zuschuss ab 2011 von 60 Millionen auf 70 Millionen €.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir leisten mit der vorschulischen Sprachentwicklung auch einen wichtigen Beitrag zur **Integration**, und zwar nicht allein zur Diskussion darüber, sondern zur tatsächlichen Integration. Wir fördern die Integration daher mit jährlich etwa 6 Millionen €. Ebenso wollen wir den Ausbau der Betreuungs- und Ganztagsangebote weiterhin mit fast 9 Millionen € jährlich fördern.

Eine Aufgabe wird im Zusammenspiel von Land, Kommunen und Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein: Schleswig-Holstein wird nicht nur die **schlankste Verwaltung** aller Länder erhalten, sondern vor allen Dingen die Verwaltungsprozesse so gestalten, dass sich unser Land dadurch bei den Investitionsvorhaben von Unternehmen und Privaten einen Standortvorteil sichert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Abgeordneter Stegner, es ist eben etwas anderes, ob man nur oberflächlich ein wenig an den Strukturen herumfummelt und den Leuten Sand in die Augen streut, indem man sagt, dass dadurch etwas bewirkt werde, oder ob man Prozesse verändert und beschleunigt, die tatsächlich behilflich sind, um zu einer besseren Situation zu kommen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann geht das denn los? - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie haben im Wesentlichen über **Gebietsstrukturen** diskutiert. Diese haben aber nicht weitergeführt. Sie haben vier Jahre nur dazu gedient, sich miteinander darüber zu streiten, ob jemand das Recht dazu hat, diese Dinge von oben zu verordnen oder nicht. Weitergekommen sind wir dadurch nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden im Bundesvergleich die Spitzenposition erreichen. Die **Verwaltung** wird auf Landesebene und auf kommunaler Ebene durch die **Bündelung von Zuständigkeiten** effektiver organisiert. Die Verwaltung wird in die Lage versetzt, innerhalb festgelegter und definierter Fristen auch Bescheide über das Internet zu erlassen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind doch schon fünf Jahre an der Regierung!)

- Es ist unglaublich.

(Glocke des Präsidenten)

Man muss sich einmal vor Augen führen, was Sie eben gesagt haben. Sie haben uns nach fast zehn Jahren - und die Genossen nach fast 17 Jahren - eine aufgeblähte Verwaltungsstruktur hinterlassen, die ihresgleichen sucht. Jetzt beschimpfen Sie uns, dass wir es noch nicht geschafft haben, diese Verwaltungsstruktur abzubauen. Das ist unglaublich!

(Beifall bei CDU und FDP)

Diese Scheinheiligkeit kann man auf andere Bereiche übertragen. Sie senken den Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 % und beschimpfen uns, dass wir ihn nicht erhöhen. Das ist unglaublich!

(Beifall bei CDU und FDP)

Das könnte man fortsetzen. Wir werden für zügige und **vereinfachte Planungsverfahren** sorgen. Ein Beispiel ist der neue **Landesentwicklungsplan**. Für Kommunen und für wirtschaftliche Betätigung wird es erhebliche zusätzliche Freiräume geben. Diese werden insbesondere durch die Kommunalisierung der Regionalplanung noch vergrößert. Wir stärken die Verantwortung vor Ort. Wir verkürzen die Planungszeiträume.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit werden die bekannten rot-grünen **Investitionshemmnisse** in Schleswig-Holstein endlich beseitigt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir erleben eine lebhafteste Diskussion über die Vorschläge der Landesregierung; nicht nur jeden Tag draußen, auch hier in diesem Landtag. Von besonderem Interesse ist natürlich, was die Oppositionsparteien vorlegen und vorgelegt haben, die sich lautstark anschicken, diese Regierung ablösen zu wollen.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Ich möchte jetzt keine Zwischenfragen beantworten. Sie haben sich gerade in den letzten Tagen so

(Minister Rainer Wiegard)

intensiv zu meinen Vorschlägen geäußert, dass ich sie jetzt zunächst einmal vortragen möchte, Herr Kollege Matthiessen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Oppositionsführer beschränkte sich darauf, seine hinlänglich bekannten Textbausteine vorzulesen, in denen er die Forderung nach Mindestlohn oder andere Allgemeinplätze nennt. Damit will er den von ihm wesentlich mit verursachten Schulden- und Pensionsberg bekämpfen. Durch eine von oben verordnete Kreisgebietsreform und Änderungen an der kommunalen Struktur sollen schwindelerregende Effekte in dreistelliger Millionenhöhe erwirtschaftet werden. Natürlich soll zur Sanierung des Landeshaushalts abkassiert werden. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Stegner. Wir lösen unsere Probleme selbst. Wir bereichern uns nicht an den Sparanstrengungen der Kommunen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Grünen sind ein bisschen besser im Aufschreiben von Texten, das muss man tatsächlich zugeben. Sie beschreiben wortreich Papiere, von denen Sie Gott sei Dank selbst eine Zusammenfassung machen, damit man es leichter hat, sie zu lesen. In diesen Papieren legen Sie dar, wie Sie im Ergebnis 420 Millionen € einsparen und gleich wieder 350 Millionen € ausgeben. Das ist Ihre Vorlage. Die Einsparungen haben Sie übrigens von uns abgeschrieben. Da ist keine neue Erkenntnis dabei.

(Zuruf des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schließlich verlangen Sie von der Landesregierung, den Bund und die anderen Länder dazu zu bewegen, uns die in Ihrer jämmerlichen Regierungszeit aufgetürmten Schulden abzunehmen. Das ist Ihr Vorschlag zur Konsolidierung. Er ist abenteuerlich!

(Beifall bei CDU und FDP)

So wird immer weiter gestümpert. Herr Kollege Habeck, ich hatte eigentlich gedacht, die Zeit der Stümperei müsste vorbei sein, aber das ist weit gefehlt, denn wir haben ja Frau Heinold.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das dauert noch zwei Jahre an!)

So wird die Landesregierung dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die sogenannte kalte Progression und den Mittelstandsbauch der Einkommensteuer aufkommensneutral zu beseitigen. Hören Sie genau zu, was Sie - glaube ich - noch heute selbst in den Landtag einbringen. Als Lösung schla-

gen Sie vor, dafür den Spitzensteuersatz von 42 % auf 45 % zu erhöhen. Es ist bekannt, dass Ihre Rechenfähigkeiten nicht ausreichen, solche Dinge darzustellen. Um die kalte Progression und den Mittelstandsbauch zu beseitigen, brauchen Sie etwa 25 Milliarden bis 30 Milliarden €. Das heißt, Sie müssten den Spitzensteuersatz schon auf 72 bis 75 % erhöhen. Für die Haushaltskonsolidierung haben Sie dann aber noch keinen einzigen Cent erwirtschaftet. Ich empfehle Ihnen dringend, einen Kurs bei der Volkshochschule zu besuchen, um die Grundrechenarten kennenzulernen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir stehen heute und in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Wir nehmen diese Herausforderung an.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So etwas nennt sich Finanzminister! - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

- Frau Kollegin, ich fange noch einmal von vorn an, damit Sie das wirklich hören. Wir nehmen diese Herausforderung an.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht mehr lange!)

- Lassen Sie sich Zeit, Frau Kollegin. Wir sind bereit, mit jedem über unsere Vorschläge zu reden, der bereit ist, zu akzeptieren, dass wir unser heutiges Leben nicht weiter auf Pump aufbauen und die Schulden auf künftige Generationen übertragen dürfen. Wenn es bessere Argumente und bessere Vorschläge für andere Konsolidierungsmaßnahmen gibt, dann stehen wir dieser Diskussion abgeschlossen gegenüber. Bisher habe ich keine gesehen; jedenfalls nicht von Ihnen. Es stünde insbesondere denjenigen gut zu Gesicht, die die Probleme verursacht haben, sich nun langsam auf den Weg zu machen, statt ein paar populistische Pressemitteilungen als Rollsplitt auf die Autobahn der Haushaltskonsolidierung zu werfen. Schleswig-Holstein ist mit unserem Finanzplan und mit unserem Haushaltsplan sowie mit dem Haushaltsbegleitgesetz auf dem Weg. Wir sind es unserem Land und unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, und wir sind es den künftigen Generationen schuldig. Wir geben der Zukunft eine Chance.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren! Auf der Zuschauertribüne begrüße ich unseren ehemaligen Landtagskollegen Manfred Ritzek. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als vor ein paar Monaten die **Haushaltsstrukturkommission** der Öffentlichkeit ihre Vorschläge vorgelegt hat, haben wir ganz viel Selbstlob gehört. Da hieß es: Wir sind bundesweit vorbildlich. Die anderen beneiden uns. Wir gehen einen Weg, der viel besser ist als das, was alle anderen tun.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man das Ergebnis heute hört, dann stellt man fest - das Bild kann man hier in Kiel gut verwenden -: Der eigene Wind füllt die Segel nicht!

Die Methode, die Sie dabei angewandt haben, nämlich weder mit Betroffenen noch mit Fachleuten zu sprechen, rächt sich dann, wenn man das Ergebnis betrachtet. Wenn Sie selbst beim Schleswig-Holstein Musik Festival, wohin ganz viele Menschen kommen, die Ihnen zugeneigt sind, mit Pfiffen empfangen werden, dann ist verständlich, dass die Menschen mindestens den Anspruch haben, dass man mit ihnen spricht, bevor man Entscheidungen trifft. Dann kommt nämlich etwas Besseres dabei heraus.

Dann wurde immer gesagt: Wer etwas anderes möchte und das kritisiert, der soll das doch durch etwas Besseres ersetzen. Das ist nur schwer möglich, wenn man dem ganzen Konvolut so gar keine Richtung abgewinnen kann, wenn man gar nicht sieht, was insgesamt gemeint ist.

Mit anderen Worten: Das Flicker an Details nützt gar nichts, sondern man muss sich mit der gesamten Richtung auseinandersetzen. Dass es übrigens schon bröckelt, merkt man ja von Lübeck bis Friedrichskoog, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich hatte mit Spannung auf die Rede von Ihnen gewartet, lieber Herr Kollege Wiegard. Mein Respekt vor Ihnen, den ich wirklich immer noch habe, hindert mich daran, mich mit dieser sehr traurigen Rede auseinanderzusetzen.

(Lachen bei der CDU)

Das will ich Ihnen wirklich sagen: Das war keine Rede, die irgendetwas zu den Haushaltsproblemen des Landes beigetragen hätte

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

oder Lösungen aufgezeigt hätte. Nein, verehrter Herr Kollege, das waren die Leerformeln, die wir seit Jahren kennen, und das von jemandem, der ja nun schon seit Jahren dieses Amt innehat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sozialdemokraten haben, als wir uns mit unserem eigenen Konzept beschäftigt haben, gesagt - damals erwarteten wir übrigens, noch vier Jahre Oppositionsarbeit machen zu müssen, aber wir haben es trotzdem gesagt -: Wir müssen eine seriöse Alternative entwickeln, die die Probleme unseres Landes wirklich löst und die eben nicht nur an der einen oder anderen Stelle mit Flickschusterei beginnt. Dass Ihr Zahlenwerk Makulatur ist, haben die Kollegen von den Grünen in den letzten Tagen ja sehr deutlich dargelegt. Ich wäre vorsichtig mit dem Verweis auf Grundrechenarten, wenn ich ein solches Machwerk insgesamt vorgelegt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch ganz deutlich sagen: Über die **Konsolidierungsnotwendigkeit dieses Haushalts** kann ernsthafterweise kein Zweifel bestehen. Das Land ist in einer extrem schwierigen Situation. Wir gehen mit den **Schulden** auf die 27 Milliarden € zu. Wir haben mehr als 1 Milliarde € an **Zinsbelastung**, wir haben mehr als 1 Milliarde an **strukturellem Defizit**, wir haben ungefähr 1 Milliarde an **Pensionszahlungen** zu leisten, und wir haben mit großer Mehrheit die **Schuldenbegrenzung** in der **Landesverfassung** beschlossen.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Alle?)

Weil das so ist, Herr Kollege Jezewski, muss man sich auch insgesamt der Verantwortung stellen, auch wenn man in der Opposition ist.

(Beifall bei der SPD - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Oh ja, fangen Sie mal an damit!)

Wir haben gesagt, und das teilen wir mit dem einen oder anderen, jedenfalls mit vielen Kollegen in der Opposition: Wir wollen Verantwortung für das Land dahin gehend übernehmen, dass wir uns auf die erheblichen Veränderungen einstellen, die uns bevorstehen. Das beginnt mit der **demografischen**

(Dr. Ralf Stegner)

Entwicklung. Was das allein bedeuten wird für Pflege, für Gesundheit, für den ÖPNV, für Stadtplanung, für Wohnen, für andere Fragen, was das heißt für die ehrenamtlichen Strukturen, die bestimmte Dinge leisten sollen - dann darf man nicht das weghauen, was die an Unterstützung brauchen -, was das heißen muss für eine Bildungsoffensive, wenn wir bis 2020 48.000 Kinder in Schleswig-Holstein weniger haben werden, was das bedeutet, wirklich jedes dieser Kinder bestmöglich zu fördern, oder auch, was wir tun müssen, um die Energiewende voranzubringen und dem Klimawandel zu begegnen - alles dieses verlangt eine seriöse Alternative und im Übrigen die Bereitschaft zur Gemeinsamkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das hier ausdrücklich: Diese **Bereitschaft zur Gemeinsamkeit** besteht bei uns nicht nur beim Wahlgesetz. Die Probleme des Landes lassen sich nur lösen, wenn man auf den parteipolitischen Hickhack verzichtet und an der einen oder anderen Stelle jedenfalls versucht, Gemeinsamkeiten voranzubringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser **Konsolidierungskonzept** besteht aus einem Dreiklang. Ich füge hinzu: Nur wenn dieser **Dreiklang** auch gemeinsam bewältigt wird, hat man eine Chance. Ihr Zahlenwerk ist auch deswegen nicht plausibel, weil Sie sich eigentlich ausschließlich auf das Thema Ausgabenkürzungen beschränken. Sie haben keine vernünftigen Antworten zu Einnahmeverbesserungen, und das Wort Strukturveränderung kommt bei Ihnen zwar vor, aber es ist völlig inhaltsleer. Man sehnt sich ja förmlich danach zurück, dass Sie Herrn Schlie wieder mit der Aufgabe betrauen.

Ich will jedenfalls sagen: Wir glauben, dieser Dreiklang muss daraus bestehen, dass wir erstens in die Zukunft investieren. Das heißt glasklar **Prioritätensetzung** bei **Kinderbetreuung**, bei **Bildung**, bei **Klimaschutz** und Bewahrung der **sozialen Sicherheit**. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss die Priorität sein. Jeder Euro, der hier investiert wird, zahlt sich aus und dient der Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der SPD - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sagen Sie mal was zur Konsolidierung!)

Das heißt im Umkehrschluss Kürzen bei den nachrangigen Bereichen. Ich werde darauf in meiner Rede eingehen.

Zweitens. Man muss die **Strukturen verändern**, und zwar sowohl bei der **Verwaltung**, bei der **Bürokratie**, als auch mutiger sein bei der **norddeutschen Kooperation**. Wir werden das tun.

Drittens. Man muss die **Einnahmen verbessern** und muss für eine solidarische **Altschuldenregelung** sorgen. Wir brauchen einen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen. Anders wird es nicht gehen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Ah, die anderen!)

Wer etwas anderes sagt, der versteht entweder nichts von der Sache oder führt die Menschen an der Wahrheit vorbei.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zu dem ersten Punkt kommen: Investieren in die Zukunft, Kinderbetreuung und Bildung. Die **frühkindliche Bildung** bis zum Studium ist die Zukunftsfrage für unser Land. Daran hängt unser Wohlstand, daran hängt alles in unserem Land. Deswegen müssen wir es erreichen, dass wir **Beitragsfreiheit von der Kindertagesstätte bis zum Studium** haben. Das ist und bleibt der Kernpunkt für Wohlstand und für gerechte Zukunft in unserem Land.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht nur gerechter, sondern es ist auch volkswirtschaftlich sinnvoller. Jeder kommunale Kämmerer weiß, wenn er Kinder fördert, wenn er sie ordentlich betreut, wenn er dafür sorgt, dass sie Chancen haben, dann steigen nicht so immens die Kosten der Jugendhilfe, wie sie das momentan tun. Jeder, der sein Dach nicht repariert, der spart drei Jahre lang, aber am Ende kommt die teure Rechnung. Wir müssen mehr tun, damit wir nicht so viel Jugendhilfekosten, nicht so viel Jugendkriminalitätsbekämpfung und all diese Dinge haben, sondern wir müssen etwas dafür tun, dass die Kinder die besten **Chancen** haben. Deswegen muss in diesem Bereich mehr investiert werden und nicht gekürzt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Bei allem, was man über die gemeinsamen **Regierungsjahre mit der Union** sagen kann, ich muss doch sagen, wir haben immerhin gemeinsam den

(Dr. Ralf Stegner)

Einstieg in die Beitragsfreiheit vollzogen. Wir haben ein **Schulgesetz** gemacht, dem damals 65 von 69 Abgeordneten zugestimmt haben. Wir haben die **Schülerbeförderungskosten** den Eltern abgenommen. Jetzt stellen wir fest - ich komme nachher noch einmal darauf zurück -: Sie haben überall den Rückwärtsgang eingeschaltet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem **Rückwärtsgang** kommt man nicht in die Zukunft, sondern nur in die Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen das bei den Kindertagesstätten verbessern. Wir müssen es tun. Wir schlagen 73 Millionen € vor, weil auch die Tatsache, dass **jedes Kind eine warme Mahlzeit** haben soll, dazugehört und wir eben nicht Bedürftigkeitsfonds haben wollen, sondern wir wollen das insgesamt lösen für die Kinder in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die **Ausbildung** verbessern. Auch da werden wir nicht sparen können. Den **Erzieherinnen und Erziehern** vertrauen wir das Wichtigste an, was wir haben, nämlich unsere Kinder. Deswegen werden wir da mehr tun müssen und werden in diesem Feld nicht in die Spardose greifen können. Das weiß jeder, der von den Themen etwas versteht.

Im Schulbereich haben wir uns ja gemeinsam mit der Union am Ende der letzten Legislaturperiode zu dem **Bildungspaket** bekannt. Sie erinnern sich, es ist noch nicht so lange her.

Wir haben Dinge vorangebracht. Wir haben gesagt: **Längeres gemeinsames Lernen** erhöht die Chancen für alle. Wir haben gesagt: Wir lassen die Kommunen ihre Planungen machen. Sie haben das im Vertrauen darauf getan, dass die Regierungen ihr Wort halten. Wir haben gesagt: Wir brauchen mehr **Ganztagschulen**. Dass wir mehr Integration brauchen, wissen wir nicht erst seit dieser eigenartigen Debatte der letzten Tage. Deswegen ist es für die Schulen so wichtig, dass man da kein Chaos anrichtet, sondern dass man voranschreitet und nicht an Stellen kürzt, wo das nicht nur wehtut, sondern tatsächlich irreparablen Schaden anrichtet.

Im Hochschulbereich gilt das genauso. Wir brauchen einen **Masterplan für die Hochschulentwicklung**; wir brauchen eine berechtigte Perspektive für den Campus in Flensburg, wo auch die grenzübergreifende **deutsch-dänische Zusammenarbeit** weitergehen kann. Wir werden nicht mehr Geld bekommen können, aber man darf dem nicht

die Beine weghauen. Das Gleiche gilt natürlich auch für Lübeck. Wir haben gesagt: Bei der Medizin kann man darüber reden; man kann sich über eine gemeinsame Fakultät unterhalten, die an zwei Standorten besteht. Aber das, was Sie da gemacht haben, - ich komme nachher noch einmal darauf zurück -, ist ja nun das Gegenteil von vernünftiger Planung.

Wir haben auch gesagt: Wir brauchen eine Veränderung beim System der **Hochschulfinanzierung**, die die Belastung zwischen den einzelnen Bundesländern fairer verteilt, damit nicht diejenigen, die teure Studienplätze haben, die Zeche für die anderen bezahlen, die weniger teure Studienplätze haben.

Das alles wird nur mit einem gemeinsamen Kraftakt gelingen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und es wird nur gehen, wenn wir eine Änderung im Grundgesetz haben, die das Kooperationsverbot in ein Kooperationsgebot zwischen Bund und Ländern verwandelt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das werden wir fordern, und das wird auch beschlossen werden. Ich bin einmal gespannt, ob diejenigen in der Union, die sich diesen Forderungen angeschlossen haben, am Ende ebenfalls pfeifen und nicht nur den Mund spitzen. Wir haben ja dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein zweimal Nein oder zumindest doch nicht Ja zu der **Föderalismusreform** gesagt hat; denn wir haben gesagt: Das ist ein Punkt, der geändert werden muss.

Beim **Universitätsklinikum** - immerhin unser größter Arbeitgeber im Land, Ort der Höchstleistungsmedizin - wollen wir dafür sorgen, dass das so bleiben kann, dass das in der notwendigen Qualität geschieht. Wir wollen nicht den alten Privatisierungsideen anhängen, sondern wollen dafür sorgen, dass Vertrauen herrscht und dass man sich an Verträge hält. Stattdessen bekommen wir neue Bedrohungen durch Ihren Parteifreund, Herr Kollege Garg, der einen Entwurf vorgelegt hat, der den Kliniken in Schleswig-Holstein jährlich bis zu 20 Millionen € wegnimmt. Das, was Frau Trauernicht ausgehandelt hat, will diese Regierung nun wieder beseitigen. Das ist das traurige Faktum. Sie können leicht privatisieren, wenn das herauskommt. Wir wollen das nicht. Es muss bei den Beschlüssen bleiben, die wir in diesem Punkt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Ralf Stegner)

Ich sagte, dass für uns zu den Schwerpunkten auch der **Klimaschutz und die Energiewende** gehören. Das muss man konsequent umsetzen - zum Beispiel, indem man Energie spart, indem man die Energieeffizienz erhöht, indem man erneuerbare Energien fördert. Wir haben Beispiele gebracht, die haushaltsrelevant wären und durch die dieser Ansatz sofort wirken könnte, etwa durch gebäudetechnische Sanierung. Stattdessen aber führen Sie eine **Atomdebatte**, bei der es einen richtig gruselt. Die großen Konzerne schalten große Anzeigen, und die Kanzlerin meldet Vollzug. Das ist das, was dabei herauskommt. So aber setzt sich Politik dem Verdacht der Käuflichkeit aus. Jawohl, wir brauchen mehr Mittel aus der Kernbrennstoffabgabe, aber doch nicht durch die Verlängerung von Laufzeiten!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist schon traurig, wenn der Ministerpräsident dieses Landes sagt, man könne über die Verlängerung reden, wenn die Kohle stimmt - etwa nach der „Methode Lübeck“. Das ist nicht richtig.

Und was vom Widerstand der FDP hier noch übrig bleibt, das werden wir sehen. Ich komme nachher noch auf ein paar Beispiele für Ihre Standfestigkeit, meine Damen und Herren auf der rechten Seite.

Was die Frage der sozialen Sicherung angeht, so gilt auch da: Natürlich muss auch dieser Bereich zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben uns sehr schwergetan, dies in unserer Fraktionsklausur zu beschließen; das will ich klar bekennen. Wir haben aber gesagt: Wir sind nur glaubwürdig, wenn wir auch in den Bereichen, wo es uns wehtut, Kürzungsvorschläge - jedenfalls verkraftbare Kürzungsvorschläge - machen.

Was aber nicht geht, ist, zu sagen: Das **Lohnabstandsgebot** halte ich dadurch ein, dass ich bei den Hilfen für die Bedürftigen kürze, statt mich dafür einzusetzen, dass die Löhne vernünftig steigen.

Die Debatte, die da geführt wird, ist nicht nur in der Sache gruselig, sondern sie ist das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft. Das ist die Philosophie, die Sie ja immer vertreten, wenn Sie sagen, Wohlfahrt könne auch erdrücken. Nein, es ist bedrückend, wenn man eine solche Philosophie vertritt. Das ist nicht unsere Vorstellung von Deutschland.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber anders, als das Oppositionsparteien gelegentlich tun, haben wir in unserem Konzept dargelegt und auch beantwortet, wo wir kürzen würden. Das muss man nämlich, wenn man ernst genommen werden will. So haben wir zum Beispiel gesagt, dass bei den **Förderprogrammen** sehr viel konsequenter gekürzt werden könnte. Bei der **einzelbetrieblichen Förderung** haben Sie sich ein bisschen auf den Weg gemacht, den wir Ihnen schon monatelang zuvor vorgezeichnet haben, obwohl Sie sich lange dagegen gewehrt haben. Aber auch das geht noch konsequenter, als Sie es tun. Wir haben es vorgeschlagen.

Das Gleiche gilt auch für die **Kofinanzierung** des einen oder anderen **EU-Programms**. Auch da sagen wir: Wir können uns vieles nicht mehr leisten; wir müssen Dinge konzentrieren. In unserem Haushaltskonzept, Herr Kollege von Boetticher, haben wir dargelegt, auf welche Bereiche wir uns konzentrieren wollen.

Wir haben auch gesagt - auch das ist uns schwergefallen -, dass wir durchaus dem Anliegen zustimmen, sehr ehrgeizige **Stellenkürzungen** mitzuschließen. Das haben wir übrigens bereits am Ende der Großen Koalition getan. Wir waren bereit, den Abbau von 4.800 Stellen bis 2020 mit einem **Aufgabenabbau** zu verbinden. Durch das Ausscheiden älterer Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamter kann dies geschehen. Das haben wir vorgeschlagen, und daran hätte man sich auch halten können; das wäre möglich, wenn man gleichzeitig den Aufgabenabbau angeht. Das, was Sie jetzt machen, sind eher Luftnummern.

Ja, wir haben auch gesagt - auch wenn das nur ein symbolischer Beitrag sein mag -: Die Politik sollte auch bei sich selbst kürzen. Auch dazu haben wir Vorschläge gemacht. Traurig ist daran allerdings, dass, während das Parlament dies tut, man die Regierung nicht nur zum Jagen tragen muss, sondern die Regierung Vorschläge macht, die de facto eben keinen Beitrag der Regierung zeitgleich und wirkungsgleich mit dem Parlament bedeuten. Sie genehmigen sich für die Landesregierung zum 1. April eine Gehaltserhöhung, und das kompensiert das kleine bisschen, das die verlieren, die gleichzeitig Landtagsabgeordnete sind. Das ist kein vorbildliches Beispiel, wenn es darum geht, mit dem mitzuhalten, was das Parlament tut.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ärgern uns auch nicht mit Gesetzen, die eigentlich Nachnamen tragen könnten. Das ist alles dum-

(Dr. Ralf Stegner)

mes Zeug. Es zeigt im Grunde nur die Niveaulosigkeit. Man könnte jedoch mit weniger Staatssekretären auskommen, und man könnte die Beauftragten abschaffen. Man könnte noch vieles andere tun, statt davon zu reden.

(Zuruf von der CDU: Das müssen Sie gerade sagen! - Weitere Zurufe)

- Entschuldigung, ich habe sehr viel Respekt vor dem hochgeschätzten Kollegen Arp. Aber die Aufgaben, die da vorgetragen wurden, sind völlig überflüssig, und das weiß jeder.

(Zuruf von der CDU: Fangt mal damit an!)

Wir könnten manche Einzelmaßnahme machen, und wir haben hierfür viele Beispiele genannt. Wir sind übrigens willens, uns auch konstruktiv in die entsprechenden Gespräche einzubringen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Das gehört dazu, wenn man kritisiert.

(Zuruf von der CDU: Dann fangen Sie doch damit an!)

Ich habe mehr Redezeit darauf verwendet, Einsparvorschläge zu unterbreiten, als ich etwas Konkretes von Ihnen zu diesen drei Themenbereichen gehört habe.

Zweitens, meine sehr verehrten Damen und Herren: **Strukturveränderung**. Dieses Wort von der Strukturveränderung - wenn es denn überhaupt eine Bedeutung haben soll - heißt doch: Wir müssen bei der **Verwaltungsreform** endlich einmal Tempo machen und nicht nur davon reden. Wir müssen eine konsequente Verwaltungsreform mit Aufgabenabbau machen. Wir sind der Auffassung, dass man 80 Millionen € pro Jahr weniger ausgeben kann. Das ist eher noch eine bescheidene Schätzung; denn die Wissenschaftler aus anderen Ländern sagen uns, dass das auch im dreistelligen Bereich geschehen kann, sofern wir dies tun.

Wir haben einen Vorschlag gemacht, über den man mit uns reden kann. Wir sagen: Die Kommunen müssen auch Anreize bekommen. Die Ämterreform, bei der wir ja genau dieses Prinzip angewandt haben, hat doch gezeigt, dass im Durchschnitt ungefähr 13 Millionen € pro Jahr weniger ausgegeben werden können, ohne dass es irgendeinen Bürger trifft. Die Bürger bekommen immer noch Pässe, sie können immer noch heiraten, sie können immer noch umziehen und all diese Dinge tun. Das ist gar kein Problem. Aber damit verblieben 13 Millionen € mehr in den kommunalen Kassen.

Was in diesen Fällen gilt, das gilt doch in anderen Bereichen auch. Da gibt es viele Möglichkeiten, etwa bei der Katasterverwaltung, bei den Kragensämlern und in vielen anderen Bereichen. Wir brauchen eine Verwaltungsreform.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Wir wollen nur nicht privatisieren. Man kann jedoch zu Reformen kommen. Ich sehe hier jedoch nur Mutlosigkeit, und ich glaube übrigens, dass diese Mutlosigkeit auch etwas mit Ihren Parteifunktionären vor Ort zu tun hat, vor denen Sie ein bisschen Angst haben, weil Sie glauben, dass diese Themen unpopulär sind.

(Zurufe)

Bei uns ist dieses Thema auch nicht populär. Aber wir wissen trotzdem, dass wir das tun müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zweite Feld der Strukturreform ist - -

(Unruhe)

- Ich verstehe ja, dass Sie nicht die Ruhe haben zuzuhören. Sie merken, dass Ihre Zeit abläuft, und deswegen rufen Sie andauernd dazwischen. Es ist ja auch verständlich, dass Sie nervös sind. Aber Sie werden

(Zurufe von der CDU - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das müssen gerade Sie sagen! - Demonstrativer Beifall bei der CDU)

sich das anhören müssen.

Ich möchte zur **norddeutschen Kooperation** kommen. Dankenswerterweise haben wir gemeinsam mit den Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine **Enquetekommission** eingerichtet, weil wir wissen, dass bei der Zusammenarbeit in Norddeutschland, der Zusammenarbeit mit Hamburg, aber auch mit Mecklenburg-Vorpommern, erheblich mehr Tempo gemacht werden muss. Wir werden das auch tun und es nicht in Kommissionen verweisen, so, wie die Regierungskoalitionen das tun. Dabei kommt nichts heraus, zumal ja, wie wir sehen, die Regierungen in Hamburg und in Kiel im Augenblick ganz andere Sorgen haben als die Sorgen um die norddeutsche Kooperation.

Wir haben Beispiele genannt, bei denen das vorangehen kann: Den Datenschutz, die Gerichte, den Verfassungsschutz, die Labore, die Kartellbehörden, die Landesrechnungshöfe. Ist es nicht ein Anachronismus, dass wir immer noch über Schüler und Gastschulabkommen ernsthaft verhandeln, anstatt

(Dr. Ralf Stegner)

dafür zu sorgen, dass das so geregelt wird wie innerhalb von Schleswig-Holsteins auch und dass wir nicht so komplizierte Abkommen zwischen den Ländern haben?

(Beifall bei der SPD)

All dies erfordert Mut, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der gerade aus dem Amt geschiedene Bürgermeister Ole von Beust hat gesagt, seiner Meinung nach seien 100 Millionen € zu holen. Wir glauben das auch, allerdings denken wir, das wird nicht so schnell möglich sein. Er hat gesagt: Wir machen das vielleicht noch in der Regierungszeit. Das hat sich ja nun erledigt. Aber wir glauben, dass man das ab 2015 schaffen kann, wenn man denn beherzt und übrigens auch ergebnisoffen herangeht. Sie wissen: In unserer Fraktion haben auch nicht gleich alle Hurra geschrien, als Jürgen Weber gesagt hat, das sollten wir tun. Aber wir sind inzwischen an einem Punkt angekommen, an dem wir sagen: Wir müssen mehr Mut haben, was das Thema der norddeutschen Kooperation angeht, und wir werden das mindestens mit den Grünen gemeinsam – ich glaube, auch mit anderen gemeinsam – schaffen, übrigens, liebe Anke Spoorendonk, ohne zu einem Ergebnis zu kommen, das die nördlichen Landesteile abhängt oder benachteiligt. Das kann nicht der Sinn solcher Unternehmungen sein. Das muss gewährleistet werden. Wir müssen die Wachstumskräfte ins ganze Land hineinziehen.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Strukturveränderungen gehört übrigens auch, dass wir bei Sparkassen und Banken etwas tun müssen. Dieses unheilvolle **Sparkassengesetz** wird keinen Tag länger leben als die Koalition in diesem Haus, das will ich Ihnen sagen!

(Beifall bei SPD und der LINKEN – Zurufe von CDU und FDP)

Wir werden auch hier bei Ihrem Privatisierungswahn in die Parade fahren.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Was die **HSH Nordbank** angeht, habe ich heute mit großer Freude gelesen, dass der Fraktionsvorsitzende der FDP jetzt auch der Auffassung ist, dass Herr Nonnenmacher der falsche Mann ist. Das sagen wir schon ziemlich lange.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sie haben ihn doch eingestellt!)

- Die Sozialdemokraten haben der Bestellung von Herrn Nonnenmacher nicht zugestimmt. Das darf

ich hier ganz deutlich sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zurufe von CDU und FDP)

Wir haben ihn nicht ausgewählt, wir haben auch Herrn Kopper nicht ausgewählt. Aber darum geht es gar nicht. Eine Bank, die weitgehend auf den Schmuddelseiten der Illustrierten auftaucht und uns gehört, kann nicht richtig geführt sein, und das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Das ist eine Minimalvoraussetzung dafür, dass wir zu anderen Dingen kommen.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden im Hinblick auf die Strukturveränderungen auch noch manch andere Frage anzusprechen haben. Ich sage nur: Neben den Investitionen in Schwerpunktbereichen und den Kürzungen in den Bereichen, die ich genannt habe, gehören beherzte Strukturreformen dazu. Dazu braucht man Mut. Dazu muss man ab und zu einmal seine Meinung revidieren, um mit anderen gemeinsam zu Veränderungen zu kommen. Das werden wir tun.

Drittens. Das Wort „Einnahmeverbesserung“ kommt in der Rede des Finanzministers in der Tat vor. Aber wenn man sich dann anschaut, wie es ausgefüllt wird, muss man sagen: gähnende Leere, selbst bei den Dingen, die man im Land selbst tun kann. Der Vorschlag, die **Grunderwerbsteuer** von 3,5 % auf 4,5 % zu erhöhen, bringt jährlich 70 Millionen € zusätzlich. An wie viele Häuslebauer denken Sie eigentlich, die Sie jetzt behindern würden, täten wir das - nur im Nachbarschaftsvergleich -, anstatt den Ärmsten der Armen hier im Lande etwas wegzunehmen? Es ist sträflicher Umgang mit den Landesfinanzen, wenn man diese Maßnahme in einer solchen Situation nicht ergreift. Wir sind der Meinung, das muss man tun, und das muss man auch sofort tun.

(Beifall bei der SPD)

Oder: Wo bleibt die Initiative für die **Bundessteuerverwaltung**? Auch dazu haben wir uns ja durchgerungen. Allein das bringt 67 Millionen € jährlich zusätzlich für das Land. Das bedeutet ein Stück Aufgabe eigener Zuständigkeiten, aber es hilft, und es schadet eigentlich niemandem im Land.

Oder wie gehen wir mit allein 200 Millionen € an jährlichem **Umsatzsteuerbetrug** um? Das Geld gehört eigentlich in die öffentlichen Kassen. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass sich die Kollegen

(Dr. Ralf Stegner)

von der FDP in der Debatte um die Steuer-CD so verhalten, wie sie das tun.

(Zurufe von der FDP)

Wichtig ist jeder Euro, der in die Staatskasse kommt. Ich sage Ihnen: Weiße-Kragen-Kriminalität ist mindestens so schlimm, wie Sie den Leuten erzählen, dass es ist, wenn ein Jugendlicher einmal einen Fehltritt macht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über das hinaus höre ich immer, das andere sei ja Bundessache. Ich habe gelernt, die Länder waren vor dem Bund da, und der Bundesrat ist ein Bundesorgan, und die Länder wirken mit. Wo ist eigentlich Ihr Antrag, dieses eigenartige **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** mit den 60 Millionen € und 70 Millionen € für Hoteliers und reiche Erben zurückzunehmen?

(Zurufe von der FDP)

Sie lehnen das in unseren Ausschüssen ab, Sie lehnen es im Finanzausschuss ab. Das ist nicht zu glauben. Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein fühlen sich doch verkohlt, dass Sie nicht einmal diese Fehlleistung korrigieren können.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das ist ein sehr einfacher Weg, Geld in die Kassen zu bringen, das Sie den Ärmsten der Armen wegnehmen wollen.

Oder wie ist es damit, jene mit den höchsten Einkommen und Vermögen stärker zu belasten, und zwar aus Solidarität für jene, für die wir mehr Kinderbetreuung, für die wir bessere Bildung brauchen? Wenn man das ordentlich macht, bringt es 16 Milliarden € in die Kassen. Das ist **Solidarität**, die wir in einer **sozialen Marktwirtschaft** brauchen.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Oder: Warum machen wir nichts, was die Themen Umweltverbrauch, Kapitalbesteuerung, Finanztransaktionen und Spekulationen angeht? Das sind alles Felder, von denen man sagen muss, dass sie in vielerlei Hinsicht unserem Gemeinwesen schaden. Warum besteuern wir diese Dinge nicht entsprechend, damit jene, die so etwas machen, wenigstens stärker dafür zur Kasse gebeten werden, damit dieses **Gemeinwesen** floriert?

Das alles könnte man tun. Dazu gibt es von uns konkrete Vorschläge. Das wären dann Einnahmeverbesserungen, die nicht nur auf dem Papier ste-

hen, sondern die tatsächlich die **Handlungsfähigkeit** unseres Staates, unseres Gemeinwesens verbessern.

Lieber Herr Kollege von Boetticher, ich habe im „Hamburger Abendblatt“ gelesen, dass Sie gesagt haben – ich darf zitieren, Herr Präsident -: „Im Bund hat man noch nicht verstanden, dass wir kein Einnahmeproblem haben.“ Ich lese es noch einmal vor: „Im Bund hat man noch nicht verstanden, dass wir kein Einnahmeproblem haben.“ - Ich weiß nicht, wer hier was nicht verstanden hat, Herr Kollege. Ich glaube, es ist der, der das gesagt hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem größten Vergnügen.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, würden Sie mir und dem Hohen Haus freundlicherweise erläutern, welcher der Vorschläge, die Sie der jetzigen Landesregierung zur Einbringung im Bundesrat unterbreitet haben, von einem SPD-geführten Bundesland bereits im Bundesrat eingebracht worden ist?

Sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, ich kann Ihnen nur sagen: Wir reden im Augenblick über die **Haushaltssituation** in Schleswig-Holstein und über die Vorschläge, die wir machen.

Das Einzige, was bei Ihnen einfach, niedrig und gerecht ist, sind Ihre Umfragewerte, nicht aber Ihr Steuerkonzept. – Das muss man Ihnen jedenfalls antworten, wenn Sie sich in dieser Weise an der Debatte beteiligen.

(Lachen bei CDU und FDP – Zurufe von der FDP)

Aber die Kollegen machen in der Tat Vorschläge, wie man die Einnahmen verbessern kann. Dazu gibt es einen denkwürdigen Auftritt der beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP in Berlin. Diese haben dort ein Pressegespräch über die Finanzlage geführt und gesagt: Wir verbessern die Einnahmen für das Land spektakulär, indem wir den **Glücksspielstaatsvertrag** kündigen.

(Lachen bei CDU und FDP)

(Dr. Ralf Stegner)

- Ich habe die Meldung gelesen. Freuen Sie sich nicht zu früh. Sie können sich echt über wenig freuen. – Ich habe das mit der EU also gelesen, ich sage Ihnen aber auch: Wenn dpa, die ja durchaus eine seriöse Nachrichtenagentur ist - so etwas macht die ganz selten –, diesen Auftritt der beiden Herren mit der Überschrift „Las Vegas an der Förde“ übertitelt, dann sieht man die Seriosität Ihrer Vorschläge, von denen die Verbände nichts wissen wollen, der Sport nicht, die Wohlfahrtsverbände nicht, die Kirchen nicht und überhaupt niemand. Das ist eine Blamage und kein Beitrag, um die Einnahmen in unserem Land zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Auch muss ich Ihnen sagen: Eine faire **Altschuldenregelung** bleibt auf der Tagesordnung. Wir haben nämlich - übrigens mit der Zustimmung dieses Hohen Hauses -, als wir die Verfassung geändert und in die Verfassung eine **Schuldenbegrenzung** aufgenommen haben - Sie wissen, das ist nicht jedem leichtgefallen; wir haben das ja in den Zwischenrufen gehört -, gemeinschaftlich beschlossen, dass zu den Dingen nicht nur gehört, dass man die Einnahmen verstetigt, sondern eben auch, dass man eine faire Altschuldenregelung schafft, und zwar für Bund, Länder und Kommunen. Insoweit vermisse ich ernsthafte Aktivitäten. Sie reden darüber nur. Das kann, glaube ich, erst wieder mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung vorangebracht werden.

Nachdem ich Ihnen gesagt habe, was wir tun wollen, komme ich jetzt zur schwarz-gelben **Haushaltungspolitik**. Da muss ich Ihnen sagen: Wenn man sich anschaut, was Sie vorlegen, so ist das unsozial, hat regionale Schlagseite und ist in einem Maße unseriös, dass man sich als Schleswig-Holsteiner schämt, von der Landesregierung solche Vorschläge zu bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Sie kürzen bei den Schwächsten. Sie sind stolz darauf, dass Einrichtungen geschlossen werden, die Folteropfer behandeln. Mit stolzgeschwellter Brust wird das vom Ministerpräsidenten persönlich verkündet. Sie machen beim **Blindengeld** nicht das, was Sie behaupten, sondern Sie bringen Schleswig-Holstein in die Schlusslichtposition Deutschlands, obwohl Sie überhaupt nicht das einsparen, was Sie dabei einsparen können. Das ist ein **Nachteilsausgleich**. Wir haben dabei auch einmal gekürzt, aber in vertretbarem Maße. Sie machen Schleswig-Holstein zum Schlusslicht. Dagegen wird protestiert;

aber das juckt Sie wahrscheinlich gar nicht, weil Sie wahrscheinlich denken, das Gelbe und das Schwarze gelte als Sympathiekundgebung für Sie. Dem ist aber nicht so, sondern das ist der Protest von Benachteiligten.

Sie kassieren bei den Eltern, bei den Schülern, bei den Familien und bei den Kommunen gnadenlos ab. Das ist das, was man in Ihren Vorschlägen findet. 15 % bei sozialen und kulturellen Einrichtungen. Das ist nicht mehr Rasenmäher, da kommt der Sensenmann in viele dieser Einrichtungen, und das wissen Sie ganz genau.

Es fällt einem sehr schwer, das zurückhaltend zu formulieren: Wenn man in die **Minderheitenpolitik** guckt, kann man nur sagen, das ist eine minderheitenpolitische Kettensäge, mit der Sie da arbeiten. Warme Worte für die Minderheit, aber fast 30 % Kürzung, vom Büchereiwesen über Kulturarbeit bis zu dem bisschen, was Sinti und Roma bekommen. Dass Sie sich nicht schämen, solche Vorschläge zu machen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Aber im Reptilienfonds haben Sie für das Marine-denkmal Laboe statt 3 Millionen 6 Millionen €. Das ist die Politik von vorgestern; das ist das Gegenteil dessen, was man ernsthafterweise tun sollte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie gehen an die Beschäftigten heran, obwohl die schon kräftig haben beitragen müssen. Sie wollen die **Mitbestimmung** schleifen, weil die Ihnen unangenehm ist. Sie waren immer dafür, wir haben es früher immer verhindert, dass da eingegriffen wird. Sie gehen wieder an die Beihilfen heran. Beim Dienstalter gehen Sie hoch. Ich darf einmal den werten Kollegen Kubicki zitieren, der in diesem Jahr, vor wenigen Monaten, Folgendes gesagt hat:

„Die Erhöhung des Dienstalters für Polizeibeamte, das ist mit der FDP in der Landesregierung nicht zu machen, sonst können Sie mich in die Förde schieben.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie gucken ja nachts Kriegsfilm. Noch geht das mit der Temperatur in der Förde, Sie müssen sich aber beeilen, sonst wird es verdammt kalt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Wahlkampf das eine zu sagen und das Gegenteil zu tun, ist Ihre Vorstellung von Glaubwürdigkeit.

(Dr. Ralf Stegner)

Sie kürzen die Beiträge zum **Studentenwerk** in einer Weise, dass die Bekenntnisse zur Aussage „Wir wollen keine Studiengebühren“ - da haben wir Sie Gott sei Dank endlich auf unsere Seite bringen können - nichts wert sind, weil die Beiträge erheblich erhöht werden müssen.

Bei den Sozialverträgen gibt es 45 % weniger. Was heißt das? Das heißt, die Hilfen vor Ort für die Schwächsten fallen weg. Eltern werden allein gelassen, Ehrenamtler werden alleingelassen, Selbsthilfegruppen werden alleingelassen. Sie kriegen warme Worte nach dem Motto: Ich reiße dir die Wände ein, aber verspreche dir neue Tapeten. Das ist die Philosophie, mit der Sie an die Sozialverträge herangehen. Die Menschen demonstrieren doch nicht aus Jux und Dollerei zu Tausenden vor dem Landeshaus und überall im Land. Sie sollten sich schämen, dass Sie solche Vorschläge machen!

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

15 % Kürzung beim **Sozialvertrag II** - was heißt das? Sie kürzen bei der Suchtkrankenhilfe, bei der Psychiatrie, bei den Wohlfahrtsverbänden und bei den Hilfen für Kinder, wo wir doch gerade über das Kinderschutzgesetz reden, das bundesweit vorbildlich ist. Da hauen Sie richtig rein. Damit werden nicht nur die Ärmsten und Schwächsten ärmer gemacht, sondern Sie packen noch eins drauf, Sie reden nämlich über **Inklusion** und hauen bei der **Behindertenhilfe** rein in einer Form, dass die Verbände förmlich sprachlos geworden sind.

Sie kürzen bei der Bürgergesellschaft, von FSJ bis FÖJ. Wir werden Schlusslicht beim Ökolandbau, im Verbraucherschutz und bei den Laboren. Überall ist das die Philosophie, die man kennt, wenn man die Schraube zu fest dreht. Nach fest kommt ab. Das ist das, was Sie hier machen. Sie richten sozialen Unfrieden in Schleswig-Holstein an, ohne dass dies nachhaltig zur Haushaltskonsolidierung beitragen würde. Die Demos vor dem Hause, auch heute wieder, zeigen das überdeutlich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der zweite Teil - der hat wieder etwas mit Seriosität zu tun -, Sie brechen fortgesetzt Ihr Wort. Sie tun das Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben. Bei der Kita-Gebührenfreiheit sind Sie in den Wahlkampf gezogen und haben als Union gesagt: „Wir haben das erfunden.“ Kaum sind Sie an der Regierung, wird das mit einem Federstrich beseitigt. Das macht Ihnen gar nichts. Was ist das für eine Politik?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Bei den dänischen Schulen haben wir einen Vertrag geschlossen und sind auf 100 % gegangen, weil das ja die **allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit** und keine Privatschulen im eigentlichen Sinne sind. Sehen Sie die ganzen Menschen mit den T-Shirts, die sagen: Jetzt sind wir wieder nur noch 85 % wert. Was hat das mit Berechenbarkeit und Verlässlichkeit zu tun?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Sie schließen Verträge mit den Beschäftigten beim **UK S-H**. Herr de Jager hat gesagt, er habe den Vertrag geschlossen. Das stimmt. Wie wäre es denn, ihn einzuhalten, statt hinzugehen und zu privatisieren, dass man sprachlos ist! Sie reden darüber, wie schnell Sie Bieterverfahren auf den Weg bringen können. Sie sagen diesem Landtag und der Bevölkerung: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, die Politik darf heute das eine sagen und morgen das andere tun.

Besonders dreist sind Sie bei der **Schülerbeförderung**. Ich erinnere mich sehr genau, wie das damals gewesen ist. Wir haben Ihnen das mit Mühe abgepresst, und mit dem Geist der Mutter Theresa hat der damalige Ministerpräsident fernab von seinen Leuten gesagt: Wir korrigieren das wieder, weil das falsch und ungerecht ist.

Dann kommt der nächste Wahlkampf, dann kommt man an die Regierung und macht wieder das Gegenteil. Das ist von einer solchen Chuzpe, dass man gar nicht weiß, was man dazu sagen soll. Was heißt das zum Beispiel für eine Familie in Bredstedt mit zwei Kindern, ein Kind im dritten Kita-Jahr und ein schulpflichtiges Kind? Das bedeutet 200 € mehr für die Schülerbeförderung - die Kosten in diesem Bereich sind übrigens gestiegen -, wenn Sie es den Kommunen nicht aufhalsen, 30-prozentiger Elternanteil, plus Wegfall der Beitragsfreiheit: 1000 € mehr im Jahr an Kita-Kosten. Wenn Sie solche Sachen machen, sollten Sie sich Wahlkampfveranstaltungen in diesen Regionen gleich sparen, denn die Menschen sind nicht dumm, sie merken sich das, und sie merken, wenn sie von denen hinter die Fichte geführt werden, die ihnen das Gegenteil versprochen haben.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Kommen wir zu den **Schulen**. Sie haben gesagt, Sie wollten Ruhe an den Schulen, das sei Ihr Ziel nach dem ganzen Hin und Her der letzten Jahre. Und was machen Sie? Sie machen ein Schulchaos, das wirklich jeder Beschreibung spottet und das das Land mehr kostet - nicht weniger - mit G8 und G9.

(Dr. Ralf Stegner)

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Sie schaffen es innerhalb kürzester Zeit, alle gegen sich aufzubringen, die Schüler, die Eltern, die Lehrer, die Kommunen - alle. Selbst die Verbände, die an Ihrer Seite waren, lieber Herr Dr. Klug, verlassen Sie inzwischen, weil sie sagen: Der Mann heißt zwar Klug, aber das heißt leider nicht viel.

Sie finanzieren das eine oder andere, indem Sie die Lehrer länger arbeiten lassen. Wenn einer dagegen demonstriert, kommt nicht der alte liberale Klug, der immer gesagt hat: „Ihr obrigkeitsstaatlichen Politiker da, Frau Erdsiek-Rave!“, sondern dann kommt der Mann mit der Pickelhaube und sagt: „Freunde, demonstriert gegen FDP-Politik in diesem Land nicht, sonst werdet ihr keine Schulleiter mehr!“ - Was ist das für eine Philosophie?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Zurufe von CDU und FDP)

Sie hauen zweimal 300 Stellen weg. Das Schlimmste ist: Sie machen die kommunalen Planungen kaputt. Die Kommunen - ganz viele leider nicht von Sozialdemokraten geführt, sondern von Ihren Parteifreunden - haben Planungen für Schulen, und Sie hauen das mit einem Federstrich kaputt,

(Heike Franzen [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

weil Sie in der Schulpolitik zurück wollen. Da führt die FDP die Union am Nasenring durch die Manege. Das wird landesweit so gesehen. Alle sehnen sich danach, dass diese Bildungspolitik ein Ende hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich kann Ihnen die Sache mit Lübeck nicht ersparen. Wir alle - sogar ich auf ferner Urlaubsinsel - kriegten, weil das so schön war, ein Interview aus den „Lübecker Nachrichten“ reingereicht. In diesem Interview hätte man erwartet, dass sich der FDP-Fraktionsvorsitzende für diese volkswirtschaftliche Amokfahrt entschuldigt. Aber weit gefehlt! Lieber Herr Präsident, ich zitiere aus den „Lübecker Nachrichten“ vom 1. August 2010:

„Für mich selbst stand sie“,

die Universität Lübeck,

„nie auf der Kippe. Ich habe dem Rektor der Universität Lübeck, Herrn Peter Dominiak, immer wieder gesagt: Gehen Sie davon aus,

wir schaffen das! Ich habe den Rektor der Universität immer unterrichtet, wie weit wir sind. Am Ende habe ich Herrn Dominiak gesagt: Vertrauen Sie mir! Peter Harry Carstensen und ich bekommen das hin. Aber lassen Sie auch nicht mit den Demonstrationen nach. Das hilft uns in Berlin.“

Die Kollegen Habeck und Herdejürgen haben das damals gut kommentiert. Ich will Ihnen gern auch noch die Antwort von Herrn Dominiak vorlesen, wenn ich das darf, lieber Herr Präsident.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Er hat Folgendes gesagt:

„Man hätte mit der Uni Lübeck etwas Großes vor. Was, das hat er mir nicht gesagt. Und einen Monat später habe ich erfahren, dass die Uni Lübeck geschlossen werden soll, und wenn ich zynisch bin, kann ich nur sagen: Wenn das das Große war, das er mir damals versprochen hat, dann kann ich darüber nur lachen, das ist wirklich ein Unsinn!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das betrifft die Partei, die im Wahlkampf plakatiert hat: „Wir können, was wir tun“. Nee, Sie tun nur, was Sie können, und das ist leider ziemlich wenig.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

In diesem Fall ist das so etwas von hahnebüchen. Wenn sich nur ein Dienstwagen mit Kieler Kennzeichen dem Holstentor nähert, wenden sich die Leute dort schon ab und sagen: Lasst uns in Ruhe mit dieser Regierung, mit der wollen wir nichts mehr zu tun haben, die so mit den Menschen in der Region umgeht, Studenten, alle instrumentalisiert und sich in einer Weise blamiert, dass es für dieses Land peinlich ist. Überall, wo man in Deutschland hingekommen ist, ist man darauf angesprochen worden: Was habt ihr eigentlich für eine Landesregierung?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerecht geht anders, und Seriosität ist etwas anderes.

Sie haben im Augenblick noch eine **Mehrheit** von einer Stimme hier im **Landtag** für die Politik, die Sie geschäftsführend noch ein Weilchen betreiben können. Die Mehrheit im Volk, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie lange verloren. Viele bereuen ihre Wahlentscheidung; kaum einer traut sich noch, offen zuzugeben, dass er FDP gewählt hat. Man trifft kaum noch jemanden, der das

(Dr. Ralf Stegner)

öffentlich bekennen mag. Sie wissen, dass uns das Verfassungsgericht glasklar gesagt hat, was wir zu tun haben. Wir werden das morgen debattieren. Es ist unsere Hauptaufgabe, das zu tun, was die CDU im letzten Wahlkampf plakatiert hat, nämlich „Neuwahlen statt Kuddelmuddel“. Das war der Wahlanspruch der Union.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW)

Deswegen appelliere ich sehr an Sie: Legen Sie uns keine Steine in Weg, die es der nächsten Regierung schwer machen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Lassen Sie das mit dem Schulgesetz, ziehen Sie den Gesetzentwurf zurück! Muten Sie den Schleswig-Holsteinern nicht noch diesen Unfug zu, der sofort korrigiert werden müsste, wenn hier wieder eine vernünftige Regierung dran ist!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sicher nicht, Herr Stegner!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die „Koalition des Aufbruchs“ - Sie erinnern sich -, das stand über Ihrer Koalitionsvereinbarung: Aus der Koalition des Aufbruchs ist erst eine Koalition des Wortbruchs geworden und jetzt eine Koalition des Abbruchs.

(Christopher Vogt [FDP]: Was für ein Wortspiel!)

Diese Regierung ist auf Abruf da.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf wird keinen Bestand haben. Am besten, Sie ziehen ihn zurück.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und der LINKEN)

Unsere Alternative ist seriös,

(Lachen bei der FDP)

sie verlangt Anstrengungen von allen, und sie bietet Perspektiven für das Land Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein braucht Klarheit. Wir brauchen Innovation und Gerechtigkeit, und wir stehen dazu bereit.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie auch?)

1988 hat Björn Engholm gesagt: Stellen Sie sich vor, wir hätten eine Regierung, die den Menschen zuhört. Wir werden das wieder tun.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, wir begrüßen auf der Zuschauertribüne eine Seniorengruppe aus Lübeck sowie Gäste der Staatlichen Handelsschule Holzdamm, Hamburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst, sehr geehrter Herr Minister Rainer Wiegand, einen herzlichen Dank der Unionsfraktion für einen ehrlichen und mutigen Haushaltsentwurf und vor allen Dingen für einen **Finanzplan**, der zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes nicht nur eine Haushaltssituation in einem kurzfristigen Zeitraum und Denken beleuchtet, sondern der über zehn Jahre hinweg ganz klar Kurs auf einen **Konsolidierungspfad** nimmt, hin zu einem Land, das dann dauerhaft ohne Neuverschuldung auskommen soll. Das ist ein großer Wurf. Wir begrüßen das.

(Beifall bei CDU und FDP)

23 Milliarden € Schulden haben wir im Land - aufgehäuft in den letzten 30 Jahren, nicht zuletzt auch - sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition - in Zeiten, in denen Sie maßgeblich das Land regiert haben.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank für den Hinweis!)

Ich verstehe Ihr Argument zu sagen, na ja, wir mussten etwas tun, wir mussten Schulden machen, um dieses Land zu modernisieren. Ich höre das allenthalben. Wenn ich also heute ein Land hätte, das in den Top Ten der deutschen Bundesländer spielen würde: in der Arbeitslosigkeit, im Wirtschaftswachstum, in allen wesentlichen Statistiken, zum Beispiel bei der Frage des Schulleistungsvergleichs, wenn wir überall topp wären, dann könnte ich meiner Generation und einer jüngeren Generation wenigstens noch erklären, dass diese Schulden zu etwas gut gewesen sind, dass sie notwendig gewesen sind, um uns an die **Spitze** zu bringen. Aber das ist ja leider nicht der Fall.

(Dr. Christian von Boetticher)

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir stellen heute fest, dass wir bei der Arbeitslosigkeit nicht schlecht sind, aber natürlich auch nicht in einer Liga mit Bayern spielen, die durchschnittlich 3 % Arbeitslose weniger als wir haben. Dänemark, unser Nachbar, hat heute sogar durchschnittlich 5 % Arbeitslose weniger als wir in Schleswig-Holstein. Im Ranking der Bertelsmann-Stiftung stehen wir bei der erfolgreichen Standorteinwerbung im Mittelfeld. Bei der Dynamik und im Wohlstandsrang der „WirtschaftsWoche“ - immerhin anhand von 100 bekannten Indikatoren gelistet - stehen wir im Niveau auf Platz 6. Das ist schon nicht schlecht, aber wie gesagt **Mittelfeld**. In der Dynamik stehen wir noch auf Platz 13, und beim Schulleistungsvergleich - das ist ein Bereich, in dem Sie 21 Jahre lang Zeit gehabt haben, in Ihrer Form moderne Bildungspolitik zu machen - stehen wir im Ranking sehr, sehr weit hinten.

Das heißt, mit der 23-Milliarden-€-Verschuldung ist bei den wesentlichen Parametern unter Ihrer Regierungsbeteiligung, sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, leider nichts erreicht worden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und darum werde ich jetzt eins tun: Ich werde einmal ein Land zeichnen und mir anschauen, wie ich es **2020** sehe.

(Zurufe von der SPD)

Ich sehe ein Land, in dem wir viele neue **Arbeits- und Ausbildungsplätze** haben, in dem wir zu einem der ansiedlungsfreundlichsten Bundesländer geworden sind.

Ich sehe ein Land, in dem die **Fehmarnbelt-Queerung** als eines der ganz großen europäischen Projekte die Region in Süddänemark,

(Lachen des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

also Malmö, Kopenhagen, mit der Achse Lübeck und Hamburg verbindet, eine der neuen Kraftachsen Europas, die sich dort entwickeln kann.

(Zurufe von der LINKEN)

Ich sehe eine **A 20**, die über die Elbe führt

(Lachen der Abgeordneten Marlies Fritzen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und die unsere Räume auch mit den großen Achsen in Mitteleuropa verbindet.

Ich sehe eine **Bahn** zwischen Kiel und Lübeck, die hoffentlich mit ihrem Ausbau dafür sorgen wird, dass die beiden Städte auch mental etwas zusammenwachsen.

Ich sehe eine neue Bahnstrecke, eine neue S 4, von Bad Oldesloe über Ahrensburg nach Hamburg, die uns hilft, bei den Pendlerströmen ein Stück weit zusammenzuwachsen.

Und ich sehe eine **Landesplanung**, die sich mit einer kommunalisierten Regionalplanung neu aufstellt, wo sich eine neue Partnerschaft zwischen Zentralen Orten und Umlandgemeinden ergibt, die auch dazu führt, dass wir außerhalb der Achsen nennenswerte Ansiedlungen im Gewerbebereich haben.

Ich sehe ein **Handwerk** und einen **Handel**, der von Bürokratie entlastet worden ist, wo es neue Freiräume gerade in den Landesgesetzen gibt, die wir beeinflussen können.

Ich sehe eine **Westküste**, die massiv profitieren wird vom Aufbruch in erneuerbare Energien, einen Hafen in Helgoland und einen Hafen in Brunsbüttel, die nennenswerte Leistungen im Offshore-Bereich erbringen werden.

Ich sehe **Offshore-Windparks**, später insgesamt sechs - heute noch in Planung, dann abgeschlossen -, die dafür sorgen, dass dieses Land über 100 % der Stromenergieversorgung rechnerisch aus Offshore-Windenergie leisten kann.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe moderne **Leitungsnetzwerke**, die übrigens auch deshalb finanziert werden können, weil wir im Augenblick einen Atomkompromiss haben, der dazu führt, dass namhafte Investitionen auch in Leitungsnetze, die wir dringend brauchen, erst möglich werden.

Ich sehe ein Land, in dem **Forschung und Entwicklung** gerade in **regenerative Energien** vorangetrieben und gleichzeitig Grenzen im Ausbau der Biomasse gezogen werden müssen, wo wir wieder auf kleine Anlagen zurückkommen werden, die der bäuerlichen Landwirtschaft helfen, und nicht allein Industrieanlagen haben, die am Ende nur in „maisfressende“ und pachttreibende Gebiete führen. Ich sehe eine Politik für erneuerbare Energien, die bis dahin mit Augenmaß vorangetrieben sein wird.

Ich sehe Schleswig-Holstein wieder als **Tourismusland** Nummer 1, da, wo wir wieder hin wollen, wo wir lange Zeit nicht standen, weil viele Investitionen in andere Bundesländer geflossen sind. Ich

(Dr. Christian von Boetticher)

sehe ein Land, das mit dem neuen, modernen Tourismusstandorten in Olpenitz, in der Marina Wendtorf und auf der Freiheit in Schleswig neue Akzente gesetzt hat, Anreize für Senioren und für Familien mit Kindern gesetzt hat, die gerade in unserem Land mehr als in anderen Ländern den Einklang zwischen Tourismus, Gesundheit, Kultur und Natur haben wollen.

Ich sehe ein Land, das die **Zusammenarbeit mit Dänemark** intensiviert hat, im Grenzbereich zu dem gemeinsamen Wirtschaftsraum gewachsen ist, in dem Forschung und Gesundheitspolitik durchaus auch grenzüberschreitende Aspekte wahrnehmen.

Und ich sehe ein Land, das in der Tat mit **Hamburg** viel stärker zusammengewachsen ist, eine gemeinsame Landesplanung, eine gemeinsame Wirtschaftsförderung und eine gemeinsame maritime Politik betreibt, weil wir nur zusammen in der Welt stark sein können.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ich sehe starke **ländliche Räume**, in denen wir durch eine flächendeckende Breitbandverkabelung die Grundlage dafür gelegt haben, dass moderne zukunftsfähige Arbeitsplätze auch in Zukunft im ländlichen Raum angeboten werden können, was sie dann auch für junge Familien attraktiver macht. Ich sehe mittelständische Unternehmen, die sich dort wieder ansiedeln, und ich sehe ein modernes Gesundheitskonzept, das dazu führt, dass Hausärzte auch noch eine Attraktivität im ländlichen Raum sehen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich sehe eine **Landwirtschaft**, die leistungsfähig weltweit mit zu den besten gehört, in der es namhafte Investoren gegeben hat, die in stärkere Verarbeitung, in Veredelung, in Vermarktung investiert haben. Ich sehe aber auch ein Land, in dem sich Menschen auf den Wert, den regional produzierte Lebensmittel haben, zurückbesinnen

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und gelernt haben, warum wir eben nicht alles aus aller Welt importieren müssen, was wir selber vor Ort auf kurzen Wegen in einer extrem hohen Qualität produzieren.

Ich sehe moderne **Ökobetriebe** - zu denen ich in dieser Sekunde etwas sage -

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die stehen da draußen vor der Tür! - Weitere Zurufe)

die sich als starke **Landwirtschaft**, die wir hier im Land haben, im Wettbewerb stellen, der weniger dadurch geprägt wird, dass Länder in Dauersubvention unterschiedliche Förderung bereitstellen und sich gegenseitig überbieten.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das erzählen Sie mal dem Bauernverband!)

Wir schauen in ein Land, in dem bis dahin nennenswerte Beträge in die **Bildung** geflossen sind. Bis 2020 allein fast eine halbe Milliarde €, die in Krippenplätze und in Kindertagesstätten fließt, die für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sorgt, die allerdings nicht kostenlos ist. Denn eines wird das Land in der Zeit auch gelernt haben, nämlich dass wir - auch im sozialen Bereich - die Dinge, die wir uns leisten, nicht mehr allen zukommen lassen können, also nicht denjenigen, die über beträchtliches Einkommen verfügen - wie Herr Stegner, wie Herr Kubicki, wie alle, die wir hier in diesem Landtag sitzen. Wir können nicht allen Kindern kostenlose Plätze bieten, denn viele Eltern können das mit dem eigenen Einkommen hervorragend selbst finanzieren. Wir brauchen ganz gezielt eine Politik, die auf die sozial Bedürftigen ausgerichtet ist, die diese Unterstützung brauchen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sehe ein Land mit einem leistungsfähigen **zweigliedrigen Bildungssystem**,

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh!)

indem sich endlich alle Parteien zu einem gemeinsamen Schulfrieden verpflichtet haben, zu dem es nicht zu dauerhafter Umstrukturierung je nach Regierungsmehrheit und -beteiligung kommt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sehe eine **Schullandschaft**, in der es eine selbstständige Schule gibt, die ein Stück weit frei ist in der Entscheidung, mit welchen Lerninhalten, vor allen Dingen aber auch mit welchen Lernmethoden sie sich ihren Schülern darbietet, und diese sehr stark an den Schülern ausgerichtet nach dem Motto: Nicht für jeden die gleiche Bildung, sondern für jeden individuell die beste Bildung.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Christian von Boetticher)

Ich sehe ein Land, in dem das Abitur in der Regel nach acht Jahren gemacht wird, ein Land, in dem wir eine exzellente **Universitätenlandschaft** haben,

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar eine Universitätenlandschaft, in der wir Exzellenzcluster haben, die landesweit, bundesweit in der Exzellenz liegen, und ein Bachelor- und Master-Studium, das in der Arbeitswelt angekommen ist, im Übrigen auch eine **Arbeitswelt**, die begriffen hat, dass man ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein lebenslanges Lernen ermöglichen muss.

Ich sehe eine Umwelt, in der es endlich eine Partnerschaft gibt zwischen Landwirten, Fischern und Naturschützern, weil alle gemeinsam begriffen haben, dass jeweils der andere auch etwas von der Natur versteht und dass man nur gemeinsam etwas für den **Naturschutz** leisten kann.

Ich sehe ein Welterbe „Nationalpark Wattenmeer“, das begeistert naturschutzfachlich weiterentwickelt, aber auch touristisch erschlossen wird, wo Menschen, die in Kreuzfahrtschiffen in Hamburg oder in Kiel anlegen, genau dieses Weltenerbe suchen, so wie sie heute das Great Barrier Reef oder den Grand Canyon aufsuchen.

Ich sehe Schleswig-Holstein als ein **Klimaschutzland**, weil man hier als Erstes mit begriffen hat, dass man sich nachhaltig orientieren muss, nachhaltig nicht nur in der Umwelt, sondern auch in der Finanzpolitik, zu der ich gleich komme. Wir brauchen eine Ansiedlung von umweltfreundlichen Betrieben, eine Entwicklung in Forschung und Entwicklung, die in diesen Bereichen Schwerpunkte sieht.

Ich sehe eine **Polizei**, bei der endlich auf den Revidieren Ist- und Sollstärke nicht auseinanderklaffen, weil eine Lücke geschlossen wird, die über Jahre hinaus gehalten und wegdiskutiert worden ist. Ich sehe ein Land, in dem Gewalttaten gegen Polizeibeamte allgemein von allen geächtet werden und in dem klar ist, dass für diejenigen, die so etwas tun, Strafe auf dem Fuß erfolgt,

(Beifall bei CDU und FDP)

ein Land, in dem die Aufklärungsquote noch besser geworden ist, in dem aber auch einiges für **Integration** getan wird, in dem es mehr Angebote für integrationswillige Ausländer gibt, mehr dafür getan wird, dass sie ebenfalls in erhöhtem Maß an den Bildungschancen teilnehmen. Ich sehe aber auch ein Land, in dem Menschen, die hier leben und die nicht im Respekt vor den Werten unseres Grundge-

setzes agieren, die - im Gegenteil - dagegen Hetze betreiben und aufwiegeln, auch entsprechend sanktioniert werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sehe ein Land, in dem der **Gesundheitsstandort** Schleswig-Holstein zu einem Markenzeichen wird, weil Krankenhäuser endlich auch modern nachhaltig finanziert werden und das Geld nicht mit kurzfristigen Darlehen auf Pump von der nächsten Generation ausleihen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sehe ein **UK S-H**, das einen namhaften Investor gefunden hat, der die Arbeitsplätze sichert, die Qualität durch immense Investitionen erhöht hat und durch eine intensive Beteiligung der Universitäten in Kiel und Lübeck Forschung und Lehre erhält und stärkt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sehe eine **Kulturlandschaft**, in der wir ein vernünftiges Kulturkonzept haben, das unsere großen Museen, unsere Schlösser zwischen Gottorf, Eutin und Glücksburg mit einem vernünftigen Konzept so gestaltet, dass es noch attraktiver für unsere dänischen Nachbarn wird.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann hör mal zu!)

Denn wir haben eine große gemeinsame Vergangenheit mit Dänemark. Ich sehe ein Schleswig-Holstein Musik Festival, das die Erfolge der letzten Jahre fortsetzt und erfolgreich für dieses Land wirbt, und eine Theaterlandschaft, in der es durch mehr Synergien zwischen den Theatern gelungen ist, ein gutes hochqualitatives Spiel, auch im ländlichen Raum, zu gewährleisten.

Ich sehe - nicht zum Schluss - ein Land, in dem sich viele Menschen in sozialen Bereichen engagieren, in Familienbildungsstätten, in Frauenfachberatungen, auch in der Integration behinderter Menschen, in dem wir aber gleichermaßen Strukturen geschaffen haben, die auf der einen Seite, auf der Staatsseite, schlanker sind und auf der anderen Seite noch mehr Ehrenamt generieren.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Aufstellung von Gedenksteinen!)

Der wichtigste Punkt: Ich sehe in diesem Land Menschen, die sich engagieren, und zwar Menschen, die gesehen haben, dass der Staat, der 30 Jahre lang überstrapaziert worden ist, der auf Schulden, auf Pump gelebt hat, nicht mehr alles

(Dr. Christian von Boetticher)

leisten kann, und die mutig und entschlossen ein Stück weit in diese Lücke springen.

Ich sehe **Bürgerstiftungen** in diesem Land, von denen wir mehr brauchen, als wir heute haben, und ich sehe Menschen, die stolz auf ihre Heimat sind. Stolz darauf, Appener in Pinneberg zu sein, Pinneberger in Schleswig-Holstein, Schleswig-Holsteiner in Deutschland und Deutscher in einem zusammenwachsenden Europa. Menschen, die auf Werte achten, die auf Fleiß, Leistung, Achtung und Respekt setzen, die aber auch Toleranz, Humanität und Weltoffenheit üben, wodurch sich Schleswig-Holstein auszeichnet.

Wenn ich all das nehme, sehe ich ein Land, das dazu führt, dass, wenn man nach Amerika, China oder Japan fährt, vielleicht irgendwann Deutschland nicht mehr mit Bayern verbunden wird, sondern mit Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben alle am heutigen Tag unsere Vision. Vielleicht werden wir noch die eine oder andere hören. Die werden sich sicherlich in vielen Nuancen, vielleicht auch in breiten Dingen von meiner unterscheiden, es wäre auch merkwürdig, wenn es anders wäre, wir sind immer noch unterschiedliche Parteien mit unterschiedlichen Szenarien.

Eines aber werden wir alle merken, wenn Sie dieses Land in den nächsten zehn Jahren gestalten wollen. Ein Sportler würde sagen, das ist wie die Vorbereitung auf einen 10.000-m-Lauf. Da gibt es unterschiedliche Konzepte. Der eine trainiert mehr die Ausdauer, der andere arbeitet an seiner Taktik, wie er mit dem Schlussspurt einiges gutmacht, der Dritte setzt auf eine starke psychologische Komponente, unterschiedliche Wege, die nach oben führen. Egal, was der Läufer, der sich vorbereitet, auch macht, er wird feststellen, dass dann, wenn er seine Aufgaben gemacht hat, er loslaufen will und ihm jemand eine 50-kg-Kugel an das Bein bindet, er nichts von dem, was er will, erreichen wird. Genau so ist es mit der Verschuldung in diesem Land.

Herr Stegner hat heute eine ganze Menge gesagt, was die Sozialdemokraten alles nicht machen wollen. Er hat mit keinem einzigen Wort gesagt, wie er dieses Land mit dieser Verschuldung für das Jahr 2020 positiv und unter der neuen verfassungsrechtlichen Vorgabe der entsprechenden Haushaltsentwicklung entwickeln will. Das wird die Frage sein, die, wenn wir sie nicht beantworten, dazu führt, dass keine unserer Visionen, keine grüne, keine rote, keine vom SSW, keine von der Linken und keine liberale und auch keine christdemokratische Vi-

sion, wahr wird. Wer sich um die Antwort drückt, wie er jährlich die 125 Millionen € beibringt, wer nur fadenscheinige Ausreden bietet, wie wir sie eben gehört haben, der leistet den wesentlichen Bestandteil für seine eigene Vision nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sind gewillt, für die Erfüllung dieser Vision einiges in Kauf zu nehmen. Sie haben die Demonstration draußen angesprochen. - Ich gestatte gern die Zwischenfrage zum Abschluss, bevor ich fertig bin. Ich würde jetzt gerne mit meinen Ausführungen fortfahren.

Wir sehen die **Demonstration**, aber wir sehen auch, was in repräsentativen Umfragen zu unserem Sparpaket herauskommt. 80 % der CDU-Wählerinnen und CDU-Wähler fordern uns auf, hart zu bleiben und nicht vom **Sparkurs** abzuweichen. 75 % der FDP-Wähler fordern uns auf, hart zu bleiben. 52 % der Grünen-Wähler fordern uns auf, hart zu bleiben bei diesem Konsolidierungskurs. 49 % der SPD-Wähler - im Gegensatz zu nur 45 %, die unser Sparpaket ablehnen - fordern uns auf, genau auf diesem Weg weiterzumachen. Und selbst nach den Einsparungen auch im Grenzland sind es immer noch 32 %, also ein Drittel aller SSW-Wähler, die das, was wir machen, richtig finden.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten viel ertragen müssen. Ich weiß, dass es schwer wird. Aber wenn es einfach wäre, dann hätten Sie es auch selber machen können, Herr Stegner. Sie haben es aber nicht gemacht. Sie haben diese Arbeit aus Ihrer Regierungszeit verdrängt und uns überlassen, damit wir es jetzt anpacken. Wir werden das tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit die Öffentlichkeit weiß, mit wem sie sich einlässt, vielleicht noch ein Vergleich. Der eine oder andere hat gelesen, dass mein Lieblingsbuch „Der Herr der Ringe“ ist. Dort gibt es eine schöne Szene. Da sitzt der alte König Theoden auf seinem Thron, veraltet, erblindet, nicht mehr bereit, sich den Aufgaben zu stellen, die ihn bedrohen, die auf sein Land zukommen. Er sitzt da. Neben ihm steht sein „treuer“ Berater Grima Schlangenzunge und sagt ihm immer: „Beruhige dich. Das ist nicht so schlimm. Wir kriegen das alles hin.“ Zu denen, die mit Unkenrufen kommen, sagt er: „Regt den König mit Unkenrufen nicht auf. Macht ihn nicht nervös. Er leidet doch schon so schwer. Bloß keine Veränderung! Es muss alles so bleiben, wie es ist. Liebe Bevölkerung, anstrengen müssen wir uns nicht, das

(Dr. Christian von Boetticher)

nimmt schon alles seinen Weg.“ In dieser Szene ist Folgendes so schön: Gandalf, der Zauberer - man muss kein Zauberer sein, um am Ende Klarheit zu bekommen -, meine Lieblingsfigur, erreicht, dass der König die Augen aufmacht und ein Stück weit das sieht, was Realität ist, sein Alter, seine Gebrechlichkeit, seine Blindheit abschüttelt und sich den Aufgaben, die sein Land bedrohen, stellt.

Ich kann nur sagen: Wir werden jetzt und wir werden auch im Wahlkampf deutlich machen, dass dieses Land, diese Bevölkerung nie mehr auf Grima Schlangenzunge hört.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, der Herr Kollege Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der bemerkenswert grottenschlechten Vergangenheitsbewältigung durch den ehemaligen Ministerpräsidentenkandidaten der SPD, Dr. Stegner, und den Visionen des Fraktionsvorsitzendenkollegen der CDU, was er alles so sieht im Jahr 2020, und im Rückgriff auf den „Herrn der Ringe“ mit einem bemerkenswerten Zauberer betrachte ich jetzt den Haushalt 2011 und 2012.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Heute bringt die Koalition aus CDU und FDP ihren ersten Haushaltsentwurf ein. Bevor ich hierauf eingehe, erlauben Sie mir einige wenige Worte zur **Entscheidung des Landesverfassungsgerichts** vom 30. August 2010.

Egal, wie man es bewertet: Dieses Urteil wird in die Geschichte des Landes eingehen, auch wenn ich nicht der Auffassung bin, dass es ein Ruhmesblatt der Rechtsprechung ist. Zwar haben die Kläger nicht das erreicht, was sie eigentlich wollten: den Vollaussgleich der Mandate und damit eine andere Zusammensetzung des Landtages. Aber immerhin wurde dem Landtag aufgegeben, was die Koalitionsfraktionen ohnehin bereits in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hatten: ein Wahlrecht zu schaffen,

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Herbst!)

das die in der Verfassung vorgegebene Anzahl von 69 Abgeordneten in aller Regel nicht überschreitet.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bei der Uni Lübeck nicht für Sie!)

- Ach, Herr Kollege Habeck, das Schöne ist: Ich habe gehört, dass wir eigentlich gar nicht mehr wählen müssen, sondern das Parlament nach Meinungsumfragen besetzen sollen. Unter diesem Aspekt war das die Abschiedsrede des Kollegen Dr. Stegner. Denn es gibt in Schleswig-Holstein keinen unsympathischeren Spitzenpolitiker als den Kollegen Stegner.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Sie sind noch nicht so gut bekannt.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Wir werden in Ruhe und Gelassenheit abwarten, wie die Sozialdemokraten sich entscheiden. Ich kann von dieser Stelle nur meine wirklich herzliche Bitte an die SPD richten: Stellen Sie Herrn Stegner bitte wieder auf! Geben Sie ihm eine zweite Chance! Er hat eine zweite Chance verdient.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Landtag ist aufgegeben worden, bis spätestens 30. September 2012 **Neuwahlen** durchzuführen. Hierzu hat das Landesverfassungsgericht ausgeführt - ich zitiere -:

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die falsche Rede!)

„Die mandatsrelevanten Wahlfehler können zusammen genommen jedoch weder zu einer abweichenden endgültigen Feststellung des Ergebnisses gemäß § 47 Abs. 3 LWahlG noch zur Ungültigerklärung der Wahl zum 17. Landtag mit der gesetzlichen Folge einer Wiederholungswahl im Sinne des § 46 LWahlG führen. Stattdessen ist die Legislaturperiode zeitlich zu beschränken und der Gesetzgeber zu verpflichten, zur Vorbereitung vorgezogener Neuwahlen unverzüglich ein verfassungskonformes Landeswahlrecht zu verabschieden. Allerdings sind die Fehler so schwerwiegend, dass die Legislaturperiode auf den 30. September 2012 zu beschränken ist.“

Das Verfassungsgericht hat weiter festgestellt - ich zitiere erneut, das ist das letzte Zitat -:

„Für die Durchführung einer Wahl auf Grundlage eines geänderten Gesetzes bedarf es eines deutlich längeren Zeitraums, damit

(Wolfgang Kubicki)

der Landtag zunächst ein verfassungsmäßiges Wahlrecht schafft. Während dieses Zeitraums bleiben die Abgeordneten im Amt und der Landtag behält seine volle Handlungs- und Arbeitsfähigkeit, denn bis zur Neuregelung und Durchführung der gebotenen Neuwahl verbleibt es bei dem festgestellten Wahlergebnis.“

(Thorsten Förter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von Legitimität steht da nichts!)

- Ich finde es wirklich bemerkenswert, dass Sie als Jurist in einem Rechtsstaat zwischen Legalität und Legitimität unterscheiden. Das kenne ich bisher nur von Willkürstaaten.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht darf ich darauf hinweisen, dass Ihr Fraktionsvorsitzender erklärt hat - wenn er das gerne möchte, können wir das auch schriftlich dokumentieren -, dass kein Abgeordneter der Grünen die Legitimität des Landtags infrage stellt. Vielleicht, Herr Kollege Habeck, sorgen Sie einmal dafür, dass bei Ihnen mit einer Stimme gesprochen wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben unabhängig von der Schaffung eines neuen Wahlrechts noch eine ganze Reihe von **Aufgaben** vor uns, die erfüllt werden müssen. Die erste nach dem Richterspruch ist es, den **Haushalt** einzubringen und zu beschließen. Wir haben als Koalition und als Landtag die Verantwortung, jetzt und nicht erst 2012 die Maßnahmen einzuleiten, die das Land vor dem weiteren finanziellen Abrutschen bewahren. Zumindest die Koalition aus CDU und FDP wird diese Verantwortung auch wahrnehmen.

Anstatt aufgeregt Wahlterminfragen in der Öffentlichkeit zu erörtern, sollte auch die Opposition genau dort weitermachen, wo wir gemeinsam mit den Debatten zur Schuldenbremse und zum Sparpaket der Haushaltsstrukturkommission aufgehört haben, nämlich erstens im Ziel einig zu sein, das Land strukturell so aufzustellen, dass es finanziell wieder eine Perspektive hat, und zweitens über die Wege dorthin inhaltlich zu streiten. Die nächsten Monate werden dazu ausreichend Gelegenheit bieten. Ich bin gespannt auf die konkreten Vorschläge der Opposition, in der einen oder der anderen Richtung etwas zu verändern. Hier werden die nächsten Monate ein Highlight der parlamentarischen Beratung werden. So sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen, Parlamentarismus auch funktionieren. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sich SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW wieder auf

diesen Pfad der Vernunft begeben. Das würde auch der Verantwortung einer parlamentarischen Opposition gerecht.

Die Herausforderungen, vor denen das Land, die Bürgerinnen und Bürger und letztlich dieses Parlament stehen, sind immens. Wer den **Finanzplan** der Landesregierung bis zum Jahre 2020 studiert hat, erkennt deutlich, dass Schleswig-Holstein ohne ein Umsteuern bald vor dem finanziellen Kollaps steht. Hierbei ist die Frage, wer an der jetzigen Situation Schuld ist, müßig, denn es ist völlig egal, wer regiert: Die Probleme werden nicht von allein durch einen Regierungswechsel verschwinden.

Jede politische Kraft in diesem Hause wird vor den gleichen Herausforderungen stehen, die von Verfassung wegen zu bewältigen sind. Das Land hat heute eine **Gesamtverschuldung** von 27 Milliarden €, die sich bis zum Jahr 2020 ohne ein energisches Gegensteuern fast verdoppeln würde.

Wir wenden derzeit 1 Milliarde € **Zinsen** nur für die Schulden der Vergangenheit auf, die sich ebenfalls bis zum Jahr 2020 - würde nicht energisch gegengesteuert - mehrmals verdoppeln würden. Das ist eine tickende Zeitbombe, die derzeit die Landesfinanzen zu sprengen droht und die entschärft werden muss.

Die Ausgaben für die **Versorgung ehemaliger Landesbediensteter** sind aus den regelmäßigen Steuereinnahmen des Landes zu finanzieren, weil eine Versorgungsrücklage, die 1999 gebildet wurde, nicht aufgefüllt worden ist. Auch dies ist ein Posten, der künftig deutlich anwachsen wird. Die Ausgaben hierfür werden von 1,05 Milliarden € in diesem Jahr auf 1,55 Milliarden € im Jahr 2020 steigen. Die Anzahl der Versorgungsempfänger wird von derzeit 28.000 auf 38.000 ansteigen.

Die **sonstigen Haushaltsrisiken** aus Gewährträgerhaftung und Bürgschaften zugunsten der HSH Nordbank will ich nur anmerken, ohne sie besonders zu beleuchten.

Insgesamt lassen die vom Finanzminister vorgelegten Zahlen keinen Zweifel. Wir müssen handeln, und wir müssen jetzt handeln.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der Vergangenheit wurden finanz- und wirtschaftspolitisch viel zu viele Fehler begangen. Auch dies will ich nur anmerken: Es gab einmal eine Partei, Herr Habeck, die gegen wirtschaftliches Wachstum war, die ein Nullwachstum propagiert hat. Wir wissen heute, dass wir ohne wirtschaftliches Wachstum die Einnahmenprobleme der öffent-

(Wolfgang Kubicki)

lichen Haushalte nicht in den Griff bekommen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ohne Sie überfordern zu wollen, will ich doch festhalten, dass die Zahl der **Arbeitslosen** im Jahre 2005, dem letzten Regierungsjahr von Rot-Grün, mit 161.000 Menschen so hoch war wie noch nie in den letzten 20 Jahren. Ende August 2010 waren 105.000 Menschen ohne Beschäftigung - immer noch wesentlich zu viel, aber immerhin eine Quote von 7,4 % und damit der niedrigste August-Wert seit 1993.

Und noch ein Vergleich: In den Jahren 2004 und 2005, also den letzten Jahren von Rot-Grün, waren die **Investitionsausgaben** im Haushalt mit 668 beziehungsweise 675 Millionen € auf dem niedrigsten Niveau der vergangenen 20 Jahre. Sie lagen um fast ein Viertel unter dem Wert von 1990, und ich erinnere gern noch einmal an die Aussage des ehemaligen Wirtschaftsministers des Landes Schleswig-Holstein, Peer Steinbrück - lange Zeit Chef von Torsten Albig, dem Ministerpräsidentenkandidaten der SPD in spe -, wonach weniger Investitionen einen Wachstumsverlust in der Zukunft und damit geringere Steuereinnahmen für den Staat bedeuten.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Wie sieht das mit dem Haushalt aus?)

- Das Schöne an Ihnen ist, dass Sie nicht warten können. Aber nicht alles, was Sie drängt, ist auch dringlich.

Wir schaffen es trotz der erheblichen Konsolidierungsbemühungen, zu denen ein Teil der Opposition ja erklärt, wir sparten das Land kaputt - nachdem Frau Heinold uns jetzt aufgefordert hat, noch mehr zu sparen -, und trotz der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, in unserem Haushalt 860 Millionen beziehungsweise 800 Millionen € für Investitionsmaßnahmen bereitzustellen. Wir sparen also nicht an den falschen Stellen, sondern investieren - so Peer Steinbrück - in die Zukunft.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Menschen verlangen zu Recht von Politik Führung und Orientierung. Wir zeigen die **Leitlinien** auf, anhand derer wir es schaffen können, künftig **Haushalte** ohne neue Verschuldung aufzustellen und danach ab 2021 sogar mit dem Schuldenabbau zu beginnen.

Wir haben uns in der Landesverfassung verpflichtet - und es ist uns auch vom Bundesgesetzgeber auf-

gegeben -, die strukturelle Neuverschuldung bis zum Jahr 2020 auf null zu reduzieren. Diese **strukturelle Neuverschuldung** beträgt nach den Berechnungen der Landesregierung derzeit 1,25 Milliarden €. Wir sind also gehalten, jedes Jahr 125 Millionen € dieses Defizits abzubauen. Daran führt kein Weg vorbei.

Einfach weiterzumachen wie bisher, wäre keine Alternative und würde direkt in die Staatspleite führen, die die kleinen Leute treffen würde, nicht die Wohlhabenden, die ihr Vermögen rechtzeitig in Sicherheit bringen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nur wenn wir die finanzielle Durststrecke der nächsten Jahre durchwandern - und es ist vielleicht an dieser Stelle noch einmal wichtig, darauf hinzuweisen, Herr Kollege Habeck, dass die FDP erst seit einem Jahr mitregiert und nicht in den vergangenen 39 Jahren unserer Landesgeschichte -,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

werden wir es schaffen, neue Spielräume für zusätzliche Ausgaben in den Bereichen Bildung, soziale Sicherheit und Investitionen für künftige politische Generationen zu erschließen.

Das von dieser Regierung aufgelegte Sparprogramm tut weh, und es ist keine besondere Freude, Menschen, Vereinen und Verbänden zu erklären, dass die ihnen bisher gewährten Zuschüsse des Staates zurückgeführt werden müssen.

Hierfür gibt es ein allgemeines Grundverständnis - egal wo ich hinkomme, sagen mir Leute: Jawohl, es muss gespart werden! -, aber es ist immer wieder schwierig, dieses allgemeine Grundverständnis im Einzelfall bezogen auf das eigene Schicksal, den eigenen Verband oder den eigenen Verein zu akzeptieren. Auch heute demonstrieren wieder Menschen vor diesem Landeshaus, die sich ungerecht behandelt fühlen, die glauben, ihre Arbeit genösse nicht die notwendige Wertschätzung, die sogar das Motto kreiert haben: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Ich kann all diese Menschen verstehen, nur tragen diese Demonstrationen nichts zur Lösung des Problems bei, dass dieses Gemeinwesen Schleswig-Holstein seit Jahren und Jahrzehnten über seine Verhältnisse gelebt hat und nun ein Punkt erreicht ist, an dem die vielfältigen Wünsche und Begehrlichkeiten in ihrer Gesamtheit nicht mehr zu finanzieren sind. „Wir zahlen nicht für eure Krise“, heißt es also.

(Wolfgang Kubicki)

Aber es ist keine Krise des Parlaments oder der Koalition. Es ist eine Krise des ganzen Landes. Den Demonstrierenden - wie allen betroffenen Menschen - muss erklärt werden, dass das Geld nicht von der Bank kommt, sondern erwirtschaftet werden muss, dass neben die **Konsolidierungsbemühungen** zum Haushalt eine **Wachstumsstrategie** gestellt werden muss, da Schleswig-Holstein künftig nicht mehr auf die Hilfe anderer Länder, des Bundes oder der Europäischen Union hoffen kann, sondern sich in erster Linie selbst helfen muss. Dies geht nur über eine Verstärkung der Steuerbasis durch ein höheres wirtschaftliches Wachstum als in der Vergangenheit.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Dr. Stegner, ich finde es sehr bemerkenswert, dass jemand, der in der Föderalismuskommission gesessen hat, abstimmungsberechtigt war und sich damals dort nicht durchgesetzt hat, heute erklärt, was diese Regierung leisten muss - was er in seiner Funktion in der Föderalismuskommission versäumt hat. Das ist schon ein starkes Stück, Herr Dr. Stegner.

(Beifall bei FDP und CDU)

Unabhängig davon, dass wir eine höhere Kampfkraft haben als Sie, was wir in Berlin schon bewiesen haben, zeigt es aber, wie schwach Sie in der Vergangenheit bei der Durchsetzung der Position waren, die Sie nun von anderen einfordern.

Wir schaffen **Rahmenbedingungen** für die **Wirtschaft**, die es ermöglichen sollen, den derzeitigen Aufschwung weiter zu beschleunigen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich erlaube ich eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Stegner. Wer weiß, wie lange wir ihn noch haben.

(Lachen bei der CDU)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kubicki, ist Ihnen bekannt, dass sowohl der Kollege Kayenburg als auch ich selbst als Gäste an der Föderalismuskommission für den Landtag beziehungsweise die SPD-Fraktion teilgenommen haben und mitnichten stimmberechtigt gewesen sind? Stimmbere-

rechtigt war der Herr Ministerpräsident. Ist Ihnen das bekannt?

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Selbstverständlich ist mir das bekannt, Herr Dr. Stegner.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dann sollten Sie nicht das Gegenteil sagen!)

- Nein, okay. Ich bin aber davon ausgegangen, dass Sie ob Ihrer dominanten Rolle bei der Sozialdemokratie auf Bundesebene mit Ihrer Kampfkraft dafür hätten Sorge tragen können, dass sich wenigstens die stimmberechtigten Mitglieder der SPD in der Föderalismuskommission anders verhalten hätten, als sie sich verhalten haben.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Möglicherweise habe ich da auch Ihre Bedeutung überschätzt.

Sparen an sich ist kein Selbstzweck. Das haben wir immer gesagt. Wir haben auch nie bestritten, dass wir **wirtschaftliche Rahmenbedingungen** verbessern müssen, um die **Wachstumsfaktoren** nachhaltig zu stärken. Denn nur dies schafft Investitionen und Arbeitsplätze, die dann auch höhere Steuereinnahmen möglich machen.

Dazu haben wir in den vergangenen Monaten auch einiges bewegt. Ich erinnere daran sehr gern: Das **Sparkassengesetz** und den Landesentwicklungsplan haben wir trotz erheblicher Widerstände beschlossen beziehungsweise überarbeitet. Herr Kollege Dr. Stegner, ich kann mich noch daran erinnern, wie Sie den Weltuntergang beschworen haben. Heute hören wir von Sparkassen - Frau Heino, Ihnen geht es wahrscheinlich ähnlich - und sogar aus dem Verband selbst, dass es ein Glück gewesen sei, die Öffnungsklausel zu beschließen. Und jemand, der wie Sie, Herr Dr. Stegner, die norddeutsche Kooperation und die Zusammenarbeit mit Hamburg beschwört, gleichzeitig aber die Beteiligung der Hamburger Sparkasse an schleswig-holsteinischen Sparkassen verhindern will, der macht sich extrem unglaubwürdig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der neue **Landesentwicklungsplan** ermöglicht Investitionen dort, wo sie bisher noch verhindert wurden, und eröffnet den Kommunen eine Flexibilität, die sie bisher nicht hatten. Wir sind sicher, dass der Innenminister dafür sorgen wird, künftig neue und weitere Investitionen auf der Basis des neuen Lan-

(Wolfgang Kubicki)

desentwicklungsplanes in Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Er hat das notwendige Werkzeug dazu. Es muss jetzt nur noch genutzt werden.

CDU und FDP haben sich darauf verständigt, ein neues **Denkmalschutzgesetz** zu erarbeiten, das die widerstreitenden Interessen von notwendigen Investitionen und denkmalpflegerischen Ansätzen in Einklang bringt. Wir sind sicher, dass wir auch hier eine befriedigende Lösung finden werden, weil auch der beste Denkmalschutz ohne eine florierende Wirtschaft nicht funktionieren kann.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

CDU- und FDP-Fraktion haben einen **Glücksspielstaatsvertragsentwurf** erarbeitet, der dem Land erhebliche Mehreinnahmen verschaffen wird - nach sehr seriösen, überschlägigen Berechnungen mindestens 150 Millionen € pro Jahr. Damit sichern wir Maßnahmen für Kultur, Sport und Soziales auf hohem Niveau, das das Land ansonsten jedenfalls in den nächsten Jahren nicht halten könnte. Wir trocken den bereits bestehenden Grau- und Schwarzmarkt aus. Das ist ein größerer Beitrag zur Prävention als gesetzgeberische Verbote, die ins Leere laufen und nicht sanktioniert werden können.

Vielleicht können Sie das nachvollziehen, Herr Dr. Stegner: Es ist vielleicht auch ein Glücksfall der Geschichte, dass heute der Europäische Gerichtshof entschieden hat, dass der bestehende Glücksspielstaatsvertrag mit europäischem Recht nicht vereinbar ist. Wir müssen den Staatsvertrag gar nicht mehr kündigen. Er darf von heute an nicht mehr angewandt werden - so die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs -

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

mit der Folge, dass sich die Länder sehr zeitnah aber auf etwas Neues verständigen müssen. Und die Vorarbeiten dazu haben FDP und CDU in Schleswig-Holstein geleistet - bundesweit anerkannt.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf dieser Grundlage wird es eine neue Regelung geben. Da sind wir sehr sicher. Es wird erhebliche Einnahmeverbesserungen zugunsten unseres Landes geben.

(Beifall bei der FDP)

Die Koalition hat auch beschlossen, auf der **Einnahmeseite** nachzusteuern. Im Rahmen unserer Roadmap 2020 - und dies fiel meiner Fraktion nicht

leicht - wollen wir die **Grunderwerbsteuer** zum 1. Januar 2013 von derzeit 3,5 % auf 5 % anheben. Auf die Frage, warum dies nicht gleich geschieht, gibt es eine einfache Antwort, Frau Heinold. Der Grundstücksmarkt muss erst wieder in Gang kommen, denn eine Steuer kann man nur auf Grundstücksgeschäfte erheben, die auch getätigt werden. Das ist schlicht und ergreifend eine Erkenntnis.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb haben wir auch keine Einnahmen!)

- Frau Heinold, selbstverständlich ist die Grunderwerbsteuer in den letzten Jahren zurückgegangen. Sie haben die Zahlen auch gelesen. Unser Interesse muss also darin liegen, den Grundstücksmarkt wieder in Schwung zu bringen, um dann die Steuer zu erheben, anstatt mit einer vorweggenommenen Steuer Grundstücksgeschäfte zu verhindern. Vielleicht kann man Ihnen das im Ausschuss noch einmal erklären.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Man wird nicht dadurch zu einer Finanzexpertin, dass die Fraktion einen zum finanzpolitischen Sprecher ernannt, Herr Kollege Habeck. Das allein reicht noch nicht aus. Genauso wenig wird man zu einem Arzt, wenn man gesundheitspolitischer Sprecher ist.

Apropos Steuererhöhung: Diese Koalition hat sich darauf verständigt, dass Schleswig-Holstein keinen Steuersenkungen im Bundesrat mehr zustimmen wird, die unseren Konsolidierungspfad berühren.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich, Frau Präsidentin! Die Zeit wird angehalten? Gut.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kubicki, Sie kennen wahrscheinlich den viel gelobten Finanzplan des Finanzministers. Wie erklären Sie, dass Sie davon ausgehen, dass der Grundstücksmarkt nicht anzieht, wenn der Finanzminister für die nächsten Jahre mit einem Konjunkturaufschwung von 2 % und dann 5, 6 % rechnet?

(Wolfgang Kubicki)

Herr Kollege Habeck, das erkläre ich wie folgt: Der Immobilienmarkt folgt in aller Regel dem Aufschwung im Wirtschaftsbereich und nicht umgekehrt. Deshalb sagen wir, wir rechnen mit einem Aufschwung in den nächsten Jahren. Wir rechnen damit, dass sich der Immobilienmarkt ab 2013 auch wieder erholt haben wird, sodass die Grunderwerbsteuer erhöht werden kann.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das spielt doch für die Steuer keine Rolle!)

- Vielleicht könnten wir dies im Ausschuss vertiefen. Ich könnte jetzt 20 Minuten lang einen Vortrag über die Auswirkungen von Steuern auf die Wirtschaft halten. Herr Kollege Dr. Habeck, das hole ich gern im Ausschuss nach. Einleuchtend ist jedoch, dass man Steuern erst dann erheben sollte, wenn die Wirtschaft floriert. Man sollte nicht durch Steuererhebungen ein anwachsendes Wirtschaftswachstum verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Diese Koalition hat sich also darauf verständigt, im **Bundesrat** keinen **Steuersenkungen** mehr zuzustimmen, die unseren Konsolidierungspfad berühren. Allerdings halten wir auch nicht sehr viel davon, wie es der Kollege Dr. Stegner vorgeführt hat, konkrete Haushaltsvorgaben mit Luftbuchungen nach der Devise zu erfüllen: Wenn wir - gemeint ist wohl die SPD, woher sie den Optimismus nimmt, weiß ich nicht - erst einmal in Berlin an der Regierung sind, werden dort die Steuern erhöht und damit die Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein verbessert. Eine seriöse Finanzpolitik und vor allen Dingen eine seriöse Haushaltspolitik sehen anders aus, verehrter Herr Dr. Stegner. Aber schon als Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein haben Sie ja dokumentiert, dass eine solide Politik Sie nicht interessiert. Wir sind gespannt auf die konkreten Vorschläge der SPD-Fraktion zu den Haushaltsberatungen 2011/2012. Wir sind gespannt, wie das, was der Kollege Stegner angekündigt hat, umgesetzt werden soll. Wir werden sehen, wie die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit darauf reagiert.

Apropos **Einnahmen**: Frau Kollegin Heinold, angesichts der aktuellen Debatte über die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken erlaube ich mir den rein statistischen Hinweis, dass dem Land Schleswig-Holstein aus dem Betrieb der drei Kernkraftwerke, wenn sie denn betrieben würden, etwas mehr als 40 Millionen € jährlich an Oberflächenwasser-Entnahmeabgabe zufließen würden.

Frau Kollegin Heinold, Sie stimmen mir sicherlich zu, dass dies allein kein Argument für die Grünen wäre, einer Laufzeitverlängerung zuzustimmen.

Bereits der Landesrechnungshof hat darauf hingewiesen, dass wir kein **Einnahmeproblem** haben, auch wenn ich mir wünschen würde, dass das strukturelle Steuerdefizit - Schleswig-Holstein liegt deutlich unter dem Bundesschnitt der Steuereinnahmen pro Kopf der Bevölkerung - durch eine intensivierte Wachstumspolitik reduziert würde.

Wir haben ein **Ausgabeproblem**. Wir müssen die Ausgaben begrenzen. Die Landesregierung hat daher einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der in den Jahren 2011 und 2012 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2010 sogar Minderausgaben vorsieht. So liegen die Ausgaben im Jahre 2011 um 304 Millionen € unter denen des Jahres 2010, und zwar effektiv, nicht nur virtuell. Im Jahre 2012 liegen sie noch einmal 7 Millionen € unter dem Wert von 2011. Das heißt, sie liegen um 311 Millionen € unter dem laufenden Haushaltsjahr. Auch wenn Sie ansonsten alles bestreiten, sollten Sie zumindest anerkennen, dass es bisher einmalig in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein ist, dass eine Regierung einen Haushalt vorlegt, der zweimal in Folge Minderausgaben gegenüber dem Vorjahr festschreibt.

Die Koalition plant allein in den nächsten zwei Jahren die Einsparung von über 830 Stellen. Auch dies ist der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung geschuldet. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben, und wir werden, soweit es möglich ist, auch eine Arbeitsverdichtung vermeiden. Es wird schlicht und ergreifend notwendig sein, Verwaltungsaufgaben zu reduzieren und Verwaltungsabläufe zu entschlacken. Bis zum Jahr 2020 werden insgesamt über 5.360 **Stellen im Landesdienst** wegfallen; nicht die Menschen, sondern deren Planstellen. Auch dies ist das größte Einsparpotenzial in der Geschichte des Landes, und ich hätte mir persönlich gewünscht, die Einschnitte nicht so tief vornehmen zu müssen.

Bedauerlicherweise aber haben die Vorgängerregierungen - aus welchen Gründen auch immer - die Sache schleifen lassen und der jetzigen Regierung einen Schuldenberg vor die Füße geworfen, der wegen seiner Größe auch in größeren Mengen abgetragen werden muss.

Es ist ein Glück für Schleswig-Holstein und für unseren Haushalt, dass der Sozialminister es erreicht hat, den Anstieg der Kosten in der Eingliederungshilfe um zwei Drittel zu begrenzen. Herr Kollege Dr. Stegner, auch hier haben Sie die Unwahrheit

(Wolfgang Kubicki)

gesagt. Es wird keine Verringerung der Ausgaben zur Eingliederungshilfe geben, sondern nur eine Begrenzung des Kostenanstiegs. Aber auch diese Differenzierung scheint Ihnen nicht geläufig zu sein. Die **Eingliederungshilfe** ist der größte Einzelatposten, und ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den Sozialverbänden dafür danken, dass sie hier mit einem wesentlichen Beitrag die Konsolidierungsbemühungen des Landes unterstützen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben auch sehr schmerzhafte **Eingriffe in den Landeshaushalt** vornehmen müssen. Wir haben das dritte beitragsfreie Kindergartenjahr streichen müssen, das Sie nicht finanziert hatten, Herr Dr. Stegner. Gleiches gilt für die Beteiligung des Landes an den Schülerbeförderungskosten. Niemandem von uns ist das leicht gefallen, aber jeder, der daran festhalten will, muss erklären und dokumentieren, wie die Konsolidierung des Landeshaushaltes anders gelingen soll. Herr Dr. Stegner.

Besonders schmerzlich ist die Absenkung des einkommensunabhängigen Landesblindengeldes für Erwachsene von 400 € auf 200 €. Ich weiß ja, dass es der Opposition nicht gefällt.

Es ist aber noch keiner Regierung vor dieser gelungen, dem **Bund** die Zusage einer **Dauerfinanzierung** in Höhe von 25 Millionen € im **Wissenschaftsbereich** abzurufen, die es allein ermöglicht hat, den sonst notwendigen Abbau der Medizinerbildung an der Universität Lübeck nicht vornehmen zu müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Habeck, auch Sie sollten vielleicht anerkennen, dass drei Viertel des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf Beschlüssen der Großen Koalition von Schwarz und Rot zurückzuführen sind. Es war Peer Steinbrück - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Noch einmal: Ich habe großes Verständnis dafür, dass Ihnen das nicht gefällt, weil die Demonstrationen auf der Straße Ihnen besser gefallen hätten, aber es ist nun einmal so.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist nicht logisch, was Sie sagen, das gefällt mir nicht! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Meine Großmutter hat mit Sicherheit mehr Verständnis von den Problemen als Sie, Herr Kollege Dr. Stegner.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, dass viele Menschen in und um Lübeck von der Ankündigung einer ansonsten notwendigen Reduzierung der Medizinerbildungsplätze betroffen waren, und ich hatte und habe Verständnis für ihren Protest. Aber diese Koalition hat sich vorgenommen, keine Versprechungen zu machen, die sie nicht halten kann, und Sachverhalte erst dann zu etatisieren, wenn sie feststehen. Hierzu sind wir im Übrigen auch gesetzlich verpflichtet. Es ist bedauerlich, aber es war unabänderlich, da wir nicht die einzigen Akteure auf dem Spielfeld waren, dass die avisierte Zusage des Bundes zur Mitfinanzierung im Wissenschaftsbereich verbindlich erst nach dem Stichtag erfolgte, an dem die Haushaltsstrukturkommission ihre Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung für die Jahre 2010 bis 2020 präsentieren musste.

Ich sage dies auch für die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit: Wir bemühen uns auch noch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel im Bereich der Hochschule in Flensburg, um Lösungen, die den Bestand sichern, ohne das finanzielle Einsparpotenzial für den Landeshaushalt zu gefährden. Peter Harry Carstensen und ich haben immer wieder gesagt, es ist wie ein Haus mit vielen Steinen darin. Wer einen Stein herausnehmen will, der muss einen anderen hineinpacken. Der Herr Kollege von Boetticher hat dies auch gesagt. Wir haben nie gesagt, dass kein Stein herausgenommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Unser Ziel ist eindeutig. Wir wollen Schleswig-Holstein aus seinem Tief führen, in dem es nach einer Vielzahl von Vergleichsdaten steckt. Die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit lassen sich nicht mehr rückgängig machen, aber sie zeigen eine verfehlte Politik. Ich bin sicher, dass die Menschen sich daran erinnern werden und diejenigen, die hierfür jedenfalls auch Verantwortung tragen, keine neue Verantwortung übertragen werden. Diese Koalition hat die Zeichen der Zeit erkannt. Wir haben innerhalb eines Jahres bewiesen, dass Reformen für uns nicht nur Lippenbekenntnisse sind. Wir steuern um, wir werden den hinterlassenen Schuldenberg zurückführen und uns gleichzeitig mit den geringeren Mitteln auf folgende vier Punkte konzentrieren:

An der **inneren Sicherheit** wird nicht gespart. Polizei und Justiz werden ihre Arbeit uneingeschränkt weiter erfüllen. Der Beförderungsstau wird in einer

(Wolfgang Kubicki)

überschaubaren Zeitspanne aufgelöst werden. Ich bedauere persönlich zutiefst, dass ich die Anhebung der Altersgrenze für Polizeivollzugsbedienstete, auch wenn dort Milderungen vorgesehen sind, nicht habe vermeiden können.

Mit uns in Regierungsverantwortung wird es kein Zurück und kein Rütteln an wichtigen **Infrastrukturprojekten** geben. Wir bekennen uns zum konsequenten Weiterbau der A 20, wir unterstützen den Ausbau der B 404 zur A 21, und wir werden nicht von der festen Fehmarnbelt-Querung abrücken.

Wir werden den Bildungsminister weiter tatkräftig beim **Umbau des Bildungssystems** unterstützen. Der Mangel an Geld bedeutet in diesem Bereich keinen Stillstand. Genauso wenig bedeutet ein Überfluss an Geld exzellente Ergebnisse. Herr Kollege Stegner, warum Sie da lachen, warum Sie nach diesen 21 Jahren hundsmiserabler sozialdemokratischer Bildungspolitik so lachen, weiß ich nicht. Das Lachen wird Ihnen aber mit Sicherheit noch vergehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Berlin hat pro Kopf der Bevölkerung die höchsten Bildungsausgaben, aber nicht die besten Ergebnisse. Das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen ist gerade dabei - das empfehle ich den Grünen auch in diesem Landtag -, die bildungspolitischen Vorstellungen der Koalitionsfraktionen, die sich im Schulgesetzentwurf wiederfinden, zu übernehmen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist echt Quatsch!)

- Es ist überhaupt nicht echt Quatsch. Ich habe mir das angeguckt, und ich habe mir auch die Redebeiträge Ihrer Kollegen vor Ort kommen lassen. Ich kann Sie Ihnen gern gesammelt übermitteln. Darin steht, Schleswig-Holstein sei ein Vorbild bei der Frage der Zulassung von G8 und G9 an Gymnasien. Schleswig-Holstein sei ein Vorbild!

(Beifall bei FDP und CDU)

Besonders jenen, die auf das finnische Bildungssystem verweisen, empfehle ich einen Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland, die mit 21,4 % mehr als doppelt so hoch ist wie die in Deutschland. Ganz so einfach sind Vergleiche eben doch nicht.

Kaum ein Thema ist so wichtig für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft wie das Thema der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Eine schrumpfende Gesellschaft kann angesichts der demografischen Entwicklung nicht auf das Potenzial

gut ausgebildeter Frauen verzichten, nur weil sie keine Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder haben. Frauen dürfen nicht vor die Entscheidung Familie oder Beruf gestellt werden, sondern sie müssen die Möglichkeit haben, sich für Familie und Beruf entscheiden zu können. Auch hier haben die Vorgängerregierungen wirklich wenig vorzuzeigen. An diese Bilanz wird man auch noch einmal erinnern können.

Die Probleme der Mütter, Frau Fritzen, waren oft nachrangig. Während Mecklenburg-Vorpommern eine Kita-Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen von 49,5 % aufweist und Hamburg immerhin noch eine Quote von 22,2 % erreicht, liegt Schleswig-Holstein auf dem viertletzten Platz mit einer Quote von 14,3 % - ein Erfolg sozialdemokratischer Kindergartenbetreuungspolitik!

Diese Punkte müssen und werden wir verbessern. Deshalb sind wir angetreten. Daran soll man uns messen. Allerdings muss jedem klar sein, dass man mit der Hinterlassenschaft der Vergangenheit, diesem gigantischen Schuldenberg und seinen finanziellen Herausforderungen, nicht alles gleichzeitig erreichen kann. Das wäre die Quadratur des Kreises.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gönnen den versammelten Oppositionsfraktionen das derzeitige Umfragehoch. Das betrifft ja weniger die Linken, und die Sozialdemokraten eigentlich auch weniger. Ich rate Ihnen, es noch ein wenig zu genießen. Kosten Sie die Flut der Sympathie noch ein wenig aus. Jeder Norddeutsche weiß, nach der Flut kommt auch wieder die Ebbe. Sie werden sich schon früh genug auf dem Trockenen der politischen Realität wiederfinden. Die Koalition aus CDU und FDP wird in der Zeit bis zum Ende dieser Wahlperiode notwendige Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes treffen. Wir werden handeln. Wir leiten heute den Prozess ein, die Finanzlage des Landes wieder zu verbessern. Wir werden die Zeit nutzen, um die Menschen von der Notwendigkeit unserer Maßnahmen zu überzeugen. Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins auch bei der nächsten Wahl CDU und FDP zur Erneuerung unseres Landes begleiten werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun das Wort der Fraktionsvorsitzende Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei allem, was der Kollege von Boetticher sieht, Herr Kubicki, das sehe ich nicht. Ich sehe nicht, Herr von Boetticher, was Sie sehen. Sie sehen etwas, was wir nicht sehen. Ich sehe Demos vor dem Landeshaus. Ich sehe ein angerichtetes Schulchaos. Und ich sehe vor allem Fraktionen, die mauern und das Verfassungsgerichtsurteil nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Gott sei Dank hat der Bildungsminister Sie nicht gesehen. Er war nämlich bei Ihrer Rede abwesend. Alles das, was Sie gesagt haben, würden wir sehr gern sehen, aber Herr Klug macht genau das Gegenteil von dem, was Sie hier beschworen haben. Ihre Rede sollten Sie einmal aufschreiben und ihm vorlegen. Dann kann er sie nicht nur sehen, sondern nachlesen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der **Finanzplan** des Landes Schleswig-Holstein ist aufschlussreich, hat schöne Grafiken, geht, wie wir gefordert haben, über 20 Jahre. Für die Arbeit und die **Arbeitsgrundlage** danke ich ausdrücklich. Er könnte - da gebe ich Herrn Kubicki recht, der ja für seine Verhältnisse eine sehr gute Rede gehalten hat, eine besonnene Rede; das war in dieser Debatte heute nicht immer so, leider; ich komme darauf gleich zurück - so etwas sein wie eine Analyse des Haushaltes, so etwas wie ein Konsens immerhin über die Zahlen und die Notwendigkeiten. Das düstere Bild, das der Finanzminister gemalt hat, teile ich. So sieht es aus. Doch all das würde bedeuten, dass man auch ehrlich ausspricht, was die Zahlen denn eigentlich sagen. Da endet das Lob; denn transparent waren die Ausführungen zu der Bedeutung der Zahlen nicht. Diesen Schritt, Herr Finanzminister, der Bevölkerung wirklich reinen Wein einzuschenken, haben Sie leider nicht gemacht, weder in Ihren schriftlichen Ausführungen, der Pressemitteilung oder dem Finanzplan noch in Ihrer Rede heute. Das bedauere ich. Nach der Rede heute und nach der Polemik in der Debatte, glaube ich, dass Sie sich selbst nicht reinen Wein einschenken und vermutlich glauben, was Sie uns heute erzählt haben. Aber die Lage ist weitaus vertrackter. Sie sollten sich das selbst auch eingestehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen mit Schuldzuweisungen in Richtung Vergangenheit nicht weiter. Die Rückwärtsgerandtheit und das Zeigen auf andere Länder - das ist ja wiederum die Spezialität von Herrn Kubicki, immer wenn man sich in der Diskussion verheddert, sagt man, aber im Bundesland XY machen

doch die Grünen und die SPD und die Linken irgendetwas anderes - hilft wirklich nicht weiter. Ich sehe auch nicht, wo das logisch an diese Debatte anknüpft. Wir waren da schon mal weiter. Bei Worten wie „jämmerlich“, „Blödsinn“, „charakterlos“ für die Vergangenheit sollten Sie sehen, was dann daraus folgt. Ich finde eigentlich, das ist ein falscher Einstieg in diese Debatte. Hart in der Sache können wir sein, aber hart mit der Vergangenheit sollten wir nicht sein.

(Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

- Herr Wiegard, wenn Sie wollen, dann zähle ich noch einmal von Stoltenberg bis zu der Mövenpick-Gesetzgebung auf, was Sie alles beschlossen haben. Sie machen sich lustig und sagen, wir sollten zur Volkshochschule gehen und Rechnen lernen, und stellen sich hier hin und sprechen von den Sünden der letzten 20 Jahre. Herr Wiegard, von diesen 20 Jahren waren Sie fünf Jahre Finanzminister. Das sind 25 % Verantwortung. Wenn Sie so rechnen und sich dann hier hinstellen und voller Pathos sagen: „Sie können alle nicht rechnen“, dann wundert mich gar nichts.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, LINKEN und SSW)

25 % der **Verantwortung** ist doch Ihre! Sie sind doch nicht erst seit gestern im Amt. Wenn ich mich dagegen verwahre zu sagen: „Lassen Sie uns aufhören, über rot-grüne oder schwarze Schuld oder über die Schuld der Großen Koalition zu reden“, und Sie lachen so hämisch, dann können Sie sich doch nicht hinstellen und sagen, die FDP sei seit einem Jahr im Amt: „Wir haben die Arbeitslosigkeit zurückgeschraubt, nur die Staatsverschuldung konnten wir nicht zurückschrauben“.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Dr. Habeck, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gerne. Allerdings, Herr Wiegard, es kommt noch schlimmer. Sie sollten sich Ihre Fragen vielleicht noch aufheben.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden!)

- Das war die Mahnung, sich nicht nur mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Bei der Analyse der Gegenwart bin ich weitaus schärfer.

(Dr. Robert Habeck)

Rainer Wiegard [CDU]: Dann stelle ich meine Frage auch zu einem Einstieg. Weil Sie eben meine Amtszeit angesprochen haben, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich von 2005 bis 2008 jeden zusätzlich eingenommenen Steuer-Euro für die Senkung des Fehlbetrages verwendet habe und nicht für neue Aufgaben?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe mir die Zahlen der Vergangenheit angeguckt, Herr Wiegard. Sie hatten in den Jahren 2007 folgende 8 bis 10 % Steuerwachstum. Ich sehe nicht, dass sich das in der Haushaltskonsolidierung niedergeschlagen hätte. Die Antwort ist: Nein, ich bin nicht bereit, das zur Kenntnis zu nehmen. In den fetten Jahren wurde nicht ausreichend gespart.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Rainer Wiegard [CDU]: Großartig! -
Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das ist ja wohl ein Hohn!)

Stattdessen gebe ich noch einmal, wie ich das schon öfter getan habe - Herr Kubicki, vielleicht nehmen Sie das auch einmal zur Kenntnis und drehen nicht immer das Argument um -, zu: Es war ein Fehler, dass die rot-grüne Regierung in dem Maße Steuern gesenkt hat. Es war deswegen ein Fehler, weil **Steuersenkungen** nicht im gleichen Maße zu konjunkturellen Effekten führen, wie die abgesenkten Steuern den Staatshaushalt aus dem Lot gebracht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das liegt daran: Der Fehler ist begangen worden, weil nicht gesehen worden ist, dass sich in den letzten zehn, 20 Jahren die gesellschaftlichen Grundlagen von Finanzpolitik grundsätzlich verändert haben und damit auch die Leitsätze der Volkswirtschaft, die damals noch bestimmend waren. So passen sie jedenfalls nicht mehr eins zu eins. **Schulden** sind dadurch nicht mehr ein finanzielles oder operatives Problem, sie sind ein ethisches. Auch das hatten wir bei der Einführung der Schuldenbremse. Der Spruch von den ersten grünen Wahlplakaten, dass wir die Erde nur von unseren Kindern geborgt haben, gilt für die Verschuldung der öffentlichen Haushalte allemal. Wir leben auf Pump; das hat Herr Wiegard ausgeführt. Das bedeutet, dass wir unsere Schulden irgendwann zurückzahlen müssen. Solange wir eine wachsende Gesellschaft waren, eine mit mehr Jungen als Alten, als Europa noch die dynamische Wirtschaftsregion war, als die deutsche

Bevölkerung wuchs und wir mit der Wirtschaft, in einem noch höheren Maße als die der Nachbarn, da war diese Wette auf die Zukunft, was die Staatsverschuldung faktisch ist, riskant, aber eingehbar. Man konnte statistisch nachweisen, dass sie aufgehen kann. Diese Möglichkeit, unsere Schulden zu bezahlen, war da, aber sie ist nicht genutzt worden.

Diese Möglichkeit hat eine schrumpfende Gesellschaft so nicht mehr. Wir sehen das an den Pensionslasten. Wir sehen das daran, dass der Stellenabbau, der faktisch ein Einstellungsstopp ist, dazu führt, dass eine ganze Generation nicht in den öffentlichen Dienst kommen wird, eine ganze Generation mit all ihren Kompetenzen, ihrem Nutzungsverhalten der modernen Medien. Wäre der Staat ein Unternehmen, kein Mensch würde eine solche Konsolidierungsstrategie wählen. Aber uns zwingt die blanke Not dazu.

Umso wichtiger ist es, wenn wir schon den Staatsapparat nicht jung und modern halten können, wenigstens die Gesellschaft jung und modern zu machen. Deshalb wird das **Haushaltsrecht** das Königsrecht **des Parlaments** genannt, weil an seiner ethischen Frage viele **Politikfelder** gemessen werden können. Wenn wir weniger werden, brauchen wir zum Beispiel **Zuwanderung**. Welche Schritte aber hat die Landesregierung unternommen, um Schleswig-Holstein Heimat für viele neue Bürgerinnen und Bürger werden zu lassen? Wenn unsere Volkswirtschaft schrumpft, brauchen wir **neue Produkte**; wir brauchen **Forschung und Innovation**. Deshalb brauchen wir größere und bessere **Universitäten**, statt einen Studienplatzabbau vorzunehmen. Wir brauchen bessere **Bildung**. Viel mehr Menschen brauchen einen höheren Schulabschluss. Was aber macht die Landesregierung? Sie „rasiert“ - Herr von Boetticher, das hätten Sie sagen müssen - den alternativen Weg zum Abitur.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Was die von Ihnen so bezeichnete „**demografische Rendite**“ angeht, nämlich die Annahme, dass Bildung in Zukunft weniger kosten werde, wenn es weniger Schülerinnen und Schüler gebe, ist auch eine solche Denkweise aus der alten Zeit. Denn wenn wir weniger Menschen ausbilden, diese Menschen jedoch dieselbe oder sogar eine höhere Leistung bringen sollen, dann brauchen wir doch logischerweise sogar mehr Mittel für deren Bildung. Insofern kann man sagen: Wenn man nur noch halb so viele Schülerinnen und Schüler hat, muss man eigentlich doppelt so viel ausgeben, damit das **Bildungskapital** konstant bleibt.

(Dr. Robert Habeck)

Das aber bedeutet: Wir brauchen mehr Mittel für Bildung. Da kommen die Zahlen her, die wir damals in unserem Entwurf eingestellt haben. Eine zukunftsgerichtete Gesellschaft braucht mehr und bessere Mittel für die Bildung. Wir können es uns eben nicht mehr leisten, die Kinder in den Schulen zu gesellschaftlichen Verlierern zu machen. Damit muss jetzt einmal Schluss sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf von der CDU: Starke Worte!)

Sehr geehrte Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat ideale Voraussetzungen dafür, das erste Bundesland zu werden, das vollständig durch **erneuerbare Energien** versorgt wird, das ein Windstrom-, ein Elektromobilitätsnetz aufbauen kann. Mit viel Tamtam hat die Landesregierung ihre **Offshore-Strategie** für Schleswig-Holstein vorgestellt. Ja, die Offshore-Windenergie ist ein wichtiger Baustein für eine komplette Energieversorgung aus erneuerbaren Energien. Aber wo spiegelt sich im **Haushalt** die Offshore-Strategie wider? Statt eine lauwarmer Haltung in der Atomfrage zu vertreten und neue Kohlekraftwerke zu planen, hätte dieser Haushalt die Weichenstellung für eine **energetische Clusterpolitik** für erneuerbare Energien vornehmen können.

(Werner Kalinka [CDU]: Siehe eure Kohleförderung in NRW!)

So haben Sie keinen Plan und keine Idee, wohin sich die Dinge entwickeln sollen. Die pure Vision „I have a dream“ in ferner Zukunft ist das Einzige, was Sie vorweisen können. Sie sind jedoch bereits seit einem Jahr in der Regierung, und hier im Haushalt hätte sich die politische Schwerpunktbildung niederschlagen sollen. Ihr Haushalt beinhaltet jedoch keine politische Schwerpunktsetzung.

Vor allem hat Herr Wiegard - jetzt komme ich zu den Zahlen - nicht den Mumm, ehrlich zu sein. Ich finde, es ist keine Schande - Herr Kubicki und Herr von Boetticher, wir haben auch nie gesagt, dass Sie härter sparen sollen - zuzugeben, dass die Rechnung nicht aufgeht. Das ist keine Schande.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch keine Schande zu sagen: „Die Lage ist weitaus dramatischer, als dass ich sie lösen könnte.“ Es ist jedoch eine Schande, so zu tun, als hätten Sie alles im Griff. Die Zahlen sagen etwas anderes. Dieser Finanzplan, Ihre eigene Analyse, sagt, dass sich das Land Schleswig-Holstein nur konsolidieren kann, wenn es massive **Hilfe aus Berlin** gibt.

(Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

Das jedoch heißt im Klartext: Massive Steuererhöhungen.

Liebe Kollegen von der SPD, lieber Herr Stegner, Finanzminister Wiegard hat Ihre Forderung von vor vierzehn Tagen nach höheren Steuern längst eingepflanzt. Er gibt es aber nicht zu. Das ist der eigentliche Skandal. All dieses Pathos stimmt mit den Zahlen nicht überein. Statt sich hier in Positur zu werfen und zu sagen: „Die Enkel, die Enkel“, wäre Demut angesagt, Demut vor den Zahlen.

Meine Damen und Herren, als wir Anfang des Jahres unsere eigene Analyse zu Möglichkeiten und Unmöglichkeiten bezüglich der Sanierung des Haushalts vorgestellt haben, habe ich meine Pressekonferenz mit den Worten beendet - Journalisten hatten nachgefragt: „Was ist die Conclusio?“ -: Die erste Conclusio - so sagte ich es damals - ist, dass ich von der CDU und der FDP hören will: „Wir brauchen höhere Steuern. Anders ist der Landshaushalt nicht zu sanieren.“

Meine Damen und Herren, ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können: Dieser Tag ist heute gekommen. Es steht so schwarz auf weiß in Ihrem Haushaltsentwurf. Sie trauen sich aber nicht, es auch auszusprechen. Herr Wiegard, Sie sagen, ich würde Ihnen immer wieder das richtige Stichwort zuwerfen. Als ich aber fragte, wie das denn gehen solle, haben Sie nicht geantwortet. Sie haben das Stichwort nicht aufgenommen. Sie ziehen sich auf den Standpunkt - -

(Minister Rainer Wiegard: Sie haben nicht zugehört!)

- Ich habe sehr wohl zugehört. Ich zitiere Ihre Aussagen heute und im Finanzausschuss - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es ist nicht unglaublich, Herr Kubicki, sondern das ist schwarz auf weiß zu lesen. Sie haben ja noch den ganzen Tag Zeit nachzuweisen, wo der angebliche Fehler in der Rechnung ist.

Ich zitiere aus der Mittelfristigen Finanzplanung:

„Landeseigene Besteuerungsmöglichkeiten und die Beseitigung von Ausnahmetatbeständen, insbesondere im Umsatz- und Einkommenssteuerrecht, sollen voll ausgeschöpft werden.“

Das ist der „Schönsprech“ von CDU und FDP für das „schlimme“ Wort Steuererhöhung.

(Dr. Robert Habeck)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt beim SSW)

Denn dieses Ausschöpfen - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Herr von Boetticher, hören Sie mir bitte noch zwei Minuten zu. Danach sagen Sie mir bitte, wo der Rechenfehler ist. Dieses **Ausschöpfen des Steuerrechts** hat laut Mittelfristiger Finanzplanung ein Volumen von 1,2 Milliarden € bis 2020.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Falsch gerechnet!)

Es sind 1,2 Milliarden €. So steht es auf Seite 32 in Ihrer Tabelle. Wenn wir die Angaben in Ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage, die wir zu der Frage gestellt haben, wie hoch die Steuerausfälle im Bund waren, hochrechnen, bedeutet das, dass die **Steuereinnahmen auf Bundesebene** um 70 Milliarden € ansteigen müssten. Dies wäre nötig, um Mehreinnahmen von 1,2 Milliarden € in Schleswig-Holstein zu haben. Das nennen Sie dann Schließen von Steuerschlupflöchern oder Abschaffen von Ausnahmetatbeständen.

Wir haben gerade gehört, dass das Abschrumpfen des Mittelstandsbauchs 30 Milliarden € kosten würde. Das würde bedeuten, dass die Einnahmen aus der Einkommensteuer um 75 % steigen müssten. Herr Wiegard, wenn Sie 70 Milliarden € ansetzen, wie hoch ist denn dann nach Ihrer Rechnung die Einkommensteuer? Das ist mit der Formulierung „Abschaffung von Ausnahmetatbeständen“ wirklich verniedlicht dargestellt.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Dr. Habeck, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Habeck, ist Ihnen zur Kenntnis gelangt, dass die Koalition in Berlin vereinbart hat, im Bereich der Mehrwertsteuer die Ausnahmetatbestände drastisch zu reduzieren, und dass sich daraus erhebliche Einnahmeverbesserungen auch für die Länder ergeben werden?

Zweitens: Ist Ihnen vielleicht aufgefallen, dass im Finanzplan bis 2020 die Konsolidierungshilfe des Bundes in Höhe von 80 Millionen € jährlich, insgesamt also von 800 Millionen €, noch nicht aufgenommen ist? Diese kann auch noch zur Rückführung der Verbindlichkeiten verwandt werden.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und FDP)

Drei Antworten, Herr Kubicki. Erstens - verzeihen Sie mir - habe ich bis jetzt viel von Schwarz-Gelb in Berlin gehört, aber nur wenig davon gesehen, was daraus folgte. Meistens wurde das nicht umgesetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens kenne ich keine Zahl - das gebe ich zu; vielleicht kennen Sie ja die Zahlen; dann können Sie sich hier noch einmal hinstellen und mir diese Zahlen als Frage verkleidet mitteilen -, die relevant erklären könnte, wie hoch die **Ländereinnahmen für Schleswig-Holstein** aus der **Abschaffung der Ausnahmetatbestände** sind. Ich bezweifle, dass dies 1,2 Milliarden € sind. Das bezweifle ich.

Drittens, Herr Kubicki, sind die Ausnahmetatbestände - die 400 Millionen, die Herr Wiegard ansprach -, die im Zeitraum zwischen 2008 und 2010 kommen,

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch schon längst nicht mehr!)

nur bis 2012 eingeplant. Ab 2012 tut Herr Wiegard so, als würde die **Schuldenbremse** im Umfang von 1,2 Milliarden € voll weiterlaufen. Faktisch aber rechnet er nur mit 800 Millionen €. Insofern lautet die Antwort auf Ihre zweite Frage: Ich habe es zur Kenntnis genommen, aber es ist ein buchhalterischer Trick.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, wir haben hier heute doch die Landtagsdebatte. Wir haben das am Montag fairerweise in einer Pressekonferenz und in Form einer Pressemitteilung deutlich gemacht. Sie hätten sich doch vorbereiten können. Sie können es doch hier und heute erklären und müssen nicht immer sagen: „Ja, das machen wir dann im Ausschuss.“ Im Ausschuss gehen wir die Einzelpläne durch. Sie können sich doch hier jetzt hinstellen und den Grund dafür nennen, warum es nicht 1,2 Milliarden sind. Legen Sie doch bitte Seite 32 Ihrer Mittelfristigen Finanzplanung zugrunde und machen es!

(Dr. Robert Habeck)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Unruhe)

- Also, nur um einmal die Größenordnung der Ausnahmetatbestände deutlich zu machen - wir haben die Berechnungen zur Einkommensteuer ja schon gehört -: Würde man eine **Vermögensteuer** einführen - das wäre natürlich „Teufelszeug“ -, hätte man etwa ein **Steuerplus** von 30 Milliarden €. Würde man die **Mehrwertsteuer** über alles erhöhen, hätte man pro Punkt 8 Milliarden € Mehreinnahmen. Bei 3 % Mehrwertsteuerplus - das ist ja die „böse Merkel-Steuer“ - und einer Vermögensbesteuerung ginge auch dann die Rechnung noch immer nicht auf. Es fehlten noch immer 16 Milliarden € im Bund, damit das Land Schleswig-Holstein von der Berechnung von Herrn Wiegard ausgehen kann.

Schieben Sie es also nicht auf die lange Bank. Hier und heute ist der Tag. Verraten Sie uns, wie Ihre Rechnung aufgeht, und sagen Sie, woher das Geld kommen soll!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sagen Sie vor allem aber nicht, dass dies Ausnahmetatbestände seien. Es sind massive Steuererhöhungen, die Sie einplanen. Ich frage mich, wie das alles zusammenpasst. Es ist doch erklärtes Ziel Ihrer Parteien auf Bundesebene, die Steuern eben nicht zu erhöhen. Im Gegenteil: Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP steht, dass die Steuereinnahmen um 24 Milliarden € sinken sollen.

Und dann frage ich Sie, Herr Finanzminister, und Sie, Herr Kubicki: Wie redlich ist es, von Steuererhöhungen auszugehen und diese einzuplanen, und zwar in voller Kenntnis eines Koalitionsvertrags Ihrer Parteien angesichts des Verhaltens der Bagaluten in Berlin aus Ihrer Partei? Haben Sie Ihre Rechnung denn schon einmal Frau Merkel oder Herrn Schäuble vorgelegt?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Nein? Das ist doch aber ein Skandal, oder? Ich verstehe nicht, wie Sie sich hier hinstellen können und von Bundessteuereinnahmen ausgehen können, ohne mit dem Bundesfinanzminister oder Ihrer Bundeskanzlerin darüber überhaupt schon einmal gesprochen zu haben. Wenn die Bundeskanzlerin die Kommunalaufsicht für Schleswig-Holstein hätte, dann würde sie das niemals durchgehen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Weg ist kein Konsolidierungspfad; er führt über Treibsand.

(Zurufe von CDU und FDP)

Man kann auch nicht immer die Opposition fragen: Wie wollt ihr es denn machen?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, das ist ja wunderbar, Herr Kubicki. Dann können Sie doch jetzt als Erstes, bevor Sie mich irgendetwas fragen, sagen, woher denn die 1,2 Milliarden € kommen sollen. Welche Steuer soll das denn sein, und wie groß soll deren Volumen sein? Denn darüber sollen wir ja heute hier debattieren und beschließen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Dafür ist aber nicht dieser Ort vorgesehen. Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kubicki?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte sehr.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin, ich möchte gern meine Frage stellen, nicht die Frage, die Herr Kollege Habeck gern hätte.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Eben. Deshalb sage ich das.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Dr. Habeck, ist Ihnen bekannt, dass es eine rechtliche Verpflichtung gibt, den Konsolidierungspfad, den Schleswig-Holstein beschreiten will, mit dem Bund in einer verbindlichen Verwaltungsvereinbarung zu vereinbaren, das heißt vertraglich abzuschließen, und dass von daher Ihre Überlegungen in Bezug auf eine Freisprechung von Schleswig-Holstein obsolet werden?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist mir selbstverständlich bekannt, Herr Kubicki. Ich habe auch nicht von einer Freisprechung Schleswig-Holsteins gesprochen. Ich glaube, dass Sie sich und offensichtlich auch Ihren Leuten in Berlin Sand in die Augen streuen. Dieser Pfad ist nur einzuhalten, wenn Sie massive **Steuererhöhungen** einplanen. Diese haben Sie eingeplant, und nur das will ich von Ihnen hören. Mit den Zahlen habe ich ja gerade erst angefangen. Wenn Sie in Berlin

(Dr. Robert Habeck)

so tun, als ob wir das schaffen könnten, dann belügen Sie Berlin, und Sie belügen sich selbst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber dann kann man doch nicht Falsches behaupten!)

Wenn Sie also wieder einmal mit Ihren „ehrlichen Kaufleuten“ reden - das war ein Zitat -, dann erklären Sie doch einmal klipp und klar, dass die Vorzugsbehandlung der AKW-Lobby in Schleswig-Holstein nicht akzeptiert wird, wenn schon nicht aus ökologischer Vernunft - wir werden uns ja in der Debatte am Freitag damit beschäftigen -, dann aus finanzpolitischer. Denn die **Kommunen** bekommen die **Steuereintrübe** in den nächsten Jahren voll zu spüren. Wir haben in der **Verfassung** einen Schutzrahmen um sie gezogen. Es kann nicht sein, dass sich der Bund durch die Brennelementesteuer auf Kosten der Länder sanieren will. Herr Ministerpräsident, wir führen die **Atomdebatte** am Freitag; aber schon aus haushalterischer Verantwortung ergibt sich, dass Sie der Laufzeitverlängerung im Bundesrat nicht zustimmen dürfen. Sie können nicht zustimmen, Sie müssen sie verhindern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Regierungsbank, durch die Fragen von Herrn Kubicki bin ich schon ein wenig vorausgeeilt. Aber vielleicht schleift es sich ein, indem ich es noch einmal in der Systematik wiederhole. Sie gaukeln nur vor, die Schuldenbremse einhalten zu können; aber die Wahrheit ist: Sie haben es nicht in der Hand. Niemand hat es in der Hand.

Nachdem wir am Montag, also vor drei Tagen, unsere Rechnung offengelegt haben, lautete die Widerlegung, die Gegenargumentation aus dem Finanzministerium, die auch heute hier hätte ausbreitet werden können: Das stimmt nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das reicht doch! - Zuruf von der CDU: Richtige Antwort!)

Das war die Argumentation. Nur die Behauptung, es stimme nicht, kein einziges Argument. Die Grünen haben keine Ahnung; ich habe recht. Das ist Politik. Das nennen sie dann „Handreichung an die Opposition“ und einen konstruktiven Dialog über die Entschuldung des Landes. Das ist wirklich großartig! Das ist schon harter Tobak!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das nicht stimmt, welche Steuersteigerungsrate legen Sie denn zugrunde? Sagen Sie es doch! Wenn unsere Annahmen nicht stimmen, welche stimmen denn dann? Stimmen die 1,2 Milliarden

nicht, und wie viel an Steuererhöhungen macht es denn aus? Was, Herr Finanzminister, sagen Sie dem CDU-Fraktionsvorsitzenden, Herrn von Boetticher, der am Wochenende im „Abendblatt“ unverdrossen schwadronierte, dass wir kein Einnahmeproblem haben?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das stimmt!)

- Herr von Boetticher, Sie müssen in die Finanzplanung hineinschauen. Darin steht, dass Sie mit 1,2 Milliarden € **Einnahmen** rechnen. Wenn das kein Einnahmeproblem ist, dann weiß ich nicht, was ein Einnahmeproblem sein soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie waren doch in der gleichen **Haushaltsstrukturkommission**. Sie, lieber Herr CDU-Kronprinz, müssen doch wenigstens zur Kenntnis nehmen, was der Finanzminister macht. Konservative Werte schaffen zu wollen, ist das eine; aber, das - „kein Einnahmeproblem“ - ist ein konservatives Ammenmärchen, Herr von Boetticher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Kubicki, Herr von Boetticher, der Vorwurf mangelnder Seriosität an die Opposition ist lächerlich. Diese sagt immerhin, dass man den Haushalt ohne Mehreinnahmen nicht sanieren kann. Nein, Ihre Polemik richtet sich gegen Sie selbst und gegen Ihre eigene Vorlage.

Denn bei den globalen Steuermehreinnahmen ist ja nicht Schluss. Wir haben es vom Finanzminister gehört: Zusätzlich zu den 1,2 Milliarden € sogenannter Ausnahmetatbestände weist der Finanzplan aus, dass die **Ausgaben des Landes** bis 2020 um weitere 500 Millionen € sinken sollen. Jetzt - das erkenne ich an, Herr Kubicki - sinken die Ausgaben um 270 Millionen €. Da frage ich: Wie realistisch ist es, den Landeshaushalt noch einmal um das Doppelte reduzieren zu wollen? Was heißt das konkret? Wollen Sie keine Universitäten mehr, keine Theater? Alle die Visionen von Herrn von Boetticher - alles weg? Dafür Klassen mit 50 Schülerinnen und Schülern? Sollen die Menschen zwei Jahre lang warten, bis sie einen Gerichtstermin bekommen? Wollen Sie die Polizei komplett von der Straße abziehen? Wie wollen Sie 500 Millionen € einsparen, zusätzlich zu den Maßnahmen, die jetzt im Haushalt stehen? Das ist die Frage. Auch diese Annahme, 500 Millionen € abzugeben, ist eine rein theoretische. Das steht nirgendwo geschrieben,

(Dr. Robert Habeck)

Herr Kubicki. Sagen Sie nicht immer: Sie können das lesen. Stellen Sie sich hier hin und erklären Sie das. Melden Sie sich für drei Minuten, und sagen Sie, woher die 500 Millionen € kommen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine rein theoretische Annahme, und - Obacht jetzt! - sie gilt nur für den optimistischen Fall, dass wir tatsächlich 2,5 % **Wirtschaftswachstum** über zehn Jahre haben.

(Tobias Koch [CDU]: Steuereinnahmewachstum!)

Erreichen wir das nicht, haben wir ein geringeres Wirtschaftswachstum, müssen wir Steuereinnahmen haben. Erreichen wir das nicht, müssen wir den Landeshaushalt über die 500 Millionen € hinaus weiter kürzen.

Nimmt man also beides zusammen, luftgebuchte Einnahmen und virtuelle Ausgaben, besteht eine Lücke von 1,7 Milliarden €. Der vorgelegte Haushalt beinhaltet also nicht den ersten Sparhaushalt des Landes Schleswig-Holstein. Nein, er beinhaltet die höchste **Neuverschuldung**, die das Land unter einem CDU-Finanzminister je hatte. Das **Sparen** heißt in Wahrheit neue Schulden aufzunehmen. Das haben wir heute gehört. Nur der Schuldenabbaupfad, die viel gepriesene **Schuldenbremse**, lässt diese hohe Verschuldung zu, weil er in den Anfangsjahren eine deutlich höhere Kreditaufnahme ermöglicht, als es nach der alten Regelung des Investitionsbegriffs verfassungskonform gewesen wäre. Da haben Sie, Herr Finanzminister, wirklich Glück. Sie lachen zu Recht. Sie können sich wirklich freuen. Hätten wir die Schuldenbremse nicht, dann wäre Ihr Haushalt nicht verfassungskonform.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb sollten wir uns alle ehrlich machen, und vor allem sollten Sie sich ehrlich machen und den Blick nach vorn wenden. Das Verfahren, das Sie zur Errechnung der **strukturellen Neuverschuldung** anwenden, wird von uns - wir sprachen darüber - akzeptiert, weil es die Steuerverluste, die uns die Bundesentscheidungen beschert haben, mit einpreist. 400 Millionen € Steuerausfälle - das war die zweite Frage von Herrn Kubicki aus seiner ersten Fragerunde - kosten uns die Steuerrechtsänderungen aus den Jahren 2008 bis 2010. Was die entsprechenden Beschlüsse angeht, so sitzen wieder fast alle in einem Boot. Die Grünen habe ich ja vorhin schon selbst bezichtigt. - Die Linke nicht. Wir sit-

zen nicht in einem Boot. Das stimmt. Sie sitzt draußen.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschlossen wurde es von SPD, CDU und FDP.

Das Verfahren, Herr Minister, akzeptieren wir, nicht die Zahlen. Denn der Hammer ist, dass die Steuerausfälle, diese 400 Millionen €, nur bis 2012 eingeplant sind. Was Sie uns hier also als solide Buchhaltung verkaufen, ist in Wahrheit ein Täuschenspielertrick.

Das **strukturelle Defizit** war ja ursprünglich mit 800 Millionen € bis 2020 angegeben. Es wurde dann auf 1,2 Milliarden € angehoben - wegen der Steuerausfälle. Unfassbarerweise haben Sie nach der Aussage Ihres - -

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nun einmal ganz ruhig, meine Herren. Das ist ja die Aussage des Pressesprechers des Finanzministeriums in den „Kieler Nachrichten“ vom 4. September dieses Jahres. Danach haben Sie diese 400 Millionen € ab 2013 gar nicht weiter eingerechnet. Ab 2013 nämlich - so der Pressesprecher - nehmen Sie die Senkung der Steuern wieder heraus, aber die Höhe des Defizits bleibt gleich. Mit anderen Worten: Sie bauen Ihre Entschuldung auf einer nicht beschlossenen Steuerrechtsänderung auf. Das, Herr Finanzminister, ist das Gegenteil von **Haushaltswahrheit**. Es ist eine Haushaltslüge, die uns heute präsentiert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Lüge lautet - -

(Zuruf von Wolfgang Kubicki [FDP])

- Können Sie es bitte laut sagen, Herr Kubicki?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Jetzt hören Sie bitte zu, was Ihre Strategie ist. Ich versuche, sie zu erklären. Ihre Aussage lautet - das nenne ich Haushaltslüge -: Wenn wir alle in Schleswig-Holstein den Gürtel enger schnallen, mit großem Opferpathos für die Enkel, dann schaffen wir es. Aber wir schaffen es nicht. Die Bilanz geht hinten und vorn nicht auf. Sie wissen, dass sie nicht aufgeht. Wenn Sie lesen können, wissen Sie, dass sie nicht aufgeht.

Wenn gleich der Ministerpräsident redet, dann erwarte ich einmal kein Pathos, sondern die Widerle-

(Dr. Robert Habeck)

gung der Analyse oder einen Widerruf und eine Richtigstellung. Sich hier mit Tränen in den Augen hinzustellen und zu sagen, nur Sparen rette unsere Enkel, soll nur den Widerspruch übertünchen. Sie tun nur so, als entwickelten sich die Schulden nach unten. Stattdessen haben wir mit diesem Haushalt eine Maximalverschuldung erreicht. Herr Koch, Herr Kubicki, Herr von Boetticher, die Schuldenbremse einzuhalten, bedeutet, dass wir im Jahr 2020 - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gerade nicht!)

- Das ist doch alles Konsens. Warum regen Sie sich so auf? Es sind doch nur Ihre Zahlen, die ich hier vortrage. - Die **Schuldenbremse** einzuhalten, bedeutet eine um 9 Milliarden € höhere Verschuldung als heute. Selbst wenn die Konzepte aufgehen - ich habe beschrieben, wie unwahrscheinlich dieser Fall ist -, so ist das Land ja nicht saniert.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Stimmt!)

Dann haben wir 9 Milliarden € Schulden mehr als heute. Das Land ist 2020 - -

(Zurufe von CDU und FDP)

- Ich versuche doch erst einmal so etwas wie eine Grundlage herzustellen. Deswegen will ich doch von Ihnen nur hören: 1,2 Milliarden sind nicht das Stopfen von Steuerlöchern, sondern Steuererhöhungen, Steuererhöhungen. Wenn Sie das einmal sagen würden, dann könnten wir uns alle zusammensetzen und den Landeshaushalt vernünftig analysieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber Sie stellen sich aus ideologischer Bockigkeit hier hin und tun so, als ob das, was ich erzähle, alles Quatsch ist.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Ist es auch! Es ist alles Quatsch!)

Ich fasse nur Ihre eigene Finanzplanung zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Kollege, einen Moment bitte. - An Sie, meine sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Regierungskoalition: Sie haben nachher Gelegenheit, die Ausführungen des Kollegen Abgeordneten zu kommentieren. Ich bitte Sie jetzt, dem Abgeord-

neten Habeck die Gelegenheit zu geben, seine Argumente weiter vorzutragen.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wäre wirklich froh, Sie würden mich widerlegen, wenn Sie mir sagten: Das ist ein belegter Konsolidierungspfad. Ich würde mich wirklich freuen, nicht als Oppositionspolitiker, aber als schleswig-holsteinischer Bürger. Aber ich freue mich nicht, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Sie können nicht rechnen; das ist alles Quatsch, ohne zu sagen, worin dieser Quatsch besteht.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Ganz ruhig!)

- Herr Kollege von Boetticher, Sie werden meine Ungeduld verstehen. Seit anderthalb Jahren tun Sie das. Es ist nämlich nicht so, dass ich diese Rede gern halte und dass das ein Grund zur Freude für die Opposition ist. Denn im Umkehrschluss heißt das ja: Auch wenn wir massiv die Steuern erhöhen - stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn eine rot-grüne Regierung diesen Haushalt vorlegen würde, mit 70 Millionen € Steuererhöhungen; da weiß ich aber, wer wie Rumpelstilzchen durchs Land rennen und sagen würde: Skandal, Skandal, Abschaffung des Abendlandes; da fallen mir schon ein paar Leute ein -, wie jetzt vorgelegt, und wenn wir all das täten, was überhaupt nicht belegt ist, könnten wir, die Opposition, nicht bezahlen, wovon wir träumen, was wir wollen und wovon auch Herr von Boetticher träumt. Die Verschuldung, die Hydra unserer Zeit, frisst uns auf. Ja, deswegen müssen wir verzichten, wir müssen aber nicht in Kleinklein denken, wir müssen wirklich einmal Politik anders denken. Wir können uns nicht mehr alles leisten. Die Frage ist nur: Worauf müssen wir verzichten, und worauf wollen wir verzichten?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jetzt kommt die Antwort!)

Diese Frage ist die politische Wasserscheide. Das Problem ist, dass Sie immer nur nach unten gucken und nicht nach oben. Wenn Sie politischen Ehrgeiz hätten, würden Sie doch nicht nur für Schleswig-Holstein, das am Tropf des Bundes hängt, wie es in Ihrem Finanzplan steht, sondern für Deutschland Politik entwerfen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Hören Sie kurz zu! Als wir unsere Bilanz im Frühjahr vorlegten, da rechneten wir für den Lan-

(Dr. Robert Habeck)

deshaushalt - das haben wir vorhergesagt - mit einem Defizit bei einem ehrgeizigen Konsolidierungspfad, der übrigens viele Elemente beinhaltete, die Sie nicht mit eingepreist haben in Ihren Haushaltsstrukturkommissionsentwurf, von 1,4 Milliarden €. Damals schon tönte es von Herrn Wiegard: alles falsch. Herr Wiegard hatte recht, er präsentiert uns heute eine Lücke von 1,7 Milliarden €. Diese Lücke entspricht ungefähr den Kosten allein der Hinterlandanbindung der **Fehmarnbelt-Querung**. Das ist mehr oder weniger präzise die Zahl. 1,7 Milliarden € für Verkehrsaufkommen, für das wir keine einzige Landstraße bauen würden. Der **Staatsvertrag** hat eine Ausstiegsklausel, einseitig kündbar durch den Bund, wenn die Kosten exorbitant steigen, was passiert. Also wirken Sie auf Berlin, diese Klausel zu ziehen! Das wäre ein ungewöhnlicher Schritt,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

aber es ist eine ungewöhnliche Zeit, die ungewöhnliche Maßnahmen erfordert. Wir brauchen keinen Beton mehr, wenn wir es uns nicht leisten können. Wir brauchen stattdessen Bildung, wir brauchen einen anderen Bundesverkehrswegeplan, einen sparsameren Bundesverkehrswegeplan, und im Umkehrschluss brauchen wir einen Altschuldenfonds, um von der Hydra Staatsverschuldung loszukommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Kubicki, wenn Sie fragen, wie das gehen soll, und wir über Strukturveränderungen reden, müssen wir an große Strukturveränderungen und nicht nur an kleine Strukturveränderungen herangehen, hier einmal 5.000 € einsammeln, da einmal 2.000 € einsammeln. Das wird das Land nicht sanieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie das nicht tun - das sage ich Ihnen voraus -, wird die Beltquerung in zwei Jahren zu Ihrem „Stuttgart 21“ werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, Sie sagen, mit diesem Haushalt sei die Trendwende für das Land erreicht. Ich attestiere, im Bereich **Personalabbau** ist tatsächlich ein großer Schritt getan worden. Ich sehe auch, dass Sie keine neuen großen Programme aufgelegt haben. In allen Ministerien werden große Sparbeiträge geleistet.

Aber die Kleckerbeträge, die kleinen Einrichtungen das Genick brechen, ohne einen Beitrag zum großen Ganzen zu leisten und volkswirtschaftlich großen Schaden anrichten, weil Präventionsprojekten, Jugendarbeit und Vorsorge das Wasser abgegraben wird, sind kontraproduktiv. Ich frage mich, wenn Sie kontraproduktiv sind: Warum bestehen Sie auf ihnen?

Das nennt man wohl **Politikstrategie**. Die Haltung ist leicht zu durchschauen, und es nicht richtig, das Land nur strategisch zu zersparen, sondern man muss es wirklich strukturell angehen. Weil der große Plan nicht aufgeht, geben Sie sich als harte Sparer im Land. Weil die Menschen Angst vor Ihrem Rotstift haben, glauben Sie, dass Sie den Haushalt sanieren. Aber faktisch tun Sie es nicht, nicht wirklich. Ihre Strategie - es ist ein strategisches Sparen - ist: Je mehr Menschen betroffen sind, desto eher glaubt man uns. Sie nehmen Zerstörung als politisches Alibi, und das ist falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herr, in der großen Gemeinsamkeit, in der wir die Schuldenbremse beschlossen haben, sollten wir uns nicht auf figelinsche Argumentationen einlassen. Wenn Sie für 2011 mit 2 % Steuerplus und für 2012 gar mit 5,6 % mehr rechnen, dann kann man nicht auf der anderen Seite mit einer konjunkturellen Schwächephase argumentieren. Das hatten wir eben. Herr Wiegard sprach von einer „unteren Sohle“. Aber eine untere Sohle ist etwas anderes, „untere Sohlen“ sind andere Debatten. Was Sie über den Durchschnitt für die Wachstumsphase in den zehn Jahren annehmen, ist nicht „untere Sohle“.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Entweder brechen die Steuereinnahmen weg - dann kann man ein konjunkturelles Minus begründen -, oder sie steigen, und diese Begründung zieht nicht. Herr Kubicki, deswegen ist es nicht schlüssig, heute die **Grunderwerbsteuererhöhung** für die nächsten Jahre abzulehnen. Sie sagten vorhin bei einer Zwischenfrage, das ziehe nach. Herr Kubicki, da frage ich Sie: Welche Wirtschaft zieht denn nicht nach, welche Wirtschaft zieht bei einem Wachstum der Wirtschaft nicht nach? Faktisch gilt das für jede Branche. Jede Branche hat einen höheren Profit nach einem Wirtschaftswachstum. Mit Ihrer Argumentation machen Sie das, was Liberale immer machen: Sie schieben eine große Rhetorik vor sich her,

(Dr. Robert Habeck)

ohne auf die Fakten einzugehen. Ihre Argumentation hält nicht stand.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer wäre kein Traumschloss auf Papier wie die ganzen anderen Zahlen in Ihrem Papier. Wir können sie hier **im Land** umsetzen, wir müssen nicht nach Berlin gehen. Sie, CDU und FDP, können das heute nach dieser Debatte tun. Das wäre einmal ein Signal, dass es beim Sparen auch gerecht zugehen kann und nicht nur das Carstensensche „Wohlfahrt-kann-erdrücken“ zum Zuge kommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns daran gewöhnt, dass wir konstruktive Vorschläge machen, die Sie ablehnen. Wann hat es eine **Opposition** gegeben, die aus freien Stücken Steuererhöhungen vorgeschlagen hat? Wann hat es das einmal gegeben? Von der FDP oder der CDU habe ich so etwas niemals gehört. Diesen Vorschlag haben wir unterbreitet, und im Anschluss an diese Debatte wird er absehbar niedergestimmt werden. Das erklären Sie dann einmal den Kitas, Bildungsstätten, den blinden Menschen, denen, denen Sie die Leistungen zusammenstreichen, warum Sie sich weigern, von Hausbesitzern einen zusätzlichen Beitrag zu erheben, den Sie dann 2013 doch einführen wollen. Das ist doch absurd!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, hier hätte das Parlament zusammenfinden können, keine Fraktion hätte die andere vorgeführt. Allein wieder abgelehnt. Ehrlich, ich verstehe es nicht. Das ist doch politische Dummheit. Warum eigentlich? Nur weil der Vorschlag von der Opposition kam? Das ist genau die Bockigkeit, die so enttäuschend ist. Es ist diese Haltung, die die Regierung an den Abgrund gebracht hat und seit dem 30. August über ihn hinaus. Jetzt hängen Sie in der Luft und dass sie nicht fallen, liegt einzig und allein daran, dass sie zu wenig Masse aufbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

All die **Bundesratsinitiativen**, die wir der Landesregierung in der letzten Plenartag vorgeschlagen haben, wurden von Schwarz-Gelb im Ausschuss abgelehnt, die Rücknahme der Steuerbefreiung - von Herrn Wiegard in seiner Mittelfristigen Finanzplanung schon längst eingeplant - abgelehnt, und

jetzt regen Sie sich darüber auf, dass Ihnen die böse Opposition vorhält, nichts für die Einnahmeseite zu tun. Das ist nicht glaubwürdig. Sie machen sich damit unglaubwürdig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

40.000 € für einen Kulturentwicklungsplan, der Monate später noch immer unter Verschluss gehalten wird, Herr Klug, 600.000 € für ein Ehrenmal für den U-Boot-Krieg, 216.000 € für ein Gewerbegebiet, 270.000 € für eine Schokoladenfabrik, 5,1 Millionen € für einen überdachten Fährübergang, 2,2 Millionen € für einen neuen Kai in Kiel, Förderzusagen über 10 Millionen € für eine Edelterme, 1 Million € für eine Machbarkeitsstudie zur UK S-H-Privatisierung - irgendeine Firma soll den Markt erkunden. Das sind zufällig gegriffene Zahlen aus den letzten Pressemitteilungen der Landesregierung. Das ist ein Potpourri, das ich aufgegriffen habe, wahrscheinlich nicht vollständig.

Ich frage mich: Wie schlecht muss es einem Bundesland gehen, wenn all das möglich ist? Da kann ich nicht mehr besonnen bleiben. Denn ein Jahr Ankündigungsrhetorik, Gürtel-enger-schnallen-Sprüche, Sparen, Sparen, Sparen und ein Jahr Spendierhosen für Prestigeprojekte, für zwei neue Beauftragte, neu geschaffene Stellen in der Landesvertretung, neue Abteilungsleiterstellen im Justizministerium. Und Sie sagen, die einzelbetriebliche Förderung sei gekürzt worden. Herr Koch, wenn Sie gleich reden, sagen Sie doch einmal, wo und um wie viel Sie gekürzt wird! Da wäre dringend Erklärungsbedarf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sollte Sie nämlich nicht gekürzt sein, wäre es in der Tat ein starkes Stück, Blindengeld, die Frauenberatungseinrichtungen, Ökolandbau zusammenstreichen, aber Beton und Asphalt lustig weiter fördern, und die Krabbenfischer in Friedrichskoog bekommen Aufschub, die Bildungsstätten nicht. Da hält man sich als Opposition zurück, Herr Carstensen, und versucht nicht, wie früher üblich, allen alles zu versprechen - und was liest man heute in der Zeitung: Der Ministerpräsident stößt in diese Lücke vor und wird zum Oppositionsführer. Da frage ich mich einmal Ihrer Logik folgend, Herr Carstensen: Welchen Baustein aus dem **Haushaltsstrukturkommissionspapier** haben Sie herausgenommen, und was tun Sie jetzt wieder rein, wo ist der Baustein?

(Dr. Robert Habeck)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Was Sie uns immer vorhalten, ist Pharisäertum. Sie tun, was Sie wollen, und verlangen von uns Haushaltsredlichkeit. Das ist wirklich kläglich.

Ihr Sparpaket ist die Packanleitung für eine politische Abschiedsreise. Ich sage: Gute Fahrt, wo immer sie hinführt!

Herr Finanzminister und Herr von Boetticher, Sie vergleichen den Landeshaushalt so gern mit dem verantwortungsvollen Familienvater. Ich bleibe einmal im Bild: Diese Regierung weiß, dass sie ab morgen arbeitslos ist, und legt sich drei Wochen davor noch zwei Porsche zu. Was ist das für ein Begriff von Verantwortung!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Fehler der Regierung ist ein systematischer.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Hören Sie zu, Herr Kubicki, jetzt wird es für Sie wirklich unangenehm. Der Fehler der Regierung ist ein systematischer, es ist der Geburtsfehler dieser Regierung. Er wurde gleich zu Anfang gemacht. Mit der Einberufung der **Haushaltsstrukturkommission** haben Sie eine Struktur organisierter Verantwortungslosigkeit geschaffen, eine Nebenregierung neben der Regierung, ein Vakuum, in dem sich der Narzissmus Einzelner ausbreiten konnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe)

- Wer immer sich dadurch auch angesprochen fühlt.

Das Durchstechen von Informationen an die Presse und die Beschädigung des eigenen Wirtschaftsministers, die Arroganz der Macht, das Umdeuten von Demonstrationen - das sind keine Schönheitsfehler, die man irgendwie belächeln kann. Für Sie, Herr Kubicki, ist das alles nur ein großes Politikspiel. Aber was für Sie nur Schlagzeilen, Interviews und Zynismus sind, das sind für Menschen Arbeitsplätze und Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder. Das, was wir verhandeln, sind die Lebensumstände der Menschen in Schleswig-Holstein. Die Menschen sind keine Schachfiguren für anwaltliche Winkelzüge.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nach der Nachricht, dass die **Uni Lübeck** gerettet ist, und dem Brief von Annette Schavan haben wir

und ich mich hier hingestellt und das ausdrücklich auch als Erfolg der Regierung anerkannt. Aber mich oder uns für die Wahrheitsverdrehung des Fraktionsvorsitzenden der FDP haftbar machen zu wollen, das kann nicht sein. So, wie Sie agieren, Herr Kubicki, machen Sie es auch der konstruktivsten Opposition unmöglich, konstruktiv zu sein.

Alles in mir sträubt sich, von dem Postengeschacher zu reden, das die FDP hier im Land abzieht. Deshalb nur ein etwas längerer Satz: Der Verdacht ist nicht ausgeräumt, dass in diesem Land wieder Parteibücher mehr zählen als Transparenz und Gewaltentrennung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD, LINKEN und SSW)

Wenn er nicht ausgeräumt wird, haben Sie in einem Jahr das Land dorthin zurückgeführt, wovon es sich zwanzig Jahre lang befreit hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb haben wir auch Herrn Weichert zum Datenschutzbeauftragten gewählt! Das ist wirklich unverschämt! - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die Realität! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr von Boetticher, ich rufe Sie zur Ordnung, damit der Herr Abgeordnete Wiegard eine Zwischenfrage stellen kann.

Rainer Wiegard [CDU]: Herr Kollege Habeck, wann kann das Hohe Haus nun damit rechnen, dass Sie Ihre Vorschläge für die Finanzplanung und die Haushalte 2011/2012 hier auf den Tisch legen?

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer ist eigentlich der Finanzminister? - Weitere Zurufe)

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Wiegard, es tut mir leid. Offensichtlich habe ich Probleme, mich klar auszudrücken. Ich rechne Ihnen doch vor, dass es keine Vorschläge gibt, die das Land in die Lage bringen, aus eigener Kraft die **Schuldenbremse** einzuhalten. Das ist die Aussage. Sie hingegen tun erstens so, und zweitens buchen Sie 1,2 Milliarden €, ohne zu belegen, woher sie eigentlich kommen. Deshalb reiche ich diese Frage zurück an Sie, Herr Wiegard: Woher sollen die 1,2 Milliarden €, die aus Ausnahmetatbeständen fließen sollen, kommen? Das ist doch die Frage, die an Sie geht, Herr Wiegard!

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen doch, es ist unmöglich, einen Haushalt aus eigener Kraft zu sanieren. Man muss ändern, was überholt ist, man muss die **überkommenen Strukturen** aufheben, man muss auch **Einschnitte** vornehmen, aber man kann das Land nicht durch Kürzungen bei lauter Sozialleistungen sanieren. Nehmen Sie das einmal als Aussage zur Kenntnis!

(Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Habeck, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Immer gern.

Rainer Wiegard [CDU]: Habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie sagen Schleswig-Holstein ist überhaupt nicht in der Lage, den Konsolidierungspfad so einzuhalten, wie wir ihn erst vor wenigen Wochen in der Verfassung verankert haben?

(Zurufe von der LINKEN: Das hat er gesagt!
- Weitere Zurufe)

Das ist Teil Ihrer Vorschläge?

Sie haben in dem Satz die Worte „aus eigener Kraft“ unterschlagen, aber wenn Sie diese einfügen, sage ich, genau so ist es: Aus eigener Kraft ist Schleswig Holstein nicht in der Lage, den **Konsolidierungspfad** einzuhalten. Herr Wiegard, wir werden da gemeinsam in einem Boot sitzen, Sie sagen genau das Gleiche.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das heißt, Sie wussten das schon bei der Verfassungsänderung! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kubicki, stellen Sie das doch bitte einmal als Frage, sonst komme ich mit meiner Redezeit nicht hin, wenn ich darauf eingehe. Ich würde mich aber freuen, wenn Sie mir diese Frage am Mikrofon stellen würden, dann läuft nämlich die Uhr nicht weiter.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, wir wollen Sie nicht noch länger ertragen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir - jedenfalls wir Grünen - haben frühzeitig angeboten, in der Haushaltsstrukturkommission mitzuarbeiten. Auch das haben Sie abgelehnt.

(Zurufe von der CDU)

- Sie verstehen das nicht? - Ich habe doch die ganze Zeit versucht, so etwas wie analytische Klarheit zu schaffen. Ich weiß gar nicht, woher die Aufregung kommt. Ich frage mich noch einmal: Wie dumm kann man sein, was kann eigentlich einer Regierung Besseres passieren, als dass die Opposition anbietet, sich angreifbar zu machen und Verantwortung zu übernehmen? - Und wieder waren es Arroganz und Hochnäsigkeit, die das Schiff Schleswig-Holstein in diese Schieflage gebracht haben. Indem Sie unser Angebot ausgeschlagen haben, haben Sie sich für einen einseitigen, unsozialen und letztlich unpolitischen Kurs entschieden. Denn darüber reden wir hier doch. Wir haben die „I-have-a-dream-Rede“ von Herrn von Boetticher, aber letztlich machen wir doch heute nicht Politik, wir machen Buchhalterei. Und das erleben wir als einmalige Vorstellung, weil es so weit gekommen ist, dass wir nicht gestalten, sondern blind zusammensparen, auf den falschen Grundlagen. Deshalb ist die Einbringung des Haushalts gleichzeitig die Abschiedsrede dieser Regierung - ein einmaliger Vorgang.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Wenn man ein Lehrbuch schreiben will, wie man es schafft, ein ganzes Land vor den Kopf zu stoßen und gegen sich aufzubringen, muss man nur die Bi-

(Dr. Robert Habeck)

lanz dieser Regierung auf den Kopierer legen. Das Glücksspielmonopol - wir brauchen es gar nicht mehr, die FDP hat es doch schon längst gepachtet. Sie zockt mit den Existenzängsten der Menschen. Und wo ich gerade dabei bin: Vielleicht verraten Sie mir einmal, Herr Kubicki und Herr von Boetticher, wer eigentlich das Honorar von Boris Becker und Rainer Callmund bezahlt hat, als sie für Ihren Gesetzentwurf hier Häppchen gegessen haben. Nicht, dass die privaten Glücksspielanbieter auch noch ein „Champagner-Gesetz“ sponserten, von dem sie selbst profitieren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Ja, Herr von Boetticher. Das ist doch eine klare Frage. Wer hat Boris Becker bezahlt? Ist er für lau gekommen? Die Presse ist da, erklären Sie es einfach. Damit würde allen geholfen werden. Das ist ein Satz. Sagen Sie es!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber immer dieses Rumgenuschel und dieses „Das stimmt doch alles gar nicht“! Das ist wirklich anstrengend zu ertragen. Ich stelle doch konkrete Fragen und rede hier nicht gegen Bäume. Dann stehen Sie doch bitte auf und antworten darauf! Wenn die Antworten falsch sind, ist das auch keine Schande, aber immer nur keine Antworten zu geben, ist wirklich anstrengend.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Wir sind hier nicht im Theater!)

Ihr müsst einfach raus aus eurer Scheinwelt aus Glücksspiel und Eliten. Das Letzte - das kann ich wohl sagen -, was dieses Land braucht, sind noch mehr „Champagner-Boys“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir haben turbulente Tage hinter uns. Es ist die Frage aufgeworfen - und sie schwingt mit -, ob der **Landtag noch legitimiert** ist, diesen Haushalt zu verabschieden. Nach dem **Urteil des Landesverfassungsgerichts**, des höchsten Gerichts, das wir im Land haben, ist der Landtag - ich zitiere - „in verfassungswidriger Weise zusammengesetzt“.

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, nun warten Sie doch einmal ab! Diese Ungeduld ist wirklich manchmal schwer zu ertragen. Die Frage ist: Ist ein in verfassungswidriger Weise zusammengesetzter Landtag verfas-

sungswidrig? - Jeder vernünftige Mensch würde wohl sagen: Ja, das scheint wohl so zu sein. Juristisch aber geht das eine aus dem anderen nicht hervor. Wir haben also eine schwierige Situation. Ich sage „wir“, denn da bin ich mit dem Präsidenten ganz einer Meinung, weil hier die Interessen des Landes insgesamt berührt sind. Denn Politik, die nicht mehr als legitim betrachtet wird, besitzt **keine Autorität** mehr. Früher brachen in solchen Situationen Revolutionen aus. Und heute findet nur noch der Rückzug aus Öffentlichkeit und Wahlbeteiligung statt.

(Zurufe von der CDU)

Aber so oder so, das Land Schleswig-Holstein braucht früher oder später einen Haushalt. Deshalb stellen wir uns der Debatte vollumfänglich. Es wäre wirklich hilfreich, wenn sich die Regierung dieser Debatte auch einmal stellen würde. Politikverweigerung hilft nämlich keinem weiter.

Allerdings braucht es nicht diesen Haushalt. Und kaum ein Mensch wird kapieren, warum es möglich sein soll, zwei Schuhkartons voller Einzelpläne und schwierigster Materie in dreieinhalb Monaten zu beraten, mit Tausenden von Einzelaspekten, während es beim **Wahlgesetz** vier Stellschrauben gibt - weniger Wahlkreise, vollen Ausgleich, gerechter Zuschnitt, Zählverfahren - und dafür die Beratungen zwei Jahre dauern sollen beziehungsweise Sie so lange brauchen, um den Finger für die Selbstauflösung zu heben. Das, meine Damen und Herren, können Sie keinem Menschen erklären.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Und ich sage Ihnen von der CDU, wenn Sie ernsthaft darangehen, die Verfassung zu ändern und die **Zahl der Mandate** zu erhöhen, nur weil Sie parteiinterne Probleme haben, dann brauchen Sie zur nächsten Wahl gar nicht erst anzutreten. Alles wird kleiner und abgebaut, aber die CDU sorgt für eine Vergrößerung des politischen Apparats! Das gibt ein richtig schönes Wahlplakat: „Nehmen ist seliger als geben, Ihre CDU!“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Land braucht einen Landtag, der zu ihm passt. Deshalb, liebe SPD, die **Zweitstimme** abschaffen zu wollen, hilft auch nicht wirklich weiter, jedenfalls können Sie dann alle Sprüche von „Mehr Demokratie wagen“ in die Tonne treten. Und Ihre Umarmungsstrategie gegenüber meiner Partei können Sie gleich mit verschrotten. Denn dann wird kein Grünen-Wähler mehr seine Erststimme anders

(Dr. Robert Habeck)

abgeben. Der SPD wünsche ich viel Spaß beim Auszählen.

(Zurufe von SPD und FDP)

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, nutzen Sie diese Situation nicht aus! Vor allem, sitzen Sie diese Situation nicht aus - aus Angst, sich schon im nächsten Jahr den Wählerinnen und Wählern stellen zu müssen -, sondern machen Sie den Weg zu **Neuwahlen** schnell frei! Nutzen Sie die heutige erste Lesung des Haushalts 2011/2012 für das, was am Anfang der Legislatur hätte stehen müssen, für eine breite, ehrliche Diskussion über die Grundlagen der Finanzpolitik!

Gehen Sie auf die Opposition zu! Stellen Sie sich den Argumenten! Packen Sie die alte Leier von Keiner-kann-Rechnen-außer-mir endlich weg, und stellen Sie so durch Wahrhaftigkeit die politische Autorität dieses Parlaments wieder her!

Was wir für die Haushaltsberatungen brauchen, ist Realismus. Mit geschönten Annahmen von rechts wie von links zu arbeiten, hilft keinem weiter. Wenn Sie das schon eingesehen haben und mit Steuererhöhungen rechnen, dann gehen Sie auch den nächsten Schritt: Geben Sie es zu! Hören Sie auf, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen! Wenn Sie wissen, dass Sie Steuereinnahmen aus Berlin brauchen, dann fahren Sie zur Bundeskanzlerin, und kämpfen Sie ehrlich und offen für Steuererhöhungen! Wenn Sie wissen, dass sich Schleswig-Holstein nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen kann, dann holen Sie Ihren Altschuldentilgungsfonds wieder heraus und setzen ihn in der Länderkammer ganz oben auf die politische Agenda!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie wissen, dass unser Land eine Bildungsoffensive braucht, dann fordern Sie die und auch die Zusagen des Bundes ein, statt in der Bund-Länder-Kammer Bildungsoffensiven aufzukündigen! Wenn Sie wissen, das Überleben Schleswig-Holsteins hängt an der Klimaschutzfrage, dann machen Sie Schleswig-Holstein zum Vorreiter erneuerbarer Energien! Wenn Sie wissen, dass Ihre Finanzplanung nicht ehrlich ist, dann schreiben Sie sie um und machen sie ehrlich! Dieses Land ist nicht Ihr Land. Es ist unser Land, und es hat ein Recht auf Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Sitzung für eine Mittagspause bis 14 Uhr.

(Unterbrechung: 13:11 bis 14:04 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich begrüße sehr herzlich auf der Tribüne den Vorstand des Landesblindenvereins. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor wir die Haushaltsdebatte fortsetzen, rufe ich auf:

Schnellstmögliche Neuwahlen

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen des SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/843 (neu)

Wahlgesetz zügig und gründlich beraten

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/850

Ich lasse abstimmen über die Dringlichkeit der Ihnen vorliegenden Anträge.

Der Antrag zu TOP 36 a - Landeswahlgesetz -, Drucksache 17/830, wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen.

Zunächst rufe ich als älteren Antrag den Antrag von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Wird das Wort zur Begründung dieses Antrags gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit Blick auf den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP frage ich nun, ob hier das Wort zur Begründung gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse nun zunächst über die Dringlichkeit des Antrags von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/84 (neu) - 2. Fassung - abstimmen.

Ich weise noch darauf hin, dass nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/850, abstimmen.

Auch hier gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir setzen nun die Haushaltsdebatte zu den Tagesordnungspunkten 4, 6, 7, 41 und 48 fort.

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/590

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 17/825

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/740

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/741

d) Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/588 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/647

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 17/826

e) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2010 bis 2014

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/803

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Ulrich Schippels.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für das Mikrofon. In Schleswig-Holstein gibt es pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 25,9 **Staatsdienerinnen und Staatsdiener**. Damit arbeiten bei uns im Land proportional im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am wenigsten Menschen in den Verwaltungen. Im bundesweitem Durchschnitt liegt der Anteil bei 29,4 %.

Ich wundere mich nicht, dass Sie, Herr Wiegard, diesen Tatbestand einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Sie als Mitglied einer Übergangsregierung und Ihre Stichwortgeber vom Landesrechnungshof zeichnen ja ein anderes Bild. Sie sagen, die Verwaltungen seien aufgebläht. Wir haben es heute wieder von Ihnen, Herr Minister Wiegard, gehört. Sie sagten, die Verwaltungen seien ineffektiv. Wir müssten verschlanken, wir müssten Aufgaben reduzieren, und die Arbeitskosten müssten weiter gesenkt werden.

5.300 Stellen - 10 % - sollen gestrichen werden. Es ist fast ein Viertel aller aus dem Beschäftigungsverhältnis Ausscheidenden, die nicht ersetzt werden. Die Zahl der Auszubildenden und die Zahl der Übernahmen werden entsprechend angepasst. 1985 wurden noch 1.305 **Ausbildungsverträge** im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein abgeschlossen. 2008 waren es nur noch 426 - Tendenz weiter stark fallend. Den **Personalräten** die Sitzungsgelder zu streichen und nur noch auf 300 statt zuvor auf 200 Mitarbeiter einen Personalrat freizustellen und die Schulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten zurückzunehmen, all das ist eine Politik, mit der der öffentliche Dienst politisch herabgewürdigt wird.

Mehrarbeit für Lehrerinnen und Lehrer, Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten, Erhöhung der Zuzahlung bei Krankheit für alle Beamten, Streichung der Jubiläumsgratifikation - das alles passt in Ihr ideologisches Konzept: privat gut, öffentlich schlecht.

(Ulrich Schippels)

Was glauben Sie denn, Herr Minister, was mit einer solchen Sicht auf die Verwaltung erreicht wird? Steigt etwa die Arbeitsmotivation bei den Beschäftigten, oder sinkt sie nicht vielmehr eher? Führt dies zu effektiverem Arbeiten, oder führt dies nicht eher zu einer Egal-Haltung?

Was glauben Sie denn, wie die Menschen in den Verwaltungen reagieren, wenn dann auch noch **Neu- und Umstrukturierungen** ins Haus stehen? Jede Veränderung in der Verwaltung steht und fällt mit der Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Prozess der Neuorganisation auch positiv zu begleiten und Anregungen zu geben - sprich: den Prozess mitzugestalten. Was glauben Sie, was in Schleswig-Holstein passiert unter den jetzigen Bedingungen? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen dicht, weil sie sich nicht selbst ihren Arbeitsplatz wegrationalisieren wollen. Sie unterstützen die - bisweilen auch notwendige - Diskussion über Umstrukturierungen nicht, weil sie wissen, dass das immer auf ihre Kosten geht. Das ganze Projekt läuft damit zwangsläufig gegen die Wand.

Veränderungen lassen sich nur mit den Menschen durchsetzen, nicht gegen sie. Vielleicht vergisst man ja diese Erkenntnis, wenn man zu lange hier im Landtag sitzt. Fragen Sie einmal bei Ihrer Basis nach! Sie wird es Ihnen erzählen. Begreifen Sie endlich: Die Beschäftigten des Landes kosten nicht nur Geld, sie sind auch eine Chance. Begreifen Sie endlich, dass die Menschen in diesem Land auf eine gute Verwaltung, auf motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, angewiesen sind, und zwar überall, in den Katasterämtern und bei der Polizei, in den Finanzämtern und in den Krankenhäusern.

(Beifall bei der LINKEN)

Gut ausgebildete Angestellte, gut ausgebildete Beamte brauchen auch regelmäßige **Fortbildung**. Einsparungen in diesem Bereich - davon gibt es in Ihrem Entwurf offensichtlich viele - sind kontraproduktiv. Sie kosten letztlich mehr, als sie einbringen.

Meine Damen und Herren von der schwarz-gelben Übergangsregierung, zumindest dieses Einmaleins der Privatwirtschaft, die nämlich in die Fortbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investiert, sollten Sie sich zu Herzen nehmen. Sprechen Sie doch einmal mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände darüber. Sie treffen sich ja oft genug.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Wiegard, den Vogel schießen Sie ab, wenn Sie - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Finanzplan, Seite 58 - eine „deregulierte schlanke Verwaltung“ anstreben. Eine deregulierte, schlanke Verwaltung? Was soll das, bitte schön, sein? Verwaltung ist da, um zu regulieren und nicht um zu deregulieren. Wenn die Verwaltung dereguliert wird, so ist das keine Verwaltung, sondern ein Minimalstaat mit freier Wirtschaft, und das bedeutet für die Mehrheit der Bevölkerung einen erbärmlich niedrigen Lebensstandard. Akzeptieren Sie doch einmal: In Schleswig-Holstein arbeitet die **Verwaltung effektiv** und trotz aller Nackenschläge der Vergangenheit vonseiten der Politik - Stichwort Weihnachtsgeld, Stichwort Arbeitsverdichtung - auch immer noch motiviert.

Erheben Sie sich doch einmal von den gemütlichen Sesseln hier im Landtag und schauen Sie sich den **Alltag einer Krankenschwester** in der Uniklinik Kiel an. Arbeitsverdichtung und Arbeitsplatzabbau, Unterbesetzung, Hetzen von einem Patienten zum nächsten, eine hohe psychische Belastung durch den Arbeitsdruck. Es bleibt kaum noch Zeit für eine menschenwürdige Pflege der Kranken. Dazu Wochenendschichten, Überstunden, schlechte Bezahlung. Das ist der Alltag in unseren Krankenhäusern. Dort arbeiten die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unseres Landes, nicht in den Vorstandsetagen der HSH Nordbank und auch nicht hier in unserer Runde.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Apropos Krankenhäuser: Wo ist denn der Aufschrei dagegen geblieben, dass Schleswig-Holstein beim **Basisfallwert** jetzt weiter benachteiligt werden soll, weiterhin Schlusslicht bleiben soll? Das UK S-H, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, weist zu Recht immer wieder darauf hin, dass es Gewinne machte, würde es nicht durch die niedrigen Basisfallwerte diskriminiert. In allen anderen Ländern wird pro Krankem mehr bezahlt. Wenn Sie einmal etwas Sinnvolles für Schleswig-Holstein tun wollen - Herr Carstensen, viel Zeit haben Sie und Ihre schwarz-gelbe Übergangsregierung ja nicht mehr -, dann sorgen Sie dafür, dass dieser Unfug in Berlin endlich ein Ende findet.

(Beifall bei der LINKEN)

Also Hände weg vom UK S-H. **Privatisierungen** führen zu weiterem **Arbeitsplatzabbau** und zu Arbeitsverdichtung, führen zu schlechteren Löhnen und schlechterer Motivation.

(Ulrich Schippels)

Eine falsche **Gesundheitspolitik** trifft übrigens nicht Sie auf der Regierungsbank, trifft nicht uns. Ihre falschen Entscheidungen haben vor allem für die gesetzlich Versicherten, für die Kranken, verheerende Folgen. Gesundheit ist keine Ware, Gesundheit ist und bleibt ein Menschenrecht, und zwar für alle und nicht nur für Privatpatienten. Dafür treten wir ohne Wenn und Aber ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie auf der Regierungsbank haben meiner Meinung nach nicht das Recht, jetzt das soziale Netz von Vereinen, Verbänden und Initiativen mit der Abrissbirne zu zertrümmern. Sie haben kein Recht dazu, weil Sie keine Mehrheit haben.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Wir befinden uns in einer Staatskrise. Das **Landesverfassungsgericht** hat uns bestätigt, dass wir alle auf Abruf hier sind. Wir sind aufgrund eines verfassungswidrigen Landeswahlgesetzes hier. Nach dem Debakel um Husum 3 - auch das war völlig unnötig -, nach der verkorksten und verkürzten letzten Legislaturperiode nun auch noch das! Nehmen Sie auch in den Haushaltsberatungen endlich zur Kenntnis, dass Sie nicht die Mehrheit der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner vertreten. Sie hatten schon am 27. September 2009 keine Mehrheit für Ihre Politik, und jetzt haben Sie sie schon gar nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie, meine Damen und Herren der regierungstragenden Fraktionen, haben vielleicht das juristische Recht, den **Sozialstaat** in Schleswig-Holstein mit der Keule zu zertrümmern, Sie haben aber nicht das ethische, Sie haben nicht das moralische Recht dazu.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies werden Sie heute nicht nur von mir und von der übrigen Opposition hören, sondern auch auf der Straße, vor dem Landtag. Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Attac und viele Initiativen sagen Nein zu Ihren Kürzungsvorhaben. Wenn Sie so weitermachen, garantiere ich Ihnen: Die heutigen Proteste sind erst der Anfang.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Erklären Sie uns doch bitte schön, warum Sie dem **Landesfrauenrat** 33.000 € streichen. Was hat das

denn mit Haushaltssanierung zu tun? 33.000 €! Sie wollen offensichtlich einfach ein Zeichen setzen. Sie setzen das Zeichen, dass Ihnen **Frauenpolitik**, dass Ihnen Frauenförderung egal ist, dass Ihnen Frauenpolitik sogar ein Dorn im Auge ist. Sie zer schlagen einfach eine Struktur, die Ihnen nicht genehm ist. Pure Ideologie und nichts anderes ist hier am Werk.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie kürzen bei den Frauenberatungsstellen, Sie kürzen bei den Frauenhäusern. Hier wird Ihre Politik konkret. Sie trauern offensichtlich noch immer den Zeiten hinterher, in denen Frauen ohne Einverständnis ihrer Männer keinen Beruf ergreifen konnten.

Ein Rollback in der Frauenpolitik, das ist Ihr Ziel.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir uns die Kürzungen im Landshaushalt anschauen, so sind fast überall vor allen Dingen Frauen betroffen. Ich spreche jetzt einmal die Frauen der „übergangsregierungstragenden“ Fraktionen an: Das sollten Sie hinterfragen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und Sie, Herr „Übergangsfinanzminister“, bringen es fertig, die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün beziehungsweise der Sozialdemokratie für die Finanzmisere verantwortlich zu machen, als wäre Schleswig-Holstein allein mit seiner bedrückenden **Schuldenlast**. Nein, fast alle anderen Bundesländer sind auch in schwierigen fiskalischen Problemlagen. Die Kommunen sind es erst recht, andere Länder der Europäischen Union und der OECD ebenfalls. Dann sagen Sie auch noch, dass Schleswig-Holstein nach 1990 wirtschaftlich hinter andere Bundesländer zurückgefallen sei. Ich sage Ihnen: Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Nun bin ich ja nicht hier, um die damalige Engholm-Regierung zu verteidigen; aber diese hat uns nach 37 Jahren CDU-Regierung Optionen eröffnet, sie hat die mangelnde Kinderbetreuung zumindest erstmals als Problem begriffen. Sie hat ein zartes ökologisches Pflänzchen gesetzt. Sie hat uns von der CDU-Stagnation unter Barschel befreit. Sie hat zumindest bescheidene Impulse in Richtung **Gleichberechtigung** gesetzt. Seitdem haben wir wenigstens einige Gesamtschulen, die die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen. Ein Tropfen auf dem heißen Stein, nicht mehr war das, aber

(Ulrich Schippels)

immerhin ein Tropfen und damit schon viel mehr als die Wüste unter Barschel.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Kurskorrektur hat geholfen, Schleswig-Holstein ein wenig menschenfreundlicher zu gestalten. Letztlich hat es damals auch Rot-Grün nicht vermocht zu verhindern, dass Schleswig-Holstein in vielen Bereichen in Westdeutschland immer weiter die rote Laterne trägt. Heide Simonis war einst angetreten, die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein unter den westdeutschen Durchschnitt zu drücken. Das ist bis heute nicht gelungen. Im Bereich der Kita-Versorgung sind wir weiter Schlusslicht. Im Bildungsbereich liegen wir im Vergleich zu anderen Bundesländern hinten.

Das Institut für Weltwirtschaft, nicht unbedingt mein Haus- und Leibinstitut, fasst die neuere **wirtschaftliche Entwicklung** des Landes so zusammen - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin, und zwar weil ja die Wirtschaft das Fundament der Finanzen ist -: In Schleswig-Holstein - in stärkerem Maße als im Bundesdurchschnitt und entgegen der Entwicklung in Hamburg - ist

„hochwertige Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe durch relativ geringwertige Beschäftigung in den Dienstleistungsbranchen ersetzt worden ... Ein Zuwachs an höherwertigen Dienstleistungen, der den Verlust hochwertiger Industriebeschäftigung hätte auffangen können, hat hier nicht in ausreichendem Maß stattgefunden. Eine gesamtwirtschaftliche Folge dieses Strukturwandels sind daher relative Einkommensverluste und eine Abkopplung von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung in Deutschland. Damit werden für Schleswig-Holstein die knapper gewordenen, hochwertigen Industriearbeitsplätze umso wertvoller. Eine weitergehende Deindustrialisierung des Landes würde nach dem bisherigen Verlauf des Strukturwandels ohne Kompensation durch hochwertige Dienstleistungsbeschäftigung zusätzliche Einkommensverluste nach sich ziehen.“

Soweit das Zitat aus den Kieler Beiträgen des letzten Jahres zur Wirtschaftspolitik.

Diese Fehler, diese hier beschriebene Politik, setzen Sie fort. Sie freuen sich über Call-Center in Flensburg und stellen nicht die notwendigen Mittel für die Werftenhilfe zur Verfügung. So sanieren Sie den Haushalt nicht, so fahren Sie ihn weiter an die Wand.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme jetzt zu einigen **Einzelplänen**. Zu dem geplanten Personalabbau habe ich schon gesprochen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, wohin die Reise geht. 10 % der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen weggekürzt werden, übrigens die meisten im Bildungsbereich. Dazu später mehr.

Abgesehen von dem Signal, dass man locker auf so viele Leute verzichten kann, was ja auch heißt, sie arbeiten gar nicht nützlich, fallen hierbei tatsächlich auch Kosten an. Das ist klar. Das **Einsparpotenzial** liegt bei 352 Millionen €. Dem stehen Kosten durch den Wegfall von Arbeitsplätzen in Höhe von circa 106 Millionen € gegenüber, Kosten eben für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

Hinzu kommt der **Ausfall bei der Einkommensteuer** auf diese Stellen und ein dem Einkommensverlust entsprechender Abbau der Mehrwertsteuereinnahmen. Auch die Kaufkraft sinkt. Dienstleistungen werden nicht mehr in Anspruch genommen. So kommt es zu weiterem **Arbeitsplatzabbau** und Umsatzeinbußen. Darüber hinaus soll ein eigenes zentrales Personalmanagement eingerichtet werden. Auf Deutsch: Hier entstehen zusätzliche Kosten.

Bei der **Finanzverwaltung** sollen 300 Stellen gestrichen werden. Das ist unrealistisch. Das wissen Sie selbst. Viele Finanzämter sind weitgehend durchrationalisiert. Bereits jetzt werden **Steuerklärungen** nur noch dann durchgerechnet, wenn sich auf den ersten Blick grobe Fehler zeigen. Außerdem ist die Finanzverwaltung in Schleswig-Holstein sehr erfolgreich. Auf eine Anfrage meiner Fraktion wurde vor Kurzem geantwortet: In allen Jahren seit 2005 ist die Finanzverwaltung unterbesetzt geblieben. Im Jahr 2006 blieben 211 Planstellen unbesetzt, 2010 immerhin noch 113 Stellen. Die **Steuermehrergebnisse** aus den Prüfungen stiegen kontinuierlich von 260 Millionen € im Jahr 2005 auf immerhin 368 Millionen € im Jahr 2009. Fast 77 % dieser Mehregebnisse wurden durch Prüfung von Großbetrieben erbracht. Der Anteil der Gewerbesteuer an den erbrachten Mehregebnissen - da freuen sich die Kommunen - hat sich kontinuierlich von 18 % auf über 27 % erhöht. Jeder Betriebsprüfer, jede Betriebsprüferin hat 2009 durchschnittlich fast 1 Million € an Mehregebnis eingebracht, jeder Steuerprüfer, jede Steuerprüferin fast eine halbe Million €.

Und was machen Sie? - Mit der Steuerfahndung zusammen soll nun ein mobiles Sachgebiet aufgebaut werden. Dies wird mit Sicherheit höhere Kosten als bisher erzeugen, und zwar **Koordinierungskosten**.

(Ulrich Schippels)

Darüber hinaus ist bei der Steuerfahndung bereits ein unheilbares Nachwuchsproblem erzeugt worden. Jahrelang wird die Ausbildung heruntergefahren. Schon jetzt ist klar, dass es für die Altersabgänge in Schleswig-Holstein nicht genug Nachwuchs gibt.

Die **Steuerfahndung** ist eine wichtige Stellschraube bei der Erreichung von Steuerzielen. Nutzen Sie die Steuerfahndung endlich richtig!

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Im **Justizbereich** gehe ich nicht einmal auf die geplante Schließung von Haftanstalten ein. Ich halte die geplante **Privatisierung der Gerichtsvollzieher** auch juristisch für höchst problematisch. Gerichtsvollzieher verfügen bei Vollstreckung von Gerichtsurteilen über Zwangsmittel, die tief in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Die Ausübung solcher Zwangsmittel durch Private untergräbt das **staatliche Gewaltmonopol**. Es geht um verfassungsmäßige Aufgaben, die nicht an Private weitergegeben werden dürfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die **Rechtsbeihilfe** und die **Prozesskostenhilfe** sollen stark eingeschränkt werden. Ärmere werden dadurch künftig vor Gericht nicht mehr klagen können, weil sie es sich nicht mehr leisten können. Recht haben und Recht bekommen wird zunehmend eine Frage des Geldbeutels werden. Begründet wird diese Einschränkung damit, dass zu viele Verfahren auflaufen. Gerade die verkorkste Gesetzgebung von Rot-Grün, die Sie weiter verkorksen, hat zu einer Flut von Klagen in Sachen Hartz IV geführt. Jetzt die Prozesskostenhilfe abzusenken, wäre ein weiterer Meilenstein in der Entrechtung großer Teile der Bevölkerung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Landesregierung scheint sich aber derart panisch in die Schuldenfrage verrannt zu haben, dass sie vor nichts, aber auch vor gar nichts zurückschreckt. Das gilt auch für die Einstellung der Übernahme für die **Schülerbeförderung**. Zu erinnern ist daran, dass man den Eltern die Schließung der Zwergschulen mit dieser **Kompensationsmaßnahme** schmackhaft gemacht hat. Für 7 Millionen € ist nun alles Schnee von gestern. Minister Klug hat einmal, als er noch nicht Minister war, in diesem Zusammenhang von Schulgeld gesprochen. Recht hat er! Offensichtlich ist es in Schleswig-Holstein aber ein ehernes Gesetz, dass die Land-

tagsfraktionen mit der Regierungsübernahme wesentliche Positionen wechseln.

Jede Kürzung im Bildungsbereich ist kontraproduktiv. Deutschland hat bedenklich geringe **Bildungsausgaben pro Kopf** in Europa und lebt bildungspolitisch von der Substanz, Schleswig-Holstein erst recht. Nirgendwo in der Bundesrepublik erhalten Kinder unter sechs Jahren weniger Förderung als in Schleswig-Holstein. Im Jahr 2007 gab das Land nicht einmal 2.000 € pro Kind und Jahr für die Kinderbetreuung aus. Doch statt jetzt in die Zukunft der Kinder und damit des Landes zu investieren, streicht die Landesregierung das **kostenfreie dritte Kindergartenjahr**, das ist skandalös.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Schulbereich soll ein Großteil der insgesamt 5.300 Landesbediensteten eingespart werden, bis 2020 circa 3.650 Stellen. Diese Einsparmöglichkeit wird als **demografischer Gewinn** bezeichnet, schließlich gebe es zukünftig weniger Kinder, deshalb könnte hier gespart werden. Was für eine Argumentation! Ihre kinderfeindliche Politik - schon dafür sollten Sie abgewählt werden -

(Beifall bei der LINKEN)

sorgt dafür, dass die Geburtenrate auf einen historisch niedrigen Stand abfällt, und dann wird der demografische Gewinn eingefahren, dann wird das Bildungssystem heruntergefahren - was für ein Armutzeugnis!

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen Sie sich doch an, was in den Schulen los ist, wie groß die Klassen sind, wie hoch der **Unterrichtsausfall** ist, wie genervt die Lehrerinnen und Lehrer angesichts der Überforderung, der politisch verursachten Überforderung sind! Wenn Sie dagegen protestieren, wird der Knüppel herausgeholt, wird der Obrigkeitsstaat herausgeholt. Herr Stegner hat zu Recht das Bild von der Pickelhaube benutzt, Herr Klug.

Die Wahl zwischen **G8 und G9** an einer Schule ist ein Schildbürgerstreich. Das wissen Sie selbst. Inzwischen werfen sich die Regierungsfaktionen gegenseitig vor, dafür verantwortlich zu sein. Das Geld dafür wird aber weiter aus den Schulfenstern herausgeworfen.

(Heike Franzen [CDU]: Quatsch!)

Nicht akzeptabel ist die Kürzung der Zuschüsse für die **Schulen der dänischen Minderheit** auf 85%. Der SSW wird dazu gleich die passenden Worte finden. Kürzen Sie nicht bei der Erwachsenenbil-

(Ulrich Schippels)

dung! Lebenslanges Lernen ist angesagt und nicht Kürzung bei den Volkshochschulen.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Schleswig-Holstein - das wissen Sie so gut wie ich - hat keine Rohstoffe, zumindest nicht viele, und die Einnahmen aus den Erdölfeldern gehen auch schon zurück, wie ich den Haushaltsdaten entnehmen konnte. Investieren Sie in das, was uns auszeichnet, investieren Sie endlich in kluge Köpfe!

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen ist auch im **Hochschulbereich** der Kahlschlag programmiert. Ich möchte hier nichts zur Medizinischen Fakultät in Lübeck sagen. Was für ein Trauerspiel! Jetzt wird sang- und klanglos das Ziel aufgegeben, 9.000 neue Studienplätze in Schleswig-Holstein einzurichten. Das kostet ja Geld. Stattdessen bettelt Schleswig-Holstein bei anderen Bundesländern, sie mögen doch Studienplätze übernehmen. Wie armselig!

(Beifall bei der LINKEN)

Nun sollen auch noch die **wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge in Flensburg** geschlossen werden, zwar noch nicht in diesem Doppelhaushalt, aber aufgeschoben ist ja noch nicht aufgehoben, wobei ich Ihnen garantiere: Es wird nicht dazu kommen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Die Universität Flensburg hat sich vor allem im Bereich der Wirtschaftswissenschaften als international anerkannter **Universitätsstandort** herausgebildet. Die grenzübergreifenden Projekte in diesem Bereich sind für den Norden Schleswig-Holsteins von enormer Bedeutung. Diese zu intensivieren, liegt im Interesse des gesamten Landes und wäre aus bildungspolitischer Perspektive ebenso wie im Hinblick auf die regionalen Entwicklungschancen besonders wünschenswert. Jetzt soll alles plattgemacht werden. Dazu sagen wir Nein.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Auch sonst ist eher Kurzsichtigkeit Prinzip bei der Übergangsregierung. Die Privatisierung der Universitätskliniken ist nicht das einzige Projekt, das diese Regierung bewegt. Darüber hinaus ist geplant, die **AKN-Anteile des Landes** zu veräußern, die Städtebauförderung herunterzufahren, die Förderung der Tourismusagentur Schleswig-Holstein schrittweise bis Ende 2014 einzustellen. Haben Sie einmal darüber nachgedacht, was dies für Konsequenzen hat?

Über 10 % der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein sind schon heute im Tourismusbereich angesiedelt.

Der landeseigene Hafen Friedrichskoog hat nun offensichtlich eine Gnadenfrist bekommen. Wir werden nach den Neuwahlen dafür sorgen, dass diese aberwitzige Kürzung nicht realisiert wird.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Da seid ihr doch draußen!)

- Der Ministerpräsident meinte gerade, wir seien nach den Neuwahlen nicht mehr hier. Ich weiß, wer nach den Neuwahlen nicht mehr hier sitzt: Das werden Sie sein. Da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei der LINKEN)

Die **Innovationsstiftung** Schleswig-Holstein wird aufgelöst, und ihr Vermögen soweit möglich dem Landeshaushalt zugeführt. Das alles wird massive Folgen für die Einnahmen des Landes haben, denn sie werden massiv sinken. Sie fahren zum Beispiel die Etatansätze für die Städtebauförderung herunter, das Gleiche bei der Wohnraumförderung. So schaffen Sie in Schleswig-Holstein keine Arbeitsplätze, sie produzieren Arbeitslose und dadurch nur weitere Steuerausfälle.

Auch die Kürzungen bei Verbänden und Vereinen in der **Wohlfahrtspflege** sind ein Rückschritt in die 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Im Einzelnen sind von den Kürzungsplänen beispielsweise die **Familienbildungsstätten** betroffen, 2011 und 2012 mit jeweils 15%, und zwar so, dass Veranstaltungsgebühren massiv erhöht werden müssen. Dies wird dazu führen, dass sich viele von den 80.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern dies nicht mehr leisten können. Das kommt als Bumerang zurück. Heute wurden diese ja schon vor dem Landtag verteilt, wenn Sie denn rechtzeitig da waren.

Die fast 1.000 **Selbsthilfegruppen** in Schleswig-Holstein, die über die Finanzierung von Kontaktstellen, Räumen, professionelle Begleitung, Supervisionspersonal und Zuschüssen nach dem Sozialvertrag I unterstützt werden, müssen bluten. Hier zu kürzen, ist mehr als kurzsichtig.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Selbsthilfeorganisationen sind für viele Mitglieder Anlaufstelle, sie sind Hilfe beim Stabilhalten, zum Beispiel der Abstinenz, sie sind Problemlöser, in mannigfaltiger Hinsicht sind sie auch Wahlfamilie. Die öffentliche Unterstützung finanziert im Grunde nur die Infrastruktur für diese Organisationen, damit sie existieren können. Die Kos-

(Ulrich Schippels)

ten in diesem Bereich werden explodieren, wenn die Leute, anstatt in die Selbsthilfegruppe zu gehen, an stationäre Einrichtungen verwiesen würden oder krank und verwirrt auf der Suche nach Hilfe sich selbst überlassen bleiben. Das gilt übrigens auch für die Aidshilfe und für die Krebshilfe.

Am heftigsten trifft es - ich habe schon darauf hingewiesen - wie immer die Frauen. Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen werden Ihre Unterstützung und Ihre Beratungsangebote reduzieren müssen. Die Einschnitte sind mit 500.000 € substantiell. Die Auslastung der Lübecker Frauenhäuser ist sehr hoch. Hier zu kürzen, hier zu streichen, zeigt nur eins, es zeigt, wessen Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Migrations- und Sozialarbeit, aktuell mit 1,5 Millionen € gefördert, ist überaus sinnvoll und ökonomisch so rentierlich wie Steuereinnahmen zu fördern. Sie soll bis 2012 sogar um fast 600.000 € gekürzt werden. Dies hätte Thilo Sarrazin nicht besser machen können.

Extrem fällt die Kürzung im gesamten Kultur-, Bibliotheks-, Musikschul- und Filmförderungsbereich aus. Ungefähr die Hälfte der bisherigen Förderung soll zukünftig wegfallen. Das ist im Einzelnen nicht wirklich viel Geld, aber für die Betroffenen doch eine Existenzbedrohung. Die Kürzung für das Schleswig-Holstein Musik Festival, das Streichen der Jazz Baltica, das Verscherbeln von Salza sind unverzeihlich, ungerecht und kurzsichtig. Haben Sie schon einmal die Wirkung außerhalb von Schleswig-Holstein thematisiert?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In Berlin!)

Das SHMF und die Jazz Baltica sind Sympathieträger für Schleswig-Holstein, auch im Ausland. Die Einnahmen, die dort für das Land generiert werden, sind weitaus höher als die Ausgaben.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Politik, bei der Kultur in der Breite zu sparen, passt in ein Konzept der Elitförderung, wie sie die schwarz-gelbe Minderheitsregierung für ihre eigene Klientel betreibt. Kultur soll nur noch für die da sein, die es sich leisten können. Der Rest soll doch bitteschön RTL schauen.

Im Gesundheitsbereich wird das Landesblindengeld für Erwachsene auf 200 € monatlich gesenkt. 200 €! Die Förderung von 17 Millionen € wird auf 7,7 Millionen € reduziert. Auch hier fallen nachgeordnete Kosten für die Blindenhilfe an. Zusätzlich entstehen Kosten für die Bürokratie. 200 €, das

wirft das Land Schleswig-Holstein auf die letzte Position im Länderranking beim Blindengeld zurück. An erster Stelle steht immerhin noch NRW mit über 600 €. An vorletzter Stelle liegt Thüringen mit 220 €. Soweit zu Ihrem Benchmarking, das Sie immer wieder anführen. Sie „Benchmarken“ nach unten, in den Abgrund.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Landwirtschaftsbereich wird die Förderung des ökologischen Landbaus eingestellt. Die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung wird reduziert. Die Zuschüsse für Maßnahmen der zielgruppenspezifischen Fort- und Weiterbildung im Bereich der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft werden ab 2011 gestrichen. Das Freiwillige Ökologische Jahr - wir haben hierüber schon öfter geredet - wird auf ein Angebot von 139 vom Land finanzierten Plätze reduziert. Für die Ökobauer sind die Kürzungen katastrophal. Biolandbau ist eine Investition in die Zukunft, in die Zukunft unserer Kinder. Es leistet positive Beiträge zum Klima-, Wasser- und Bodenschutz. Es wird so sein, das Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, das hier nicht mehr fördert. Nehmen Sie nie wieder das Wort Benchmarking in den Mund, Herr Minister!

(Beifall bei der LINKEN)

Allein von Bioland gibt es in Deutschland 520 Betriebe mit circa 5.000 Arbeitsplätzen. Ich prognostiziere Ihnen, dass bis zu 50 % der Bauern diese Kürzungen nicht verkraften werden - und das vor dem Hintergrund wachsender Nachfrage nach den Produkten aus der Region. Na dann herzlichen Glückwunsch!

Zur Schuldenbremse. Das alles wird dann auch noch mit der Schuldenbremse begründet, der leider alle Fraktionen außer die der LINKEN zugestimmt haben. Ich frage mich übrigens - gerade auch nach dem Redebeitrag von Herrn Dr. Habeck -; das frage ich mich auch zusammen mit Herrn Kubicki -, warum die Grünen damals dieser Schuldenbremse zustimmt haben, obwohl sie gleichwohl wussten, dass sie aus eigener Kraft diese Schuldenbremse gar nicht werden erfüllen können?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben also sozusagen schon im Vorfeld für den Verfassungsbruch gestimmt? Das müssen Sie bitte hier doch noch einmal erklären.

(Zuruf von den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat er erklärt!)

(Ulrich Schippels)

Die ganze Schuldenbremse ist ein Schildbürgerstreich. Das wissen wir inzwischen. Wir hatten eine Grenze für die Schuldenaufnahme. Die Einnahmen aus Krediten durften die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Jetzt haben wir die Schuldenbremse, und es gibt ein paradoxes Resultat. Nach altem Recht wäre der jetzige Haushaltsentwurf verfassungswidrig, und Sie wären gezwungen, nach weiteren Steuereinnahmen Ausschau zu halten, Herr Minister, oder nach weiteren Kürzungen - das hätten Sie wahrscheinlich eher gemacht. Jetzt können Sie munter die Verschuldung über die Investitionen steigern. Im Übrigen fahren Sie auch die Investitionen massiv zurück. Insgesamt nimmt der Anteil von 2009 bis 2012 um fast 2 % beziehungsweise 300 Millionen € ab. Da haben Sie ja noch einmal Glück gehabt, denn die Schuldenbremse erlaubt in den nächsten Jahren verfassungsrechtlich abgesichert eine höhere Schuldenaufnahme. Das böse Erwachen kommt erst in den nächsten Haushalten, vor allem ab 2015. Aber dann sind Sie ja nicht mehr an der Regierung, und wir müssen die Suppe, beziehungsweise die jetzige Opposition muss die Suppe auslöffeln.

(Heike Franzen [CDU]: Da bin ich mal gespannt!)

Übrigens: Bisher gibt es offenbar ein paar Unsicherheiten bezüglich der Höhe des strukturellen Defizits unseres Bundeslandes. Da gibt es mindestens drei Zahlen. Die von Herrn Wiegand ist eine andere als die von Herrn Professor Deubel und die vom Stabilitätsrat. Da gibt es locker noch einmal eine Differenz von 10 %. Das macht ja nichts, das sind nur noch einmal 100 Millionen €. Aber darauf kommt es offensichtlich hier nicht an. Es wird immer wieder nach dem Prinzip Pi mal Daumen gerechnet, statt die vier Grundrechenarten zu bemühen.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, wie auf wundersame Weise über Nacht die Kosten für das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr von 35 Millionen € auf 26 Millionen € gesunken sind. Sie machen Ihre Finanzpolitik offenbar so, wie Sie Ihre Wahlgesetze machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch einmal kurz zu den Ursachen der Verschuldung. Es wird von der Übergangsregierung immer wieder angeführt - auch Herr von Boetticher predigt das Tag ein Tag aus -, dass sich auf der Einnahmenseite nichts machen lasse und dass das Problem die Ausgabenseite sei. Hier müsse gekürzt werden.

Ich möchte „zart“ auf folgende wenige Tatsachen hinweisen: Der doch sehr heftige Anstieg der Verschuldung hängt erheblich mit den deutlichen Rückgängen der Steuereinnahmen des Landes im Jahr 2002 um immerhin 4,5 %, im Jahre 2004 um immerhin 5,9 %, im Jahr 2008 um 6,7 % und im Jahr 2010 voraussichtlich um 7,5 % zusammen. So stieg die Nettokreditaufnahme in Schleswig-Holstein 2002 nach dem Platzen der Internetblase um 85 %. 2005 stieg die Nettokreditaufnahme als Folge der Steuersenkungen für Großunternehmen um 88,4 %. 2009 stieg die Nettokreditaufnahme in Schleswig-Holstein als Folge der Finanzkrise um 98,4 %. Die Steuersenkungen der Bundesregierung der letzten drei Jahre führen zu Mindereinnahmen von 400 Millionen € - allein in 2010. Als Besonderheit Schleswig-Holsteins ist dann auch noch die gescheiterte Privatisierung der Landesbank zu nennen. Der Versuch, die öffentlichen Haushalte zu kürzen, wird das Land weiter in die Schuldenfalle treiben und es für die nächsten Crashes anfälliger machen.

Für uns, für die Linke, steht der Mensch im Mittelpunkt. Wir wollen - gerade auch in der Krise - einen Schutzschirm für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Gegenentwurf zu Ihren Vorstellungen wollen wir die Fähigkeit der öffentlichen Hände zum wirtschaftlichen Handeln stärken. Dies beginnt mit der Ausbildung von Fachleuten in der Gemeinwirtschaft und führt weiter zur Förderung der Fähigkeit der Kommunen, die bedeutenden Grundlagen der Daseinsvorsorge wieder selbst zu bewirtschaften.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Privatisierungen sind zurückzunehmen, Rekommunalisierung einzuleiten. Sprechen Sie einmal mit Herrn Albig darüber, was zurzeit bei den teilprivatisierten Kieler Stadtwerken los ist.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Wir brauchen eine Verstärkung der öffentlichen Investitionen, die der Vermögensbildung des Landes dienen, die Ausbildung stärken und zugleich die Attraktivität Schleswig-Holsteins steigern.

Wir brauchen erstens die Verbesserung der Einnahmesituation des Landes. Zweitens brauchen wir weiterhin ausreichend investive Mittel. Drittens brauchen wir eine Stabilisierung, wir brauchen sogar eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Viertens brauchen wir einen öffentlich ge-

(Ulrich Schippels)

förderten Beschäftigungssektor für die vielen Arbeitssuchenden im Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Fünftens brauchen wir soziale Gerechtigkeit. Sechstens. Wir müssen ohne Wenn und Aber den ökologischen Umbau vorantreiben. Siebentens. Wir brauchen mehr und nicht weniger Mittel für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Achters. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft, also in die Kinder.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir treten für die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ein, gern auch auf 5 %, Herr Minister - aber nicht erst 2013, sondern sofort. Das bringt 80 Millionen € pro Jahr. Wir treten für eine sozial gerechte Erbschaftssteuer ein, die auch zu höheren Landeseinnahmen führen wird. Erbschaften sind leistungslose Einkommen, die entsprechend besteuert werden müssen. Zumindest hier glauben wir die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein auf unserer Seite. Auch eine Veränderung der Erbschaftsteuer nach den damaligen Vorstellungen von Heide Simonis bringt mindestens eine hohe zweistellige Millionen-einnahme pro Jahr für unser Land.

Wir treten für die Rücknahme der Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre ein - dazu gibt es auch Anträge, Sie brauchen ihnen nur zuzustimmen -, mit Ausnahme natürlich der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu Kinderfreibeträgen und Kindergeld. Das bringt mehrere hundert Millionen €. Wir treten für eine Vermögensteuer ein. Auch hier orientieren wir uns an den Vorstellungen von Heide Simonis.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Zum Zweiten, zu den investiven Mitteln. Hier zeigt sich, wie verhängnisvoll die Schuldenbremse ist. Denn die Entkoppelung von den Investitionen führt im Haushaltsentwurf dazu, dass die Landesregierung überproportional bei den Investitionen kürzt. Wir brauchen aber investive Mittel, wir brauchen ein Investitionsprogramm für Schleswig-Holstein. Wir brauchen Investitionen in Infrastruktur, in Bildung, in Gesundheit, in eine ökologische Landwirtschafts- und Verkehrspolitik, in sanften Tourismus, in Klimaschutz und letztlich auch in die Werften.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Dritten brauchen wir eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Die Kommunen in Schleswig-Holstein sind in Not. Wir dürfen die

Kommunen nicht in Stich lassen. Sie sind die Verlierer der Krise. Die Kommunen sind relativ gesehen viel stärker von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen, weil ihre Steuereinnahmen zu wesentlichen Teilen von der Gewerbesteuer auf Unternehmensgewinnen abhängen. In einer Rezession und erst recht in der derzeitigen schwierigen Krise fallen diese Gewinne weg, und die Kommunen haben enorme Steuerausfälle. Die Folge: Kommunen stellen ihre Investitionen ein, sie kürzen im sozialen Bereich. Das trifft gerade die ärmeren Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft, die auf staatliche Dienstleistungen angewiesen sind. Wir wollen die Kommunen stärken.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Vierten brauchen wir in Schleswig-Holstein eine andere Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik. Die Orientierung der Arbeitsagenturen auf Ein-Euro-Jobs wird durch die geplanten Kürzungen für die Arbeitsagentur auf Bundesebene noch verstärkt. Wir wollen, dass Arbeitslose in unserem Land in tatsächliche, in reale Beschäftigungsverhältnisse kommen. Modelle, wie zum Beispiel in Lübeck, bieten einen ersten Ansatz aus der Misere. Es ist immer, vor allem volkswirtschaftlich gesehen und auch für die Menschen günstiger, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit zu organisieren und zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit zu verwalten und unnötige Ein-Euro-Jobs zu organisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Fünftens brauchen wir in Schleswig-Holstein soziale Gerechtigkeit und keine Kürzung beim Sozialen. Warum, bitte schön, soll eine alleinerziehende Mutter von drei Kindern die Suppe auslöffeln, die die Finanzjongleure auf der ganzen Welt - auch die aus Hamburg und Kiel - uns eingebrockt haben - wenn sie mal nicht irgendwelche komischen Unterlagen gezinkt haben, um herauszufinden, wer was weitergibt- ?

(Beifall bei der LINKEN)

Für die HSH Nordbank werden schnell einmal 1,5 Milliarden € locker gemacht. Für die Kinder wird fast gleichzeitig die Beitragsfreiheit des dritten Kita-Jahres gestrichen, ebenso die Übernahme der Kosten für die Schulfahrten.

Sechstens brauchen wir den ökologischen Wandel. Schleswig-Holstein könnte für eine neue industrielle Gesellschaft ein Vorbild sein, mit einer Wirtschaft, die nachhaltig und ökologisch produziert, die regionale Wirtschaftskreisläufe fördert und Ver-

(Ulrich Schippels)

kehre vermeidet. Dazu brauchen wir aber weder AKWs noch teure Verkehrsprojekte.

(Beifall bei der LINKEN)

Siebtens ist es fatal, im Bereich der Integration von Migrantinnen und Migranten zu kürzen. Wir brauchen gut gebildete Menschen in diesem Land, egal woher sie kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Migrantinnen und Migranten müssen zu unserer Gesellschaft Zugang finden. Mangelnde Integration kostet viel mehr Geld, als die jetzigen Einsparungen im Einzelhaushalt von Minister Schmalfuß auch nur erahnen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Debatte um den Noch-Sozialdemokraten Sarrazin zeigt doch, wie wichtig eine gelungene Integration für die Stabilität unserer Gesellschaft ist und wie brüchig der Konsens in der Gesellschaft ist.

Achtens - und das nicht zuletzt, sondern am Anfang - brauchen wir endlich Bildungsinvestitionen, die den Namen auch verdienen. In Schleswig-Holstein entscheidet die soziale Herkunft immer noch vielfach über Erfolg oder Misserfolg in der schulischen Laufbahn. Was für eine Verschwendung. Hochintelligente Kinder bekommen keine Chance, weil sie zum Beispiel in Kiel-Gaarden geboren und nicht ausreichend gefördert werden. Wir wollen ein einheitliches, ein gebührenfreies, ein demokratisches, ein durchlässiges Bildungssystem von der Kita bis zur Uni, ein Bildungssystem, das allen Menschen, unabhängig vom Einkommen der Eltern, unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Geschlecht die beste Bildung ermöglicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sagen Sie nicht, das sei zu teuer, weil wir für eben diese Kinder, denen wir durch Kürzungen im Bildungsbereich die Zukunft verbauen, weil wir eben für diese Kinder die Ausgaben kürzen, damit sie später kein verschuldetes Land haben. Was für ein Unsinn. Bildungsinvestitionen rechnen sich immer.

(Beifall bei der LINKEN)

In unseren Augen beschädigen die Kürzungspläne der Landesregierung die politische Würde Schleswig-Holsteins. Anstatt die öffentlichen Haushalte endlich fair zu finanzieren, fällt der schwarz-gelben Übergangsregierung nichts weiter ein, als kürzen, kürzen, kürzen.

Schleswig-Holstein reagierte auf die schärfste Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem

Versuch, den Medizinstudiengang in Lübeck zu schließen. Was für ein Signal ging da um die Welt?

Schleswig-Holstein koppelt sich vom Projekt Wissensgesellschaft ab. Schleswig-Holstein reagiert auf die Krise mit der Kürzung des Bildungshaushaltes. Was für ein Signal geht da um die Welt? Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wollen jetzt dumm bleiben.

Schleswig-Holstein reagiert auf die Krise mit der Privatisierung der Universitätsklinik. Was für ein Signal geht da um die Welt? Den Schleswig-Holsteinern ist die medizinische Versorgung der Bürger weniger wichtig, als mit Gesundheit Geld zu verdienen.

Schleswig-Holstein reagiert auf die Krise mit der Kürzung der ökologischen Förderung. Was für ein Signal geht da um die Welt? Das Land gibt die Natur auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Schleswig-Holstein kürzt die Unterstützung der Frauen. Was für ein Signal geht da um die Welt? Schleswig-Holstein gibt das Projekt Geschlechtergerechtigkeit auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Schleswig-Holstein entzieht den Schwächeren die Unterstützung. Was für ein Signal? Der Sozialstaat wird abgeschafft.

Schleswig-Holstein kürzt bei der Verwaltung. Was für ein Signal geht da um die Welt? Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner hören auf, Staat zu machen.

Die Bevölkerung wird durch Ihre Haushaltsvorstellung in ein Rennen geschickt, bei dem die Schwächeren auf der Strecke bleiben. Das sind Ihre Vorstellungen einer modernen Gesellschaft, nicht unsere. Wir widersetzen uns dieser Entwürdigung. Gerechtigkeit geht nämlich anders. Herr Wiegand, Sie haben zum Ende Ihrer Rede gesagt: „Geben Sie der Zukunft eine Chance“, und meinten damit die Zustimmung zu Ihrem Haushaltsentwurf. Ich sage Ihnen: Geben Sie der Zukunft eine Chance! Machen Sie den Weg für Neuwahlen frei!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es waren große Hoffnungen, die zur Landtagswahl 2009 an die Nachfolgeregierung der Großen Koalition geknüpft wurden. Endlich sollte in der Landesregierung wieder Handlungsfähigkeit und Einigkeit herrschen. Es ging nicht nur um die Überwindung des politischen Stillstands. Es sollte vor allem auch zu einem anderen politischen Miteinander kommen. Aber Pustekuchen. Auf jeden Fall wird die Arroganz der Macht, die der Opposition schon von der Großen Koalition entgegengebracht wurde, nun vom CDU-FDP-Bündnis fortgesetzt.

Dabei wurde die erste wirkliche Großtat in diese Wahlperiode nur durch die Zusammenarbeit mit der Opposition möglich. Die Verabschiedung der Schuldenbremse im Frühjahr dieses Jahres hätte der Auftakt zu einem anderen politischen Miteinander werden können. Stattdessen entschied sich die Koalition für das Durchregieren.

Es wurde sogar noch eins draufgesetzt: Die Einbindung der Landtagsfraktionen von CDU und FDP in die Haushaltsstrukturkommission und die angebliche Alternativlosigkeit der Vorschläge haben dazu geführt, dass der Graben zwischen Regierungsmehrheit und Opposition tiefer ist denn je. Wir können gespannt sein darauf, was sich zwischen dieser ersten Lesung und der Verabschiedung des Landeshaushalts im Dezember noch ändert. Meine Hoffnung, dass sich grundlegende Verbesserungen ergeben, beschränkt sich auf wenige konkrete Konfliktfelder, die heute schon bekannt sind. Dabei gibt es so viele Bereiche, in denen dieser Haushaltsentwurf die Weichen vollkommen falsch stellt. Dieser erste und letzte schwarz-gelbe Haushalt ist unsozial, perspektivlos und zerstörerisch.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Er ist mit dem Taschenrechner geschrieben und entbehrt jeder fachpolitischen Zielsetzung. Er entwirft große Teile des sozialen und kulturellen Lebens in Schleswig-Holstein, ohne eine Bild davon zu haben, wie es anders gedeihen soll. Diese Landesregierung hat nicht die geringste Vorstellung davon, wie unser Land in zehn oder 20 Jahren aussehen soll.

(Heike Franzen [CDU]: Das hat unser Fraktionsvorsitzender gesagt!)

Das wird schon in ihrem eigenen Beritt bei der öffentlichen Verwaltung deutlich. 5.000 Stellen im Landesdienst sollen gestrichen werden. Aber

Schwarz-Gelb hat kein Bild davon, wie die Verwaltung der Zukunft aussieht und welche Aufgaben sie erledigen soll. In diesem Haushaltsentwurf werden kaum strukturwirksame Maßnahmen ergriffen. CDU und FDP setzen allein auf Streichungen. Das Ergebnis ist ein amputiertes Schleswig-Holstein und kein zukunftsfähiges.

Der Ministerpräsident spricht viel von den zukünftigen Generationen, die er nicht mit dem Konsum von heute belasten will. Aber er hat kein Bild davon, wie Schleswig-Holstein in zehn, 20 oder 30 Jahren ein modernes Land für unsere Enkel und Urenkel sein kann. Auch das ist keine Generationengerechtigkeit. Die Landesregierung schuldet unseren Kindern und Enkeln ein Leitbild, wie das Land in Zukunft nicht nur billiger, sondern auch ebenso gut wie heute oder besser funktioniert.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Das hat die Koalition des Aufbruchs nicht zustande gebracht.

Diesem Haushalt liegen keine anderen Visionen zugrunde als die Vorstellung eines schlanken Staates. Mit dieser Strategie baut man aber nichts Neues auf. Die Koalition verwaltet lediglich Zahlen, als bestünde sie nur aus Buchhaltern. Wo ist denn die fachpolitische Einsicht in das Leben hinter den Zahlen geblieben? Ich rufe in Erinnerung, dass es heute im „Pressespiegel“ einen Artikel über die Zukunft der Denkmalpflege gibt. Ich empfehle allen von Ihnen, diesen Artikel zu lesen. Man sucht besonders im Sozialbereich vergebens nach solcher fachpolitischen Einsicht. Das gilt für die Kürzung des Landesblindengeldes oder die Einführung von Quasi-Studiengebühren bis hin zu den beiden großen Sozialverträgen.

Je klarer wird, was sich alles hinter diesen Kürzungen verbirgt, desto klarer wird auch, dass hier die neoliberale Politik umgesetzt wird, die sich in lyrischer Form schon im Koalitionsvertrag findet. Die Menschen sollen „in Freiheit und Eigenverantwortung ohne Bevormundung leben können“, kündigte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung an.

In der Praxis heißt das: Die Menschen sollen allein klarkommen.

Es sind viele Menschen, die von ihrer Landesregierung im Stich gelassen werden. Sie lässt mit ihrer Prioritätensetzung nicht nur die Menschen fallen, die keine Chance haben, eine gute grundständige

(Anke Spoorendonk)

Bildung zu bekommen oder einen auskömmlichen Arbeitsplatz. Sie vernachlässigt auch Menschen mit ganz alltäglichen Problemen, die die Unterstützung von Beratungsstellen und andere Angebote brauchen, um erst gar nicht zu Problemfällen zu werden. In Ermangelung eines Konzepts holt Schwarz-Gelb zum großen Sensenhieb aus, der quer durch Gesellschaft und soziale Hilfen Verwüstungen hinterlässt - von den Jugendverbänden über die Mehrgenerationenhäuser bis zu den Frauenberatungsstellen. Besonders bezeichnend ist es, dass nicht einmal die Selbsthilfearbeit verschont bleibt. Mit der Zerstörung dieses letzten Rettungsankers ist der Gipfel der sozialen Kälte erreicht. Das Gras wird mit den Wurzeln herausgerissen und die soziale Arbeit, auch die des Ehrenamts, der Erosion preisgegeben.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Vielen Trägern im Sozialbereich, bei der Kultur oder in der Umweltpolitik wird gar nicht erst die Chance gegeben, eine Überlebensstrategie zu entwickeln. Ihnen wird ab 2011 und vielfach bereits in diesem Jahr der Hahn so drastisch abgedreht, dass sie nicht die Zeit haben, die Arbeit neu zu organisieren oder bestehende Verträge zu kündigen. Kleine Einrichtungen und Projekte, die relativ geringe Summen bekommen, werden heute schon durch kleinere Kürzungen in ihrer Existenz bedroht. Sie müssen mit Kürzungen der Landeszuschüsse von bis zu 40 % innerhalb eines Jahres rechnen.

Hinzu kommt, dass die Kreise jetzt schon ankündigen, ihre Zuschüsse in Bereichen einzustellen, die das Land auch nicht weiter fördert. Das wird noch einer langen Reihe weiterer Einrichtungen und Angebote das Genick brechen. Die Einsparungen werden zu Verwüstungen, die in besseren Jahren kaum wieder behoben werden können und die viel teurere soziale Probleme nach sich ziehen. Ich gehe jede Wette ein, dass wir einen Dominoeffekt bekommen, den wir uns heute noch nicht ausmalen können. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine nachhaltige Haushaltskonsolidierung, und es ist unerträglich, wenn man sieht, dass die Regierung gleichzeitig Möglichkeiten der Einnahmesteigerung bewusst nicht nutzt.

Diese Koalition kann noch so oft behaupten, dass die Kürzungen alternativlos sind; sie sind es nicht. Allein durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab 2011 ließen sich Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen vermeiden. Deshalb kann man nur einen Schluss ziehen: CDU und FDP verzichten bewusst auf Einnahmen und kürzen lieber das Soziale und die Kultur. Das, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, ist das Programm der schwarz-gelben Koalition.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Diese Koalition kommuniziert nicht, sie verkündet nur. CDU und FDP wiederholen die immer gleichen Sprachregelungen, und der Ministerpräsident hält stets dieselben abgegriffenen griechischen Tafeln hoch. Das ist nicht nur tödlich für die demokratische Auseinandersetzung, es ist auch respektlos gegenüber allen im Land, die engagiert für ihr Anliegen streiten. Die Landesregierung vermittelt den von Kürzungen Betroffenen das Gefühl, ihre Arbeit sei nichts wert. Wenn der Finanzminister die Kürzungen bei sozialen Hilfen damit begründet, wir würden uns heute einen zu hohen Lebensstandard leisten, dann ist das zynisch, und es ist auch respektlos gegenüber denjenigen, die auf die eine oder andere Weise auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind. Sozialpolitik ist eben kein Luxus, sondern die Grundlage und die Garantie für unsere demokratische Gemeinschaft.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Es kommt aber noch schlimmer: Bei all dem, was sie im Moment dem Land zumuten, spielt Schwarz-Gelb noch nicht einmal mit offenen Karten. Wie gleichgültig es der CDU und der FDP ist, dass die Zahlen auch Menschen betreffen, lässt sich vortrefflich an der Diskussion um die Universität Lübeck ablesen. Erst wurde die Politik hinter verschlossenen Türen ausgekungelt und die Universität vor vollendete Tatsachen gestellt. Dann sticht der FDP-Fraktionsvorsitzende dem Lübecker AStA ein Papier durch, aus dem hervorgeht, dass die Haushaltsstrukturkommission die Schließung der gesamten Hochschule in Kauf nimmt. Und schließlich erklärt der Kollege Kubicki, dass alles nur ein Schauspiel gewesen ist, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

Der Zweck heiligt also offensichtlich alle Mittel - auch, dass man die eigene Bevölkerung instrumentalisiert und für dumm verkauft.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei SPD und der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, wie die Koalition auf die Idee gekommen ist, dass sie auf diese Weise Verständnis für diese Kürzungen gewinnen kann, ist mir nun wirklich schleierhaft. Die Vorgehensweise

(Anke Spoorendonk)

der Landesregierung hat dazu geführt, dass viele Menschen sich veralbert fühlen und kein Vertrauen in die Regierung haben. Die Tatsache, dass die Landesregierung dem Parlament nicht die Entscheidungsgrundlagen der Haushaltsstrukturkommission offenlegen will, nährt nur die Befürchtung, dass sich hinter weiteren Haushaltsvorschlägen keine ernsthafte Finanzpolitik verbirgt, sondern Erpressungsversuche lauern könnten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie kapiert das gar nicht! Schon wieder eine Lüge!)

Das lässt sich zumindest auch für die Wirtschaftswissenschaften an der Universität Flensburg vermuten, die wohl ebenfalls am Ende von Dritten gerettet werden. Ohne Rücksicht darauf, dass die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge dort eng mit der Syddansk Universitet verwoben sind, wurde deren Ende beschlossen. Für eine Einsparung von 1,7 Millionen € ab 2017 sollte eine der erfolgreichsten grenzüberschreitenden Hochschulkooperationen in Europa plattgemacht und eines der entscheidenden Zukunftspotenziale der nördlichen Region verschenkt werden. Die Kuh ist jetzt glücklicherweise auf etwas dickeres Eis gestellt worden. Bis 2011 hat die Landesregierung Zeit, von dieser Dummheit abzukommen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Weniger Zeit gibt es für die ebenso wenig klugen Entscheidungen über die Kürzungen bei den Minderheiten, allen voran der Vorschlag, die Kinder an dänischen Schulen künftig nicht mehr mit den Kindern an öffentlichen Schulen gleichzustellen. Das ist umso erschreckender, als derselbe Ministerpräsident noch im Herbst 2007 mit großem Pathos verkündete, dass die Einschränkungen der 100 % durch Rot-Grün wieder zurückgenommen wurden und die Gleichstellung der Schulkinder uneingeschränkt gilt. Minderheitenpolitik baut auf Vertrauen, Verlässlichkeit und unverbrüchliche Rechte. Solange Parteien in Schleswig-Holstein der Ansicht sind, dass grundlegende Prinzipien in der Minderheitenpolitik je nach Kassenlage ein- oder ausgeschaltet werden können, ist unser Land noch weit entfernt von einem minderheiten-politischen Vorbild.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

In dieser Woche tagt erstmals die deutsch-dänische Arbeitsgruppe, die über die Finanzierung der deutschen und dänischen Minderheitenschulen im Grenzland beraten soll. Die dänische Seite hat von

vornherein klargemacht, dass für sie keine Abkehr vom Gleichstellungsprinzip gelten kann. Es wird Zeit, dass die Landesregierung einen Plan B aus der Schublade zaubert, bevor sie dem deutsch-dänischen Verhältnis nachhaltig schadet.

Auch die weiteren Kürzungen bei den Organisationen der Minderheiten müssen bis zur zweiten Lesung auf den Prüfstand. Das gilt für die Zuschüsse für die dänischen Organisationen ebenso wie für die Förderung der friesischen Volksgruppe. Die drastischen Kürzungen beim Friesenrat und beim Nordfriisk Instituut würden ihr die institutionelle Existenzgrundlage entziehen. Es kann doch wirklich nicht ernst gemeint sein, dass die Landesregierung wegen einiger zehntausend Euro die wenigen Stellen gefährdet, die den Friesen überhaupt zur Verfügung stehen, und damit die Minderheit nur noch auf Projektförderung verweist. Entweder man hat eine Minderheitenpolitik und lebt sie, oder man hat keine.

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Koalition ist ein Bündnis politischer Kurpfuscher. Je mehr der Patient vor Schmerzen schreit, desto erfolgreicher finden sie ihren Aderlass.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dass sie dabei nicht einmal mehr berechnete Einwände hören können, nehmen sie in ihrem missionarischen Eifer in Kauf. Indem die Koalition jeglichen Protest als Erfolgsbeweis für die Stringenz der Haushaltskonsolidierung wertet, verschließt sie sich einer demokratischen Auseinandersetzung über die Vorgaben der Haushaltsstrukturkommission und jetzt auch des Haushaltsentwurfs. Dabei liegt es auf der Hand, dass es natürlich zu Korrekturen kommen muss, wenn ein Haushalt auf die Realität trifft, der maßgeblich auf Zahlen vom Grünen Tisch und auf theoretischen Kalkulationen des Rechnungshofs beruht. Mit ihrer Gutsherrenart verspielt die Landesregierung aber jede Chance, Verständnis für berechnete Kürzungen zu gewinnen. Denn die Menschen wissen doch, dass schmerzhaft Einschnitte notwendig sind. Sie wollen aber ein ausgewogenes Sparen. Sie wollen keine „Fielmann“-Gesellschaft, die von Mäzenatentum abhängig ist, um grundlegende soziale und kulturelle Angebote vorzuhalten.

Sie wollen einen anderen Schuldenabbau, und der ist möglich.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Der einzig vertretbare Weg zu einem finanziell gesunden Land ohne Neuverschuldung und mit sinkenden Altschulden ist eine Kombination aus Kürzungen, Strukturreformen, Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung und die Nutzung konjunkturell bedingter Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine politische Entscheidung, dass die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP diesen Haushalt auf **massive Kürzungen** im Sozialwesen und bei der Kultur bauen. Für den SSW bleibt es dabei, dass diese bedingungslose Senkung der Ausgaben allein kein praktikabler und politisch vertretbarer Weg ist, die Schuldenbremse umzusetzen. Wie der SSW sich diesen anderen Weg zur Konsolidierung des Haushalts und die Umsetzung der Schuldenbremse vorstellt, das wird mein Kollege Lars Harms gleich noch vertiefen.

Ich halte wenig davon, diesen Haushalt jetzt dadurch infrage zu stellen, dass die **Legitimation der Landesregierung** nach dem Verfassungsgerichtsurteil bezweifelt wird. Zum einen hat das Gericht bei der Verkündung des Urteils klar gesagt, dass die Regierung und das Parlament bis zu den **Neuwahlen** handlungsfähig sind. Zum anderen braucht das Land zum 1. Januar 2011 einen neuen Haushalt. Wenn es nach uns ginge, würde dieser Haushalt mit Sicherheit anders aussehen. Aber solange es keine andere Mehrheit im Parlament gibt, werden wir die bestehende Mehrheit auch respektieren. Ich kann den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP aber nur ans Herz legen, gründlich darüber nachzudenken, ob dies der Haushalt sein soll, für den sie die Hand heben wollen, und ob sie diesen Haushalt mit allen seinen Konsequenzen nachher vor ihren Wählerinnen und Wählern verteidigen können. Der SSW kann es jedenfalls nicht.

(Anhaltender Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Die Fraktion des SSW hat die Redezeit gesplittet. Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Präsidentin, das haben alle anderen Fraktionen auch so gemacht!)

- Diese Fraktion hat es so beantragt, und wir machen es jetzt so.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das hatte auch Gründe, Herr Kollege Kubicki!)

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, Sie stimmen mir alle zu, wenn ich sage, dass Hektik kein guter Ratgeber in komplizierten Situationen ist. So wie der Haushaltsentwurf der Landesregierung allerdings gestrickt wurde, kann man sehen, dass die Landesregierung genau diese allgemeingültige Erkenntnis nicht beachtet hat. Das, was hier hektisch zusammengestrickt wurde, ist für uns als SSW kein politisch zukunftsweisender Haushalt, sondern eine Aneinanderreihung von Grausamkeiten, die in keinsten Weise mit politisch nachhaltigen Argumenten unterfüttert ist.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Ich mache der Landesregierung keinen Vorwurf daraus, sparen zu wollen. Ich mache der Regierung aber den Vorwurf, dass sie dabei weder über die Konsequenzen nachgedacht, noch die weiteren offensichtlichen Alternativen ins Auge gefasst hat.

(Günther Hildebrand [FDP]: Woher weißt du das?)

Lieber Kollege, will man den Haushaltsentwurf bewerten, so muss man erst einmal betrachten, was die Grundlage für den Haushaltsentwurf ist. Wir stehen in der Tat vor großen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Dabei sage ich ausdrücklich nicht, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben. Soziale Errungenschaften, ökologisch nachhaltiges Wirken und eine gute Bildungspolitik sind kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Vielmehr ist es so, dass es uns in den vergangenen Jahrzehnten nur teilweise gelungen ist, Schleswig-Holstein wirtschaftlich fit für die Zukunft zu machen. Das aber ist die Voraussetzung dafür, dass hier bei uns die Steuereinnahmen und -abgaben sprudeln können, damit wir die notwendigen Ausgaben gegenfinanzieren können. In den letzten 20 Jahren ist dabei schon viel geschehen - wie zum Beispiel in der Windenergiebranche, im Tourismus und in der maritimen Wirtschaft -, aber trotzdem konnten die Versäumnisse der Vorgängerjahrzehnte nicht aufgearbeitet werden. Wir haben den **Strukturwandel** bis heute nicht bewältigen können, und

(Lars Harms)

das führt zur schlechten **Finanzsituation**, wie wir sie heute haben. Das hat auch die Politik in den 70er- und 80er-Jahren zu verantworten.

Am Jahresende werden wir 26 Milliarden € **Schulden** haben, die uns jährlich rund 1 Milliarde € an **Zinszahlungen** kosten. Dies ist wie gesagt kein Ausfluss ausufernder Ausgaben, die sich markant von denen anderer Länder unterscheiden haben, sondern liegt begründet in der Strukturschwäche des Landes Schleswig-Holstein. Mit der **Schuldenbremse** haben wir festgelegt, dass wir diese Schulden zwar noch nicht abbauen können, aber wir wollen die **Neuverschuldung** bis 2020 auf null setzen.

Dies ist eine sehr verantwortungsvolle Bremse, da man nicht sofort eine Vollbremsung macht, sondern das Fahrzeug quasi langsam aber sicher zum Stehen bringen will. Wenn wir dies aber so vor Augen haben, dann verstehe ich nicht, warum die Landesregierung nun so konzeptlos mit Kürzungen um sich wirft. Der SSW hat in der Debatte zur Schuldenbremse deutlich gemacht - das haben andere Parteien auch getan -, dass wir am Abbaupfad mitwirken wollen. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Deshalb haben wir für die Schuldenbremse gestimmt. Wir sind der Auffassung, dass nur gemeinsames Handeln zu einer **nachhaltigen Entwicklung des Landes** führen kann.

Wie ist aber eigentlich die Lage? - Zuerst einmal: Sie ist nicht hoffnungslos, aber wir müssen tatsächlich auch zu Einsparungen kommen. Warum, erklärt sich aus dem Finanzplan des Landes. Hier können wir natürlich einzelne Zahlen infrage stellen, aber die Grundaussage des Zahlenwerkes stimmt. Deshalb gestatten Sie mir, dass ich nicht in den Reflex ver falle, jede einzelne Zahl auseinandernehmen zu wollen, denn das bringt uns nicht wirklich weiter. Betrachten wir zum Beispiel die **Pensionsausgaben**: Seit 1997 steigen die Zahlen hier markant an. In den Jahren 2011 bis 2020 werden diejenigen in Pension gehen, die grob gesehen in den 70er- und 80er-Jahren in den Landesdienst gekommen sind. Nimmt man an, dass die Pensionslasten in Zukunft ähnlich stark steigen wie in der Vergangenheit, dann werden wir am Ende wohl eher bei 1,5 Milliarden € Pensionslasten liegen. Zählen wir dann die bis 2020 ständig steigenden Schulden und Zinsen hinzu, liegen wir - je nach Zinsniveau - möglicherweise bei 3 bis 3,5 Milliarden € für Zinsen und Pensionen. Das ist die Ausgangslage. Um es unumwunden zu sagen: Die Lage ist tatsächlich nicht rosig.

Wie werden sich um die Einnahmen entwickeln? - Ausgehend vom Status quo und davon, dass sich

nichts Gravierendes ändert, steigen die **Einnahmen** laut Finanzplanung um rund 1,5 Milliarden €. Das wird nicht reichen, um die Zins- und Pensionslast bewältigen zu können. Allerdings würden **Einsparungen in den freiwilligen Leistungen** die restlichen 2 Milliarden € auch nicht erbringen können. Insofern haben die Grünen recht damit, dass wir eigenständig aus eigener Kraft nicht weiterkommen können. Wir werden tatsächlich auch auf **Bundesebene** aktiv werden müssen. Das ist die erste Feststellung.

Die zweite ist aber nicht, dass dann Sozialabbau und Umweltverschmutzung die Folge sein müssen. Zuerst einmal geht es einer solchen Situation darum, die Einnahmen zu verbessern. Das würde jeder auch in seinem privaten Haushalt versuchen.

Nun wird man natürlich die **Einnahmen für 2020** nicht schon heute abschließend beeinflussen können. Aber wenn man ehrlich Politik macht, wird man nicht umhinkommen, deutlich zu machen, dass Steuern und auch Abgaben erhöht werden müssen, wenn man das Ziel „Neuverschuldung null“ wirklich erreichen will. Diesen Willen vermisse ich bei der Landesregierung. Es reicht nicht, nur bei denjenigen sparen zu wollen, die einem vielleicht politisch nicht ins Konzept passen. Es ist vielmehr Aufgabe der Politik, funktionierende Strukturen zu erhalten und - wenn möglich - auszubauen.

Ich stelle aber fest: Es geht der Landesregierung nicht in erster Linie um die Haushaltssanierung, wie sie immer vorgibt, sondern sie kürzt bewusst und besonders massiv bei denjenigen, die ihr nicht ins politische Konzept passen. Wäre dies nicht so, würde sie sich völlig anders verhalten und hätte beispielsweise in den letzten drei Jahren keinen **Steueränderungen** zugestimmt, die den Landshaushalt 400 Millionen € kosten.

Mit diesem Geld hätte jeder Zuschuss und jede Investition rechnerisch gegenfinanziert werden können. Aber die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben dies bewusst unterlassen. Verfolgt man aber das Ziel der **Haushaltskonsolidierung** mit allem Ernst, dann muss man diese Beschlüsse wieder rückgängig machen.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nehmen wir die 400 Millionen €, die uns in den letzten drei Jahren verloren gegangen sind und rechnen dies mit einem unterstellten **jährlichen Wirtschaftswachstum** von 2,5 % - 1 % reales

(Lars Harms)

Wachstum und 1,5 % Inflation - hoch, und das ist wirklich nicht hoch geschätzt, dann kommen wir 2020 auf eine Summe von 512 Millionen €. Kumuliert reden wir über knapp 4,6 Milliarden € in zehn Jahren. Dieses Rechenbeispiel soll nur kurz illustrieren, dass auf der Einnahmeseite viel Luft ist und dass wir auch selbst viel dazu beitragen können, dass es der Landeskasse besser geht und wir die uns gestellten Aufgaben immer noch bewältigen können.

Bisher habe ich aber nur über das gesprochen, was wieder an Fehlentscheidungen der letzten zwölf Monate eingesammelt werden könnte.

In den Jahren zuvor ist die größte **Steuerentlastung** für Unternehmen und Vielverdiener beschlossen worden. Auch diese Fehlentscheidung kann man und muss man zurücknehmen. Wir können feststellen, dass wir als Gesellschaft weder etwas davon hatten, dass Unternehmen steuerlich extrem entlastet wurden, noch von der Bevorzugung von Großverdienern. Im Gegenteil: Das Geld ist weg, und der Staat musste für seine Aufgaben, die er immer noch hatte, **Kredite** aufnehmen. Mit diesen Krediten sind aber nicht die staatlichen Aufgaben finanziert worden, wie man immer behauptet, sondern hiermit sind Steuergeschenke finanziert worden. Man darf Ursache und Wirkung nicht voneinander trennen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Antje Jansen [DIE LINKE])

Hätte es diese Steuerreform nicht gegeben, so hätte der Staat - und damit auch das Land Schleswig-Holstein - wesentlich mehr Finanzmittel zur Verfügung gehabt. **Sozialabbau** lässt sich zumindest hierdurch moralisch nicht begründen.

Nun mag man aber auch bei den schlimmen Entscheidungen der Vergangenheit einwenden, dass das Zurückdrehen dieser Fehlentscheidungen Zeit bräuchte. Ich wollte mit diesen Beispielen jedoch zeigen, dass wir durchaus Milliardenpielräume hatten und auch wieder haben können. Ich bin sogar der Auffassung, dass wir diese **Spielräume auf Bundesebene** auch wieder durchsetzen müssen. Ich glaube, hier liegt auch der eigentliche Wert der **Schuldenbremse**. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist nämlich nicht zu rechtfertigen, wie man phantasielos drauf zu spart. Vielmehr wird die Schuldenbremse die jetzigen und auch die kommenden Landesregierungen dazu zwingen, ihr konzeptloses Zustimmung zu Steuergeschenken auf Bundesebene einzustellen.

(Beifall beim SSW)

Ein weiter so in dieser Frage wird automatisch dazu führen, dass die verfassungsmäßigen Ziele und Vorschriften nicht eingehalten werden können. Damit wird durch die Schuldenbremse die eigenständige Position des Landes gestärkt, und wir können sogar hoffen, dass eines Tages eine verantwortungsvolle Landesregierung sich auch um Einnahmeverbesserungen bemühen wird. Das ist der eigentliche politische Wert der Schuldenbremse.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nun mag man einwenden, dass diese Prozesse lange laufen und uns in der heutigen Situation kurzfristig nicht weiterhelfen. Das mag in Teilen richtig sein. Wenn wir aber betrachten, was die Grünen heute vorschlagen und was die Landesregierung möglicherweise erst in zwei Jahren umsetzen will, dann haben wir ein konkretes Beispiel dafür, wie wir vieles von dem retten können, was wir zu verlieren drohen. Eine **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** auf 5 %, wie sie die Landesregierung für nach 2012 plant, würde nach vorsichtigen Schätzungen **jährliche Mehreinnahmen** von rund 80 Millionen € bedeuten.

Das sind beispielsweise umgerechnet drei beitragsfreie Kindergartenjahre. Wir könnten allen Kindern ab dem dritten Lebensjahr kostenlose Betreuung und einen niederschweligen Eintritt in das Bildungssystem ermöglichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir könnten also konkret etwas für die **Bildung und die Chancengleichheit** in unserem Land tun. Betrachtet man die losgetretene **Integrationsdebatte** in unserem Land, so könnten wir auch hier einen Meilenstein setzen, weil dann viele Migrantenkinder eben nicht mehr aus Kostengründen von den Kindergärten fern gehalten werden. Dies wäre ein konkreter und vor allem sinnvoller Beitrag dazu, wie man vonseiten der Landespolitik auf die Integrationsdebatte reagieren könnte. Das blendet die Landesregierung allerdings völlig aus.

Anstatt mit den Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer ein neues Ziel anzustreben, denn es wird mit Sicherheit kritisiert und gesagt, wir könnten das Geld auch ausgeben, könnte man auch die geplanten Streichungen im Kultur-, Bildungs-, Umwelt- und Sozialbereich zurücknehmen. All das, gegen das die Menschen vor unserer Tür zum Landeshaus demonstrieren, wäre dann nicht mehr notwendig. Dabei meine ich nicht, dass Sparmaßnahmen

(Lars Harms)

gänzlich wegfallen müssten. Wir könnten den Organisationen aber Zeit geben, sich auf Sparmaßnahmen einzustellen. Die Organisationen und wir hätten Luft zum Planen und Luft, um sich neu zu organisieren. Meine Damen und Herren, das wäre eine nachhaltige Politik, aber bei der Landesregierung ist auch hier Fehlanzeige.

Selbst wenn man dies nicht wollte, so könnte man Mehreinnahmen aus einer erhöhten Grunderwerbsteuer sinnvoll nutzen. Wie wäre es, wenn wir schon jetzt die **Neuverschuldung** jährlich um genau diese 80 Millionen € verringern würden? - Das würde uns jährlich Zinszahlungen von rund 2 Millionen € an Zinszahlungen ersparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, alle Ziele - drei beitragsfreie Kindergartenjahre, der Verzicht auf Kahlschlag im Landeshaushalt oder auch nur die Verringerung der Neuverschuldung - sind Ziele, für die es sich lohnt, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Es ist den Betroffenen draußen vor unserer Tür nicht zu erklären, dass man auf diese Einnahmen verzichten will und lieber mutwillig sinnvolle Strukturen zerstört. Eine solche Politik ist katastrophal!

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Trotzdem sehen auch wir die Notwendigkeit, in den nächsten 10 Jahren so zu sparen, dass das Ziel Neuverschuldung null erreicht werden kann. Im Gegensatz zur Landesregierung sind wir aber der Auffassung, dass hier eher Strukturänderungen vonnöten sind. Nur so können wir dem **strukturellen Defizit** - wie der Name sagt - richtig beikommen. Die Landesregierung hat angekündigt, im **Landesdienst** über 5.000 **Stellen** einsparen zu wollen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Wie dies konkret geschehen soll, ist sie aber nicht in der Lage zu sagen. Eine Analyse der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ und der arbeitgeberfinanzierten Initiative Soziale Marktwirtschaft hat festgestellt, dass kein anderes Bundesland so wenig **Staatsdiener** pro 1.000 Einwohner beschäftigt wie Schleswig-Holstein. Im Schnitt sind es 29,4 Mitarbeiter. Bei uns sind es 25,9 Mitarbeiter. Das sind knapp 12 % weniger Mitarbeiter als im **Bundesdurchschnitt**, was eine Menge ist. Erst einmal können wir also feststellen, dass wir im Bundesvergleich nicht überverwaltet sind. Diese Feststellung mag manchen überraschen, aber trotzdem muss man sich dies zu Gemüte führen.

Wir können also nicht planlos Stellen streichen, weil wir dann sicherlich nicht mehr unsere Aufgaben erfüllen können. Wir müssen vielmehr dazu kommen, eine umfassende **Aufgabenkritik** durch-

zuführen und dann die **Verwaltungsstrukturen** in unserem Land ändern. Dann mag es möglich sein, Stellen in nennenswertem Umfang abzubauen. Ohne den Strukturansatz und den Angriff auf das strukturelle Defizit wird dies allerdings kaum möglich sein. Hinzu kommt, dass natürlich auch darüber nachgedacht werden muss, welche Aufgaben künftig wegfallen können und welche möglicherweise auch von anderen Ebenen erledigt werden können. Dies ist dann nicht nur eine Einbahnstraße.

Es ist nicht nur das Ziel, Personal bei uns auf der Landesebene abzubauen. Es kann auch sinnvoll sein, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben wieder selbst zu erledigen, wenn man damit Geld sparen kann. Muss es beispielsweise sein, dass die Landwirtschaftskammer gesetzliche Aufgaben für uns erledigt? - Oder kann es auch sein, dass wir, nachdem das Personal im Ministerium aufgrund von einer umfassenden Aufgabenkritik von Aufgaben befreit worden ist, die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben wieder von der Landesverwaltung übernehmen lassen? -

Betrachten wir die **Struktur**, so sieht man insbesondere im **Schulbereich**, wie negativ sich Planlosigkeit auswirkt. Ich gehe nicht darauf ein, welches Bildungssystem das Beste ist. Wenn man aber unsere verschiedenen Schulformen - Regionalschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium und vieles mehr - betrachtet, so stellt man finanzpolitisch fest, dass hier Ressourcen verschwendet werden. An vielen Orten gibt es Schulformen, die am unteren Rand der zulässigen Größe sind und nicht die ganze Palette des möglichen schulischen Angebots bieten können. Warum ist das so? - Es ist so, weil durch die Aufteilung in verschiedene Schulformen Ressourcen mehrfach verteilt werden. Das heißt, dass alle Schulformen sozusagen Fixkosten haben und dass der Anteil der variablen Kosten vergleichsweise gering ist. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten - und nur diese betrachte ich hier - ist dies unverantwortlich.

Eine Änderung der Schulstruktur kann zu massiven **Einsparungen** führen, die einerseits in eine bessere Bildung investiert werden und andererseits auch zu finanziellen Einsparungen führen können. Wer allerdings am überkommenen geteilten Schulsystem festhält, der versündigt sich an den kommenden Generationen - egal ob man das bildungspolitisch oder finanzpolitisch betrachtet.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Ein weiterer wichtiger Bereich, der dringend einer Strukturreform bedarf, ist der kommunale Bereich.

(Lars Harms)

Die **Kommunen** in Schleswig-Holstein sind zu kleinteilig. Die **Amtsordnung** ist nicht mehr mit den gesetzlichen Grundlagen vereinbar, und wir haben eine Fülle von Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten. Wenn das **Land** Aufgaben abgeben und Personal abbauen will, dann muss es **Zuständigkeiten** an untere Ebenen abgeben. Das geht aber nur, wenn die Kommunen hierzu strukturell in der Lage sind. Minigemeinden sind dies nicht, und deshalb brauchen wir eine neue kommunale Struktur mit nur **drei Ebenen** im Land. Darüber hinaus müssen dann zeitgleich die Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten aufgelöst werden. Wenn wir eine Umweltbehörde beim Kreis haben, dann muss sie auch allein zuständig sein. Dann brauche ich keine Landeszuständigkeit im Vollzug mehr.

Es kann nicht sein, dass man einen Bauantrag bei seiner Kommune abgibt, dieser dann durch das Amt bearbeitet wird, hiernach beim zuständigen Kreis zur Begutachtung und Prüfung liegt und dieser dann den bearbeiteten Antrag wieder an das Amt zurück gibt. Was für den kleinen Häuslebauer schon ein Ärgernis ist, ist für den Unternehmer pure überbordende **Bürokratie**. Eine alleinige Zuständigkeit einer Stelle wäre völlig ausreichend, das beweisen die kreisfreien Städte, in denen das jetzt schon so ist.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, auch hier lässt sich viel verändern. Was brächte dies für den Landeshaushalt und die Kommunen? - Der Landeshaushalt könnte von Personalkosten entlastet werden, wenn die Zuständigkeiten endlich auch wirklich an die kommunale Ebene abgegeben werden. Die Kommunen könnten ebenso sparen, wenn größere Gemeinden die derzeitige Zersplitterung und Doppelzuständigkeit ersetzen würden. Auch der kommunale Finanzausgleich müsste überarbeitet werden. Hier reden wir über ein Gesamtvolumen von 1,2 bis 1,6 Milliarden €; je nachdem welches Jahr wir bis 2020 betrachten. Hier sind die wirklichen Einsparungen zu heben, nicht bei den Zuschüssen für Frau und Beruf, bei den Familienbindungsstätten, den Schülern der Minderheiten, den Blinden oder den kulturellen Organisationen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was uns heute als sogenannter Haushaltsentwurf vorliegt, ist in Wirklichkeit ein radikaler Kahlschlag in vielen Bereichen, die für das Land wichtig sind. Man erkennt keine politische Vision von CDU und FDP. Die Regierenden machen sich noch nicht einmal im Ansatz die Mühe, die Einnahmen zu verbessern. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen verschenken gern auf Bundesebene das Geld der

Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Bezahlen sollen es die Bürgerinnen und Bürger durch höhere Schulden, durch weniger Bildung, durch weniger Kultur und durch weniger soziale Gerechtigkeit.

Jeder verantwortungsvolle Politiker sollte sich genau überlegen, ob er für solch einen Haushalt die Hand heben kann. Der Haushalt des SSW ist dieser Haushalt jedenfalls nicht.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir die Beratung fortsetzen, begrüßen Sie mit mir gemeinsam Mitglieder der Kirchengemeinde Harksheide, Angehörige der Vereinigung der Angehörigen der Landwirtschafts- und Umweltverwaltungen in Schleswig-Holstein sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fortbildungsakademie der Wirtschaft aus Neumünster! - Seien Sie uns herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Jetzt erteile ich für die Landesregierung dem Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

(Beifall bei CDU und FDP)

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, lieber Herr Habeck, eine kleine Anmerkung zu Ihrer Rede. Sie wissen, wie ich Sie im Grunde genommen schätze und mich auch freue, dass manchmal neue Ideen von Ihnen kommen. Sie haben den Versuch unternommen, analytische Klarheit zu schaffen. Ich muss Ihnen sagen: Der Versuch ist misslungen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben keine analytische Klarheit geschaffen. Sie haben uns abgesprochen, dass wir uns um die Probleme der kleinen Menschen kümmern. Das Recht spreche ich Ihnen ab, darüber zu richten, ob es mich betrifft, was kleine Menschen, arme Menschen und Behinderte und Arbeitslose hier in diesem Lande betrifft. Gehen Sie bitte davon aus, dass ich mich in meiner Arbeit und auch, wenn ich nach der Arbeit zu Hause sitze, sehr häufig hinterfrage, ob das, was wir da tun, richtig ist. Gehen Sie bitte davon aus, dass es viele Probleme in diesem Land

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

gibt, die mich umtreiben, dass wir Kinder haben, die kein Essen bekommen, was nicht immer etwas mit Armut zu tun hat, auch viele, die benachteiligt sind. Gehen Sie bitte davon aus, dass ich mir häufig Gedanken darüber mache, meine Regierung genauso und meine Fraktion. Ich glaube, dass beide Regierungsfraktionen und auch viele andere in diesem Haus sich schon kümmern und dass es uns trifft, auch Demonstrationen zu erleben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Habeck, manchmal gebärden Sie sich hier auch kernig, manchmal als Wolf im Schafspelz. Heute hatte ich das Gefühl, Sie seien das Schaf im Wolfspelz gewesen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich das jetzt so sage, aber einiges hat mich da schon getroffen; nicht, dass Sie analysieren wollten.

(Zurufe: Oh, oh!)

- Das ist ein schöner Zwischenruf. Das war übrigens mein erster Zwischenruf, den ich, protokolliert, im Bundestag gemacht habe.

(Heiterkeit)

Der war genauso intelligent wie das, was Sie gerade gemacht haben.

(Zurufe)

- Ja, das kann er. Aber da muss er sich im Kopf noch ein bisschen verändern. Einfach so zu bleiben, hilft nicht. Und vor allen Dingen muss man kontinuierlich im Parlament bleiben. Da habe ich meine Sorge, dass er das nicht schaffen wird.

Herr Habeck, wissen Sie, es ist schon richtig, zu versuchen zu analysieren. Manches von dem, was Sie sagen, ist ja auch bedenkenswert. Aber manches geht auch an den Problemen vorbei, und vor allen Dingen war auch eine gewisse Unlogik darin.

Finanzminister Rainer Wiegard hat heute Vormittag für die Landesregierung den Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 hier eingebracht. Ich möchte Minister Rainer Wiegard an dieser Stelle ausdrücklich für die geleistete Arbeit danken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Er hat einen der härtesten Jobs, die man sich überhaupt denken kann. Er hält unbeirrt am Weg der **Konsolidierung** fest. Das ist gut so, und das verdient, lieber Rainer, mehr als nur Respekt und Anerkennung. Bedanken möchte ich mich auch bei den Kabinettskolleginnen und -kollegen sowie den Fraktionen von CDU und FDP, weil sie diesen schwierigen Kurs - und dieser Kurs ist schwierig - auch mittragen. Gemeinsam stehen wir für die Kon-

solidierung, und gemeinsam haben wir Demonstrationen und Proteste ausgehalten, wie auch heute hier vor dem Hohen Hause, und gemeinsam werden wir auch weiterhin standhaft sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir lassen uns in diesem Kurs nicht beirren, meine Damen und Herren, denn wir wissen, mit tagesaktuellem Populismus lässt sich die Zukunft unserer Heimat und der hier lebenden und arbeitenden Menschen sicherlich nicht sichern. Unsere **Verfassung** - das ist ein zusätzliches Argument; ich sage ganz bewusst, ein zusätzliches Argument - gibt den Kurs auch vor. Daran sollte jeder hier im Saal bei dieser Debatte denken. Wir müssen heute handeln, damit unsere Kinder und Enkel eine gute Zukunft haben.

Die Regierung hat einen Entwurf vorgelegt. Nun ist es nicht nur das Königsrecht, sondern auch die Königspflicht des Parlaments, über die Vorschläge zu entscheiden. Ein jeder hier in diesem Saal steht in dieser Pflicht und in der Verantwortung, dieses zu tun. Wer aus dem vorgelegten Paket einzelne Vorschläge herausnehmen will, der muss andere hineinlegen. Ansonsten geht die Rechnung nun mal nicht auf. Adam Riese ist in der Geschichte außerordentlich unbestechlich. Die **Schuldenbremse** zu beschließen, um sich anschließend in die Büsche zu schlagen und ein „Weiter so!“ zu predigen, das geht nicht, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei CDU und FDP - Der Abgeordnete Lars Harms [SSW] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Lieber Lars Harms, ich habe gerade erst angefangen mit meiner Rede. Nicht so hückelig, ein bisschen mehr Geduld, min Jung. Vielleicht kommt das alles noch, was du jetzt fragen willst. Insofern jetzt keine Zwischenfrage.

Meine Damen und Herren, wer die Konsolidierung nicht mitträgt, handelt verantwortungslos. Wenn wir heute nicht konsolidieren, dann müssen die **Einschnitte bis 2020** umso härter sein. Die Zinslast würde in den nächsten zehn Jahren von 1,1 Milliarden € auf 2,3 Milliarden € anwachsen. Wir alle wissen, dass wir diese Zinslast nicht mehr tragen könnten, meine Damen und Herren. Wenn wir heute nicht konsolidieren, dann sind wir 2020 nicht mehr in der Lage, in Verkehrs- und Forschungsinfrastruktur zu investieren. Und wir werden auch nicht mehr genug Geld haben, um die Gehälter unserer Professoren und Forscher zu zahlen. Wenn wir heute nicht konsolidieren, dann werden wir es 2020

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

nicht mehr schaffen unser Bildungssystem zu finanzieren. Und wenn wir heute nicht konsolidieren, dann werden wir spätestens 2020 in der Situation von Griechenland sein. Ich will das nicht!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir heute nicht konsolidieren, verlieren wir auch die **Konsolidierungshilfe**; das sind 720 Millionen €, meine Damen und Herren. Weil das in einigen Reden, ich glaube auch von Ihnen, Herr Habeck, mit angemerkt wurde: Wir dürfen in den Konsolidierungskurs nicht die 80 Millionen € mit einrechnen, sondern wir müssen deutlich machen, dass wir ohne die 80 Millionen € den Konsolidierungskurs schaffen werden. Deswegen ist es notwendig, auch darauf einzugehen.

CDU und FDP stehen deshalb ohne Wenn und Aber zu der Rückkehr zu den **Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit**. - Herr Stegner, seien Sie still, ich komme noch auf Sie zu sprechen. Ich habe mir das lange überlegt. Er kann auch nicht ohne; das geht nicht. Das sind wir ihm schuldig. Das muss er auch haben. In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir als Kabinett und Abgeordnete von CDU und FDP für diese Konsolidierung gestritten. Es ist kein Vergnügen, danach ausgebuht, ausgepiffen und beschimpft zu werden. Ich habe großes Verständnis für viele, die demonstrieren. Aus der Sicht derer ist das sicherlich eine objektive Belastung. Ich sehe hier die Vertreter der Blindenverbände. Ich habe großes Verständnis und einen großen Respekt, wie manche, insbesondere sie, demonstrieren, ruhig, aber auf ihre Probleme hinweisend. Ich finde, das ist angenehm.

(Beifall bei CDU, FDP und SPD)

All dies auszuhalten lohnt sich nur, wenn man weiß, es geht um nichts weniger als den **Erhalt der Eigenständigkeit Schleswig-Holsteins**, und es geht um die **Zukunft unserer Kinder**.

Natürlich ist es leichter, Politik zulasten künftiger Generationen zu machen. Unsere Vorgänger im Amt bis 2005 haben das viel zu häufig gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Schulden der Vergangenheit gefährden unser Land, und sie gefährden auch die persönlichen Lebensaussichten künftiger Generationen. Das hat mit Generationengerechtigkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun. Deshalb müssen und werden wir umsteuern, hier und jetzt.

Daran ändern auch die derzeit guten Wachstumsprognosen nichts. Kaum zieht die Wirtschaft wieder ein ganz kleines Stück an, denken manche schon wieder über Steuersenkungen oder neue Ausgaben nach. Ich halte von all dem nichts. Jetzt ist es wichtig, Kurs zu halten, und der Kurs heißt: Weniger Ausgaben, weniger Staat und mehr Zukunft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bedanke mich auch bei Rainer Wiegard, insbesondere für den ersten Teil seiner Rede, in der er sehr schonungslos dargestellt hat, wie die Situation in Schleswig-Holstein ist. Es ist notwendig, dass man zunächst einmal eine **Analyse** vornimmt und aufarbeitet, was denn noch an versteckten Verschuldungen dabei waren.

Heiner Garg: **Krankenhausfinanzierung**. Es kann doch nicht angehen, dass man irgendwann einmal die Krankenhausfinanzierung auf andere Beine gestellt hat, indem man den Kreisen gesagt hat - wer war das eigentlich? -: Passt einmal auf, wir haben nicht mehr das Geld für eine Bezuschussung, aber wir zahlen für euch Zinsen und Tilgung. Das führt dazu, dass wir im Jahr 2020 80 Millionen € für Zinsen und Tilgung zahlen und 40 oder 45 Millionen € für die Krankenhausfinanzierung erbringen müssen.

(Zuruf von der CDU: Schattenhaushalt!)

Das ist doch eine unmögliche und unredliche Haushaltspolitik, die da gemacht worden ist!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist **Transparenz** außerordentlich wichtig.

„Praktisch alle Länder, der Bund und die Kommunen haben die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit überschritten. Wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt.“

(Zuruf von der SPD: Ihr, ja! - Lars Harms [SSW]: Ich nicht!)

Ich zitiere ja auch nur den ehemaligen Finanzminister Ralf Stegner aus seiner Haushaltsrede. Das werde ich ja wohl noch dürfen.

Der ehemalige Finanzminister hat zudem gesagt:

„Im Augenblick ist das Reformfenster geöffnet. Diese Chance darf nicht vertan werden.“

Das war die Rede zur Einbringung des Haushalts vom 27. August 2003.

Weiter hat er gesagt - hören Sie bitte gut zu, denn wir reden häufig über einen Punkt, auf den ich gleich noch kommen möchte -:

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Landesregierung legt Ihnen heute“

- 2003; das war der Haushalt für die Jahre 2004/2005 -

„einen verfassungsgemäßen Haushalt vor, durch den sie deutlich macht, wo sie investieren will, wo sie mehr Geld ausgeben will und muss und in welchen Bereichen sie weniger Geld ausgeben, also sparen, muss.“

Herr Stegner, Sie haben heute, glaube ich, mehr als ein Dutzend Mal das Wort „seriös“ gebraucht. Sie haben gefordert, wir müssten zu einer seriösen Finanzpolitik kommen. Der unredlichste und unseriöseste Haushalt, den ich in meiner langen Laufbahn als Parlamentarier und als Ministerpräsident nun kennen gelernt habe, war der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, den Sie hier als verfassungsgemäß hingestellt haben

(Beifall bei der CDU)

und der anschließend von uns analysiert werden musste. Sie werden sich noch erinnern an die Zeiten nach der missglückten Ministerpräsidentenwahl, als wir, mit Ihnen in die Koalitionsverhandlungen eintraten und ich gesagt habe: Wir werden mit Ihnen nur reden, wenn wir einen ungeschminkten Blick mit Ihnen in den Haushalt und auf die finanzielle Situation haben können.

Wie war es? 550 Millionen € Nettoneuverschuldung haben Sie eingebracht, und zwar bei einem Steueraufkommen von gerade einmal 5,1 oder 5,2 Millionen €. Wir fanden noch eine zusätzliche Deckungslücke, meine Damen und Herren, von 940 Millionen € -

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

940 Millionen €, die Sie unredlich versteckt haben! Ich finde, es ist unerhört gewesen, was Sie dort gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen haben Sie überhaupt nicht das Recht, irgendwo mehr Seriosität einzufordern. Sie sollten sich vielmehr wirklich an Ihre eigene Nase fassen.

Meine Damen und Herren, die großen Themen der nächsten Jahre sind **Globalisierung**, **demografische Entwicklung** und **Klimawandel**. Das sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Unsere Politik stellt sich diesen Herausforderungen.

(Zuruf von der SPD: In der Rückschau!)

- Ich schaue nach vorn. Aber irgendwo muss man auch einmal die Grundlage dieses Haushalts, die Grundlage dessen, was wir machen müssen, nämlich zu sparen, herausfinden. Die Gründe für diese Situation sind die **übermäßigen Ausgaben** in den letzten Jahrzehnten. Ich finde, wer nicht begrift, dass das etwas mit der Vergangenheit zu tun hat - Rainer Wiegard hat das deutlich gemacht -, der sollte sich seine Rede noch einmal durchlesen.

Wir stellen uns diesen Herausforderungen, und wir haben in Schleswig-Holstein **Unternehmen**, die in ihrer Branche den Weltmarkt erobert haben, ob in der Brandschutzbranche oder auf dem Markt für Freizeitmobile, ob in der Medizin oder in der Sicherheitstechnik. Schon heute sind viele unserer **Mittelständler** Weltmarktführer. All diese Unternehmen zeichnet eines aus: Sie haben sehr früh die Chancen der Globalisierung für sich entdeckt.

Ich will Ihnen auch ein Beispiel nennen, nämlich die Firma ACO. Die **Firma ACO Ahlmann** wurde 1946 als kleines Betonwerk gegründet. Diese Firma hat ihre Stärken weiterentwickelt und sich auf die Märkte mit den höchsten Erfolgsaussichten konzentriert. Heute ist ACO Spezialist für Entwässerung und vieles mehr. Die Bündelsdorfer haben inzwischen fast alle Olympiastadien mit ihrer Entwässerungstechnik ausgestattet.

Wir bauen unsere Standortvorteile aus. Schleswig-Holstein wird 2020 noch stärker in die Weltwirtschaft eingebunden sein. Wir können uns dagegen wehren. Wir können sagen: Wir wollen das nicht. Wir wollen die Globalisierung nicht. Mit denen, die so etwas sagen, kann ich gerne einmal in Nordstrand auf den Deich gehen, und zwar bei Ebbe. Ich kann dann sagen, ich will diese Ebbe nicht. Diese Ebbe wird aber kommen. Wenn ich kluge Politik mache, Sorge ich doch dafür, dass ich das nutze, was wir haben. Man sollte Wattwanderungen machen, wenn kein Wasser da ist, und segeln, wenn es Wasser gibt.

(Beifall bei der CDU)

Auf den Märkten in Westeuropa, Amerika und Asien sind wir schon heute stark vertreten. Mittel- und Osteuropa bieten uns neue Absatzchancen, die es zu erschließen gilt. Die Landesregierung stärkt kleine und mittlere Unternehmen für die Herausforderungen der Globalisierung. Wir haben eigens eine breit gefächerte Mittelstandsoffensive auf den Weg gebracht.

Mit der **Fehmarnbelt-Querung** wird bis 2018 das größte Infrastrukturprojekt Nordeuropas vor unserer Haustür realisiert. Auch die Ostsee-Kooperation

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

wird in den nächsten Jahrzehnten ein zentrales Thema der Landespolitik bleiben. In den nächsten Monaten wird die Landesregierung ihre Dänemark-Strategie mit einer Perspektive bis 2020 beschließen. Mit Russland und Polen gibt es auch im Osten potenzielle Wachstumsmärkte. Es ist also nicht so, dass wir uns nur auf das Sparen und auf die Verringerung von Ausgaben konzentrieren würden. Wir konzentrieren uns auf moderne Politik, die in die Zukunft gerichtet ist.

(Beifall bei der CDU)

Als Land zwischen den Meeren haben wir ein enormes Potenzial bei der **Windenergie**. Hier wollen wir weiter wachsen. Schleswig-Holstein ist der Schrittmacher der Windenergie. Bei uns stehen bereits 2.600 Windräder. Durch das Repowering bestehender Standorte und durch den Bau von Offshore-Parks haben wir noch ein enormes Wachstumspotenzial. Auch international ist Windtechnik aus Schleswig-Holstein ein echter Verkaufshit.

Wir bauen unsere Schwerpunkte weiter aus. Damit uns das gelingt, setzen wir auf exzellente **Wissenschaft und Forschung**.

Schleswig-Holstein hat sich als Standort für **Gesundheitswirtschaft** und **Medizintechnik** einen Namen gemacht. Die Gesundheitswirtschaft bietet 178.000 Menschen Arbeit und Zukunft. Damit sind wir auch heute schon das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft. Mit der Initiative „Gesundheitsland Schleswig-Holstein“ verknüpfen wir Gesundheitswirtschaft und Gesundheitsforschung. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist das Protonentherapiezentrum hier in Kiel, das in Kürze eröffnet werden wird.

Meeresforschung und **maritime Wirtschaft** made in Schleswig-Holstein sind international anerkannt. Das Kieler IfM Geomar ist weltweit eines der Top-Institute. Wenn jemand von Ihnen etwas über die Veränderung lesen möchte, über die Sie lange diskutiert haben, dann lesen Sie darüber doch heute einmal in den „Kieler Nachrichten“, insbesondere den letzten Satz des Artikels über die neue Struktur beim IfM Geomar. Wir haben das Exzellenzcluster „Zukunft Ozean“, und auch für arabische Investoren sind wir als maritimer Standort interessant. Die schleswig-holsteinischen Werften bieten Hightech auf höchstem Niveau.

Meine Damen und Herren, die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist die Basis - da sind wir uns ja auch einig - für den Erhalt und den Ausbau des Wohlstands. Deshalb bauen wir unsere Einrich-

tungen weiter aus wie das IfM Geomar, wie die Fraunhofer Einrichtungen für Marine Biotechnologie in Lübeck und für Siliziumtechnologie in Itzehoe. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für exzellente Forschung in Schleswig-Holstein.

Ich schließe an das an, was der Fraktionsvorsitzende Christian von Boetticher hier gesagt hat: Nur so bekommen Sie diese Vision in die Wirklichkeit übersetzt.

Unser Ziel ist es, die **Exzellenzfähigkeit** im Land zu erhalten. Deshalb unterstützen wir die CAU auf ihrem Weg zur Elite-Universität. Unsere Forschungsinstitute stehen für gut bezahlte Arbeitsplätze, für Wachstum und für Innovation. Ich will, dass wir als Land sagen können: Selbstverständlich steuern wir unseren Anteil zur Finanzierung bei. Gerade deshalb müssen wir endlich unsere Finanzen in Ordnung bringen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel. Wir werden weniger, wir werden älter. Die Gesellschaft wird auch bunter. Die Landesregierung weiß um die Risiken und Chancen, die sich aus dem demografischen Wandel für Schleswig-Holstein ergeben. Bildung wird dabei zum Schlüssel, mit dem wir die Chancen des Wandels nutzen.

Wir stellen jetzt die Weichen, weil wir in Zukunft früher, anders, länger und mehr lernen werden. Und weil wir früher lernen werden, stärken wir die **frühkindliche Bildung**. Insgesamt stellt das Land zusammen mit dem Bund, mit Bundesmitteln, bis zum Jahr 2013 rund 490 Millionen € für Krippenplätze und Kindertagesstätten bereit. Bereits in diesem Monat startet ein Modellprojekt zur frühen Förderung in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Weil wir anders lernen werden, bekommen unsere **Schulen** mehr Freiheit. Sie können das gemeinsame Lernen mit weniger Schülern weitgehend selbstbestimmt gestalten. Wir setzen auf pädagogische Eigenverantwortung anstatt auf obrigkeitstaatliche Gängelung, und wir bringen mehr Qualität an die Schulen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Weil wir länger und mehr lernen werden, wird die Halbwertszeit unseres Wissens immer kürzer. Wir werden also immer weiter lernen müssen, ein Leben lang. Was in der Vorschule beginnt, hört im Berufsleben nicht auf. Wir wissen, dass im Jahr

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

2020 das Gros der Mitarbeiter in deutschen Unternehmen über 50 Jahre alt sein wird. Auch darauf richten wir die Bildungslandschaft aus, indem wir die **Weiterbildungseinrichtungen** bei ihrer Qualitätsverbesserung unterstützen.

Das sind für uns zentrale Ansatzpunkte, um den demografischen Wandel zu gestalten. Wissen wird wichtiger, und es wird zu einem zentralen Faktor für Wohlstand und für Wachstum.

Meine Damen und Herren, Stadt und Land Hand in Hand, das ist der Motor für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung im Land. Wir wollen sie für den nationalen und internationalen Wettbewerb gut aufstellen. Dafür setzt sich die Landesregierung mit fünf **Bund-Länder-Programmen** ein, mit denen wir unter anderem die Anpassung der kommunalen Infrastruktur unterstützen und die Zentren sowie die städtebauliche Entwicklung stärken.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Herr Ministerpräsident, einen Augenblick, bitte. - Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit und darum, die bilateralen Gespräche, wenn erforderlich, draußen zu führen.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Auch den ländlichen Raum wollen wir für den demografischen Wandel fit machen. Mit dem neuen **Landesentwicklungsplan** geben wir gerade den Menschen im ländlichen Raum neue Entwicklungsperspektiven in die Hand. Wir unterstützen die Kommunen, die über Gemeindegrenzen hinweg zusammenarbeiten wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir die Kräfte bündeln, können wir auch künftig sehr viel schaffen.

Bei meinen Bürgergesprächen in den **Aktivregionen** erlebe ich, wie lebendig und kreativ es in unseren Dörfern zugeht. Ich finde, das müssen wir nutzen und unterstützen. Die MarktTreffs sind schon erfolgreich, und auch für die Schulen im ländlichen Raum werden wir neue Konzepte brauchen. Warum denken wir also nicht neu? E-Learning und andere Modelle dürfen in den nächsten Jahren kein Tabu sein.

Generationengerechtigkeit heißt für mich auch, die Gesellschaft auf neue Strukturen vorzubereiten. Unser Ziel ist die Förderung von Familien und die

Anpassung der Strukturen an weniger Menschen und an ältere Menschen. Unsere **Familien** müssen gestärkt werden. Die Landesregierung unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir bauen die Kinderbetreuung aus, wir stellen sicher, dass unsere Kinder gute Bildungschancen haben. Und an die Arbeitgeber appelliere ich: Nur wer familienfreundliche Strukturen schafft, ist für seine Angestellten auch langfristig attraktiv.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der öffentliche Dienst hält schon heute viele Angebote für diese Vereinbarkeit bereit.

Älter werdende Menschen sollten solange wie möglich selbstbestimmt in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus leben können. 2030 werden mehr als ein Drittel unserer Einwohner über 60 Jahre alt sein. Wir müssen in dieser demografischen Entwicklung auch eine Chance sehen. Unsere Senioren sind zunehmend ein Wirtschaftsfaktor. Bereits heute stammt jeder zweite €, der in Deutschland ausgegeben wird, aus dem Portemonnaie der über 50-Jährigen. Das bietet Schleswig-Holstein auch wirtschaftliche Chancen, zum Beispiel im Tourismus. Wir brauchen eine große Vielfalt an altersgerechten Angeboten. Generationengerechtigkeit bedeutet auch Teilhabe. Immer mehr alte Menschen werden immer länger am Arbeitsleben und an Freizeitaktivitäten teilnehmen. Wir müssen uns durch flexible Arbeitsangebote und altersgerechte Sport- und Erholungsangebote hierauf einstellen.

Meine Damen und Herren, der Anteil der **Menschen mit Migrationshintergrund** wird sich auch in unserem Land deutlich erhöhen. Auch das ist eine Folge des demografischen Wandels. Die Landesregierung hat in diesem Juli die Aufstellung eines Aktionsplans Integration beschlossen. Wir setzen uns damit für gezielte Förderung und für mehr Chancen für Zuwanderer in Schule und Arbeitswelt ein.

Neben der Globalisierung und der demografischen Umgestaltung gibt es eine weitere Herausforderung für die zukünftige Politik, nämlich den **Klimawandel**. Wir stellen uns darauf ein. Die Heimat erhalten, das ist unser Ziel. Schleswig-Holstein wird die Auswirkungen des Klimawandels unmittelbar spüren. Wir sind besonders vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen. Um unsere Küstenlinien zu erhalten, investieren wir jährlich 60 Millionen € in den Küstenschutz. Wir brauchen höhere und besser gesicherte Deiche und Uferzonen. Um dies gewährleisten und finanzieren zu können, haben wir zusätzlich auch den Vorschlag einer Küstenschutzab-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

gabe eingebracht. Aber wir müssen auch hierfür, um dies finanzieren zu können, erst einmal unseren Haushalt in Ordnung bringen.

Die Veränderung des Klimas wird die Vegetation und die Tierwelt beeinflussen. Umso wichtiger ist es, mit unserer Landesstrategie **Naturschutz 2020** die biologische Vielfalt in Schleswig-Holstein zu erhalten. Um unser Klima zu schützen, haben wir uns bis 2020 ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir drosseln den Energieverbrauch, wir steigern den Anteil der erneuerbaren Energien am heimischen Stromverbrauch rechnerisch auf deutlich über 100 %, und wir reduzieren die Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber 1990. Unser Energiekonzept und das vorgesehene Energie- und Klimaschutzprogramm sind dabei unser ehrgeiziger Zeitplan.

Nachhaltige Energiepolitik und wirtschaftliches Wachstum hängen bei uns zusammen. Wir wollen den Weg in eine nachhaltige Energiezukunft gehen und gleichzeitig Schleswig-Holsteins Position auf dem europäischen Markt stärken. Wir setzen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze, und wir setzen gleichzeitig auf Energieeinsparung und Energieeffizienz. Auch 2020 muss Energie in Schleswig-Holstein bezahlbar, sicher und sauber sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, all das sind lohnenswerte Ziele, für die wir die Sparanstrengungen auf uns nehmen. Nur so wird der Standort Schleswig-Holstein in zehn Jahren mit den folgenden Markenzeichen punkten: mit einer lebenswerten Umwelt in Städten und Gemeinden, einer exzellenten Forschungslandschaft und einer gut aufgestellten Wirtschaft sowie einer leistungsfähigen Infrastruktur. Ich bin mir jeden Abend, wenn ich nach Hause gehe, und auch morgens sicher: Dafür lohnt es sich zu konsolidieren, und dafür lohnt es sich, diese Anstrengungen, die nicht nur in den Kopf gehen, sondern manchmal auch ins Herz stoßen, auf sich zu nehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, der beste Zeitpunkt, einen Baum zu pflanzen, war vor 30 Jahren.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir schon mal gehört!
- Weitere Zurufe)

- Ja, macht ja nichts. Es gibt Dinge, die Sie gar nicht oft genug hören können, zum Beispiel das Vaterunser kann man gar nicht oft genug hören oder selbst auch einmal beten. Es gibt viele Dinge, da

sollten Sie sich nicht aufregen, wenn Sie die das zweite Mal hören. Das zeigt nur, dass Sie ein gutes Gedächtnis haben.

Für diejenigen, die es noch nicht begriffen haben: Der beste Zeitpunkt, einen Baum zu pflanzen, war vor vielen Jahren, vor 30 Jahren, der zweitbeste Zeitpunkt ist jetzt. Deshalb müssen wir jetzt unseren Baum pflanzen, auch wenn der Boden um uns herum steinig ist. Vor uns liegt eine harte Zeit. Wenn wir es schaffen, unseren Haushalt zu konsolidieren, dann werden wir nach 2020 auch die Früchte an diesem Baum ernten können. Heute machen wir dazu den ersten und deswegen auch den wichtigsten Schritt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die verabredete Redezeit für die Landesregierung betrug 40 Minuten. Die hat der Herr Finanzminister heute Vormittag bei der Einbringung des Haushalts benötigt. Durch die Redezeit des Herrn Ministerpräsidenten von 29 Minuten hat sich die Redezeit für jede Fraktion entsprechend verlängert. Das heißt, die Fraktionen, die heute in der ersten Runde die volle Redezeit gebraucht haben, haben jetzt noch 29 Minuten. Die Fraktionen, die heute Morgen noch nicht die gesamte Redezeit genutzt haben, haben den Rest aus der ersten Runde plus 29 Minuten.

Ich rufe jetzt den Herrn Oppositionsführer, Dr. Ralf Stegner, für die SPD-Fraktion auf.

(Tobias Koch [CDU]: Der war schon dran! - Weitere Zurufe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir in den letzten 25 oder 30 Minuten - 29 waren es, glaube ich - angehört, was Sie gesagt haben, Herr Ministerpräsident.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Und nichts verstanden!)

- Doch, ich habe es gut verstanden. Ich habe zwischenzeitlich einmal die Augen zugemacht und gedacht: Das ist etwa so wie in den 50er-Jahren, wenn „Papa Heuss“ am Radio geredet hat. Das war ein populärer Mann; das ist kein unfreundliches Wort.

Sie haben von Anstrengungen gesprochen, Herr Ministerpräsident. Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie Ihren Redenschreiber zu mehr Anstrengun-

(Dr. Ralf Stegner)

gen anhalten, denn das, was Sie hier vorgetragen haben, klang ein bisschen wie die Fünfjahresendlosschleife dessen, was Sie diesem Hause hier schon sehr oft gesagt haben. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, hört sich gut an. Ich finde es prima, wenn Sie die Demonstranten ansprechen. Ich glaube Ihnen sogar, wenn Sie sagen, es falle Ihnen nicht leicht, den Schwächsten etwas wegzunehmen. Nur ist es doch Ihre eigene Entscheidung, dass Sie bei der Steuerpolitik im Bundesrat das machen, was Sie richtig finden, und denjenigen, die sowieso am wenigsten haben, etwas wegnehmen.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Ich kann mich gut entsinnen, als Sie uns entgegengekommen sind und gesagt haben: So eine Einrichtung wie Refugio in Kiel könne sich das Land einfach nicht mehr leisten. Das sind zwar die ärmsten Menschen, die verfolgt werden, und trotzdem sagen Sie so etwas. Das passt nicht zu den hehren Worten, die Sie hier eben gesprochen haben, Herr Ministerpräsident. Insofern waren das große Worte, aber leider war es keine große Rede.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Oppositionsführer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Carstensen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Gern.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Herr Stegner, können Sie sich erinnern, dass wir zum Ende der letzten Legislaturperiode, als wir noch die Große Koalition hatten, die Häuser gebeten haben, Einsparvorschläge zu machen? Ist Ihnen bewusst, dass gerade die Einsparung bei Refugio ein Vorschlag war, der aus dem damals SPD-geführten Innenministerium kam?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Aha!)

- Die Antwort ist nicht richtig.

(Lachen bei CDU und FDP)

Erstens ist die Antwort nicht richtig, und zweitens mögen Sie sich vielleicht erinnern, dass Sie unter Verweis darauf, es kämen keine Einsparvorschläge, insbesondere nicht aus den SPD-geführten Häusern, die Koalition im Juli aufgekündigt haben. Das ist mein Erinnerungsvermögen an das Ende der Großen Koalition. Übrigens kam aus Ihren Häusern noch weniger, wenn ich das einmal sagen darf.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

- Es geht um Refugio, und ich weiß, wie Sie aufgetreten sind. Übrigens hat mir derjenige, der den Verein führt, erzählt, wie Sie das berichtet haben. Was Sie hier sagen, ist so nicht richtig.

(Zurufe)

Ich wollte auf den Punkt eingehen, dass die hehren Worte, die Sie hier verwenden, und die Taten etwas Unterschiedliches sind. Sie reden hier über Energie und die Energiewende, und Sie tragen dazu bei, dass der Atommüll in Schleswig-Holstein mehr wird, indem Sie die Revolution, die da in Berlin von der Bundeskanzlerin verkündet worden ist, auch noch unterstützen.

Das Zweite. Herr Ministerpräsident, Sie haben hier sehr viel über Standhaftigkeit gesprochen, und Standhaftigkeit ist etwas Gutes. Ich halte sehr viel von Standhaftigkeit. Aber Standhaftigkeit setzt auch eine Haltung voraus. Ich habe vorhin das Erstaunen in den Gesichtern einiger Kollegen bei der Union gesehen, weil denen noch gar nicht aufgefallen ist, dass Sie in Ihrem Haushaltsbegleitgesetz beschlossen haben, die Eltern bei den Kosten der **Schülerbeförderung** zwingend mit 30 % zusätzlich zu belasten. Können Sie mir einmal Ihre Standhaftigkeit beschreiben, die Sie beim Thema Schülerbeförderungskosten an den Tag gelegt haben? Ich würde das nicht Standhaftigkeit nennen, sondern würde sagen: Ein Zickzackkurs ist eine gerade Linie im Verhältnis zu dem, was Sie da gemacht haben.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Oppositionsführer, würden Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Carstensen zulassen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem größten Vergnügen.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Kollege Stegner, können Sie sich vielleicht erinnern - das ist leider noch ein bisschen länger her, da hatten wir noch einen anderen Innenminister -, dass es dieser Innenminister war, der einen heftigen Streit mit dem damaligen Wirtschaftsminister Dietrich Austermann hatte, als es darum ging, die regenerativen Energien, insbesondere die Windenergie, bei uns in Schleswig-Holstein weiter auszubauen, zum Beispiel von 1 % auf einen höheren

(Dr. Ralf Stegner)

Satz zu gehen und viele Restriktionen abzubauen?

- Herr Carstensen, das ist ein Märchen, das Sie oft erzählen, aber es ist nicht wahr.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich glaube, dass es das Publikum eher langweilt, wenn wir hier gemeinsam Vergangenheitsbewältigung betreiben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Zurufe)

Das ist nicht mein Ansatz, aber höflich, wie ich bin, muss ich die Frage beantworten, wenn Sie es mir gestatten. Ich wollte eigentlich über die Zukunft reden, aber Ihre Zwischenfragen sind typisch, Herr Carstensen, denn Sie haben hauptsächlich über die Vergangenheit geredet, das ist in der Tat wahr.

Ich will Ihre Frage gern beantworten. Wir haben gesagt, wir wollen den Ausbau der Windenergie, wir wollen das allerdings auf eine Art und Weise, dass wir nicht hunderte Prozesse im Land bekommen, die mit der Bevölkerung so ausgestaltet wird, dass das funktioniert.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Blockiert haben Sie! - Sandra Redmann [SPD]: Nein!)

Das war die Haltung, die der damalige Innenminister hatte. Versuchen Sie nicht, das wegzureden. Vom Windland Nummer 1 sind wir unter Ihrer Führung ein ganzes Stück zurückgefallen. Der Fortschritt ist unter sozialdemokratisch geführten und rot-grünen Regierungen hier erfolgt.

Ich war bei Ihrer Standhaftigkeit. Ich wünschte mir ein bisschen, dass Sie gerade bei so einem Thema wie Schülerbeförderungskosten Ihre Standhaftigkeit auch einmal einhalten würden. Herr Ministerpräsident, ich will es einmal sehr freundlich ausdrücken: Warum haben Sie jetzt in Ihrer Regierungszeit wieder so oft Ihre Meinung gewechselt? Bei der Polizei, bei den Kita-Gebühren, beim UK S-H oder bei den dänischen Schulen? Kabinett Carstensen 2 hat mit Kabinett Carstensen 1 offenkundig gar nichts mehr zu tun. Obwohl Sie viel über die Vergangenheit reden, ist das mit dem Erinnerungsvermögen offenbar doch nicht so weit her, denn sonst würden Sie nicht Standhaftigkeit für sich reklamieren.

Ich will ein Drittes sagen! Sie haben sich selbst ein bisschen dafür gelobt, dass Sie es aushalten, wenn Sie bei Veranstaltungen ausgebuht und ausgepiffen werden.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sie nicht! Sie schüren den Hass!)

- Immer zurückhalten, Herr Kollege! Wir machen das ja ganz freundlich miteinander.

Es geht ja nicht darum, dass die Menschen nur wegen der Inhalte dessen, was Sie tun, pfeifen, sondern sie erleben, dass Sie mit den Menschen gar nicht sprechen, dass Sie sie vorher gar nicht beteiligen, dass Sie das durchziehen, was Sie wollen, ob es richtig ist oder nicht, und das dann auch noch standhaft nennen, dass sie in Wirklichkeit den Inhalt und Stil dessen, was Sie tun, kritisieren. Haben Sie eigentlich ein Wort dazu gesagt, was Ihr Koalitionspartner in Lübeck gemacht hat? Habe ich irgendein Wort vom Regierungschef dieses Landes dazu gehört, wie mit den Menschen dort umgegangen worden ist, die instrumentalisiert worden sind, als seien sie Schachfiguren auf einem Schachbrett? Ein Wort des Ministerpräsidenten? - Keinen Ton dazu. Wo ist da eigentlich die Führung, frage ich Sie. Die ist nicht da. Das merkt jeder. Insofern ist es mit der Standhaftigkeit auch an der Stelle nicht so besonders weit her.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin gesagt, es sei leicht, Politik zulasten der zukünftigen Generationen zu machen. Das ist die Übersetzung für das, was der Bildungsminister jeden Tag tut. Er macht Politik zulasten der zukünftigen Generationen, indem er hier ein **Bildungschaos** anrichtet, was uns weit zurückwirft und die Chancen der zukünftigen Generationen verspielt. Das ist das, was Ihre eigene Regierung tut. - Schade, ich muss Ihnen wirklich sagen, Herr Minister Klug, wir hätten das gar nicht gedacht. Seit Jahrzehnten beschäftigen Sie sich mit dem Thema Bildung im Landtag, jetzt sind Sie Minister geworden, und das, was Sie tun, ist leider für die Schulen in diesem Land so furchtbar traurig und bringt uns kein Stück voran. Und der Ministerpräsident schweigt dazu. Das ist das, was man hier feststellen muss. Nein, mit der Vergangenheitsbewältigung kommen wir nicht weiter, sondern wir müssen uns mit der Zukunft befassen.

Sie haben vorhin gesagt, Sie könnten der Logik des Kollegen Habeck nicht folgen. Ich finde nicht, dass das gegen den Kollegen Habeck spricht, wenn ich ehrlich sein soll.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie hier vorgetragen haben - bezogen auf die **Haushaltsdaten**; Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze, ich wollte jetzt nicht über den Heimatdialog zwischen Ihnen beiden reden -, dieser Punkt,

(Dr. Ralf Stegner)

wo Sie das Zahlenwerk der Landesregierung auseinander genommen haben, das hatte sehr wohl eine Logik. Wir hätten eigentlich alle erwartet, dass darauf eine Reaktion kommt und nicht nur Zwischenrufe. Aber nichts dergleichen ist erfolgt.

(Beifall bei der SPD)

Wo ist die Logik der Zahlen? Der Finanzminister, der hatte heute einen schwarzen Tag. Das kann vorkommen. Aber es kommen überhaupt keine Antworten zu diesem Thema. Das Zahlenwerk ist nicht logisch, es ist zusammengekleistert und rechnet sich nicht.

Dann haben wir den Kollegen von Boetticher. Der hat heute seine „I-have-a-dream-Rede“ gehalten.

(Heiterkeit)

Das ist ein hübscher Ansatz. In Ihrer Situation - Sie sind der Hoffnungsträger der Union; ich finde Sie ja auch sehr sympathisch; und ich finde es überhaupt klasse, dass Sie einen Hoffnungsträger haben - halten Sie so eine Rede. Das Problem ist nur, wenn ich Ihren Sitznachbar angucke, dann gilt das, was Friedrich Schiller in Wilhelm Tell geschrieben hat: Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Das ist das, was dabei herauskommt, wenn Sie Ihre Reden halten und dann in der Wirklichkeit landen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Denn ihr Nachbar hat sich hier heute so richtig als Angstbeißer dargestellt, als jemand, der die 5-Prozent-Hürde im Auge hat und weiß, jeder Tag, den wir eher wählen, kann das passieren, was er immer den anderen prognostiziert, dass nämlich irgendwann wirklich ein Ende der Ära des „Herrn K.“ im Land Schleswig-Holstein kommen könnte.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht ist das auch deshalb so, weil auch ihre Kollegen, von denen hier ganz viele sitzen, merken, dass es auf Dauer mit diesem Ansatz - was Seriosität angeht - im Land Schleswig-Holstein nicht funktioniert. Insofern sollten Sie vielleicht diese Debatte heute noch einmal für sich analysieren, vielleicht kommen Sie dann zu etwas anderem.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn man sich heute aber die ganze Debatte angehört hat, ist etwas sehr deutlich geworden. Ich muss zugeben, obwohl ich ein optimistischer Mensch bin, hätte ich vor einem Jahr noch nicht gedacht,

dass das so schnell geht. Es ist deutlich geworden, wo die Zukunft und wo die Vergangenheit liegen. Das ist in diesem Haus heute so etwas von überdeutlich geworden. Sie müssen wissen, das Ende dieses Doppelhaushaltes, den Sie vielleicht noch mit einer Einstimmenmehrheit beschließen werden, werden Sie auf der Oppositionsbank erleben. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommen wir endlich einmal zu den Zahlen!)

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hätte nicht erwartet, hier heute direkt nach dem Oppositionsführer zu sprechen. Aber wer ahnt auch schon, dass Herr Stegner jetzt alle Redebeiträge der SPD selber hält.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit der heutigen Lesung des Haushaltsgesetzes stehen wir erst am Anfang der parlamentarischen Beratungen zum Doppelhaushalt 2011/2012. Doch bevor diese Beratungen überhaupt begonnen haben, hat die Kollegin Heinold als finanzpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einmal schnell zum Taschenrechner gegriffen, kurz nachgerechnet und anschließend ein vernichtendes Urteil über die Regierungsvorlage gefällt, welche sie dann auch umgehend der Presse in die Feder diktiert hat.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hilft manchmal!)

- Manchmal, aber in diesem Fall mit Sicherheit nicht, wie Sie sehen werden.

Das Urteil der Kollegin Heinold lautet: Die Landesregierung verschweige den Ernst der Lage. Finanzminister Wiegard rechne sich reich, und dem Papier mangle es schlicht an Transparenz.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- So ist es nachzulesen in der Presseerklärung und in der anschließenden Berichterstattung in den

(Tobias Koch)

„Kieler Nachrichten“. Wenn Sie da falsch zitiert sein sollten, Frau Kollegin Heinold, dann nehme ich das zurück, aber so ist es nachzulesen, in den „Kieler Nachrichten“. Ich habe das Zitat dabei, ich könnte es Ihnen noch einmal vortragen. Das ist sogar in Anführungsstriche gesetzt, Frau Kollegin.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

„Wiegard rechnet sich die Zahlen schön“.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reich! Das ist ein Unterschied zu „schön“! – weitere Zurufe)

- In der Überschrift heißt es auch „schön“. Gut. Den Punkt mag ich Ihnen noch zugestehen, ob „reich“ oder „schön“, der Punkt geht an Sie. Mir reicht es, wenn ich bei den restlichen Punkten heute recht behalte.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, auf Seite 1 des Finanzplans wird die **Entwicklung der Verschuldung** des Landes seit dem Jahr 1990 aufgezeigt, und zwar nicht nur des offiziellen Landeshaushaltes, sondern inklusive aller **Schattenhaushalte** bei der Liegenschaftsgesellschaft, bei der Beteiligungsgesellschaft und bei der Krankenhausfinanzierung - alles Schattenhaushalte, die zur rot-grünen Regierungszeit geschaffen worden sind.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür haben wir Sie gelobt!)

Das nenne ich ein Höchstmaß an Transparenz, wenn Ihre Schattenhaushalte hier transparent dargestellt werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Seite 6 des Finanzplans führt uns vor Augen, dass zu rot-grüner Regierungszeit die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein im Rahmen der **Gewährträgerhaftung** mit sagenhaften 168 Milliarden € für die HSH Nordbank gerade gestanden haben. Der schleswig-holsteinische Anteil daran entsprach mehr als dem Zehnfachen des kompletten Landeshaushaltes zu rot-grüner Regierungszeit. Auch das ist ein Höchstmaß an Transparenz. Ich kann diese Aufzählung jetzt beliebig weiter fortsetzen.

Auf Seite 12 ist gut zu sehen, wie zu rot-grüner Regierungszeit Investitionen gekürzt und stattdessen konsumtive Ausgaben erhöht wurden. Die Seiten 13 und 14 zeigen, wie es durch die Steuersenkungspolitik der rot-grünen Bundesregierung dazu

kam, dass trotz eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums die Steuereinnahmen in Schleswig-Holstein seit 1998 stetig gefallen sind und im Jahr 2004 über 300 Millionen € niedriger lagen als sechs Jahre zuvor.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

An dieser **Transparenz** war der Kollegin Heinold offenbar nicht gelegen. Wir zumindest können feststellen, dass dieser vorgelegte Finanzplan ein Höchstmaß an Transparenz schafft.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist alles von uns gelobt worden!)

Wer sich dann die Projektionen des Finanzplans für den Zeitraum ab 2020 anschaut, der wird auch dort eine äußerst besorgniserregende Entwicklung ablesen können. Darauf ist heute Morgen schon eingegangen worden. Die Zinsausgaben des Landes, ebenso wie Personalkosten inklusive Pensionszahlungen, schnellen empor. 600 Millionen € mehr an Zinslasten und fast 700 Millionen € mehr an Personalkosten. Angesichts dieser Dramatik kann wahrlich keine Rede davon sein, dass hier der Ernst der Lage verschwiegen und sich der Finanzminister diese Zahlen schön rechnen würde. Das kann man nun wahrlich nicht sagen. Der Vorwurf ist hier vollkommen haltlos.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weiter!)

Erschwerend kommt hinzu - das ist heute Morgen deutlich gemacht worden -, dass die dargestellte Entwicklung einer politischen Beeinflussung weitgehend entzogen ist. Es sind unvermeidbare Belastungen aus der Vergangenheit, die hier hochzurechnen sind auf die Zukunft, an denen sich aber wenig ändern lässt, wenn die Zahl der Versorgungsempfänger allein in den nächsten zehn Jahren um 10.000 Personen zunimmt.

Meine Damen und Herren, an welcher Stelle rechnet sich der Finanzminister die Darstellung seiner Zahlen schön? Wenn man der Einschätzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgt, dann tut er dies bei den **kalkulierten Steuereinnahmen**. Ich will gern versuchen, da ein wenig für Aufhellung zu sorgen. Der für das Jahr 2020 berechnete Wert von rund 9 Milliarden € ergibt sich, wenn man die Steuereinnahmen im Falle einer konjunkturellen Normallage zuzüglich Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisung und KFZ-Steuer-Kompensation mit einer jährlichen Rate von 2,5 % fort schreibt. Diese Wachstumsrate liegt unterhalb des

(Tobias Koch)

langfristigen Durchschnitts der **Wachstumsrate** in Höhe von 2,7 % -das ist der Seite 33 zu entnehmen. Sie wird selbst von den Grünen als realistisch angesehen. 2,5 %, sagt Frau Heinold, das ist in Ordnung, das ist realistisch.

Wenn Frau Heinold ihren Taschenrechner bemüht, kommt sie dennoch zu einem ganz anderen Ergebnis. Woran liegt das nun? Das liegt daran, dass Frau Heinold für ihre Berechnungen einzig und allein auf die Tabelle der Seite 43 abstellt und dort auch nur eine einzige Zeile nimmt, nämlich die erste Zeile der Steuereinnahmen. Aufgrund dieser isolierten Betrachtung kommt sie dann zu ihrer Schlussfolgerung. Auf diese eine einzige Zeile bauen Sie Ihre gesamte Argumentation auf, die Sie der Landesregierung vorhalten.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist die Zeile denn falsch? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht ausreichend!)

- Nein, aber Ihre Berechnungen und Schlussfolgerungen sind falsch, Frau Kollegin Heinold.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Steigerung von 4,1 % werden Sie wohl nicht bestreiten!)

- Das ist falsch. Sie übersehen dabei nämlich gleich drei Dinge auf einmal, Frau Kollegin. Drei Dinge auf einmal, das gibt es offensichtlich nicht nur beim Überraschungsei, sondern offensichtlich auch bei Ihrer Haushaltsanalyse.

Erstens stellen Sie bei Ihrer Berechnung allein auf die reinen Steuereinnahmen ab, auf die erste Zeile.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht ja drin!)

Im Finanzplan steht, dass sich die Wachstumsrate von 2,5 % auf die **Gesamtsumme der Steuereinnahmen** inklusive Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen und Kfz-Steuerkompensation bezieht. Das heißt, Sie müssen zu der von Ihnen verwendeten ersten Zeile weitere 320 Millionen € Kfz-Kompensation aus der dritten Zeile - Sonstige Erträge - hinzurechnen, und Sie müssen aus der vierten Zeile 220 Millionen € Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen hinzurechnen, um die Gesamtsteuereinnahmen zu erfassen und auf dieser Basis die Steigerungsrate zu berechnen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter Koch, einen Moment. - Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Heinold, das war der erste von drei Fehlern. Meine Rede ist noch nicht zu Ende. Wir stellen fest: nicht die Gesamtheit der Steuereinnahmen. Sie haben rein die Steuereinnahmen, die dem Land direkt zufließen, ohne Länderfinanzausgleich, ohne Bundesergänzungszuweisung und ohne Kfz-Kompensation berechnet.

Der zweite Fehler, den Sie bei Ihrer Berechnung machen, ist, dass Sie auf die **erwarteten Steuereinnahmen des Jahres 2010** als **Ausgangsbasis** abstellen und diese mit den Steuereinnahmen des Jahres 2020 bei **konjunktureller Normallage** vergleichen und dann die prozentuale Entwicklung ausrechnen. Da begehen Sie aber einen systematischen Fehler. Wir haben nämlich im Jahr 2010 weiß Gott keine konjunkturelle Normallage. Die Schuldenbremse geht aber von einer konjunkturellen Normallage aus. Das heißt, Sie müssen die Berechnungsbasis, mit der Sie die Berechnung beginnen, um diesen ermittelten Konjunkturreffekt von 500 Millionen € bereinigen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Sonst können Sie anschließend nicht mit Durchschnittsprozentsätzen weiterrechnen.

Wir haben also folgende Situation: Wir haben die 5,55 Milliarden €, die Sie genommen haben. Hinzu kommen 540 Millionen € Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen und Kfz-Kompensation. Dann sind wir bei 6.090.000 €. Hinzu kommt der Konjunkturreffekt in Höhe von 500 Millionen €. Dann sind wir genau bei den 6.590.000 €, die Sie in der Grafik auf Seite 31 als Ausgangsbasis finden. 6.590.000 €.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dieser Ausgangswert - das ist die richtige Bemessungsgrundlage - wird mit einer jährlichen Wachstumsrate von 2,5 % bis zum Jahr 2020 fortgeschrieben. - Alles mit dem Taschenrechner nachzurechnen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

6,589 mal 1,025¹⁰ ergibt 8,5 Milliarden € im Jahr 2020. 8,5 Milliarden €.

(Tobias Koch)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Können Sie das nachvollziehen, oder soll er das noch einmal erklären?)

Das war der zweite Fehler, die Nichtberücksichtigung des Konjunkturreffektes.

Aufgrund dieser beiden Berechnungsfehler, die Sie in Ihrer Berechnung vornehmen, kommen Sie zu dem vollkommen abwegigen Ergebnis, dass Steuererhöhungen in Höhe von 1,2 Milliarden € nicht einkalkuliert wären.

Das Problem ist nicht, dass wir eine Haushaltslüge präsentieren.

(Thorsten Fürtter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben doch Sie gesagt!)

Das Problem ist einfach: Sie haben immer wieder, monatlang, eine neue **Zehn-Jahres-Finanzplanung** gefordert. Jetzt, wo eine solche Planung erstmals vorliegt, kommen Sie mit der neuen Systematik noch nicht zurecht. Das ist nicht so dramatisch. Das kann man sich alles erklären lassen. Aufgrund der spontanen ersten eigenen Analyse hier einen derartigen Vorwurf zu erheben, fand ich heute Morgen schon sehr bedauerlich.

Denn es sind nicht 1,2 Milliarden € **Steuererhöhungen**. Wenn man auch hier genau nachliest und sich nicht nur die Tabelle anschaut, sondern auch den ergänzenden Text, finden Sie auf Seite 31 den Hinweis, dass die Regierung davon ausgeht, dass ab dem Jahr 2013 - letzter Absatz, Modell B - die vorgenommene Absenkung der Steuerbasis aus den Jahren 2008 und 2009 wieder aufgeholt wird. Wie aus der Tabelle auf Seite 27 hervorgeht, handelt es sich hierbei für Schleswig-Holstein um rund 400 Millionen €. Das sind die 400 Millionen €, die - wir waren bei 8,5 Milliarden € angelangt - noch zu den 8,9 Milliarden € fehlen, die im Jahr 2020 hier stehen.

Wir brauchen strukturelle Veränderungen von rund 400 Millionen €, mit denen die Entlastungen aus den Jahren 2008/2009 wieder aufgeholt werden. Wenn es in den beiden letzten Jahren möglich war, Steuererleichterungen in dieser Größenordnung zu gewähren, um damit der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken und Wachstumsimpulse zu setzen, ist es sicherlich angemessen und plausibel, nach dem erwarteten Ende der Krise in gleichem Umfang Steuererleichterungen wieder abzubauen. Dann können Sie sich daran ergötzen und daran erfreuen, dass es aus heutiger Sicht Steuererhöhungen sind.

Ich sage Ihnen aber: Wenn der Bürger im Jahr 2017 in dem gleichen Maß steuerlich belastet ist, wie er

es zehn Jahre vorher, im Jahr 2007, nämlich vor der Krise, war, also die steuerliche Belastung im Jahr 2017 genauso hoch ist wie im Jahr 2007, würde ich nicht von Steuererhöhungen spreche. Aber wenn das für Ihre Ideologie notwendig ist, dann tun Sie das. Ich will Sie dann gar nicht davon abhalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie sehen, Herr Kollege Habeck, Sie haben heute Morgen auf Basis Ihrer eigenen fehlerhaften Berechnungen die moralische Keule geschwungen und uns Unehrlichkeit und Haushaltslüge vorgeworfen. Ich bin jederzeit bereit, inhaltlich über jede einzelne Kürzungsmaßnahme, über Einnahmeverbesserungen zu diskutieren. Aber dass Sie uns hier Unehrlichkeit vorwerfen, dass Sie uns die Ehrlichkeit unserer Absicht absprechen, finde ich unanständig und auch ehrverletzend.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen politisch nicht in jeder einzelnen Detailfrage einer Meinung sein, aber akzeptieren Sie bitte, dass wir das ehrliche, feste Bestreben haben, dieses Land zu konsolidieren, die Neuverschuldung auf null zurückzuführen, und dass wir das nach bestem Wissen und Gewissen ganz seriös tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich hoffe, auch dem Kollegen Stegner ist jetzt die Logik der Zahlen verständlich geworden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Legt man diese **Steuereinnahmeentwicklung** für die nächsten zehn Jahre zugrunde, ergibt sich ganz automatisch der kommunale Finanzausgleich, der prozentual an die Steuereinnahmen des Landes gekoppelt ist. Da ferner durch die Schuldenbremse das verbleibende maximale Schuldenbudget vorgegeben ist, ergibt sich zwangsläufig das bleibende Budget für Zuweisungen und Zuschüsse. Die Finanzplanung zeigt uns wiederum, dass das Budget bis zum Jahr 2020 gegenüber dem heutigen Stand um 720 Millionen € gesenkt werden muss, aber nicht, weil das unser innigster politischer Wunsch oder Wille ist, sondern ganz einfach, weil die Rechnung ansonsten nicht aufgeht und die Vorgaben der Verfassung verfehlt würden.

An dieser Stelle will ich an die Fraktion DIE LINKE nach ihrer heutigen Rede fragen, ob sie sich überhaupt zu diesen Verfassungsvorschriften bekennen, ob sie auf dem Boden unserer Landesverfassung stehen und die Schuldenbremse nach ihren politischen Vorstellungen eingehalten wird.

(Tobias Koch)

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Wir haben nicht zugestimmt! - Weitere Zurufe von der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Grundgesetz gilt für Sie jetzt nicht, weil Sie nicht mitgestimmt haben! Das ist stark!)

- Das interpretiere ich als Nein, Frau Jansen, auf meine Frage, ob Sie die Verfassungsvorschriften nicht anerkennen.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Das ist ein Missverständnis!)

- Ihre heutigen Aussagen lassen anderes vermuten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dem Grundgesetz haben Sie auch nicht zugestimmt!)

Die finanzpolitische Leistung des vorliegenden Entwurfs besteht darin, dass die ersten 270 Millionen € von diesen 720 Millionen € in den ersten beiden Jahren, 2011 und 2012, umgesetzt und exakt benannt werden. Das ist die eigentliche finanzpolitische Leistung. Für die Folgejahre hat die Haushaltsstrukturkommission ebenfalls Vorschläge unterbreitet, und zwar an den Stellen, an denen aufgrund langjähriger Vorlaufzeiten bereits heute politische Entscheidungen zu treffen sind.

Vollkommen abwegig ist es hingegen zu erwarten, dass es bereits heute möglich wäre, jede einzelne Kürzung innerhalb der nächsten zehn Jahre genau zu beziffern. Vielmehr wird es darum gehen, mit jedem weiteren Haushaltsplan die Kürzungsmaßnahmen fortzuschreiben und in dem erforderlichen Umfang umzusetzen.

Wiederum keinerlei Perspektive bietet dagegen die Konklusion der Grünen, die am Ende von Herrn Habeck gezogen wurde und die da lautete, Schleswig-Holstein könne die **Schuldenbremse nicht aus eigener Kraft umsetzen**. Ja, was dann, Herr Habeck? Wenn die Grünen Aufgabenkürzungen in dem erforderlichen Umfang ablehnen und gleichzeitig argumentieren, dass Einnahmeverbesserungen, die über das hinausgehen, was die Landesregierung jetzt einstellen wird, unrealistisch sind - Sie haben mit 70 Milliarden € argumentiert -, wie soll es uns dann gelingen, diese Schuldenbremse einzuhalten? Dann bleibt am Ende nur das, was uns Professor Seitz schon vor mehreren Jahren empfohlen hat, nämlich noch ein bisschen an der Förde spazieren zu gehen und die letzten schönen Jahre zu genießen. Das wäre aber die politische Bankrotterklärung. Mir scheint, die Grünen geben das Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik damit auf, bevor wir diesen Weg auch nur ansatzweise beschritten haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zu guter Letzt kommt die Kollegin Heinold zu der Aussage, die Schuldenbremse führe, wie sie jetzt angelegt sei, in den nächsten Jahren zu einer dramatisch hohen **Neuverschuldung**. Diesen Satz muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Die Schuldenbremse führe zu einer dramatisch hohen Neuverschuldung. Zur Begründung verweist sie dann darauf, dass nach der **alten Verschuldungsgrenze**, die sich am **Investitionsbegriff** orientierte, die mittelfristige Finanzplanung bis mindestens 2014 verfassungswidrig sei. Das ist nun aber an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten, Frau Kollegin.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Tatsache!)

- Es ist trotzdem an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten, denn Sie wissen zum einen ganz genau: Es waren die Grünen, die bei der Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung darauf bestanden haben, dass der Investitionsbegriff

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Rauskommt!)

aus der Verfassung gestrichen wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie haben den Investitionsbegriff gestrichen und argumentieren heute damit. Das nenne ich scheinheilig.

Und zum anderen: Die Schuldenbremse gibt uns lediglich das maximal zulässige Defizit vor. Niemand zwingt uns, dieses maximale Defizit auszuschöpfen. Nicht die Schuldenbremse führt zu einer hohen Neuverschuldung, sondern das, was wir daraus machen. Wenn die Grünen eine geringere Neuverschuldung in den nächsten Jahren erzielen möchten, dann müssen sie einfach weitere Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen im Volumen von einer Milliarde € vorschlagen. Darüber können wir dann diskutieren. Dann erhalten Sie auch die Verschuldungen, wie sie bei Zugrundelegung des Investitionsbegriffes erreicht worden wären.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Nachdem ich mir das alles angesehen habe, bin ich jetzt schon zu dem Ergebnis gelangt, dass es den Grünen an einem **schlüssigen Gesamtkonzept** mangelt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer regiert eigentlich?)

(Tobias Koch)

Den Weg, den Sie bisher einzuschlagen versucht haben als seriöse, als konstruktive Opposition, die sich mit in die Verantwortung stellt, haben Sie diese Woche verlassen. Sie agieren hier als reine Oppositionspartei, die nichts anderes macht als Kritikpunkte aneinanderzureihen, um die Landesregierung in ein möglichst schlechtes Licht zu setzen. Eine Lösung präsentieren sie auch nicht.

Mir scheint deshalb, die bevorstehenden Neuwahlen werfen hier bereits ihre Schatten voraus. Ich muss mit Bedauern feststellen, dass sich die Grünen mit ihren Diskussionsbeiträgen in dieser Woche deutlich an die Position von Linken und SPD in der Vergangenheit annähern.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Dennoch will ich gerne versuchen, hier einen verständlichen Abschluss meiner Rede zu finden. Frau Heinold, sehen Sie es als Wertschätzung für Ihre bisherige Arbeit an, dass ich mir so viel Zeit und Mühe gemacht habe, mich mit Ihrer Pressemitteilung auseinanderzusetzen, und meine Redezeit darauf verwendet habe, mich ausschließlich grünen Haushaltsbeiträgen zuzuwenden. Bei den Positionen von SPD und Linken, so wie sie heute hier vorgebracht wurden, erübrigt sich eine weitere Diskussion. Vielleicht können wir Herrn Stegner bei seinem parteiinternen Wettkampf ein wenig helfen, indem wir ihn hier weiter schonen. Denn auch wir drücken die Daumen, dass Sie, Herr Stegner, nächster Spitzenkandidat werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitglieder der coop-Genossenschaft! - Seien Sie herzlich willkommen! Ich wünsche Ihnen einen informativen Aufenthalt hier bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Jetzt erteile ich das Wort für die FDP-Fraktion der Frau Abgeordneten Katharina Loedige.

Katharina Loedige [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Dieses Land hat sich in den vergangenen 20 Jahren zu einem Suchtkranken entwickelt, süchtig nach immer höheren Ausgaben und damit immer mehr Schulden. Mahnende Worte wurden überhört, man gefiel sich in der Rolle des

Wohltatenverteilers. Der **Schuldenberg** wuchs von 9 Milliarden € im Jahr 1991 auf über 25 Milliarden € im Jahr 2009. Das Land hat auf unverantwortliche Weise Wechsel in Milliardenhöhe zulasten der Zukunft unserer Kinder ausgestellt.

Das süße Gift der **Staatsverschuldung** wirkt bei der Einnahme berauschend. Es suggeriert uns einen Haushalt fernab der Realität. Doch die Droge „Nettokreditaufnahme“ hat eine langfristig böse Wirkung. Diese können wir an den jährlichen Zinsausgaben ablesen, die derzeit bei einer Milliarde € liegen. Die von allen Parteien in diesem Hause - mit Ausnahme der LINKEN - vereinbarte **Schuldenbremse** in unserer Landesverfassung zwingt uns zur Umkehr, zwingt dieses süchtige Land zum Entzug, quasi zur Enthaltbarkeit.

Diese Koalition hat sich für den Weg der Umkehr entschlossen. Es wird ein steiniger, unangenehmer Weg sein, doch am Ende können wir unseren Kindern ein modernes, wirtschafts- und wissenschaftsfreundliches Land der Horizonte übergeben.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden uns auf die **Kern- und Zukunftsaufgaben** im Rahmen unserer finanziellen Handlungsfähigkeit konzentrieren müssen. Alle öffentlichen Leistungen müssen ohne Tabus auf den Prüfstand gestellt werden. Neue Aufgaben sind nur durch strukturelle Mehreinnahmen oder durch Verzicht auf bisherige öffentliche Leistungen finanzierbar.

Die Koalitionsfraktionen haben sich die in der **Haushaltsstrukturkommission** - die Sie, Herr Habeck, zwar einerseits verteufeln, aber gleichzeitig bedauern Sie, dass wir Sie nicht zur Teilnahme eingeladen haben - erarbeiteten Vorschläge zu eigen gemacht und der Regierung einen gangbaren Weg zur Haushaltskonsolidierung aufgezeigt.

Der vorgelegte Doppelhaushalt und der Finanzplan zeigen uns, dass es möglich ist, unser strukturelles Defizit abzubauen und gleichzeitig die Schwerpunkte dieser Koalition, nämlich Bildung und Wirtschaft, zu fördern und weiterzuentwickeln.

Wir werden ab dem nächsten Jahr den Zuschuss für den Betrieb von **Kindertagesstätten** um jährlich 17 % auf 70 Millionen € erhöhen. Bis 2013 werden in Schleswig-Holstein circa 17.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren entstehen. In den nächsten beiden Jahren stehen allein dafür rund 105 Millionen € bereit. Die Entscheidung, wieder zurück in den Beruf zu gehen, wird vielen Müttern damit leichter gemacht.

(Katharina Loedige)

Durch die **Erhöhung der Beschäftigtenquote** - insbesondere auch bei den Frauen - schaffen wir weitere Möglichkeiten, strukturell höhere Einnahmen für das Land zu erzielen. Viele Eltern würden gern mehr arbeiten oder früher in den Beruf zurückkehren. Eine schrumpfende Gesellschaft kann es sich auf lange Sicht nicht leisten, auf dieses Potenzial zu verzichten.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Vorschulische Sprachentwicklung, Ganztagsangebote und der **Vertretungsfonds** werden mit insgesamt jährlich 26,8 Millionen € in Schleswig-Holstein gefördert. Wir werden Kompetenzzentren zur Begabtenförderung und den Aufbau differenzierter Förderangebote für leistungsschwächere Schüler finanziell unterstützen. Wir werden den Privatschulen und Ersatzschulen in freier Trägerschaft Mittel für deren Bauinvestitionen bereitstellen.

Wir werden die Musikschulen und die freien Theater in den Jahren 2011 und 2012 mit insgesamt 1,8 Millionen € fördern. Unangetastet bleibt auch der jährliche Zuschuss von rund 4,8 Millionen € an das Schloss Gottorf und das Freilichtmuseum Molfsee,

(Beifall bei der FDP)

deren pädagogischer Mehrwert unbestritten ist. Auch das Investitionsprogramm „**Kulturelles Erbe**“ zum Erhalt herausragender Baudenkmäler bleibt bestehen.

(Björn Thoroë [DIE LINKE]: Das Marine-Ehrenmal?)

1,7 Millionen € Zuschuss jährlich für das Schleswig-Holstein-Musikfestival kann sich das Land in Zukunft leider nicht mehr leisten. Wir meinen, dass eine Absenkung auf 1,4 Millionen € im nächsten Jahr und auf 1,2 Millionen € ab 2012 bei einem Gesamtetat des Festivals von jährlich rund 9 Millionen € zumutbar sein muss.

In diesem Zusammenhang darf auch die Diskussion um die Höhe des Zuschusses an die **Landeskirchen**, nämlich 12 Millionen € jährlich, nicht mit einem Tabu belegt werden. Der Landtag hat bereits in der letzten Wahlperiode über eine Modernisierung des Kirchenstaatsvertrages, der 1957 geschlossen wurde, diskutiert und eine Behandlungskommission eingerichtet.

Bei dem genannten Betrag von 12 Millionen € handelt es sich nicht etwa um Zuschüsse an die kirchlichen Kindergärten oder die kirchlichen Alten- und Pflegeheime, also - ich zitiere Bischof Ulrich laut

„Kieler Nachrichten“ - die „vielfältigen Beiträge zum Gemeinwohl“, sondern um - ich zitiere aus dem Staatsvertrag von 1957, Artikel 18 - „eine Donation für kirchenregimentliche Zwecke“, Zuschüsse für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung.

Der Betrag ist in seiner Höhe den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen“.

Es geht hier also zum größten Teil um die **Gehälter der Pastoren** und deren Pensionen. Die Erhöhung um eine halbe Million Euro jährlich - also von 2010 auf 2011 - beruht also ausschließlich auf der Veränderung der Besoldung der Landesbeamten. Ich würde mir wünschen, dass als Ergebnis der Verhandlungen seitens der Kirchen ein Solidarbeitrag in Höhe von etwa 15 % des heutigen Zuschusses angeboten würde. Diese dann frei werdenden Mittel könnten für Zwecke der kulturellen Bildung, beispielsweise für unsere Bildungsstätten, eingesetzt werden.

Ausgabenkürzungen führen aber nicht allein zur Haushaltskonsolidierung. Mehreinnahmen durch Wachstum in Schleswig-Holstein sind das Ziel dieser Koalition. Deshalb werden wir in unsere **Verkehrsinfrastruktur** investieren. Schleswig-Holstein soll der Logistikstandort in Nordeuropa werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten aufgrund der Nähe zur Metropole Hamburg sowie der Bedeutung Schleswig-Holsteins als Brückenkopf nach Skandinavien und als Schnittstelle zwischen West- und Osteuropa müssen genutzt und ausgebaut werden.

Die feste **Fehmarnbelt-Querung** mit einem vierstreifigen Ausbau der B 207 und einem zweigleisigen Ausbau der Schienenstrecke Lübeck-Puttgarden birgt erhebliche Entwicklungspotenziale für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Die Bedenken der Gemeinden, die an der jetzigen Trasse liegen, müssen ernst genommen werden, und alternative Trassenführungen müssen im Gespräch mit der Bahn und gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort geprüft werden.

Sollte die Bewerbung der Hansestadt **Lübeck** auf Einrichtung eines **Bauhafens** erfolgreich sein, so würde dies für Lübeck Aussicht auf neue Jobs und Wertschöpfung vor Ort bedeuten, und Lübeck wür-

(Katharina Loedige)

de für einige Jahre im Fokus der internationalen Bauwirtschaft stehen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten
Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes schaffen dauerhaft neue Arbeitsplätze und tragen damit zu Wachstum und Wohlstand in unserem Land bei. Das ist unser Beitrag zum konjunkturellen Aufschwung in Deutschland. Der führt eben in Schleswig-Holstein auch zu Steuermehreinnahmen.

Der Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur hat Vorrang vor einzelbetrieblicher Förderung. Die Koalition wird die einzelbetriebliche Investitionsförderung, die teilweise zu Wettbewerbsverzerrungen führt, weitgehend einstellen. Dies findet auch Zuspruch bei der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein. Die frei werdenden, sogenannten EFRE-Mittel werden sich vorrangig auf Infrastrukturmaßnahmen auf das sogenannte C-Fördergebiet, also unseren nördlichen Landesteil und die Westküste, konzentrieren müssen.

Neben vielen Innovationsprojekten - zum Beispiel dem Neubau des Fraunhofer-Instituts in Lübeck oder dem Erweiterungsbau ISIT - sind für uns infrastrukturelle Maßnahmen wie beispielsweise die Häfen Brunsbüttel und Helgoland Förderschwerpunkte.

Die in der letzten Woche vorgestellte Studie zum geplanten Ausbau von Offshore-Windparks in der Nordsee bietet Brunsbüttel und der gesamten **Westküste** herausragende wirtschaftliche Potenziale, die nicht verschlafen werden dürfen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Voraussetzungen für einen Offshore-Servicehafen sind in Brunsbüttel hervorragend. Die prognostizierten 1.000 Arbeitsplätze bedeuten Prosperität für die gesamte Region. Es gilt nun, schnellstmöglich die Voraussetzungen für diese Investitionen zu schaffen, damit unsere Wirtschaft in Schleswig-Holstein auch damit weiter gestärkt wird.

Eine große Herausforderung - nicht nur für uns, auch für alle anderen Bundesländer - besteht in der Deckung des Bedarfs an **Pflegekräften**. Um die Zahl der Ausbildungsplätze an den Länderdurchschnitt anzupassen, wird Schleswig-Holstein das Angebot an Ausbildungsplätzen um 30 auf 1.200 aufstocken. Ich bin mir aber sicher, dass dies hier noch nicht das Ende der Fahnenstange sein kann und sein wird.

Einschnitte beim **Landesblindengeld** sind leider unerlässlich. Auch die Frauenhäuser und **Frauenberatungsstellen** können von Einsparvorgaben leider nicht verschont bleiben. Der Minister für Justiz, Frauen und Integration hat in der vergangenen Woche ein ausgewogenes Konzept vorgestellt, durch welches trotz Kürzung der Mittel die fachlichen Standards bei den Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen erhalten bleiben können. Darin sind auch die jüngsten Vorschläge des Landesrechnungshofs eingeflossen.

Schleswig-Holstein finanziert 335 Plätze in insgesamt 16 **Frauenhäusern**. Hochgerechnet auf die Einwohnerzahl im Land liegt dieses Angebot über dem Durchschnitt der anderen Bundesländer. Circa 30 % der bereitgestellten Plätze werden von Frauen aus anderen Bundesländern belegt. Hier liegt die Frage der Kostenübernahme des jeweiligen anderen Bundeslandes nahe. Ein als bundesweit vorbildlich bewertetes Finanzierungssystem kann nicht dazu führen, dass wir anderen Ländern die Kosten von der Hand halten.

Das Ministerium für Umwelt und Agrar hat bereits in den vergangenen Jahren durch Umstrukturierungen und Prozessvereinfachungen Personalabbau betrieben. Das ist anzuerkennen. Aber die Zuwendungen und Zuschüsse des Landes in diesem Einzelplan sind - auch wegen Drittmitteln durch die EU - recht hoch und müssen weiterhin auf den Prüfstand. Wir können die dauerhafte **Beibehaltungsförderung des ökologischen Landbaus** nicht mehr finanzieren. Die Wettbewerbssituation des Ökolandbaus hat sich deutlich verbessert, die Gewinnentwicklung der Öko-Bauern hat sich im Bundesdurchschnitt an die der konventionell wirtschaftenden Betriebe angeglichen. Die Nachfrage beim Verbraucher ist groß. Die Umstellungsförderung kann künftig nur noch in grundwassergefährdeten Regionen gewährt werden.

Die Konsolidierung der Finanzen unseres Landes ist nicht einfach. Sie bereitet weder Freude noch Spaß. Trotzdem steht die Notwendigkeit zu Einsparungen außer Frage. Ich fordere keine Unterstützung der Opposition, dafür bin ich nun schon zu lange politisch tätig, aber ich fordere Sie auf, zu Ihrer Entscheidung vom 19. Mai, nämlich eine Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern, weiter zu stehen. Es gibt kein Zurück in den Schuldenstaat.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten
Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Susanne Herold [CDU])

(Katharina Loedige)

Der eingeschlagene Pfad darf nicht verlassen werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es geht hier nicht um Schwarz-Gelb, es geht um dieses Land, es geht um Blau-Weiß-Rot.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Koch, ich glaube, Ihr Beitrag hat deutlich gemacht, wie transparent die mittelfristige Finanzplanung ist!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur weil Sie ihn nicht verstanden haben?)

Ich möchte auf ein paar Zahlen eingehen. Seit mehreren Monaten sagen wir, dass es ohne **Steuererhöhungen** nicht gehen wird. Jetzt, nachdem wir mehrfach Rechnungen aufgemacht und gemahnt haben, haben Sie dieses endlich und zum ersten Mal zugegeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrer **mittelfristigen Finanzplanung** stecken Steuererhöhungen von mindestens 400 Millionen € jährlich - mindestens!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht mal das stimmt! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Nicht mal das stimmt!)

Das hat doch der Sprecher des Finanzministeriums zugeben.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er doch gesagt!)

Was ist denn die Bereinigung von Ausnahmetatbeständen, die 400 Millionen € in die Landeskasse spült? Was ist das denn, wenn nicht eine Steuererhöhung? Was soll das denn sein? Das Geld fällt doch nicht vom Himmel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, Sie haben erhebliche Steuererhöhungen drin. 400 Millionen € geben Sie inzwischen zu. Es wäre nett, wenn Sie eine zweite Zahl nachreichen: Das ist die jährliche prozentuale Steigerung der

Steuern, die Sie drin haben. Bitte nennen Sie hier und heute Ihre Zahl. Sie sagen, unsere 4,1 % seien falsch. Nennen Sie doch die Zahl. Welche **Steuersteigerung** über zehn Jahre haben Sie drin? - 2,5 % sind es nicht, Herr Wiegard, die sind es mit Sicherheit nicht.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Nehmen Sie doch mal Ihren Taschenrechner!)

Das Zweite, was deutlich geworden ist, ist, dass es anscheinend auch in der Haushaltsstrukturkommission sehr unterschiedliche Zahlen gegeben hat. Ich habe die Broschüre der CDU mit Freude gelesen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das glaube ich Ihnen aber nicht!)

Dort steht drin, dass Zuschüsse und Zuweisungen in Höhe von 1,3 Milliarden € fehlen würden und eingespart werden müssten. - 1,3 Milliarden € - so die CDU-Landtagsfraktion. Heute stellt sich Herr Koch hin und sagt, an Zuweisungen und Zuschüssen fehlten Ihnen nur noch - in Anführungszeichen - 740 Millionen €. - Wo sind bitte schön die 560 Millionen € in den letzten zwei Monaten geblieben? Wo sind sie denn? Oder haben Sie Ihren Mitgliedern und allen anderen falsche Broschüren verteilt, um den Schrecken sozusagen etwas größer zu machen?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dann hat Herr Koch vorhin gesagt, man dürfe diese Tabelle bei den **Steuereinnahmen**, so wie sie ist, nicht nehmen. Man müsse unter anderem auch die **Steigerungen im Landesfinanzausgleich** berücksichtigen.

(Minister Rainer Wiegard: Nicht unter anderem, das steht da drin!)

- Das steht da drin! Das steht in einer extra Zeile. Und da sind schon Steigerungsraten drin. Das heißt, die obere Zeile muss sich anders erklären.

Was ich nachvollziehen kann, ist, dass Sie davon ausgehen, dass relativ schnell mit einem relativ hohen Wachstum die ganze Flaute der letzten beiden Jahre aufgeholt wird. Ob das so kommt oder nicht, Herr Kubicki, das wiederum steht in den Sternen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir sollten uns im Rahmen des Haushalts also noch einmal darüber unterhalten. Wenn Sie mir hier und heute sagen können, welche Steuereinnahmen tatsächlich in welcher Höhe und prozentual enthalten

(Monika Heinold)

sind, dann wären wir wahrscheinlich ein Stück weiter.

Ich möchte noch etwas zur Verschuldungsgrenze sagen. Herr Wiegard, Sie sind seit fünf Jahren Finanzminister. Fakt ist, dass Ihre Bilanz aufweist, dass die steigenden **Schulden** die **Verschuldung** massiv haben ansteigen lassen. Das ist heute nicht Ihr erster Tag. Sie haben den Haushalt seit fünf Jahren zu verantworten, und Sie legen die höchste Nettoneuverschuldung aller Zeiten vor.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wenn wir sagen, die **Schuldenbremse** führt zu einer unglaublich hohen Verschuldung in den ersten Jahren, dann heißt das doch nicht, dass die Schuldenbremse nichts taugt. Herr Habeck hat gesagt, dass wir die Grundlagen anerkennen. Man muss dies aber benennen können. Wenn wir dem Vorschlag der LINKEN gefolgt wären und die Schuldenbremse nicht beschlossen hätten, dann würden uns 800 Millionen € fehlen, um diesen Haushalt verfassungskonform zu machen. Das muss man benennen dürfen, damit man weiß, welche Ausgangslage wir haben. Nach der alten Verschuldungsgrenze, nach Artikel 53, lagen die Investitionen und die zusätzliche Nettoneuverschuldung immer bei höchstens 650 Millionen €. Inzwischen sind wir nach Ihrer Vorlage bis 2014 bei einer Verschuldung von weit über 1 Milliarde €. Das muss man doch benennen, damit man Klarheit darüber hat, was dort passiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Rainer Wiegard [CDU]: Frau Kollegin Heinold, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, in Ihrer Zeit habe die Neuverschuldung immer bei rund 650 Millionen € gelegen?

- Nein, ich habe gesagt: Zu unserer Zeit war die zulässige Nettoneuverschuldung - die Verschuldungsgrenze - immer bei circa 650 Millionen €. Die reale

Verschuldung war oft deutlich höher, darin sind wir uns völlig einig. Auch wenn Sie es mir nicht glauben, ich kann Tabellen lesen.

(Zurufe von CDU und FDP)

Es ging um die Verfassung, und es ging darum, dass wir überhaupt einmal einen Blick dafür kriegen, was mit der Schuldenbremse passiert. Dem scheinen Sie sich zu verweigern.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich möchte noch etwas zu dem Stichwort des Herrn Ministerpräsidenten sagen, und zwar zu dem **tagesaktuellen Populismus**. Wenn wir schon Vergangenheitsbewältigung machen, dann trifft das für die Zeit zu, in der CDU und FDP in der Opposition waren. Das gipfelte darin, dass die CDU nicht mehr konkrete Anträge vorlegte, sondern nur noch allgemeine Lyrik. Jede - aber auch jede - Demonstration landauf, landab wurde von ihr voll mit unterstützt. Die CDU kennt sich also im tagesaktuellen Populismus sehr gut aus. Gleiches gilt für die FDP. Wir als Grüne versuchen, einen Kurs zu fahren, der in allen Gesprächen deutlich macht, dass es Einsparungen und Einschränkungen geben müssen. Ich glaube, es ist unser aller Verantwortung, dies deutlich zu machen. Anke Spoorendonk hat es aufgezeigt. Das Gesamtpaket heißt Einsparungen, Mehreinnahmen und strukturelle Änderungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie gern wollen, dass wir uns mit der Vergangenheit beschäftigen, dann sage ich: Sehen wir uns das Jahr 1996 an. Das war mein erstes Jahr hier im Parlament. Schon damals lagen die Zinszahlungen über der Nettokreditaufnahme. Gleiches galt für das Jahr 1988. Es hat überhaupt keinen Sinn, uns gegenseitig vorzuwerfen, wer wann einen schlechten Haushalt vorgefunden hat. Wir waren schon einmal ein Stück weiter.

Ich sage Ihnen: Wenn wir die nächsten Jahre meistern wollen, dann müssen wir heute Ehrlichkeit in die Analyse bringen. Das haben wir seit Monaten angemahnt. Ich stelle heute etwas selbstbewusst fest: Endlich geben Sie zu, dass wir erstens keine Steuersenkung vertragen können und dass wir zweitens Steuererhöhungen brauchen. Sie haben jetzt eine Hausnummer von 400 Millionen € genannt. Sie können hochrechnen, was das auf Bundesebene heißt. Bitte schicken Sie Herrn Westwelle und Frau Merkel einmal ein Fax darüber, was

(Monika Heinold)

Sie hier vorhaben, damit die sich auch auf Steuererhöhungen einrichten und die Hand dafür heben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort. - Nein? - Gut, die Fraktion DIE LINKE verzichtet. Wir kommen zur Fraktion des SSW. Ich erteile Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich das Gefühl habe, die Vergangenheitsbewältigung, die hier zumindest teilweise betrieben wird, bringt uns nicht wirklich weiter. Jeder kann für sich in Sack und Asche gehen und sagen: Auch wir haben Fehler gemacht. Sogar der SSW hat Fehler gemacht, obwohl wir nie regiert haben. Wir haben aber immer fleißig mitgestimmt, und wir haben auch Fehler gemacht. Das bringt uns in der heutigen Situation jedoch nicht weiter. Ich kann mich natürlich hinstellen und sagen: Hätte Stoltenberg die Vision gehabt, die man in Bayern gehabt hat, dann hätten wir tatsächlich nicht Laptop und Lederhose gehabt, sondern Laptop und Fischerhemd. Das wäre bestimmt gut gewesen, nur das bringt mich heute nicht weiter, denn es ist nicht gemacht worden. Es gibt diese Strukturdefizite.

Die **Strukturdefizite** aus den vergangenen Jahren haben sich auch durch andere Regierungen fortgeschrieben. Wir haben große Schwierigkeiten, dies auf die Reihe zu bekommen. Wir haben diesen Strukturwandel nicht hinbekommen. Dieser **Strukturwandel**, den wir nicht hinbekommen haben, ist auch ein Grund - wahrscheinlich sogar der Hauptgrund - dafür, dass es uns an Steuereinnahmen mangelt und dass wir dieses sogenannte strukturelle Defizit haben. Deshalb heißt es so.

Die Frage ist jetzt nicht: Wie kann ich fleißig umhersparen? - Selbstverständlich gibt es auch einen Grund dafür zu sagen, wir müssen sparen. Die Frage ist aber, wie wir dieses strukturelle Defizit und diese strukturelle Schwäche überwinden können, damit dieses Defizit immer kleiner wird. Das schaffe ich nicht, indem ich einfach nur phantasielos spare. Das ist das, was ich heute hier zu sagen habe.

Wenn wir heute schon darüber debattieren, dann müssen wir über die **Lösungsmöglichkeiten** debat-

tieren. Es reicht eben nicht, zu sagen: Na gut, dann spare ich beim Blindengeld, dann ist das strukturell Defizit auf einmal weg. Das ist nicht der Fall. Wir haben dieses **Strukturproblem** immer noch, und wenn wir dies nicht gemeinsam anpacken, dann wird sich an unserer Situation definitiv nichts ändern. Das ist es, was an diesem Haushaltsentwurf phantasielos ist.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter Harms, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard zu?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Rainer Wiegard [CDU]: Herr Kollege Harms, ich höre die ganze Zeit, dass wir ein erhebliches Einnahmeproblem haben. Ist Ihnen bewusst oder möglicherweise nicht bewusst, dass die Steuereinnahmen im Jahr 2010, in dem Jahr mit den schwersten Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession nach dem Krieg, um 900 Millionen höher sind als vor fünf Jahren? - Vielleicht können Sie einen Vorschlag dazu machen, in welche Größenordnung das noch entwickelt werden soll.

- Lieber Herr Kollege Wiegard, beziehungsweise lieber Herr Finanzminister Wiegard, Sie sind ja beides: Ich bezweifle nicht, dass wir höhere Steuereinnahmen haben. Ich bezweifle aber, dass wir alle Möglichkeiten komplett ausgeschöpft haben. Das ist das Problem.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es nützt mir nichts zu sagen: Wir sind gut drauf, wir haben richtig hohe Steuereinnahmen, wenn ich feststelle, dass die Ausgaben immer noch höher sind. Ich habe vorhin in meinem ersten Redebeitrag ganz deutlich gemacht, wie es in den nächsten zehn Jahren aussieht. Wir finden das auch bedenklich. Wir haben auch gesagt: Nach Ihrer Finanzplanung sind das zwischen 1,5 und 1,7 Milliarden €, die wir in den nächsten zehn Jahren mehr haben, aber wir werden wahrscheinlich 3,5 Milliarden € mehr an Zinslasten und Pensionsausgaben haben. Insofern ist es leichte Mathematik zu sehen, dass wir mit unserem Geld nicht auskommen.

Ich sehe auch, dass wir mit unseren Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen, um sie einmal so zu

(Lars Harms)

nennen, diese Lücke nicht ausfüllen können. Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich auch um die Einnahmeseite zu kümmern. Das stelle ich leidenschaftslos fest, das ist so.

Es gibt zwei Möglichkeiten, neben **Einnahmeverbesserungen** etwas zu unternehmen. Die eine Möglichkeit sind die **Sparmaßnahmen**. Hier wird man aber nicht viel reißen können. Es gilt immer noch, an die Strukturen heranzugehen, damit wir überhaupt in der Lage sind, Einsparleistungen wirklich erbringen zu können.

Es stellt sich die Frage, wie die zukünftige **Kommunalstruktur** aussehen soll. Von der Landesregierung höre ich in dieser Frage nichts. Von den Grünen höre ich, dass sie sagen, sie möchten gern ein neues Kreiskonzept haben. Das teile ich nicht, aber es ist ein Konzept. Wir haben vorgeschlagen, wir möchten größere Kommunen haben. Wir haben auch gesagt, dass die Frage der Amtsordnung eine Sache ist, die sich bald überholt haben wird. Vor Gericht haben wir auch Recht bekommen. Von Ihnen hören wir nichts. Das ist aber entscheidend. Wenn es darum geht, gemeinsam mit den Kommunen Geld sparen zu können, dann brauchen wir eine Struktur, damit sie auch wirklich sinnvoll und zielorientiert arbeiten können. Da hören wir nichts von Ihnen. Das ist das, was wir hier bemängeln.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Herr Abgeordneter Harms, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klaus Schlie zu?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Klaus Schlie [CDU]: Sehr geehrter Herr Harms, können Sie mir denn mal sagen - was der Kollege Stegner ja bisher nicht gemacht hat -, ob Sie dieses Geld, von dem Sie virtuell glauben, dass es eingespart werden könnte, durch welche auch immer geartete Strukturreform im kommunalen Bereich, dazu verwenden wollen, um es dann in den Landeshaushalt zu überführen und damit die Schulden im Landeshaushalt weiter zu senken? Ist das die Absicht?

- Die Absicht ist, den Schuldenstand sowohl bei uns als auch bei den Kommunen zu senken, denn wir haben auch eine Verantwortung gegenüber den Kommunen, lieber Herr Innenminister. Deswegen geht es erst einmal darum, mit den Kommunen ge-

meinsam zu gucken, wie man Strukturen aufbauen kann, von denen beide einen Vorteil haben. Es geht nicht immer nur darum, dass Sie als Land einen Vorteil haben. Es ist auch kein Selbstzweck, Personal beim Land abzubauen, sondern Selbstzweck ist zu gucken, ob man eine Aufgabe einigermaßen kostengünstig und vor allen Dingen für die Bürger zufriedenstellend lösen kann. So muss die Struktur aufgebaut werden. Wir müssen vom anderen Ende her denken. Dann werden wir auch Einsparungen erreichen können.

Zu einem anderen Bereich, der **Verkehrspolitik**: Wenn ich in der Zeitung lese, dass wir nicht einmal mehr in der Lage sind, einen Tunnel unter die Elbe hinzubekommen - wir bauen unsere A 20, die endet in Schleswig-Holstein, und auf niedersächsischer Seite baut man weiter, aber das Verbindungsstück dazwischen ist nicht finanzierbar -, dann ist das, egal wie man dazu steht, eine katastrophale Meldung. Das zeigt, dass Landespolitik darauf nicht reagiert hat, dass wir nicht in der Lage sind, Visionen zu entwickeln und dann auch politisch umzusetzen, die da heißen: Wir machen eine Verkehrspolitik. Das einzige, was wir machen, ist willfährig in irgendeiner Art und Weise einer Bundespolitik zu folgen, die Fehmarnbelt-Querung zu finanzieren und uns danach darüber zu mokieren, dass auf einmal kein Geld mehr da ist.

Dass kein Geld mehr da ist, hat seine Gründe, und zwar natürlich explizit auch in Beschlüssen der Landesregierung, wenn man solche Beschlüsse fasst. Wenn eine Fehmarnbelt-Querung gebaut wird und jedes Jahr 1 Million € dafür ausgegeben wird, dann fehlt die - das ist hoffentlich klar - in allen Bereichen, insbesondere auch in der Verkehrspolitik, auch im ÖPNV, in vielen Bereichen, in denen wir wirkliche Arbeitsplätze vor Ort schaffen könnten. Das sind Dinge, bei denen ich mir denke, das hat etwas mit Struktur zu tun, das hat etwas mit Vision zu tun. Diese Vision gibt es bei der Landesregierung nicht.

Die Kollegin Loedige hat gerade Offshore angesprochen. Richtig, genau, da bestehen große Chancen. Dass sich die Häfen und die Orte an der **Westküste** geeinigt haben und ein Konzept aufgestellt haben, ist auch richtig und auch wichtig. Das Merkwürdige ist nur, das findet sich alles im Landeshaushalt nicht wieder. Die Kommunen vor Ort wissen nicht, wie das Land irgendwann einmal reagieren wird und ob es überhaupt reagieren wird. Das ist die eigentliche Katastrophe. Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollen etwas dafür tun, dann erwarte ich mindestens in der zweiten Lesung, dass sich dieses

(Lars Harms)

dann auch entsprechend im Haushalt widerspiegelt. Bisher tut es das nämlich nicht.

Ein weiterer Bereich: Wenn es schon darum geht, politische Visionen zu entwickeln, dann sage ich ganz deutlich: **Steuereinnahmen** kann ich nur dann generieren, wenn ich Menschen habe, die Steuern zahlen. Menschen zahlen aber nur dann Steuern, wenn sie einen vernünftigen Lohn erhalten. Da sind wir dann sehr, sehr schnell bei einer hochpolitischen Diskussion über einen **Mindestlohn**. Meine Damen und Herren, auch das ist ein Beitrag, um den Landshaushalt zu sanieren, wenn man so will. Es nützt nichts, dass wir Aufstockerlöhne und mit staatlichen Geldern Unternehmen subventionieren, die Leute für billig Geld einstellen,

(Beifall bei der LINKEN)

sondern dann geht es auch darum, dass die Leute einen vernünftigen Lohn erhalten. Auch das bringt uns weiter.

Liebe Kollegin Frau Loedige, Sie haben noch etwas gesagt, was mich ein bisschen gewundert hat. Sie haben gesagt, **Ökolandbauförderung** bauen wir ab, weil Ökolandbau jetzt mindestens auf dem gleichen Niveau ist wie die Landwirtschaft, und die verdienen genauso viel Geld wie die konventionellen Landwirte. Dann ist für mich ganz klar der Schluss, dann dürfen die konventionellen Landwirte natürlich auch keine Unterstützung mehr bekommen, weil die ja auch viel Geld verdienen. Wenn ich dieses Argument bringe, dann müssen Sie Ihren Haushalt richtig aufbauen, und dann bleibt bei der Landwirtschaft nicht mehr so fürchterlich viel übrig. Ich wäre mit dieser Argumentation vorsichtig.

Dritter Punkt: Es wurde vom Ministerpräsidenten gesagt - ich weiß gar nicht, ob er noch im Raum ist -, **innovative Wirtschaftssektoren** sollten unbedingt gefördert werden. Einer der innovativsten und vor allem arbeitsplatzstärksten, insbesondere bei mir an der Westküste, aber auch in vielen Städten, vor allem zum Beispiel in Lübeck, Timmendorf und Travemünde, ist der Tourismus. Dass wir die TASH wegrationalisieren, dass nichts mehr übrig bleibt von einer landesweiten Werbung, von einem landesweiten Marketing, ist eine Katastrophe für dieses Land.

(Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

- Lieber Herr Finanzminister, wir haben ja alle die Äußerungen der Tourismusverantwortlichen bekommen. Ich bezweifle gar nicht, dass man vielleicht mit den Verantwortlichen darüber reden muss, wie man es besser machen kann. Das Pro-

blem ist aber: Die kriegen immer nur Haushaltsstellen um die Ohren geschlagen und merken, dass nicht mit ihnen geredet wird, dass kein Konzept dahinter steht. Das ist, wie gesagt, immer wieder das Problem: Ich komme an das strukturelle Defizit nicht heran, wenn ich mir nicht auch die Strukturen genau ansehe und dann entsprechend darauf reagiere. Reine Sprache, reines Buchhaltertum, reicht hier eben nicht, meine Damen und Herren.

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die **Energie-wende**. Wir werden am Freitag über diesen sogenannten Atomkompromiss oder wie man das immer nennen will, sprechen. Dass, was da auf Bundesebene beschlossen worden ist, ohne auf den exzessiven Widerstand unserer Landesregierung zu stoßen, was ich überhaupt nicht verstehen kann, bedeutet für uns und insbesondere vor Ort in den Regionen massive Steuereinbrüche, massive Einkommenseinbrüche und vor allen Dingen eine massive Bedrohung von Arbeitsplätzen. Erneuerbare Energien sind die Energien, die wirklich viele Arbeitsplätze vor Ort schaffen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es sind nicht Kohlekraftwerke mit ein paar Leuten darin, und es ist auch nicht ein Atomkraftwerk. Das dient nur dazu, damit die großen Atomkonzerne wirklich richtig Kohle abschöpfen können, im wahrsten Sinne des Wortes. Hier vor Ort arbeitsplatzrelevant ist das, was in den letzten 20 Jahren entwickelt wurde, und das ist die Windenergie, das ist die Solarenergie, das sind erneuerbare Energien. Darauf müssen wir setzen. Ihr politisches Handeln zeigt, dass Sie an dieser Struktur nicht interessiert sind. Das ist die eigentliche Katastrophe, und das wird uns in ein paar Jahren massiv einholen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nun wurde ja vom Ministerpräsidenten auch moniert, wir als **Opposition** machten keine **Vorschläge**. Ich sehe das natürlich völlig anders. Wir reden ja nicht nur von diesen Steinen in der Mauer, die man da reinschiebt und rausnimmt, sondern wenn man uns genau zugehört hat, dann weiß man, dass wir nicht nur gesagt haben, wie man Steine herausnimmt, sondern wie man das Haus isoliert, wie man diesem Haus eine Solaranlage aufs Dach schraubt und wie man dem Haus nebenan auch noch eine Windenergieanlage hinstellt und damit richtig Knete verdient. Insofern kann man uns das nicht vorwerfen. Wir wollen nicht nur die Einnahmen ver-

(Lars Harms)

bessern, sondern wir investieren diese dann auch in vernünftige Sachen.

Über Friedrichskoog reden wir noch einmal. Gestern hat der Ministerpräsident ja einen Beschluss gefasst. Er hat also einen Stein herausgenommen. Eigentlich wollte ich ihn gerne fragen, welchen Stein er dann wieder reinschiebt beziehungsweise wann er sagt, wie er einsparen will. Aber er nimmt sich das Recht heraus, so etwas zu machen, zu sagen, ich schmeiße mit Kohle um mich und sage: Mensch, da sind wieder Proteste, da gehe ich mal hin, weil das bei mir an der Westküste ist, und das ärgert mich. Aber wenn von uns Vorschläge kommen, wird uns immer knallhart gesagt: Kommt doch mit Gegenvorschlägen, finanziert das gegen, macht doch, macht doch, macht doch. Das ist ein richtig schönes Totschlagargument. Aber der Ministerpräsident nimmt sich das Recht heraus, genau danach nicht zu handeln. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, meine Damen und Herren, wer an der Struktur nichts ändern will, wer nicht den Mut hat - der Kollege Stegner zum Beispiel hat ja gerade deutlich gemacht, dass auch er bereit ist, an die Strukturen heranzugehen -, der wird in diesem Land nichts verändern. Reine Sparpolitik im Haushalt bringt uns nicht weiter. Das mag vielleicht die Regierung die nächsten zwei Jahre noch erfreuen, aber spätestens nach zwei Jahren stehen wir vor noch größeren Problemen, als wir jetzt schon stehen, und haben wieder zwei Jahre verschenkt. Zwei Jahre verschenkte Zeit mit der schwarz-gelben Koalition ist wirklich für dieses Land nicht zu ertragen. Lasst uns bloß blitzschnell wählen, damit wir dieses Elend endlich hinter uns bringen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt im Rahmen der noch zur Verfügung stehenden ordentlichen Redezeit die Wortmeldungen von dem Abgeordneten Peter Sönnichsen und von dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki. Ich will einmal zwischendurch sagen: Der CDU-Fraktion stehen noch 30 Minuten zur Verfügung, der SPD 22 Minuten, der FDP 30 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 22 Minuten, der Fraktion DIE LINKE 31 Minuten und dem SSW 24,5, fast 25 Minuten. Das nur, damit jeder das so etwa einschätzen kann. Es

ist nicht zwingend geboten, diese Zeit auch auszunutzen.

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Peter Sönnichsen für die CDU-Fraktion.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei diesen Tagesordnungspunkten, die ja zusammengefasst wurden, gebührt dem Haushaltsplanentwurf und dem Finanzplan selbstverständlich der absolute Vorrang. Aber auch der Gesetzentwurf zur Änderung des **Grunderwerbsteuergesetzes** und die beiden Anträge „Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern“ sowie der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE gehören ganz einfach mit dazu; sie sind bisher sehr kurz gekommen.

Ich habe für meine Fraktion noch im Juni dieses Jahres zu diesen Vorlagen gesprochen und will dies auch heute tun. Ich will dabei den gleichen Einstieg finden, wie ich ihn auch im Juni gewählt habe.

Ausgabenkürzungen werden auf unserem schweren Weg insgesamt nicht ausreichen. Wir müssen immer wieder auch daran denken, die **Einnahmen** zu **steigern**. Zu allererst jedoch wollen wir bitte schön aber doch über die **Kostenreduzierung** reden und nicht gleich durch Steuererhöhungen das zarte Pflänzchen Wachstum, das sich gerade gebildet hat, wieder vernichten.

(Beifall bei der CDU)

Vielfach beklagt wird die nicht sofortige Änderung des Grunderwerbsteuersatzes hier und heute. Ich will es noch einmal ausdrücklich als richtig bezeichnen. Es ist wichtig, wenn schon Steuern erhöht werden, dass ein vernünftiger zeitlicher Vorlauf da ist, dass sich jeder darauf einstellen kann, dass nicht kurzfristige Kaufentscheidungen, die jetzt getroffen werden sollen, dadurch behindert werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich will aber auch ausdrücklich an die Erfahrungen erinnern, die wir bei der letzten Mehrwertsteuererhöhung gemacht haben. Diese Erhöhung hat noch vor ihrer Umsetzung zu einem kleinen Wachstum geführt.

Den Antrag „Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern“ will ich nur in der Fassung ansprechen, in der ihn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebracht hat. Denn der fast wortgleiche Antrag der LINKEN war lediglich mit höheren Prozentwerten und Ähnlichem versehen. Hier sollte

(Peter Sönnichsen)

also noch mehr an Steuern generiert werden - so heißt das ja immer so schön -; die Steuer sollte also erhöht werden.

Wir haben die Ablehnung dieses Antrags - hierüber wird nachher noch abzustimmen sein - nach den Beratungen im Ausschuss empfohlen. Natürlich gehörte wieder das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** und seine Rücknahme dazu; natürlich sollten wieder die Reduzierung des Spitzensteuersatzes durch Rot-Grün von der jetzigen Regierung in Berlin eingefordert werden.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Natürlich klatscht du dabei, Lars! Aber wir wollen doch nicht das wegräumen, was andere da hinterlassen haben. Natürlich gehören dazu auch Dinge wie die Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuern und Ähnliches, Themen, die noch nicht einmal in Berlin, sondern in Brüssel entschieden werden und insofern auch eines entsprechenden Antrags in diesem Landtag gar nicht bedürfen.

Ich will aber auch sagen: In anderen Punkten sind die Anträge ganz einfach überholt, weil über die darin gestellten Forderungen bereits entschieden ist. Überholt sind diese Anträge aber auch deshalb - das sage ich in aller Deutlichkeit; alle hören zu -, weil der Haushaltsentwurf, der heute hier eingebracht wird, schon umfangreich diskutiert worden ist, sowie auch durch das Haushaltsbegleitgesetz.

Der Kollege Dr. Habeck hat vorhin gesagt, er vermisse heute eine politische Schwerpunktbildung. Haushalt und Finanzen sind politische Schwerpunktbildungen, wenn nicht überhaupt die politischen Schwerpunktbildungen, auf die es in unserem Land zurzeit ankommt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Der Haushaltsentwurf und vor allem der Finanzplan machen den Unterschied deutlich. Über Jahrzehnte sind in diesem Haus und in den angrenzenden Ministerien nur Ausgaben gelistet worden, und erst dann ist gefragt worden: woher nehmen wir das Geld dafür? In den letzten fünf Jahren ist der Blick ganz deutlich auf die Einnahmeseite gelenkt worden, und immer wieder wurde ganz klar versucht - zumindest von 2005 bis 2008 war der Versuch auch erfolgreich -, die Ausgaben mehr diesen Einnahmen anzupassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Jetzt wird endlich einmal berücksichtigt, dass die Nettoneuverschuldung, die ja schon über Jahrzehn-

te von allen Regierungen gern in Anspruch genommen wird, ein Teil der Einnahmen ist. Wir sagen zum ersten Mal: „Genau diese Einnahmequelle führen wir konsequent über einen Zeitraum von zehn Jahren zurück.“ Das ist der Unterschied in diesem Haushalt, und das wird diesen Haushalt zum Erfolg führen.

(Beifall bei der CDU)

Keinesfalls wird irgendjemand diesen Haushalt sanieren, wenn, wie das ja auch schon angeklungen ist, Einmaleffekte wie zum Beispiel der **Verzicht auf die Fehmarnbelt-Querung** gegen die ständigen Strukturprobleme eines Haushalts aufgerechnet werden sollen. Eine solche Rechnung geht nicht auf.

Noch in diesem Monat werden wir mit den Einzelplanberatungen im Finanzausschuss beginnen. Daran wird sich die Gesamtberatung anschließen, und im Dezember werden wir dann in zweiter Lesung zur Beschlussfassung kommen. Ich freue mich sehr darauf, weil ich davon überzeugt bin, dass sich die Beratung im Ausschuss an den Positionen und Zahlen orientieren wird und nicht an einer Aneinanderreihung Hunderter plakativer Argumente, wie wir sie heute gehört haben.

Wenn Sie mir die Erteilung eines Rates für die Beratung im Ausschuss erlauben, so sage ich: Suchen Sie im Vorwege nicht zu sehr nach Möglichkeiten, noch mehr Geld ausgeben zu können, sondern beteiligen Sie sich an der Suche nach weiteren **Einsparmöglichkeiten**. Das ist dringend erforderlich, und das ist der einzige Weg.

(Beifall bei der CDU)

Mit einer ganz breiten Mehrheit - mit Ausnahme der LINKEN - haben wir in diesem Haus die Schuldenbremse beschlossen. Ich rufe Ihnen allen jetzt zu: Passen Sie auf, dass Sie auch an der erfolgreichen Umsetzung teilhaben. Denn dieser Entwurf und die Finanzplanung zeigen den Weg dafür auf.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Sorge, ich werde die dreißig Minuten nicht, auch nicht ansatzweise, ausschöpfen. Aber einige herausragende Bemerkungen meiner Vorredner

(Wolfgang Kubicki)

zwingen geradezu dazu, sich hier noch einmal zu Wort zu melden. Frau Vizepräsidentin, Sie können gern auf die Uhr schauen; es wird vier oder fünf Minuten nicht überschreiten.

Der Kollege Stegner als ausgewiesener Ökonom, als Weltökonom - er hat ja in Havard studiert -, hat vorhin erklärt, Steuersenkungen würden per se keine Wachstumseffekte auslösen und würden auch nicht zu Steuermehreinnahmen führen. Er hat ja über das Thema „Theatralik in der Politik“ am Beispiel des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes promoviert. Ich empfehle Ihnen schlicht und ergreifend einmal die Lektüre der Wirtschaftszeitungen der letzten Tage, in denen darüber debattiert wird, dass der Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, ein Steuersenkungsprogramm über 100 Milliarden US-Dollar auf den Weg bringen will, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln und damit das Wirtschaftswachstum zu festigen, mit der - jedenfalls von ihm so formulierten - sicheren Erkenntnis, dass die Staatseinnahmen auf diese Art und Weise wieder steigen werden.

Nun muss man Herrn Stegner ja nicht mit Herrn Obama vergleichen; das wäre wahrscheinlich verfehlt. Jedenfalls gibt es auch andere Menschen in dieser Welt - Herr Stegner hat ja immer wieder einmal gesagt, er wäre gern der Obama des Nordens -, die das etwas anders sehen als er. Man kann über **Effekte von Steuersenkung** in bestimmten Bereichen auf das **Wirtschaftswachstum** durchaus nachdenken. Nicht alle Steuersenkungen führen zu diesen Effekten, aber bestimmte Steuersenkungen haben diese Effekte. - Übrigens war das auch die Begründung, wenn ich das, Frau Heinold, sagen darf, für die Absenkung des Spitzensteuersatzes und die Veränderung der Körperschaftssteuer durch die damalige rot-grüne Regierung unter Führung von Gerhard Schröder. Wenn Sie also Vorwürfe erheben, sollten Sie nicht ganz so martialisch urteilen, wie Herr Kollege Dr. Stegner das getan hat.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch, es gab ein Beispiel, bei dem es funktioniert hat. Das waren die Steuersenkungen Mitte der 90er-Jahre, die von Gerhard Stoltenberg durchgesetzt wurden. Diese Steuersenkungen haben noch im selben Jahr zu Steuermehreinnahmen geführt. Noch einmal: Man muss genau gucken, Kollege Weber, welche Steuer jeweils betroffen ist, um die entsprechenden Effekte zu erhalten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nun komme ich zu dem kleinen Scharmützel zwischen dem Kollegen Habeck und mir von heute Morgen, das wir in Frageform geführt hatten. Die Presseveröffentlichungen der Grünen waren in der Vergangenheit so, dass wir immer gesagt haben: Das ist schlicht und ergreifend falsch gerechnet. Frau Heinold, ich werfe Ihnen und dem Kollegen Habeck nicht vor, dass Sie Tabellen nicht richtig gelesen hätten, dass Sie Zahlen nicht richtig addiert hätten oder eine Systematik nicht richtig verstanden hätten. Sie haben allerdings auch nicht einmal nachgefragt, was damit gemeint ist. Das macht man ja zunächst; man fragt zunächst einmal: Kann da etwas falsch sein? Es kann ja auch einmal vorkommen, dass etwas falsch gedruckt oder falsch aufgeschrieben ist. Aber sich sofort öffentlich zu melden und einen Popanz aufzubauen und zu behaupten, hier werde die Öffentlichkeit getäuscht, Milliardenbeträge würden verschwiegen, ist schon unglaublich. Wenn ich daran denke, dass auf dieser Basis heute Morgen mit einer Verve moralische Ansprüche vorgetragen worden sind, dann gebührte es in der Tat der Anstand, dass Sie sich, sofern Sie dies nachvollzogen haben, dafür entschuldigen. Sie sollten sich schlicht und ergreifend dafür entschuldigen.

(Beifall bei FDP und CDU - Wortmeldung
der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

- Ich erlaube die Zwischenfrage sofort, Frau Vizepräsidentin. Ich möchte diesen Satz noch zu Ende führen.

Sie führen sich heute ein bisschen auf wie ein kleines Mädchen, das mit dem Fuß aufstampft und sagt: „Geben Sie doch endlich zu, dass Sie die Steuern erhöhen wollen.“ Das geben wir zu; es steht auch in der **Finanzplanung**, dass wir die **Grunderwerbsteuer** erhöhen wollen. Ich habe nicht erst heute und nicht zum ersten Mal gesagt, sondern erkläre dies seit Januar: Es wird mit dieser Regierung unter Beteiligung der FDP keine Steuersenkungen auf Bundesebene geben, bei denen der Bundesrat gefragt werden muss, die dazu führen, dass unser Konsolidierungspfad nicht eingehalten werden kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das weiß meine Bundespartei, das weiß die Bundeskanzlerin, das ist Verabredung dieser Koalition, das sollten Sie schlicht und ergreifend einmal zur Kenntnis nehmen.

Ein Letztes zu diesem Punkt, was die Veränderung von **Ausnahmetatbeständen** bei der **Mehrwert-**

(Wolfgang Kubicki)

steuer angeht. Frau Heinold, wir haben zusammen im Finanzausschuss gesessen. Wir haben zusammen eine gemeinsame EntschlieÙung unterschrieben und verabschiedet, wonach die Landesregierung aufgefordert wird - jetzt sind wir beteiligt und tun das auch -, dafür Sorge zu tragen, dass die Ausnahmetatbestände bei der Mehrwertsteuer verringert werden.

(Zuruf von der CDU: Das ist auch richtig!)

Wenn wir das jetzt machen, so wäre, Herr Fürter, auch in Ihrer Argumentation ein bisschen Seriosität angebracht. Wenn wir das jetzt machen, so kann das doch nicht den Vorwurf beinhalten, wir würden Steuererhöhungen das Wort reden, auch wenn die Effekte für die jeweils Betroffenen die gleichen sind. Was wir machen, sind keine Steuererhöhungen, sondern eine Veränderung der Ausnahmetatbestände. Bei Ihrer populistischen Haltung, die Sie momentan an den Tag legen, bin ich gespannt, Herr Fürter, bei welcher einzelnen Maßnahme im Deutschen Bundestag oder auch im Landtag die Grünen diese Position mittragen werden - bei jeder einzelnen Maßnahme, über die wir reden werden. Krankenhausfinanzierung, Grundnahrungsmittel, andere Dinge mehr.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Kubicki, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold zu?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, wenn mir Frau Fritzen nicht böse ist. Jetzt wird die Zeit etwas überschritten, aber ich lasse die Zwischenfrage zu.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kubicki, meine Frage lautet: Welche Steuersteigerungsrate steckt in der Mittelfristigen Finanzplanung durchschnittlich über die nächsten zehn Jahre, und zwar in Bezug auf Steuerwachstum und Bereinigung von Ausnahmetatbeständen und Steuerrechtänderungen auf Bundesebene?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine ganz schlichte Frage!)

- 2,5 %. Das steht ausdrücklich - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch!)

- Das mag sein. Wir können uns mit Ihrem und mit meinem Taschenrechner gemeinsam hinsetzen. Das steht in der Broschüre. Wir dokumentieren das für Sie, Frau Heinold. Wir können das im Ausschuss gemeinsam erörtern. Ich bin gern bereit, das noch einmal zu erläutern. Der Finanzminister kann das auch tun. Es nützt überhaupt nichts, wenn Sie dauernd sagen, das sei falsch. Jeder Mensch kann das nachlesen. Heute wird für die Öffentlichkeit genau nachvollziehbar dargestellt - dann kann es jeder selbst nachrechnen -, dass diese bisherigen Annahmen falsch sind. Dabei handelt es sich übrigens um einen **Durchschnittswert**, der aus dem Durchschnitt der **Steuerzuwächse** der letzten zehn Jahre ermittelt worden ist. Das hat mit Wachstum der Wirtschaft überhaupt nichts zu tun, sondern die Steuereinnahmen sind im Durchschnitt der letzten zehn Jahre um 2,5 % gewachsen, und dieser Wert musste, übrigens auch im Hinblick auf die Vereinbarung mit dem Bund - Ihnen ist sicherlich auch bekannt, dass wir eine Verwaltungsvereinbarung schließen müssen - der Einnahmesteigerung im Steuerbereich in Schleswig-Holstein für die **Wachstumsraten bis 2020** zugrunde gelegt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ach, Frau Heinold! Noch einmal: Ich bin wirklich gern bereit, Ihnen das im Ausschuss noch einmal zu dokumentieren.

Eines muss ich noch einmal sagen: Die Schuldenbremse hat mit der Verschuldung selbst überhaupt nichts zu tun. Die Verschuldung beschließt der Landtag. Die **Schuldenbremse** zwingt uns nur - ich sage jetzt einmal: dankenswerterweise durch die Verschärfung der Grünen in gleichen Jahresschritten; die Flexibilität ist ja heraus, was übrigens politisch vielleicht nicht so sinnvoll ist, aber jedenfalls fiskalisch sinnvoll ist -, in zehn gleichen Jahresschritten das strukturelle Defizit von 1,25 Milliarden € auf null abzubauen.

Sie waren doch bei dem Vortrag von Professor Däubler dabei. Er ist der Auffassung, eigentlich sei das noch zu wenig. Ich erwarte dann Ihre weitreichenden Erkenntnisse, wie Sie zur weiteren Ausgabenabsenkung und damit zum Abbau der Verschuldung beitragen.

Ein Letztes. Ich höre auch vom Kollegen Stegner, Mindestlohn sei die Rettung und auch das fiskalische Heil. Von Lars Harms habe ich das auch gerade gehört. Lars Harms, auch da würde es vielleicht weiterhelfen, ein bisschen nachzudenken, weil

(Wolfgang Kubicki)

90 % der Mindestlöhne gar nicht in die Besteuerung kommen. Die **Besteuerung** fängt erst da an, wo die **Mindestlöhne** deutlich überschritten werden. Das bitte ich einfach zur Kenntnis zu nehmen, weil die Debatte sonst dauernd schief läuft.

Und nun wirklich ein Allerletztes! Ich bin der Letzte, der den Ministerpräsidenten für seine Äußerungen zu Friedrichskoog verteidigen muss. Aber ich kann sicher sagen, dass die Kürzungen für den **Hafen Friedrichskoog** in den Jahren 2011 und 2012 noch nicht etatisiert sind, weil wir nämlich festgelegt haben, dass der Hafen erst 2013 geschlossen werden soll. Das Angebot des Ministerpräsidenten hat eine ganz andere Maßgabe, nämlich die Beteiligung der Kommune und möglicherweise des Kreises und auch Privater, um unter Umständen, wenn sie es denn wollen, die Funktionsfähigkeit des Hafens Friedrichskoog **ohne Landesbeteiligung** aufrechtzuerhalten. Darüber kann man sicherlich nachdenken. Das hat aber mit den Dingen, die wir etatisiert haben, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung zu a): Gesetzentwurf über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 17/590 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der LINKEN abgelehnt.

Abstimmung zu b): Entwurf des Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/740 federführend dem Finanzausschuss und mitberatend allen weiteren Landtagsausschüssen zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Abstimmung zu c): Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/741 federführend dem Finanzausschuss

und mitberatend allen weiteren Landtagsausschüssen zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Abstimmung zu d): Anträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 17/588 (neu) abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/588 (neu) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der LINKEN und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und SSW abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt weiter, den für selbstständig erklärten Antrag Drucksache 17/647 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag Drucksache 17/647 ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der LINKEN bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Abstimmung zu e): Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2010 bis 2014.

Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 17/803 dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Entwurf eines Gesetzes zum Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/795

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 17/795 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf.

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

Entwurf eines Gesetzes zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/744

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile Herrn Ministerpräsidenten Peter-Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Internet ist aus unserer modernen Gesellschaft überhaupt nicht mehr wegzudenken. Jederzeit und mit den unterschiedlichsten Geräten vom Telefon bis hin zum Computer kommen wir heute ins Netz. Wir alle nutzen das im Tagesgeschäft und im Alltag. Schließlich macht das **Internet** vieles einfacher, einiges sogar besser. Der schnelle Meinungs austausch und der freie Zugriff auf Wissen erlauben uns Kommunikation mit nie dagewesener Aktualität.

Aber wir wissen auch um die dunklen Seiten des Internets. Kinder und Jugendliche stoßen leicht auf Inhalte, die für ihr Alter nicht geeignet sind, Inhalte, die sie überfordern, Inhalte, die ihre Entwicklung und Erziehung beeinträchtigen, kurzum: Inhalte, die sie gefährden. Wer **Kinder** am Computer beobachtet, der weiß, wie selbstverständlich sie mit dem neuen Medium aufwachsen. So wie wir Baustellen für Kinder sicher machen müssen, so müssen wir auch diesen Bereich ihrer Lebenswirklichkeit bestmöglichst anpassen und für sie sichern. Denn Kinder können **Gefahren** nicht einschätzen.

Die Politik ist zum Handeln aufgefordert. Wir wollen Kinder und Jugendliche im Internet besser schützen, indem wir mit dem Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag den **Jugendmedienschutz-Staatsvertrag** novellieren. Das ist insofern eine schwierige Aufgabe, weil das Internet kein traditionelles Medium ist. Inhalte werden nicht nur von einem bestimmten Anbieterkreis produziert; im Internet wird munter gegoogelt, gebloggt, gepostet, ja einige sind auch am Twittern. Nicht alles ist von Belang, und man sollte auch gar nicht alles ernst nehmen, doch dort, wo es im **Web 2.0 jugendgefährdend** wird, ist es unsere Aufgabe, für den bestmöglichen **Schutz** von Kindern und Jugendlichen zu sorgen. Der Staatsvertrag ist daher durch die Länder sorgfältig, sorgsam novelliert worden. In die Beratungen wurden sämtliche betroffenen Insti-

tutionen im Bereich Jugendschutz, Wirtschaft und Wissenschaft einbezogen, und der so entstandene Staatsvertrag stößt bei allen beteiligten Institutionen und in der Medienwirtschaft auf eine breite Akzeptanz.

Gerade die Einführung einheitlicher Altersstufen von sechs, zwölf, 16 und 18 Jahren halte ich für einen großen Fortschritt. Das ist im Medium Internet ein echtes Novum. Die **Anbieter von Medieninhalten** sind aufgerufen, ihre Inhalte freiwillig mit entsprechender Altersfreigabe zu versehen. Ich bin ziemlich sicher, dass viele Anbieter das aufgreifen werden, denn im Ergebnis können Eltern ihre Geräte so einstellen - das ist das Wichtige -, dass Kinder nur die Angebote ihrer Altersstufe abrufen können. Angebote, die nicht gekennzeichnet werden, erreichen das Kind gar nicht erst.

Die Skepsis gegenüber der geplanten **Altersfreigabe** teile ich nicht. Warum sollte diese Maßnahme im Netz nicht wirken? Keine Maßnahme würde nicht wirken, aber diese kann wirken. Als Schutzmaßnahme hat sich die freiwillige Kennzeichnung bei den klassischen Medienprodukten bereits bewährt. Auch im Internet haben wir in der Mehrzahl seriöse Betreiber, die durchaus ein Interesse an einem funktionierenden Jugendschutz haben.

Meine Damen und Herren, die Anwendungspraxis hat der Vertrag ebenfalls im Blick. In den Kennzeichnungsverfahren werden die Entscheidungen sowohl bei Offline- als auch bei Online-Medien gegenseitig anerkannt. Durch die **einheitliche Kennzeichnung** wird einerseits die Sicherheit der Verbraucher erhöht und andererseits Rechtssicherheit für die Anbieter geschaffen. Schließlich wird „jugendschutz.net“ als Einrichtung der Länder dauerhaft finanziell abgesichert. Sie ist unsere Kontrollinstanz und wird im Netz Verstöße gegen den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag aufspüren.

Ich halte die Bedenken, der Vertragsentwurf würde zu einer Zensur des Internet führen, für ganz und gar abwegig. Die **Kontrollpflichten** von Anbietern werden beispielsweise nicht erweitert, was fremde Inhalte angeht. Ich wünsche mir vielmehr, dass dieser Vertrag zum Vorbild für andere Staaten wird, denn unsere Regelungen können jugendgefährdende Inhalte ausländischer Anbieter leider nicht verhindern. Es ist gut, dass der deutsche Gesetzgeber die Hände dennoch nicht in den Schoß legt.

Ich bin überzeugt, dass wir durch die vorgeschlagene Novellierung das Schutzniveau für Kinder und Jugendliche erheblich erweitern können. Mit der

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags können wir heute einen wichtigen Schritt machen, den Jugendmedienschutz zu stärken. Ich bitte daher, dem Staatsvertrag zuzustimmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die CDU hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht erst seit den Amokläufen von Erfurt und Winnenden unterhalten wir uns über die Frage, was Gewaltspiele bei Jugendlichen auslösen können. Ich sage ganz deutlich, dass ich nicht der Meinung bin, dass das die Ursache für die Straftaten und Bluttaten gewesen ist, aber die Diskussion hat das natürlich massiv befördert. Wir wissen, dass Jugendliche über Internet eben auch Zugang zu Inhalten haben, die für ihr Alter nicht geeignet sind, die auf sie völlig unterschiedliche Einflüsse ausüben und eben nicht immer die allerbesten. Es gab eine lange und breite Debatte in Deutschland über die Frage der Änderung der Rundfunkstaatsverträge. Wer die Mechanismen kennt, weiß, dass die sehr langwierig und schwerfällig sind. Darum dauert es seine Zeit, bis man sich über bestimmte Grundzüge geeinigt hat.

Jetzt haben wir den Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, mit dem der **Jugendmedienschutz-Staatsvertrag** geändert wird. Es wird versucht, ein Stück weit die **Warnhinweise**, die wir beispielsweise über die **Prüfstelle für jugendgefährdende Schriften** haben, über das, was wir im Audiodbereich bei DVDs haben, bei CDs zum Teil, an Altersangaben zu übertragen auf Internetprodukte, auf Onlineangebote. Mit einer Altersstruktur von sechs, 12, 16 und 18 Jahren werden die Anbieter verpflichtet, bestimmte Produkte mit **Altersfreigaben** zu versehen. Das wird da klappen - davon bin ich überzeugt -, wo wir seriöse Betreiber haben, wo wir seriöse Anbieter haben. Da kann das durchaus ein wirkungsvoller Mechanismus sein.

Auch die Einrichtung einer sogenannten **Kontrollinstanz**, „**jugendschutz.net**“, begrüßen wir ausdrücklich. Wenn man solche Regeln setzt, braucht man anschließend natürlich auch Kontrolle, die ausgeübt wird. Wir müssen gucken, ob das Ganze funktioniert.

Ich warne aber vor der Schlussfolgerung, dass, nachdem der Gesetzgeber die Arbeit getan hat, sich jetzt alle gemütlich zurücklehnen können, die Eltern unbesorgt vielleicht sogar ganztägig ihre Kinder dem Computer überlassen können, weil jetzt ja jede Gefahr gebannt wäre. Das ist nicht der Fall.

Ich sage ganz eindeutig, dass Warnhinweise durchaus auch als Kaufanreiz wirken können. Ich erinnere mich noch sehr gut an meine eigene Jugendzeit, wo es eine berühmte CD der „Ärzte“ gab, ab 18, damals mit Warnhinweis der Prüfstelle. Das war der reinste Renner. Wir alle sind hingeraunt und wollten diese CD haben, obwohl wir alle noch keine 18 waren; die muss dann ja besonders spannend gewesen sein. Das zeigt, dass Warnhinweise nicht immer automatisch zu einer Regulierung in die richtige Richtung führen.

Wir wissen auch, dass wir **Internetanbieter** haben, die leider nicht unter die seriösen fallen. Wir wissen, dass es im Internet vielfältige Foren gibt, die wir nicht kontrollieren können, weil es **ausländische Anbieter** gibt, weil es viele Anbieter gibt, die unserem Rechtskreis nicht unterliegen.

Darum muss von einer Debatte wie dieser auch das Signal ausgehen, dass wir die Eltern nach wie vor nicht aus ihrer Pflicht entlassen können, sie nicht in den Glauben versetzen dürfen, der Gesetzgeber könne alles regeln oder habe alles geregelt, sondern ihnen weiterhin die Pflicht auferlegen, dass sie dort, wo Kinder im Netz sind, Kinder online sind, Kinder Internet benutzen, ihre Aufsichtspflicht als Erwachsene wahrnehmen, und dass nichts so wirksam ist wie der Schutz, den Eltern durch wirksame Schutzprogramme selber auf ihrem Computer installieren können. Kein rechtlicher Schutz kann diesen **Schutz und die Informationspflicht von Erwachsenen** ersetzen. Auch das ist wichtig.

Wir finden den Rundfunkänderungsstaatsvertrag in seiner Zielrichtung in Ordnung, aber es gibt auch noch **Protokollerklärungen**. Wir wünschen uns - darüber werden wir noch einmal reden müssen; das betrifft nur die Protokollerklärungen -, die Frist für eine **Evaluation** etwas kürzer zu fassen, im Augenblick stehen dort drei Jahre. Ich habe das mit den Kollegen aus den anderen Landesparlamenten abgesprochen. Wir wünschen eine etwas kürzere Evaluierungsfrist von zwei Jahren. Vielleicht wird man darüber noch einmal reden können.

Uns ist auch ein bisschen suspekt, dass das Institut, das von Rheinland-Pfalz beauftragt worden ist, um diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu begleiten, am Ende auch die Evaluierung vornehmen soll.

(Dr. Christian von Boetticher)

Ich finde, man muss da zumindest noch einmal draufgucken, damit nicht diejenigen, die etwas entwerfen und damit maßgeblich befasst sind, am Ende auch im Evaluierungsprozess ihre eigenen Regeln überprüfen.

Das sind also zwei, drei Dinge, über die wir uns auch mit der Landesregierung noch einmal unterhalten werden. Ansonsten ist das eine richtige Stoßrichtung, ein richtiges Signal. Es ist aber - wie gesagt - auch für die Eltern wichtig zu wissen, dass sie damit nicht aus der Pflicht genommen werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die SPD hat Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Ministerpräsident, Sie haben sicherlich bei den Worten von Herrn von Boetticher genau zugehört. Das waren sehr kritische Worte. Eine **Verkürzung der Evaluationszeit**, das heißt eigentlich, keine große Begeisterung, was diesen Staatsvertrag angeht. Aber die Wahrheit ist, dass im Grunde genommen niemand so richtig glücklich damit ist. Das ist auch richtig so.

Dieser **Jugendmedienschutz-Staatsvertrag** ist ein Kompromiss, genau hierin liegt auch das Problem. Er versucht nämlich etwas in eine Kompromissform zu bringen, was sich vermutlich eher unversöhnlich gegenübersteht. Unzweifelhaft ist nämlich, dass Kinder und Jugendliche im Internet vor **gefährdenden Inhalten** geschützt werden sollen, genauso wie dies bei anderen Medienangeboten im Rundfunk, im Fernsehen, in Videotheken oder im Kino der Fall ist. In den anderen Medien ist dies allerdings auch deutlich einfacher als im Internet. Es ist richtig, dass ein verantwortungsvoller Jugendmedienschutz einen geschützten Raum für Kinder und Jugendliche im Netz bieten sollte - das auch wirkungsvoll. Aber wie ist das zu erreichen, ohne dass ein zweiter wichtiger **Grundsatz**, nämlich ein wesentlicher Charakter des Internets, die Freiheit und Abwesenheit von Zensur und unnötiger Regulierung, nicht verletzt wird? Wir meinen, ohne eine große Anstrengung bei der Vermittlung von **Medienkompetenz** bei Kindern und Jugendlichen wird das nicht zu erreichen sein.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD], Dr. Christian von Boetticher [CDU], Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Bei aller Sympathie für das Anliegen dieses Vertrages muss ich feststellen, dass der Vertrag genau an dieser Stelle zu kurz greift, weil er auf **technische Maßnahmen** setzt.

Was soll passieren? - Künftig sollen **Internetprovider** ihren Kunden sogenannte **Webfilter** anbieten, bei denen sich das **Internet** so steuern und regulieren lässt, dass eine vermeintlich kindersichere Zone entsteht. Woher sollen diese Filter wissen, was sie durchlassen dürfen? Dafür sollen die Anbieter angeben, für welche **Altersstufe** die jeweiligen Inhalte geeignet sind. Das kann man über ein sogenanntes Label machen, wie wir es bereits bei der FSK für Filme und bei der UFK für Videospiele haben. Das soll aber freiwillig geschehen. Wer seine Website nicht kennzeichnet, muss aber damit rechnen, vom Filter ausgesperrt zu werden. De facto ist dies letztlich also eine Kennzeichnungspflicht.

Da sind **Konflikte** vorprogrammiert, und die Interpretationsbreite des Gesetzes ist vielfältig. So steckt im **Artikel 5** - das haben sicher alle gelesen - der Teufel im Detail, wenn der Staatsvertrag Anbietern bestimmter Werbeangebote die Pflicht auferlegt, Maßnahmen zu ergreifen, wenn auf ihren Seiten Inhalte stehen, „die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen“. - Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, vor allen Dingen die Eltern. Jeder, der sich als Elternteil um die Beeinträchtigung und Beeinflussung seines Kindes Sorgen macht und sich dann vor Augen hält, wie wenig er weiß, was oben in den digital medial aufgerüsteten Kinderzimmern so alles passiert, muss da verunsichert sein.

Eine **Interpretationsfrage** ist es auch, was denn Jugend beeinträchtigend und Jugend gefährdend ist. Klar ist das natürlich bei kinderpornographischen Angeboten, bei Gewalt verherrlichenden Angeboten wird es schon schwieriger. Wie ist es zum Beispiel mit „Jurassic Park“, und wie sieht es aus mit diversen YouTube-Angeboten? Dennoch, da ist die Hoffnung, dass es in absehbarer Zeit ein sogenanntes **Jugendschutzprogramm** geben wird, das einmal installiert, die Alterskennzeichnung herausfiltert. Bisher allerdings - und das wissen auch diejenigen, die den Vertrag unterschrieben haben - gibt

(Peter Eichstädt)

es so etwas noch nicht. Es soll etwas in Vorbereitung sein, ein einziges Angebot.

Die **Anbieter** können sich alternativ - so ist es im Vertrag geregelt - allerdings auch, weil das anders noch gar nicht möglich ist, an **Sendezeitbeschränkungen** halten. Das geschieht, indem sie bestimmte Inhalte nur zu Zeiten online stellen, zu denen Kinder und Jugendliche der betroffenen Altersgruppen üblicherweise die Angebote nicht wahrnehmen - so der Staatsvertrag. Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das für eine „Denke“, die hier vom Fernsehzeitalter in die **Internetwelt** übertragen wird?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

Allein die durchaus bekannten unterschiedlichen **Zeitzone**n rund um die Welt werden diesen Ansatz zum Scheitern bringen.

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass dies alles nur ein kleiner Teil zur Lösung des Problems sein kann. Das Internet ist nicht zu reglementieren und zu strukturieren, zu filtern und zu überwachen wie ein Fernsehprogramm oder Ähnliches. Dennoch muss es möglichst geeignete **Maßnahmen** geben, um wirklich **jugendgefährdende Inhalte** aus dem Netz zu entfernen. Die sehen wir aber noch nicht. Die Frage, wie dieses alles wirksam funktionieren kann, ist nach unserer Ansicht auch nach dem 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und in ihm nicht befriedigend gelöst. Wir glauben, dass es durchaus möglich ist, auf dem Weg zu einem autonomen, aufgeklärten Umgang mit dem Internet - auch unter dem Gesichtspunkt des **Schutzgedankens** für Kinder und Jugendliche - weiterzukommen. Allerdings muss dies so geschehen, dass man nicht mit unklaren und schwer praktikablen Regelungen und noch nicht vorhandenen technischen Möglichkeiten die Eltern mit diesem Problem alleine lässt und eine Scheinsicherheit vortäuscht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU], Ingrid Brand-Hückstädt [FDP], Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE] und Silke Hinrichsen [SSW])

In jedem Fall - liebe Kolleginnen und Kollegen - muss all das, was hier versucht wird, durch gewaltige Anstrengungen im Bereich der **Medienpädagogik** und der **Medienkompetenzförderung** begleitet werden, die sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Eltern richtet. Das ist die eigentliche Herausforderung, vor der wir stehen. Ich bin froh, dass wir - wenn wir Glück haben, schon in der

nächsten Sitzung - eine Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema Medienkompetenzförderung haben werden. - Dies ist jetzt der Werbeblock!

(Heiterkeit)

Dann werden wir die Möglichkeit haben, über dieses Thema sehr ausführlich zu sprechen. Ich bin der Meinung, auch unter diesem Gesichtspunkt wird sich das lohnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Ingrid Brand-Hückstädt das Wort.

Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Werbeeinspielung. Ich kann sie gleich noch ein bisschen erweitern. Am 29. September 2010 haben wir durch den Medienkompetenztag, den das Mediennetzwerk Medienkompetenz Schleswig-Holstein einberufen hat, schon vorher Gelegenheit, darüber zu reden.

Herr Eichstädt, ich bin Ihnen sehr dankbar für das, was Sie gesagt haben. Ich bin über den Konsens froh, den wir haben. Ich glaube, bei Frau Hinrichsen und den Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird das so ähnlich sein. Es gibt noch viel zu tun. Dass das nicht der ganz große Wurf ist, darüber sind wir uns einig. Ich glaube, wir sind uns aber auch darüber einig, gar nichts zum **Jugendmedienschutz** im Hinblick auf das **Internet** zu tun, wäre sicherlich auch der verkehrte Weg.

Es war eine schwere Geburt: Der 14. Rundfunkstaatsvertrag musste als Gesamtregelwerk die bekannten TV-Jugendschutzmodelle, über die wir uns alle einig waren, mit den neuen Möglichkeiten des Internets verbinden. Die **Dynamik** des Mediums Internet, die Masse an Inhalten mit trotzdem weitest möglichem **Jugendschutz** zu verbinden, war die zentrale Herausforderung - und sie wird es auch in den nächsten Jahren noch bleiben.

Es ist bekannt, dass wir als FDP die Verhandlungen über diesen Staatsvertrag von Anfang an sehr kritisch begleitet haben. Uns fehlte nicht nur die garantierte Praxistauglichkeit, die Herr Eichstädt eben so schön aufgeführt hat. Es gab auch wegen der Begriffe und Definitionen die Befürchtungen, dass die **Rechtsunsicherheit** bei den **Anbietern im Inter-**

(Ingrid Brand-Hückstädt)

net zur Gefährdung ihrer Geschäftsmodelle führen würde. Zudem ging uns der Anbieter-Begriff viel zu weit, und auch die zunächst von den Staatskanzleien angedachten Ideen, wonach der Anbieter auch für fremde Inhalte verantwortlich sein sollte, hielten wir für völlig inakzeptabel.

Wir wollten ein Wirrwarr zwischen den verschiedenen geltenden Gesetzen so weit wie möglich verhindern, sodass wir die bisher bereits bestehende Kennzeichnung der **Selbstkontrolle** nach dem Jugendschutzgesetz gefordert haben. Die meisten unserer Kritikpunkte und Anregungen wurden dann auch schließlich bei den Verhandlungen berücksichtigt. Und ja, selbstverständlich muss die **Evaluierung** früher kommen. Aber auch da habe ich überhaupt keine Bedenken. Bisher ist es immer so gewesen, dass eigentlich die Medienstaatsverträge der technischen Entwicklung hinterhergehinkt haben. Es würde mich wundern, wenn das in diesem Falle anders wäre.

Auf Anregung der FDP hat Schleswig-Holstein sehr schnell zu Protokoll erklärt, dass die technische Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen nicht dazu führen darf, dass **anderweitige Schutzvorkehrungen** verpflichtend werden und dass die Kontrollpflichten für fremde Inhalte auch in Foren und Blogs nicht erweitert werden. Daran lag uns besonders, damit keine erweiterte Haftung nach dem Telekommunikationsgesetz oder allgemeinen Gesetzen begründet wird. Für so etwas wie **Facebook** hätte das möglicherweise das Ende bedeutet.

Dieser **Jugendmedienschutz-Staatsvertrag** ist nicht der große Wurf, das sagte ich schon, aber er ist besser als gar nichts. Wir wissen alle, dass lückenlose Aufsicht über das Medium Internet unmöglich ist. Aktuelle Studien zeigen nämlich, dass Eltern von **Kindern unter zehn Jahren** schon fast übervorsichtig den Umgang mit Fernsehern und PC begleiten. Das ändert sich fast schlagartig, wenn die Kinder älter werden. Bei Kindern **ab 14 Jahren** haben Eltern nachweislich keine Ahnung mehr, was - wie sagten Sie so schön - oben in den Kinderzimmern passiert.

Bevor das **Internet** unser aller Leben neu beeinflusste, war Jugendmedienschutz einfach. Ein Film kam ins Kino. Davor wurde von der freiwilligen Selbstkontrolle eine Altersfreigabe festgelegt. Die war dann auch für die spätere Fernsehübertragung gültig. Filme ab 12 Jahren nicht vor 20 Uhr, Filme ab 16 Jahren nicht vor 22 Uhr, ab 18 Jahren erst ab 23 Uhr. Manche - und Herr von Boetticher hat das ja schon angedeutet - haben erlebt, dass wir mit Eigeninitiative im Alter von 15 Jahren durchaus ver-

sucht haben, dieses Verbot zu umgehen. In der Tat gab es auch damals schon keinen hundertprozentigen Jugendschutz.

Nun ist das weltweite Internet immer auf Sendung, immer **online**, und irgendwo auf der Welt ist es immer nach 23 Uhr und damit Jugendschutz ungleich schwieriger als früher. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag versucht nun auf die Reihe zu kriegen, was fast unmöglich ist: Nazi-Propaganda, Rassenhass, Kinderpornografie und auch andere weniger extreme Angebote im Internet, die das Wohl von Kindern und Jugendlichen gefährden, von diesen so weit wie möglich fernzuhalten.

Nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist das technisch einfach. Jeder Anbieter kann, muss aber nicht seiner Website eine Altersfreigabe geben. Die Eltern können - und sollten auch - eine Software installieren, mit der ihre Kinder am PC nur noch auf die Seiten kommen, die ihnen aufgrund der Altersfreigabe erlaubt sind. Gezwungen wird niemand zu gar nichts. Das ist der große Unterschied zwischen Ihnen und uns, Herr Eichstädt. Selbstkontrolle finden wir gut, den Superstaat als Nanny, um zu kontrollieren, finden wir schlecht.

Es ist also wie früher, als es die Eltern waren, die uns gegen 23 Uhr mit mehr oder weniger lautstark vorgetragenen pädagogischen Gründen vom Fernseher wegholten, wenn wir erwischte wurden. Auch heute sind weiterhin die Eltern gefordert, darauf zu achten, was ihre Kinder vor dem PC machen. Daran hat sich nichts geändert.

Nun sagen die Kritiker des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages, dass es für Internetanbieter schwierig oder gar unzumutbar sei, jede Website zu prüfen und eine Altersfreigabe zu markieren. Ich behaupte: Seriöse Betreiber - und das ist die Mehrheit, wir reden wie immer nur über die anderen - haben durchaus ein Interesse an funktionierendem Jugendschutz, weil es ein Qualitätsmerkmal werden könnte. Selbst die Bitcom kann damit gut leben, und ich zitiere aus deren Pressemeldung:

„Technische Lösungen können gerade bei kleineren Kindern künftig ein zentrales Instrument sein, aber es geht auch um den Erwerb von Medienkompetenz. Dabei kann der Staat die Familien unterstützen, aber er kann es ihnen nicht vollständig abnehmen.“

(Beifall bei FDP und CDU - Unruhe)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich bitte die Abgeordneten trotz der vorgerückten Stunde um ein ganz klein wenig mehr Aufmerksamkeit. Es ist für einen Redner wirklich schwierig, wenn auf der linken Seite permanent gesprochen wird. - Frau Jansen, ich meinte Sie.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Ja!)

- Vielen Dank.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Thorsten Fürter das Wort.

(Werner Kalinka [CDU]: Wenn gute Argumente kommen, hört man auch zu!)

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Hinrichsen, Sie fragten mich eben - wir hatten ein kurzes Zwiegespräch -: „Warum diskutieren wir die ganze Sache überhaupt? Wir sind uns ja alle einig.“ Ich fürchte, dass das wahrscheinlich nicht der Fall ist.

Wir halten diesen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nicht für zukunftsfähig. Er ist bereits jetzt überholt und bringt den Jugendschutz nicht voran.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der nun vorliegenden Form bedeutet er in erster Linie eine Gefahr für die **Freiheit des Internets**. Er treibt die nationale Segmentierung des World Wide Web voran. Machen wir uns nichts vor: Bei einer weltweiten Betrachtung ist die Bundesrepublik Deutschland ein kleiner - wenn auch schöner - Staat. Einige träumen davon, dass im Internet irgendwann die **Grenzen der Kleinstaaterei** wieder hochgezogen werden. Das deutsche Internet soll so sauber werden wie unsere Autobahnen. Dieser Gesetzentwurf ist ein Schritt zur Erfüllung dieses Traums. Es ist ein gefährlicher Traum und deswegen ein falscher Schritt.

Hinter uns liegt ein langer und schwieriger Prozess. Doch wird er den diffizilen und sich schnell ändernden Realitäten der unterschiedlichen **Anbieter im Netz** schon jetzt nicht mehr gerecht. Die Pflichten, Kann-Bestimmungen und Privilegierungen sind für viele Anbieter unüberschaubar und bringen erhebliche Unsicherheiten mit sich. Deregulierung und Normenklarheit, meine sehr geehrten Damen und Herren aus den Regierungsfractionen, sieht anders aus.

Die Umsetzung der geforderten **Alterskennzeichnungen** ist für private und kleinere Anbieter - also quasi den Mittelstand 2.0 - kaum leistbar. Eine **Vorabkontrolle** von user generated content bei Web-Angeboten, damit diese mit Alterslabels versehen werden können, halten wir für falsch. Sie gefährden das Netz mit seiner Lebendigkeit und ist auch eine Bedrohung für das Grundrecht der Meinungsfreiheit.

(Zurufe der Abgeordneten Gerrit Koch [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Die Sicherung der **Meinungs- und Informationsfreiheit** ist aber die wichtigste Aufgabe jeder Gesetzgebung im Medienrecht - jedenfalls jeder Gesetzgebung, die sich einer Stärkung der Bürgerrechte verschrieben hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Position, die wir vertreten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorabkontrolle widerspricht zudem dem Haftungsregime des Telemediengesetzes. Inwieweit Blogs und private Web-2.0-Angebote von der Möglichkeit der Privilegierung Gebrauch machen, indem sie einen **Verhaltenskodex** unterzeichnen, die bislang von großen kommerziellen Anbietern ausgearbeitet wurden, ist derzeit überhaupt nicht absehbar.

Die grün-mitregierten Länder - es werden ja immer mehr - haben es geschafft, das Schlimmste zu verhindern. In zwei Protokollerklärungen zu **Artikel 5**, denen inzwischen auch - und das sage ich mit Anerkennung - Schleswig-Holstein beigetreten sind, wird deutlich gemacht: Wir wollen nicht, dass der Staatsvertrag eine Pflicht zur Überwachung von User-Inhalten mit sich bringt und die bisherigen Haftungsregeln ausgeweitet werden.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordnete Fürter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Eichstädt zu?

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Peter Eichstädt [SPD]: Herr Fürter, dieses Stichwort hat mich geradezu elektrisiert, als Sie sagten, dass die Grünen das Schlimmste verhindert hätten. Die Grünen sind, wie Sie sagen, in der Regierung. Sie wissen auch, wie Staatsverträge verabschiedet werden. Ein Bundesland, das nicht zustimmt, würde diesen Staatsvertrag zum Fallen bringen. Wie

(Thorsten Fürter)

sieht das in den Ländern aus, in denen Sie mitregieren? Können wir denn damit rechnen, dass eine grüne Fraktion die Notbremse zieht?

- Ich kann nicht für Fraktionen in anderen Bundesländern sprechen. Das wissen Sie ganz genau. Es ist so, dass ich gerade sagte, dass die grünen Regierungsbeteiligungen durch die Protokollerklärungen, denen sich auch Schleswig-Holstein angeschlossen hat, das Schlimmste verhindert hat. Sie wissen genau, dass es im **Föderalismus** auch grüne Fraktionen geben wird, die am Ende diese Ratifizierung mit betreiben werden. Das ändert nichts daran, das wir uns als Fraktion überlegen müssen, wie wir in dieser Debatte eine Position entwickeln und durchhalten können. Wir als Grüne würden uns natürlich wünschen, dass es diesen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nie gegeben hätte. Dabei bleiben wir.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die lautstarke Kritik und die Bemühungen anderer Parteien, Änderungen vorzunehmen, waren offenbar nichts weiter als heiße Luft.

Ich komme schon zum Ende: Für das Netz angemessene Lösungen beim Jugendmedienschutz zu finden, ist alles andere als einfach. Nichtsdestotrotz müssen und wollen wir den Jugendschutz auf der einen und die Netzfreiheit auf der anderen Seite unter einen Hut bringen. Wir werden uns auch weiterhin und mit Nachdruck dieser Aufgabe widmen. Dabei ist eins klar: Die nationale Segmentierung des Internets ist für uns keine Alternative.

Technische Maßnahmen sind zudem immer nur eine Krücke. Sie können und dürfen Eltern nicht von der Pflicht entbinden, hinzuschauen und zu verstehen, was ihre Kids am PC so treiben. Darüber, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir uns offensichtlich einig. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski, das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank an die Kollegen Eichstädt und Fürter. Die ersparen mir viele meiner Ausführungen. Deswegen wird es ein bisschen kürzer.

Der hier vorliegende Staatsvertrag erfüllt in den wesentlichen Punkten weder die Anforderungen, die meine Fraktion an den Schutz von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden stellt, noch die Anforderungen der Ministerpräsidenten, die vor den Verhandlungen formuliert worden sind. Ich beschränke mich in meiner Ausführung - wie fast alle meine Vorredner auch - auf die Auswirkungen, die dieser Staatsvertrag auf das Medium Internet haben wird.

Der Kern des untauglichen Versuches, die angesprochenen **Gruppen zu schützen**, ist die Verpflichtung der Anbieter, Inhalte in fünf Gruppen einzustufen und diese für verschiedene Altersgruppen freizugeben. Diese nur vermeintlich freiwillige Regelung hat sich in Praxistests als absolut untauglich erwiesen. Internetbetreiber sind in aller Regel keine Jugendschutzexperten, sondern Menschen wie du und ich.

Der **Arbeitskreis gegen Internetsperren und Zensur** - das waren diejenigen Leute, die das unsägliche Internet-Sperrgesetz verhindert oder seine Aussetzung verursacht haben - hat sich die Mühe gemacht und einen Test durchgeführt. Mit Genehmigung der Präsidentin zitiere ich hier aus dem Abschlussbericht:

„So einfach, wie es sich der neue Jugendschutzmedien- Staatsvertrag macht, war auch unser Praxistest. Die Nutzer, also die Einsteller von Inhalten, sollten Inhalte im Netz nach Altersstufen, zum Beispiel mit ‚Geeignet ab zwölf Jahren‘ bewerten, erläutert Alvar Freude das Experiment. Die Auswertung von über 10.000 Einzelbewertungen, ergab, das fast 80 % der Einstufungen falsch waren. Das verwundert nicht, sind doch nur wenige Internetnutzer Jugendschutzexperten. Ein erheblicher Teil der Teilnehmer hielt einige Inhalte fälschlicherweise für jüngere Kinder geeignet und würde damit in der Praxis ordnungswidrig handeln.“

Es gibt aber bei den **Betreibern von Internetseiten** den Wunsch, aktiv am **Jugendschutz** mitzuarbeiten. Hier steht aufgrund des Staatsvertrags zu befürchten, dass eine vorbeugende Selbstzensur zum Tragen kommen wird, und das nicht nur, weil Verstöße gegen die Regelungen bußgeldbewehrt sein sollen.

Ein weiterer kritischer Punkt betrifft diejenigen, die in der Hauptsache mit dem Jugendschutz beschäftigt sind, nämlich die Eltern und die Erziehungsberechtigten. Ihnen wird eine Sicherheit vorgegaukelt,

(Heinz-Werner Jezewski)

die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Es hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, diesen Staatsvertrag so zu gestalten, dass er die sachlichen Forderungen an einen **effektiven Schutz** von Kindern und Jugendlichen erfüllt.

Eine große, mit Internetspezialisten, Juristen, Medienpädagogen, Bloggern, Künstlern und mit Sachverständigen der **Enquetekommission Internet und der Digitalen Gesellschaft** des Deutschen Bundestags fachlich ganz hervorragend zusammengesetzte Gruppe hat in einem Appell die Ministerpräsidenten eindringlich gewarnt. Ich zitiere mit Erlaubnis der Frau Präsidentin auch hier:

„Wenn aber der jetzige Jugendmedienschutz-Staatsvertragsentwurf verabschiedet und durchgesetzt wird, würde dies umgehend irreversible Schäden in einem sich entwickelnden kulturellen und sozialen Raum hinterlassen. Insbesondere privaten und kleinen Anbietern würden unverhältnismäßige Hürden in den Weg gelegt. Hunderte Millionen an bestehenden Webseiten müssten auf ihre Erziehungsbeeinträchtigung für zwölfjährige Kinder durchsucht werden, während ausländische Anbieter völlig unbehelligt bleiben.“

Dieser Staatsvertrag schafft also keinen Schutz für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Er schafft bisher einzig ein bürokratisches Monstrum, das ebenso unwirksam wie unhandbar sein wird. DIE LINKE lehnt ihn bisher aus genau diesen Gründen ab. Wir hoffen, ihn noch so weit verändern zu können, dass er die Anforderungen, die die Ministerpräsidenten selbst an ihn stellen, dann endgültig erfüllt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW hat Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine so große Uneinigkeit, wie sie hier gerade angesprochen wird, sehe ich gar nicht. Wir sind uns alle darüber einig, dass es nicht ausreichend ist und dass es so nicht gehen kann.

Der beste Jugendschutz in diesem Falle ist, dass die Eltern mit ihrem Kind vor dem PC sitzen. Dann wäre doch wirklich die Überlegung, bevor man weiter über Filter und Ähnliches redet, dass man eine PC-Nutzung nur mit Eltern gestattet. Das wäre

jetzt mein Vorschlag, um all die Probleme, die hier angesprochen worden sind, zu lösen.

Worüber ich jetzt spreche, sind die Hinweise, die wir gerade eben bekommen haben, was die Eignung für Kinder von sechs Jahren, zehn Jahren und so weiter betrifft. Auch da kann man sehr unterschiedlicher Auffassung sein. Das belegt zum einen die Studie, aber auch mein eigenes Erleben. Die Eignung ist nämlich erstaunlicherweise auch von den Fähigkeiten und Erkenntnissen der Kinder abhängig. Es gibt Kinder mit sechs Jahren und auch Erwachsene mit 18 Jahren, bei denen man nicht immer in bestimmten Bereichen die Unterschiede erkennen kann. Nur der Altersunterschied ist sofort zu sehen, weil der eine körperlich größer ist als der andere.

Unabhängig davon möchte ich darauf hinweisen, dass natürlich dieser Vorschlag die **Lücken im Jugendschutzgesetz** schließen will, wie sie tagtäglich in deutschen Familien zum Problem werden: Der Junior surft im Netz, auch junge Frauen surfen im Netz und gelangen ohne großen Suchaufwand auf jugendgefährdende Seiten. Der Handlungsdruck ist also eigentlich sehr groß. Aber dass Kompetenz und Einsicht in die Zusammenhänge dem entsprechen, ist mit diesem Vertrag vielleicht nicht unbedingt erreicht.

Die Netzgemeinde vermutet durch die **verpflichtende Indizierung** für alle deutschen Seiten den Einstieg in die **Zensur**. Nicht gekennzeichnete Angebote seien schließlich bei Anwendung eines entsprechenden Programms nicht mehr verfügbar, woraus sich durch die Hintertür eine **Kennzeichnungspflicht** ergebe. Die Indizierung sei also keineswegs freiwillig, wie die Ministerpräsidenten immer wieder betont haben. Richtig ist allerdings, dass eine automatische Sperre von der Wahl des **Filterprogramms** abhängt. Hier liegen natürlich noch keine Erfahrungen vor, weil es das noch nicht gibt.

Ich will meine weiteren Ausführungen zu diesem Problemkreis lieber dem Ausschuss vorbehalten. Ich weise nochmals darauf hin: Der beste Jugendschutz ist die **Begleitung der Kinder** im Alltag durch ihre **Eltern** und kompetente **Erwachsene**, die sich zusammen mit ihnen diese Programme anschauen. Das haben alle immer wieder betont, weil das nämlich von den Kindern selbst abhängig ist. Ich kenne Kinder, die sechs Jahre alt sind und sich nicht einmal einen Märchenfilm ansehen können, ohne Angstzustände zu bekommen. Andererseits gibt es Kinder, die das sehr wohl können. Das ist immer abhängig von den eigenen Kindern. Da ken-

(Silke Hinrichsen)

nen sich die Eltern wirklich am besten aus, was ihre Kinder sehen können. Bei der Alterskennzeichnung, die es da gibt, kann man sehr unterschiedlicher Auffassung sein. Ich habe Filme gesehen, die angeblich für 18-jährige geeignet waren. Da hätte ich eine noch höhere Altersgrenze vorgeschlagen. Es gab auch Filme, die für junge Leute geeignet waren. Ich finde es ausgesprochen schwierig, hier darüber zu reden.

Ich freue mich jedenfalls auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/744 dem Innen- und Rechtsausschuss zu

überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich die heutige Sitzung schließe, weise ich darauf hin, dass wir morgen um 10 Uhr mit den Tagesordnungspunkten 38 B und 38 C beginnen werden. Mit einer Redezeit von insgesamt 35 Minuten werden die Anträge zur Neuwahl des Landtags und des Landeswahlgesetzes zur gemeinsamen Beratung aufgerufen werden.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:58 Uhr